

Die größte Täuschung aller Zeiten



**Juristische Beweis - Dokumentation
zum fortgeführten 3. Reich in
Deutschland –
4. Reich Europäische Union**

Ursache und die Generallösung zur Befreiung der Welt aus dem faschistischen Koloniesystem und zur Wiederherstellung des Weltfriedens

-Offenkundige Tatsachen bedürfen keines Beweises mehr!-

Wir teilen Ihnen dazu existenziell entscheidend- überlebenswichtige Informationen mit, welche Sie im eigenen Interesse unbedingt studieren sollten!

Die Hauptursache für den fehlenden Weltfrieden (alle lokalen Kriege) und die gezielt globale Zerstörung der Ordnungssysteme ist in Wahrheit die bis heute ungelöste sogenannte ***Deutsche Frage***.

Das offenkundig bewiesene Thema wurde durch die deutsche Befreiungsbewegung staatenlos.info e. V. – Kommission146 Deutschland wissenschaftlich erarbeitet und wird patriotisch vertreten.

1. Ausgangslage:

Der 2. Weltkrieg wurde bis heute nicht beendet.

Am **8./9. Mai 1945** erfolgt keine Kapitulation des 3. Reiches von Adolf Hitler: Es erfolgt lediglich nur die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte durch General Keitel (Heer), General Friedeburg (Marine) und General Stumpf (Luftwaffe). Es erfolgt keine Kapitulationsunterzeichnung durch von Adolf Hitler zum Nachfolger ernannten Karl Dönitz.

Karl Dönitz bleibt bis Juni mit seiner Reichsregierung in Flensburg aktiv.

Die deutsche Nazikolonie ***3. Reich*** bleibt bestehen und wird bis heute weitergeführt.

Alle weiteren Nachfolger der BRD – Nazi Kolonie ignorierten bewußt diese Tatsache und unterzeichneten ebenfalls bis heute nicht. (Nazi- Plan)

(Haager Landkriegsordnung HLKO Art. 24 "Kriegslisten ...sind erlaubt")

Es werden 1945 gleichfalls keine Friedensverträge mit über 54 kriegsbeteiligten Nationen geschlossen.

Der 2. Weltkrieg wurde damit inoffiziell bis heute nicht beendet. **(Nazi- Plan)**

Es werden gemäß der Haager Landkriegsordnung Kriegslisten angewendet.

*(Beweis Haager Landkriegsordnung (HLKO) Artikel 24: ***...Kriegslisten sind erlaubt!***)*

Die Friedensverträge werden durch die Faschisten verhindert, um über einen strategisch kombinierten Wirtschaftskrieg die ganze Welt zu erobern.

Dazu zählen auch militärische Operationen wie aktuell in Afrika, der arabische Raum wie z. B. Syrien, Irak, Afghanistan zur Vernichtung der arabischen Kulturen und aktuell in Europa wie in der Ukraine und dem Baltikum = Barbarossa 2

Die Ukraine und das Baltikum dienen wie schon 1941 als strategische Brückenköpfe zum optional geplanten Generalangriff der Faschisten auf Rußland und China, wenn die geplante wirtschaftliche Übernahme nicht erfolgreich ist.

Fast die gesamte Welt befindet sich heute in einer globalen Kolonie als Firmen privatisierter und gegenseitig abhängiger Staaten. (z. B. Firmenregister: www.upik.de)

2. Ursache:

1. Bis 1933 gilt das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) vom 22. Juli 1913 in Deutschland. Die RuStaG legt die Heimatangehörigkeit der deutschen Völker in Deutschland genau fest. (Preußen, Sachsen, Baden, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Thüringen usw.)

2. Der seit 1925 durch Ausbürgerung aus Österreich staatlose Adolf Hitler geht nach Deutschland um im Auftrag seiner Finanziers (Banken) Reichskanzler zu werden. Hitlers nationalsozialistische NSDAP wird planmäßig mit enormen Geldmitteln aufgebaut. **1932** erhält Hitler wiederrechtlich durch Betrug die Staatsangehörigkeit des Bundeslandes Braunschweig.

1933 wird Adolf Hitler nach einem knappen Wahlsieg der NSDAP durch Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

Sofort ab 1933 ermächtigt sich der staatlose Adolf Hitler selber und beseitigt die Heimat der Deutschen.

Adolf Hitler bringt Deutschland durch folgende zwei Schritte staatsrechtlich in die Kolonie:

I. 1933 erfolgt die Gleichschaltung der Länder (Bundesstaaten) zu großen Verwaltungsstrukturen. (Großkreise und Bezirke/ *Gau*)

(Beweis: gesetzliche Grundlagen: Staatsgrundgesetz Neues Staatsrecht von 1934- Ausgabe 1936, WRV 1919)

II. Am 5. Februar 1934 wurde von Adolf Hitler und seiner Reichsregierung das Heimat-Staatsangehörigkeitsgesetz – die RuStaG vom 22. Juli 1913 außer Kraft gesetzt und durch das StAG ersetzt.

Die Deutschen verlieren ihre Heimatangehörigkeit aus den einzelnen Bundesländern und erhalten stattdessen die Kolonieangehörigkeit aus den kaiserlichen Kolonien - die sog. *unmittelbare Reichsangehörigkeit*.

Diese koloniale Reichsangehörigkeit wird zur Tarnung mit dem Begriff DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGKEIT im Staatsangehörigkeitsgesetz vom 05.02. 1934 definiert. Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 wird ab 1934 von den Nazis durch ein neu geschaffenes Staatsgrundgesetz mit der Bezeichnung *Neues Staatsrecht* überlagert. Die Weimarer Verfassung bleibt zwar bis heute weiter rechtsgültig, wird aber fortan nicht mehr angewendet.

Deutschland wird als das Zentrum Europas durch die Verordnung der unmittelbaren Kolonieangehörigkeit *Deutsche Staatsangehörigkeit* und der Anwendung des kolonialen NS- Staatsgrundgesetzes *Neues Staatsrecht* selbst zur Kolonie.

Deutschland = das deutsche Heimatreich ist damit ab 1934 von der Nazikolonie des 3. Reiches überlagert.

(Beweise - gesetzliche Grundlagen: sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBl 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14. Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH von 1934)*

III. 1940 - 1945 erfolgen in diversen Geheimtreffen der Faschisten auch die weiteren Vorbereitungen zum Ausbau des 3. Reiches zum 4. Reich über die späteren Projekte

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und daraus der *Europäischen Union* (EU).

Dabei wurde auch eine neue Strategie einer Kriegsfortsetzung mit anderen Mitteln erarbeitet, u. a. über einen globalen Wirtschaftskrieg mit regionalen bewaffneten Konflikten (Kalter Krieg) mit dem Ziel der Weltherrschaft.
(Neue Welt Ordnung der Faschisten)

3. Am 8./ 9. Mai 1945 erfolgt nur die bedingungslose Kapitulation der militärischen Streitkräfte des 3. Reiches.

Das 3. Reich selber aber kapituliert nicht und wird mit demselben Personal aufrechterhalten.

Es werden keine Friedensverträge mit über 54 kriegsbeteiligten Nationen geschlossen. Die an die deutschen Nazikolonie angeschlossene Republik Österreich wird aus dem sog. *Großdeutschen Reich* herausgelöst und die Österreicher erhalten Ihre Heimatangehörigkeit vor 1938 – die Staatsangehörigkeit *Österreich* zurück.

Das sog. *Großdeutsche Reich* fällt mit diesen Akt zurück in den Stand der deutschen Nazikolonie des 3. Reiches von 1937.

In Deutschland erfolgt ab 1945 nur eine oberflächliche Scheinentnazifizierung, welche nur den Verbot der Organisationen und deren Symbole betraf.

Das deutsche Dienstpersonal des 3. Reiches wurde insbesondere von den Westalliierten einfach übernommen. Die Faschisten haben sich die Uniformen ausgezogen und sind wieder in die Wirtschaft, Politik Justiz, Verwaltung, Militär, Geheimdienste zurückgekehrt.

(Beweise - gesetzliche Grundlagen: Hitlers Flucht, Übergangsregierung Dönitz, Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg mit dem erfolglosen IG- Farben Auschwitz Prozess, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14. Juli 1945)

4. 1946 Nürnberger Kriegsverbrechertribunal: Keine maßgebliche Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher des militärisch-industriellen Komplexes - IG-Farben.

1946 Einstellung der Reparationszahlungen an die UdSSR auf Weisung der USA.

5. Transformationsphase 1 des 3. Reiches ab 1945: Aufbau der Kohle- und Stahl-Union (EGKS) über die faschistische deutsche Wirtschaft.

Transformationsphase 2 des 3. Reiches 1958: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft -EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Römische Verträge. (=Walter Hallstein-Plan)

6. 1949 erfolgen jeweils die Gründungen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) – jeweils als deutsche Teilkolonien mit verbotener Weiterführung der DEUTSCHEN KOLONIE - STAATSANGEHÖRIGKEIT von Adolf Hitler und weiterer Anwendung der faschistischen Gleichschaltungsgesetze und Staatsgrundlagen aus dem NS- Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* von 1934.

Die nicht souveräne BRD erhält von den Westalliierten das Bonner Militär- Grundgesetz verordnet.

Die nicht souveräne DDR erhält ein Grundgesetz in der Verpackung einer Schein-Verfassung.

Die Weimarer Verfassung wird nicht annulliert, bleibt damit weiter rechtsgültig, wird aber vom Militär - Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland und der DDR- Kolonieverfassung überlagert.

Die verbotenen faschistischen Gleichschaltungsgesetze, Gesetze und Rechtsgrundlagen wie die *deutsche Staatsangehörigkeit* und deren Glaubhaftmachung *Deutsch* u. a. aus dem NS- Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* von 1934 und dem RGBL vom 5.02.1934 bleiben in beiden deutschen Teilstaaten durchgehend illegal täuschend in Anwendung.

(Beweise: Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBL 05.2.1934, Verordnung über die deutsche

Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD und der DDR mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH von 1934, IGH - Urteil: BRD Rechtsnachfolger der 3. Reiches, Art. 127,133 und 139 des Grundgesetz für die BRD)*

7. Ab 1949 Auf- und Ausbau der deutschen Wirtschaft mit den Kriegsgewinnen.
Das sog. *Wirtschaftswunder* in der BRD und Europa mit den *Nazigeld*.

8. 1952 Stalin-Note zum fehlenden Friedensvertrag wird von des Westmächten(ignoriert und von der Nazi-Kolonie *Bundesrepublik Deutschland* ohne Legitimation abgelehnt.

9. Transformationsphase 3 des 3. Reiches 1967: Fusion der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Gemeinschaft; Fusionsvertrag
Die Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM) fusionieren zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und verfügen nun über gemeinsame Organe. (Der Fusionsvertrag wurde 1965 unterzeichnet.)

10. 1990 findet keine völkerrechtliche Wiedervereinigung Deutschlands statt. Stattdessen erfolgt lediglich nur eine Übernahme der deutschen Teilkolonie *Deutsche Demokratische Republik* durch die Kolonieverwaltung *Bundesrepublik Deutschland*.
Es erfolgt 1990 der Zusammenschluß beider deutschen Teilkolonien zum vereinigten Wirtschaftsgebiet unter westalliiertes Kontrolle gemäß Artikel 127 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland.

Beweis Artikel 127 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

Rechtsangleichung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, soweit es nach Artikel 124 oder 125 als Bundesrecht fortgilt, innerhalb eines Jahres nach Verkündung dieses Grundgesetzes in den Ländern Baden, Groß-Berlin, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern in Kraft setzen.

Beweis Artikel 133 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

(Beweise auch die öffentlichen politischen Aussagen von Dr. Wolfgang Schäuble auf dem 21. Europäischen Bankenkongreß 18. 11.2011 in Frankfurt am Main und 2014 von Gregor Gysi zur nicht vorhandenen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland)

Das Militärgrundgesetz für die BRD wird auf die ehemalige DDR- Mitteldeutschland ausgedehnt.

Die Kolonie- „Verfassung“ (Staatsgrundgesetz) der DDR fällt weg.

Die Deutsche (Kolonie-) Staatsangehörigkeit von 1934 wird beibehalten. Deutschland bleibt weiter von der Nazikolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler überlagert, welche die Bundesrepublik Deutschland bis heute weiterführt.

Es werden zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und den alliierten Hauptsiegermächten neue Kolonieverträge geschlossen.

Das betrifft den 2+4 Deutschlandvertrag mit den geheimen Zusatzvereinbarungen, die Nato- Verträge und die EU- Verträge.

Als einzige Besatzungsmacht zog Rußland seine Besatzungstruppen vertragsgemäß aus Deutschland ab.

Die westalliierten Siegermächte (insbesondere die USA) halten ihre Sektoren in Deutschland dagegen bis heute weiterhin besetzt.

Das alliierte Besatzungsrecht und die alliierten Vorbehalte bleiben im Grundgesetz FÜR die nicht souveräne Bundesrepublik Deutschland bestehen und werden darüber hinaus auch im Rahmen der NATO vertraglich erneuert festgelegt.

Beweise: Artikel 120, 139 Grundgesetz FÜR die BRD*

Artikel 120 Grundgesetz FÜR die BRD: **Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten**

"(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. ..."

Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD:

Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften aus *SHAEF - SMAD

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Täuschung des Vertragspartners Russland bei den 2+4 Verhandlungen 1990:

Die BRD führt das 3. Reich – Nazikolonie von Adolf Hitler illegal staatsrechtlich entgegen den gültigen alliierten Entnazifizierungsbestimmungen aus SHAEF und SMAD hinterlistig nahtlos weiter.

Beweis Haager Landkriegsordnung (HLKO) Artikel 24 „...Kriegslisten sind erlaubt.“

Eine Volksabstimmung war daher 1990 in Deutschland von vornherein ausgeschlossen und wurde erfolgreich von den Faschisten vereitelt. (entmachtetes deutsches Kolonie-Personal)

Vorgreifend: Dadurch, dass die BRD sich selbst als Regierung und alle Bürger staatenlos gemacht hat, sind alle Verträge inklusive 2+4 Deutschlandvertrag nachträglich rückwirkend gebrochen.

Notwendige Konsequenz: Der 2+4 Deutschlandvertrag ist durch Täuschung nichtig und sofort offiziell durch die zuständige Justiz aufzuheben.

11. 1990 planmäßige Auflösung der UdSSR und Warschauer Vertragsverbundes.

Ab 1990 wurde die Bundesrepublik Deutschland schrittweise komplett privatisiert. Auch die Staatsorgane wurden zu private Firmen umorganisiert. Diese Firmen sind in internationalen Handels- Firmenregistern registriert. (z. B. www.upik.de, Mamba, Dun & Bradstreet, Hoppenstedt)

Durch die *Bundesbereinigungsgesetze* werden in den Jahren 2006 und 2007 alle staatlichen Gesetze aufgehoben und zu Firmen Geschäftsbedingungen umgewandelt. (AGB- Status, See- und Handels- Vertragsrecht UCC)

12. Ab 1992 Transformationsphase 4 des 3. Reiches:

Europäische Union (EU) als das 4. Reich.

Der Auf- und Ausbau des 4. Reiches erfolgt planmäßig über diverse Teilschritte:

1958: Gründung des Europäischen Gerichtshof (EuGH)

1962: Einführung Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

1973: Norderweiterung - Dänemark, Großbritannien und Irland

1979: Einrichtung des Europäischen Währungssystems (EWS)

1979: Wahl Europaparlament

1981: Erste Süderweiterung – Griechenland

1986: Zweite Süderweiterung - Spanien und Portugal

1987: Einheitliche Europäische Akte (EEA) - Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes

1993: Vertrag von Maastricht

1995: erneute Erweiterung Österreich, Schweden und Finnland

1995: Schengener Abkommen

1998: Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB)
1998: Österreichische Ratspräsidentschaft
1999: Vertrag von Amsterdam- Vorsitz im Rat der Europäischen Union
1999: Agenda 2000- GAP-Reform, neue Regionalpolitik, Festlegung des Finanzrahmens bis 2006
1999: Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
2001: Unterzeichnung Vertrag von Nizza
2002: Euro-Einführung
2002: EU-Konvent zur Zukunft Europas
2002: Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten
2003: Vertrag von Nizza tritt in Kraft
2003: EU- *Verfassung*: Der Konvent präsentiert den Verfassungsentwurf
2003: Eröffnung der Regierungskonferenz
2004: erneute (Historische) Erweiterung - Mit 1. Mai 2004 treten 10 neue Staaten aus Süd- Mittel- und Osteuropa der Europäischen Union bei. Dies stellt die bisher größte und umfassendste Erweiterungswelle dar. Die erweiterte Union hat somit 25 Mitgliedstaaten und eine Bevölkerung von knapp 450 Millionen.
2007: Erweiterung um Bulgarien und Rumänien
2007: Berliner Erklärung - Bekenntnis zum Erfolgs- und Friedensprojekt der EU
2007: EU beschließt den Vertrag von Lissabon
2009: Vertrag von Lissabon tritt in Kraft
<http://www.zukunfteuropa.at/site/4664/default.aspx>

13. Im Juli 1999 gesetzliche Vorbereitung Geheimer Staatsstreich in Deutschland „Reform des Staatsangehörigkeitsrechts“:

Durch Streichung der Reichsangehörigkeit im StAG werden schon im Folgejahr 2000 alle Deutschen staatenlos- vogelfrei (zusätzliche Datumfälschung im Gesetz (StAG). Neuer Status aller Deutschen und eingebürgerten Migranten in der BRD:
Vogelfrei = ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend. Vogelfreie Menschen können überall verfolgt und getötet werden.

14. Am 8.12.2010 erfolgte ein weiterer Schritt zum geheimen Staatsstreich durch die Bundesrepublik Deutschland über eine Urkundenfälschung im Staatsangehörigkeitsgesetz von 05.02.1934. (StAG).

Juristische Vorbereitung des Coups: Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999.

Juristischer Ablauf am 8.12.2010: Das Datum 5.02.1934 wurde zwecks Täuschung mit dem Datum des seit 1934 von Adolf Hitler ungültig gemachten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 ausgetauscht. Zur weiteren Täuschung wurde das Fundament der deutschen Staatsangehörigkeit, die sog. (unmittelbare) *Reichsangehörigkeit* ersatzlos gestrichen.

Zum Verständnis: Die (unmittelbare) *Reichsangehörigkeit* ist die (unmittelbare) deutsche Staatsangehörigkeit. Beides ist ein und dasselbe!

Die (unmittelbare) *Reichsangehörigkeit* ist die Kolonieangehörigkeit aus den kaiserlich-deutschen Schutzgebieten vor 1918.

Durch diesen Vorgang wurde ab dem 08.12.2010 jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit der *Deutschen Staatsangehörigkeit* und der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* auf den BRD- Ausweisdokumenten staatenlos und durch die sog. unmittelbare Unionsbürgerschaft (doppelt) staatenlos!

(Beweis- gesetzliche Grundlagen: RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht – Staatsgrundgesetz des III. Reiches von 1934, Seite 54, Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 5.2. 1934 (z.Zt. verfälscht 22.07.1913)

*Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 08.12.2010 – dazu das Unionsrecht: unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – u. a. Grundlagenwerk *Der Unionsbürger* von Christoph Schönberger)*

15. Folgen:

Durch diesen kriminellen, hochverräterischen Akt sind alle Deutschen und auch die eingebürgerten Ausländer staatenlos gemacht geworden.

Das *DEUTSCHE VOLK* wurde durch diesen Akt vollständig entrechtet und entmachtet.
(Personen mit Roma und Sinti Status = entrechtet- entmachtet- kein Eigentum besitzend- können ungestraft überall verfolgt und getötet werden)

Die Folgen sind für die gesamte Menschheit eine Katastrophe!

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Organisationen haben durch Staatlosigkeit ihre nationale und internationale Legitimation verloren.

Selbst die Wahlen der Bundesrepublik Deutschland und in Folge die Wahlen der Europäischen Union sind durch die deutsche Staatlosigkeit seit dem 8.12.2010 ungültig.

Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der staatlosen Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch ebenfalls gebrochen und nicht mehr gültig.

Das betrifft auch den 2+4 Deutschlandvertrag, die NATO und EU- Verträge.

Die BRD hat damit auch die Beitrittsvoraussetzungen zur Europäischen Union laut Unionsrecht durch Staatlosigkeit verloren.

Die BRD ist durch Staatlosigkeit juristisch geschäftsunfähig!

Der Beginn des 1. Weltkrieges hatte am 01. August 2014 sein 100jähriges Jubiläum. Die Faschisten bereiten eine neue heiße Phase des 2. Weltkrieges vor.

Hinweise dazu sind die gesteuerten Angriffe auf ganz Nordafrika, Vorderasien wie z. B. Afghanistan, Libyen, Syrien, den Irak und ab 2013 auf die Ukraine.

Der planmäßig strategische Ausbau der Nato- Basen rund um Rußland, China und die BRICS- Staaten. Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Infiltration von Rußland und China (5. Kolonne) usw..

Es herrscht heute in Deutschland Stillstand der Rechtspflege, Rechtsbankrott weil auch die deutsche Justiz den kriminellen, hochverräterischen Akt maßgeblich deckt und unterstützt. Es gibt in Deutschland daher auch keinen strafrechtlichen Schutz der Grund- und Menschenrechte.

Es herrschen in der deutschen Sklavenkolonie *Bundesrepublik Deutschland* Gesetzlosigkeit und völlig totalitäre Willkür eines illegalen, faschistischen Regimes.

Die deutsche Justiz und die deutschen Behörden werden durch die deutschen Faschisten wie ab 1933 zur Verfolgung und Unterdrückung gegen die deutsche Opposition mißbraucht.

Auch dabei wird offen das Naziunrecht von Adolf Hitler angewendet.

Dieser weltweit reichende Generalbetrug der Bundesrepublik Deutschland täuscht alle Nationen und Menschen!

Die Nazi- Gesetze und die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5.02.1934 sind durch Täuschung für die Weltöffentlichkeit im Verborgenen geblieben. Durch Falschinformationen und täuschende Anwendung verbotener Nazi - Gesetze hat sich dieser katastrophale Zustand weltweit bis heute normalisiert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in Wahrheit eine mit dem Mantel der Demokratie getarnte faschistische Diktatur des 3. Reiches von Adolf Hitler, welche heute immer offener und dreister in Erscheinung tritt. Die Faschisten fühlen sich sicher, weil ein Großteil der Menschen das Thema nicht kennen bzw. nicht ernst nehmen!

Die *Bundesrepublik Deutschland* ist nicht Deutschland.
Deutschland wird nur von der nicht souveränen BRD- Nazikolonie im Auftrag der alliierten Hohen Hand und deren Auftraggeber verwaltet.

Der internationale Straftatbestand - Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) an Nazi- und Kriegsverbrechen und Völkermord - ist durch folgende, offenkundige Tatsachen gegeben:

Aktive Beteiligung und Organisation bei Angriffskriegen und (verdeckte) militärische Operationen – insbesondere der Finanzierung und Leitung durch die BRD. (aktuell Ukraine, Syrien, Irak, Afghanistan, Mali, Jemen, Somalia usw.)

Beweis Grundgesetz Artikel 26

II. Der Bund und die Länder (Art. 20 - 37)

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Die BRD ist der größte Netto- Einzahler in die Europäischen Union (EU) und NATO. Außerdem ist die BRD politische Hauptführungskraft der EU, obwohl sie bis heute kein souveräner Staat ist und die eigenen Bürger und sich selbst als Regierung am 8.12.2010 staatenlos gemacht hat.

Die BRD ist Rüstungsproduzent und Waffenlieferant auf Platz 3 der Weltrangliste. Die BRD führt das 3. Reich von Adolf Hitler illegal staatsrechtlich entgegen den gültigen alliierten Entnazifizierungsbestimmungen aus SHAEF und SMAD bis heute weiter.

Beweis Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD:

Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften aus *SHAEF – SMAD:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Beweis: Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen *SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben:

„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten...“

**SHAEF= Gesetze der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces*

**SMAD - Befehle der Sowjetischen Militär Administration in Deutschland*

Finanzierungsgrundlagen der globalisierten deutsch- europäischen Konzern- und Bankenkartelle sind zum größten Teil Nazigelder und Nazigold.

Die BRD geht aktiv und hinterlistig gegen Russland vor.

Die über die BRD organisierte strategische Einkreisung von Russland durch die EU und NATO ist offenkundig.

Die BRD verhindert bis heute die Friedensverträge zur Beendigung des 2. Weltkrieges mit über 54 Kriegsbeteiligten Nationen. Der 2. Weltkrieg ist aktiv – Barbarossa 2 Ukraine – Syrien (Nazi- Plan)

Beweis: Haager Landkriegsordnung HLKO Artikel 24 „...Kriegslisten sind erlaubt.“

Nazigelder und Nazigold wurde über Zwangsarbeit erwirtschaftet und in den besetzten Gebieten geraubt. (IG Farben Komplex- Nachfolgerfirmen - militärisch industrieller Rüstungskomplex und deren Banken und Versicherungen in Deutschland/ Europa und weltweit.)

Die Nazigelder und das Nazigold bilden heute das Vermögensfundament für die deutsche/ europäische Wirtschaft und die Finanzierung der Wirtschaftskrieges der Faschisten u. a. auch gegen Rußland und dessen Verbündeten.

Alle kriegsbeteiligten Nationen haben heute Anspruch in mehrstelliger Billionenhöhe gegenüber den faschistischen Regime der BRD und deren global agierenden Wirtschaftsunternehmen und Banken.

Das betrifft kriegsgeschädigte Staaten wie z. B. Rußland, Italien, Griechenland, Syrien, Iran, Irak, China, Korea, Vietnam, Palästina und viele weitere haben Anspruch auf das gesamte Vermögen des über die Nazigelder finanzierten militärisch industriellen Komplexes in Deutschland und deren multinationale Konzern- und Bankenwirtschaft weltweit!

In Deutschland ist die Umsetzung der gesetzlichen Generallösung GG Art. 139 – GG Art. 146 durch die deutsche Bevölkerung allein ausgeschlossen, weil juristisch nur die für Deutschland zuständigen alliierten Hauptsiegermächte Vereinigtes Königreich Großbritannien, Sowjetunion (Russische Föderation), Vereinigte Staaten von Amerika (USA), die Republik China und Frankreich die Bundesrepublik Deutschland wie einst die Deutsche Demokratische Republik abwickeln dürfen und können.

Nur die Deutschen verfügen über so eine gesetzliche Generallösung zu Befreiung. Die gesamte Menschheit befindet sich in der Falle der globalen Kolonie und hat ohne die Deutschen keine Chance auf Befreiung.

Aus dem Grund sind die Deutschen das Hauptziel einer heimtückischen Kriegsführung mit anderen Mitteln.

Die Menschen werden durch die Faschisten zielgerichtet wirtschaftlich abhängig gemacht. Dazu werden künstliche Bedürfnisse erzeugt und Ängste geschürt.

Die versklavten Menschen rennen sich in einen künstlich inszenierten Arbeits- und Beschäftigungskarussell regelrecht tot.

Die Steuerbelastung beträgt in Deutschland schon jetzt über 70%.

Alle EU- Mitgliedsstaaten werden langsam schrittweise komplett versklavt und ausgeplündert.

Traditionelle Werte wie Heimat und Familie werden europa- und weltweit planmäßig vernichtet. Ethik und Moral werden aufgelöst. (Genderplan, Gleichschaltung der Kulturen/ Völker zu einer globalen *Multikultur* - Nazi- Plan)

Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und die Natur werden zielgerichtet zerstört. (Eugenik, Gentechnik, Freihandel TTIP, Fracking, Chemtrails- Haarp, Braunkohlentagebau, Vergiftung der Nahrungsmittel und des Wasser usw.)

Über regionale Kriege eine seit 2011 inszenierte neue Völkerwanderung, insbesondere aus Afrika und Vorderasien, soll die ethnische Vernichtung der Völker erheblich beschleunigt werden.

Die offenkundig dem Wahnsinn verfallenen Nazi- Rasse-Eugeniker planen global die Erschaffung einer neuen, willenlosen mischnegroiden Sklavenrasse (Fellachen-Typus) mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von maximal 90.

Das reicht aus zur Verrichtung spezialisierter Sklavenarbeiten und zum willenlosen Konsumieren.

Vernetztes Komplexes Denken wird sozusagen aus den Versuchspersonen herausgezüchtet.

Dazu sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der „dritten Welt“ aufgenommen werden. Dazu werden zielgerichtet die Heimatländer in Afrika und Vorderasien zerstört um die Menschen zu einer Völkerwanderung zu zwingen.

Beweis Aussagen von Thomas P. M. Barnett, US-Militärstrategie Chefberater des Pentagon und Chef von Wikistrat: (...), „Das Endziel ist die Gleichstellung aller Länder der Erde, [...] durch die Vermischung der Rassen, mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa, dazu sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von 90, zu dumm um zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten.“

Wir finden hier wieder die Forderung nach einer „Mischrasse“ –dem gleichgeschalteten Einheitsmenschen.

Dänische u. britische Politiker z.B. haben auch zugegeben, dass die Masseneinwanderung u.a. von kulturfremden Afrikanern und Muslimen den Zweck hat, unsere historischen Wurzeln zu zerreißen, um unsere Gesellschaften radikal zu ändern, u. um der Neuen Welt Ordnung den Weg zu ebnen.

Weitergehende Planungen der Faschisten sind auch mit Hilfe der Gentechnik Arbeitsdrohnen, Kampfdroiden ähnlich wie bei einen Bienenstaat zu züchten um die Existenz Herrscherkaste abzusichern und zu verewigen.

Die geistig schwer kranke Herrscherkaste selbst sieht sich als eine selbst auserwählte *Elite* und spielt auf der Erde Gott.

Der planmäßige, große ethnische Austausch ist nichts Geringeres als ein planmäßig durchgeführter Völkermord an allen betroffenen Völkern.

Das Eugeniker- Projekt verstößt klar gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es stellt Völkermord an den betroffenen Völkern dar, wie er durch die Gesetze der jeweiligen Länder definiert ist.

In Deutschland wird Völkermord durch § 6 des Völkerstrafgesetzbuchs wie folgt definiert:

- (1) Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,**
1. ein Mitglied der Gruppe tötet,
 2. einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt,
 3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
 4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen
 5. ein Kind der Gruppe gewaltsam in eine andere Gruppe überführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

Vor allem die rasant aussterbenden Deutschen sind das Hauptangriffsziel der ethnischen Säuberungen in Europa, weil die Deutschen den 1945 Schlüssel zur Befreiung bekommen haben.

Völkermord und Kriegsverbrechen durch die Faschisten und ihre bezahlt- gesteuerten Helfer sind heute alltägliche Gewohnheit.

Die Bevölkerung wird in der Bundesrepublik Deutschland mit ein komplexes, tiefenpsychologisch ausgefeilten Beschäftigungs- und Betreuungsprogramm pausenlos vom eigentlichen Lebenssinn abgelenkt.

Eine große Rolle spielen dabei die geheimdienstlichen Denkfabriken, die darin eingebetteten, gleichgeschalteten Medien und die gesteuerte Main Stream- Presse.

Die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland *Verfassungsschutz* und

Bundesnachrichtendienst überwachen und steuern darüber hinaus alle Oppositionsgruppen in Deutschland.

Auch alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und politischen Organisationen, Vereine und Stiftungen werden vom Regime bezahlt und gesteuert.

Daher ist auch eine normale patriotische Solidarisierung der Menschen untereinander, erst Recht eine politische Massenbewegung in Deutschland von vornherein unmöglich gemacht worden.

*(Beweis aktuelle politische Bewegungen wie z. B. Der linke Sektor, die rechte Sektor der 5. Kolonne in Deutschland wie die *Antifa*, die meisten *Montagsmahnwachen*, Friedensbewegungen, Umweltaktivistengruppen, *Pegida*- *Antipegida* und deren vielfältigen Ableger usw.)*

Projekt Weltherrschaft

Das ERFOLGREICHE Modellprojekt der staatlosen deutschen Nazikolonie wird strategisch- zielgerichtet durch wirtschaftliche Expansion und politisch- militärische Okkupation schrittweise über die Europäische Union - das 4. Reich auf ganz Europa und ab 2001 als das 5. Reich (New World Order- Nazi Plan) weltweit ausgedehnt.

1. Dazu werden schrittweise die betroffenen Staaten vollständig zu Firmen privatisiert.

2. Als zweiter Schritt wird die Bevölkerung des jeweiligen Landes über den juristischen Trick des Entzuges der Heimatstaatsangehörigkeit staatenlos gemacht.

Die betroffenen Länder erhalten über den privatisierten PERSONAL-STATUS der Bevölkerung die unmittelbare Kolonieangehörigkeit. Das Mutterland sind dabei die Sondergebiete des internationalen Bankenkartells City of London und Washington D.C.

Die europäische Union (EU) ist eine Nichtregierungsorganisation der Wirtschaft und der Banken. Die Unionsbürgerschaft der privatwirtschaftlichen EU stellt keine eigene Staatsangehörigkeit, sondern ist nur ein Mitgliedschaft-Bürgerschaftsverhältnis wie z. B in einen Verein dar.

Alle Nationalstaaten und Völker sollen schrittweise komplett aufgelöst werden. Das auch über die eigenen Massenmedien propagierte Endziel der Faschisten ist eine Neue Welt Ordnung eines Sklavenplaneten – Prisonplanet - Green Planet - das 5. Reich.

Die alt- historische Linie der Faschisten ist Babylon- Ägypten- Rom.

Staatenlos.info e. V. - Kommission 146 Deutschland wird in Deutschland von den deutschen Geheimdiensten, der deutschen Justiz und weiteren BRD- Behörden politisch massiv verfolgt, verunglimpft und mit illegalen Aktionen kriminalisiert um das hochbrisante Thema und die deutschen Generallösung zur Befreiung der Welt aus der Kolonie und zur Wiederherstellung des Weltfriedens zum Schweigen zu bringen.

16. Die Generallösung zur endgültigen BEFREIUNG von Deutschland, Europas und der gesamten Welt aus der faschistischen Kolonie und zur Wiederherstellung des Weltfriedens

Die Gefahr für die gesamte Menschheit kann jetzt sofort gebannt werden. Die Generallösung dafür ergibt sich aus dem Grundgesetz für die BRD - Nazikolonie.

Der wirtschaftliche, finanzielle und militärische Motor des Faschismus ist die BRD. Die Faschisten können sofort nur über die bis heute im besetzten, nicht unabhängigen Deutschland gültige alliierte Gesetzgebung gestoppt werden. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Kombination zwischen den Artikel 139 und Artikel 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) bedeutet den tatsächlich endgültigen Sieg über die Faschisten und deren Kolonialismus weltweit! Das von Adolf Hitler ab 1934 gleichgeschaltete *DEUTSCHE VOLK* kann insbesondere ohne die Hilfe Russlands das Ziel der Befreiung vom Faschismus nicht erreichen. Wird Deutschland nicht vom Faschismus befreit, wird letztendlich die ganze Welt/ Menschheit und insbesondere auch Russland und alle weiteren Widerstandsnationen vernichtet.

Wird Deutschland endgültig vom Faschismus befreit, kann sofort der II. Weltkrieg beendet und die gesamte Menschheit und natürlich jede kriegsbetroffene Nation gerettet werden.

Rechtsgrundlagen für die Befreiung ist die bis heute volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland:

Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD:

Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften aus *SHAEF – SMAD:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

**Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -
zum 26.07.2014 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe**

Artikel 159:

„Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.“

Beweis die Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...Verfügung von Hoher Hand in In- und Ausland eintreten.“

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben:

„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer- Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten

und aufgehoben:

„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten...“

Verweis Haager Landkriegsordnung - HLKO:

Auflösung der öffentlichen Ordnung durch Rechtsbankrott, totalitäre Justiz- und Behördenwillkür, Gewalt, Chaos und Gesetzlosigkeit, Plünderungen an Privateigentum der Bevölkerung durch die Faschisten in Deutschland gebieten ebenfalls den notwendigen Durchgriff:

im Artikel 42 bis 56 sind Regelungen zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem feindlichen Gebiet festgelegt. Ein Besatzer ist unter anderem verpflichtet, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten (Artikel 43). Einziehung von Privateigentum ist ebenso verboten wie Plünderungen. (Artikel 46 und 47)

Das bedeutet:

Aktivierung nicht angewandeter Gesetze!

Das bis heute rechtsgültigen alliierten SHAEF- Gesetze und SMAD- Befehle stehen ÜBER dem Grundgesetz FÜR die nicht souveräne Bundesrepublik Deutschland!

Das Grundgesetz ist die höchste Rechtsnorm FÜR die BRD.

Das Grundgesetz wurde 1949 von den Alliierten FÜR die BRD verordnet.

Die Russische Föderation ist bis heute komplett für Deutschland zuständig.

Kombination mit:

Artikel 146 Grundgesetz FÜR die BRD:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”

Das bedeutet:

I. Entnazifizierung aller deutschen Bundesbürger aus der deutschen Nazi-Zwangsangehörigkeit, restlose und endgültige Beseitigung aller verbotenen nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen sowie deren Auslegungen und Bestandteile in Deutschland.

II. Befreiung der rechtsgültigen Weimarer Reichsverfassung von 1919 vom kolonialen Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland

III. Danach Reformierung der Verfassung durch Volksabstimmung in Deutschland

17. Notwendige Schritte zur Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus und Nazismus:

1. Berlin- Karlshorst 2: Bedingungslose Kapitulation des 3. Reiches durch Frau Angela Merkel als letztes Glied in der Kette.

Damit sofortige Abschaltung der deutschen Nazi-Kolonie *Bundesrepublik Deutschland* als wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Motor des internationalen Faschismus. (Projekt 4. und 5. Reich)

2. Nürnberg 2 bedeutet die endgültige Befreiung Deutschlands vom Faschismus über Einrichtung eines SHAEF- SMAD- Gerichtes mit internationaler Strafverfolgung für alle Nazi- und Kriegsverbrecher durch die zuständige alliierte Hohe Hand. Dazu erfolgt die formelle Reaktivierung auch der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zum Schutz der deutschen Bevölkerung, der Arbeit der Übergangsregierung, zur endgültigen Entnazifizierung der Deutschen, Befreiung der WRV 1919 vom Grundgesetz FÜR die BRD, Rückführung der Deutschen in ihre Heimat, Wiederherstellung der Heimatländer/Bundesstaaten. Alle BRD- Organisationen, Parteien und Verbände sind wegen Beteiligung an der Weiterführung des 3. Reiches, Nazi- und Kriegsverbrechen, Völkermord zu verbieten und aufzulösen, der gesamte BRD- Verwaltungsapparat ist aufzulösen. Das gesamte Personal der deutschen Organisationen, Verwaltung und der Wirtschaft ist der militärjuristischen Prüfung und Verantwortung zuzuführen. Der friedliche Wandel und die Auflösung der BRD – Nazikolonie erfolgt ähnlich wie 1990 die Abwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik*.

Staatenlos.info/Kommission -146 Deutschland - Rüdiger Hoffmann und Helmut Buschujew erheben Klage und Strafanzeige gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren hauptverantwortliche Personenkreise wegen Nazi-und Kriegsverbrechen und Völkermord.

4. Zur Sicherstellung der entnazifizierten Verwaltung und des schrittweisen Wiederaufbaus Deutschlands zeitgleiche Einrichtung einer militärischen Übergangsregierung mit Genehmigung und Auftrag der zuständigen alliierten Hohen Hand.

4. Konferenz von Jalta 2 bedeutet umgehende Einrichtung einer Welt-Friedenskonferenz mit Beteiligung von staatenlos.info - Kommission 146 als Vertreter Deutschlands zum Abschluß der Friedensverträge mit allen beteiligten Nationen – Löschung der UN- Feindstaatenklausel.

5. Abzug der Alliierten Besatzungsmächte aus Deutschland. Die Übergangsregierung stellt sich weiterhin unter den Schutz der Russischen Föderation bis der Faschismus weltweit endgültig beseitigt ist.

**6. Die Arbeit der Übergangsregierung:
Reformierung der Weimarer Reichsverfassung (WRV) 1919 durch eine verfassungsgebende Kommission.
Abstimmungen der Entwürfe über Referenden.
Schrittweise Umsetzung des staatenlos.info Heimat- und Friedensprogramms als globales Modellprojekt.**

Die Übergangsregierung wird gebildet mit der Abstimmung der Siegermächte/ Russische Föderation durch die Organisation staatenlos.info/ Kommission -146 Deutschland

7. Gemeinsame Wiederherstellung der Heimat- Achse Deutschland- Preußen– Russland als Garant für den Weltfrieden, Wohlstand und Zukunft für alle Völker der Welt. (als ewiger Bruderbund)

**8. Aufbau einer gemeinsamen Eurasischen Union freier und unabhängiger Nationalstaaten mit Rückkehr zu den vielfältigen ethnischen Kulturen und ethisch-moralischen Werten.
Darüber hinaus Reformierung der Weltgemeinschaft als ewiges Freundschafts- und**

Friedensbündnis freier, souveräner Nationen und Völker!

Ziel: Die Weltordnung des Friedens und der Harmonie unter Einhaltung der natürlichen und göttlichen Ordnung.

18. Maßnahmen aller kriegsbetroffener Nationen und deren Völker wie z. B. Syrisch Arabische Republik, Islamische Republik Iran, Libanesische Republik, Republik Irak, Islamische Republik Afghanistan, Volksrepublik Donezk, Demokratische Volksrepublik Korea, Volksrepublik China, Palästina, Republik Kuba, Republik Guatemala, Indien, Bolivarische Republik Venezuela, Brasilien, Republik Serbien, Transnistrien/ Republik Moldau, Republik Tschetschenien, Ägypten, Hellenische Republik Griechenland, Königreich Spanien, Republik Portugal, Italien, Zypern, Ungarn und viele weitere Nationen

1. Schutz der ausländischen Bürger und Migranten, die in der Bundesrepublik Deutschland migriert leben und arbeiten:

Diese Personen sind durch Täuschung Ihrer Staatsangehörigkeit beraubt, in dem sie die Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* / Deutsche Staatsangehörigkeit* von 1934 – Adolf Hitler erhalten haben. Weiter wurden diese russischen Menschen durch die BRD ab dem 8.12.2010 staatenlos gemacht und total entrechtet. (Siehe Beweisanlagen dazu)
Alle Ausländer sind in der BRD durch willkürliche Übergriffe der deutschen Faschisten (Behörden und Justiz usw.) in ihrer persönlichen Sicherheit akut gefährdet.
Die deutschen Faschisten wenden dazu illegal verbotene Nazigesetze an.
Die deutschen Faschisten wenden dazu illegal verbotene Nazigesetze an. Dazu zählen die vielen Geld- Erpressungen im Kraftfahrzeugbereich, insbesondere aber auch die Nazisteuergesetzgebung von 1937 mit Anwendung nationalsozialistischer Zwangsgesetze (Justizbeitreibungsverordnung vom 11.März 1937) von Adolf Hitler usw.

2. Anträge aller betroffenen Nationen auf Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates und der UNO

3. Klageerhebung aller betroffenen Nationen bei dem zuständigen Hauptmilitärstaatsanwalt (HMSTA) / Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation

4. Klageerhebung aller betroffenen Nationen an den Internationalen Strafgerichtshöfen in Den Haag und Malaysia

5. Die bundesdeutschen Organisationen und Firmen im Ausland dienen als verdeckte Operationsbasen zur Zerstörung der jeweiligen Nation.

Sie gehören zum Nazi- Projekt Barbarossa 2.

Dazu zählen auch alle politischen Organisationen, Parteien und Verbände der BRD. Diese Organisationen sind zu verbieten und deren Vermögen zu beschlagnahmen. In die betroffenen Staaten, einreisende Agenten und politische und wirtschaftliche Aktivisten (Geschäftsleute) der Faschisten (Nazis) sind vorsorglich festzunehmen und der zuständigen Justiz zuzuführen. Schädigende Unternehmungen dieser global agierenden Personenkreise müssen sofort gestoppt werden.

6. Mobilisierung der eigenen Bevölkerung der betroffenen Nationen: Handlungsanleitung Urkunde International für Menschen anderer Nationen zur Unterstützung der Befreiung:

<http://staatenlos.info/index.php/loesung-urkunde-146-menu/urkunde-international/handlungsanleitung-urkunde-international.html>

19. Solidarisierung der Deutschen und Menschen anderer Nationen zur Befreiung Deutschland/ Europas und der Welt vom Faschismus:

- 1. das letztendlich einfache deutsch europäische Kernthema: staatenlos in der BRD EU Nazikolonie und die gesetzliche Generallösung zur Rückkehr in die Heimat und den Welt-Frieden Artikel 139 – Artikel146 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland erfassen und verstehen**
- 2. Heimatrehabilitation/ Entnazifizierung an die zuständige Hohe Hand nach Moskau**
- 3. Gegenseitige E Mail- Vernetzung (Kontaktformular auf staatenlos.info nutzen) und zielgerichtete Weiterverbreitung des Themas auf allen Ebenen (Weitergabe staatenlos.info - Flyer, Internet, Facebook, Twitter, Presse/ Medien, Veranstaltungen etc. pp.)**
- 4. Teilnahme an den staatenlos.info Veranstaltungen in Berlin und anderen Orten**
- 5. (regelmäßige) finanzielle Unterstützung der staatenlos.info / NOD-Befreiungsbewegung- jeder €uro zählt!**
- 6. Ihre Heimat Staatsangehörigkeit erhalten sie nach der Befreiung von den Heimatbehörden ausgestellt. Bitte dazu die Handlungsanleitung genau beachten und befolgen:
<http://staatenlos.info/index.php/loesung-urkunde-146-menu/handlungsanleitung-heimatpaket.html>**

Rüdiger Hoffmann
Präsident staatenlos.info e. V. – Kommission 146 Deutschland

**SHAEF= Gesetze der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces*

**SMAD - Befehle der Sowjetischen Militär Administration in Deutschland*

Hologramm des Faschismus

- 1871- 1913 I. Reich Heimat der Deutschen - *BuStag 1870
1913- 1933 Heimat der Deutschen - *RuStag 22. Juli 1913
1914- 1918 I. Weltkrieg - Auflösung der Erbmonarchien- Kulturrevolution
1919 II. Reich Heimat der Deutschen - *RuStag 22. Juli 1913
sung der Erbmonarchien- Kulturrevolution 1919 II. Reich Heimat der Deutschen - *RuStag 22.07.1913, WRV 1919
- 1933 III. Reich Einführung der Kolonie in Europa - Ermächtigungsgesetz, Gleichschaltung der Länder- Aberkennung deutsche Staatsangehörigkeit RGBl I S 480 28. Juli 1933 - Vermögensbeschlagnahme - Plünderung NS- Gesetz
1934 Kolonieangehörigkeit -Deutsche Staatsnagehörigkeit RGBl 5.2.1934 - Neues Staatsrecht - Staatsgrundgesetz 1934 Unm. Rang. R=STAG - NS- Gesetze
1939- 1945 II. Weltkrieg - Zerschlagung souveräner Nationalstaaten - Kulturrevolution - Völkermord
1943/1944 Vorbereitung 4. Reich - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
1945 keine Friedensverträge - 3. Reich geht nicht unter - keine Entnazifizierung
1946 IMG Kriegsverbrechertribunal, Militärbefehl Deutsche Zwangsangehörigkeit 1934 bleibt in Deutschland bestehen
- NS Gesetze - Kalter Krieg
1949 Gründung Deutsche Teilkolonien DDR und BRD - NS- Gesetze
1957 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG - I. Phase 4. Reich
1990 Auflösung DDR, vereinigt Wirtschaftsgemeinschaft BRD, NATO- Verträge, Plünderung Volksvermögen, komplette Privatisierung - Kulturrevolution- NS- Gesetze
1992 EU Maastricht Vertrag/ EU- Staatenlosigkeit
1993 Gründung der EU - II. Phase 4. Reich
1999/ 2010 Massenversklavung - geheimer Staatsstreich - alle Deutschen werden durch Bereinigung des STAG 1934 staatenlos- Roma Sinti- Status R=STAG
2007 Lissabon Vertrag/ EU- Todesstrafe - RGBl 1933 Teil I S.151
2001 Nato- Bündnisfall
2012 *ESM- Ermächtigungsgesetz - Plünderung Spareinlagen ESM
2013 Ukraine- Rußland Krieg
- Planmäßiger Genozid an den Völkern
Neue Welt Ordnung der Faschisten
SkLavenplanet
Zukunft ohne Menschen - 5. Reich
- Befreiung GG Art. 139 GG Art. 146**
IMG Kriegsverbrechertribunal II
Anwendung SHEAF- SMAD
Friedenskonferenz Jalta II
Natürliche Welt Ordnung des Friedens und der Harmonie der freien Völker

Erläuterungen: *BuStag = Bundesstaatsangehörigkeitgesetz Juli 1870 / *RuStag = Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz 22. Juli 1913
*Unm.R.Ang. - unmitttelbare Reichsangehörigkeit aus den kaiserlichen Kolonien (Schutzgebiete) / *R=STAG - Reichs = Staatsangehörigkeit / *RGBl- Reichsgesetzblatt / *ESM - Europäischer Stabilitätsmechanismus / *SHEAF= Gesetze der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces / *SMAD - Befehle der Sowjetischen Militär Administration in Deutschland / *HLKO - Haager Landkriegsordnung





**"Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß, und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!" -
Leben des Galilei, Bertolt Brecht Werke**

ein Volk, ein Reich, ein Führer



ein Volk, ein Reich, ein Euro



"Wenn wir den europäischen Kontinent wirklich führen wollen (...) so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst." — Werner Daitz, 1940, Denkschrift





Lügenpresse



Quelle: Google Books (books.google.com/ngrams)



Unser Führer!



Deutschland ist ein besetztes Land

Veröffentlicht am 15. Februar 2013



„DIE NATO IST
GESCHAFFEN
WORDEN UM DIE
RUSSEN DRAUSSEN
ZU HALTEN, DIE
AMERIKANER DRIN ZU
HALTEN UND DIE
DEUTSCHEN
UNTEN ZU HALTEN.“

ERSTER
NATO-GENERALSEKRETÄR 1952



LORD HASTINGS
LIONEL ISMAY



Это Шверинский танк !!! Немцами
написано: "Освободите нас ещё раз".

Beweisanlagen

Deutschland - Ein Rückblick in die Geschichte bis in zur Gegenwart

Deutschlands Regierungszeiten bis 1945

Deutschland (das Deutsche Reich) hatte bis 1945 drei Regierungszeiten.

Das 1. Deutsche Reich wurde 1871 gegründet und war eine konstitutionelle Monarchie, mit einem demokratisch gewählten Parlament. Die Macht hatte jedoch der Kaiser und der von ihm ernannte Reichskanzler.

Otto von Bismarck war der 1. Reichskanzler. Die 1870 gesetzlich erlassene Staatsverfassung nannte sich Reichsverfassung 1871 und definierte das Staatsgebiet aus dem jetzigen Bundesgebiet, Elsass-Lothringen, Pommern, Schlesien, Posen, Ost- und Westpreussen. Nach dem ersten Weltkrieg verlor das Deutsche Volk die besetzten Gebiete Elsass-Lothringen (an Frankreich) und östliche Gebiete Preussens (heute Polen).

Es entstand in Fortsetzung des Deutschen Reiches 1918 die Weimarer Republik als das sog. 2. Reich. Es war die erste demokratisch parlamentarische Republik.

Die parlamentarisch beschlossene Weimarer Reichsverfassung (WRV) löste das kaiserliche Verfassungsgesetz von 1871 ab und legitimierte das Versailler Friedensdiktat, welches Adolf Hitler den Weg ebnete.

Mit der Machtergreifung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde das Deutsche Heimatreich der Weimarer Republik durch die nationalsozialistische Gleichschaltungskolonie des 3. Reiches überlagert.

Die bis heute rechstgültige Weimarer Reichsverfassung wurde ab 1934 durch das NS-Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* überlagert.

Mit dem sog. *Polenfeldzug* 1939 löste Adolf Hitler inszeniert den zweiten Weltkrieg aus...

Der II. Weltkrieg wurde nicht beendet

Der fehlende Weltfrieden

Der II. Weltkrieg wurde bis heute nicht beendet.

Am 8. Mai 1945 erfolgt nur die bedingungslose Kapitulation der militärischen Streitkräfte des III. Reiches von Adolf Hitler.

Das dritte Reich selber kapituliert NICHT!

1945 hat Deutschland keine Friedensverträge mit über 54 Nationen geschlossen.

1990 wurden mit der deutschen Teilvereinigung wiederum keine Friedensverträge mit Deutschland geschlossen.

Weltweiter Kriegszustand unter Waffenstillstandbedingungen und Anwendung der Kriegslisten. (HLKO Artikel 24: "Kriegslisten sind ... erlaubt.")

Die Folgen sind weltweit vernichtend. (aktuell Syrien, Irak, Ukraine usw.)



“Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.”

Amerikanische Regierungsanweisung
ICG 1067, April 1945
(vgl. "Welt" vom 4. Juli 1994)

Kriegserklärungen gegen Deutschland

*

2. Weltkrieg 1939 - 1945 > Kriegserklärungen gegen Deutschland:

*

- 1.) 1. September 1939 — Polen
- 2.) 3. September 1939 — Großbritannien
- 3.) 3. September 1939 — Australien
- 4.) 3. September 1939 — Neuseeland
- 5.) 3. September 1939 — Frankreich
- 6.) 6. September 1939 — Südafrikanische Union
- 7.) 10. September 1939 — Kanada
-
- 8.) 9. April 1940 — Norwegen
- 9.) 9. April 1940 — Dänemark
- 10.) 10. Mai 1940 — Niederlande
- 11.) 10. Mai 1940 — Belgien
- 12.) 10. Mai 1940 — Luxemburg
-
- 13.) 6. April 1941 — Jugoslawien
- 14.) 6. April 1941 — Griechenland
- 15.) 22. Juni 1941 — UdSSR (Sowjetunion)
- 16.) 9. Dezember 1941 — China (Chungking-Regierung)
- 17.) 9. Dezember 1941 — Frankreich (De Gaulle-Komitee)
- 18.) 11. Dezember 1941 — USA (nach deutscher Kriegserklärung)
- 21.) 11. Dezember 1941 — Kuba
- 22.) 11. Dezember 1941 — Dominikanische Republik
- 23.) 11. Dezember 1941 — Guatemala
- 24.) 11. Dezember 1941 — Nicaragua
- 25.) 11. Dezember 1941 — Haiti
- 26.) 12. Dezember 1941 — Honduras
- 27.) 12. Dezember 1941 — El Salvador
- 28.) 17. Dezember 1941 — Tschechoslowakei (Exilregierung rückwirkend ab 15. März 1939)
-
- 29.) 19. Januar 1942 — Panama
- 30.) 22. Mai 1942 — Mexiko
31. August 1942 — Brasilien
- 32.) 1. Dezember 1942 — Äthiopien
-
- 33.) 16. Januar 1943 — Irak
- 34.) 7. April 1943 — Bolivien
- 35.) 9. September 1943 — Iran

- 36.) 13. Oktober 1943 — Italien (Badoglio-Regierung)
- 37.) 27. November 1943 — Kolumbien
-
- 38.) 27. Januar 1944 — Liberia
- 39.) 21. August 1944 — San Marino
- 40.) 25. August 1944 — Rumänien (nach Sturz Antonescus)
- 41.) 8. September 1944 — Bulgarien
- 42.) 31. Dezember 1944 — Ungarn (Gegenregierung)
-
- 43.) 2. Februar 1945 — Ecuador
- 44.) 8. Februar 1945 — Paraguay
- 45.) 12. Februar 1945 — Peru
- 46.) 15. Februar 1945 — Uruguay
- 47.) 16. Februar 1945 — Venezuela
- 48.) 26. Februar 1945 — Ägypten
- 49.) 26. Februar 1945 — Syrien
- 50.) 27. Februar 1945 — Libanon
- 51.) 28. Februar 1945 — Saudi Arabien
- 52.) 1. März 1945 — Türkei
- 53.) 3. März 1945 — Finnland (rückw. ab 15. Sept. 1944)
- 54.) 27. März 1945 — Argentinien

.....
 (Quelle: Der große Ploetz, Verlag Ploetz , Freiburg 1991)

*

Die Aufstellung zeigt Tatsachen ganz deutlich, dass die Verantwortung für die Ausweitung eines lokalen Krieges zum Weltkrieg bei den Alliierten liegt.
 Im Jahre 1945 existierten nur 60 Nationen auf der Erde! Von diesen hatten 54 Deutschland den Krieg erklärt. Mit diesen 54 Nationen wurden bis heute keine Friedensverträge abgeschlossen. Der Kriegszustand mit Deutschland wurde somit zementiert.

1948 wurde die UNO (United Nations Organisation) von 50 Nationen gegründet. Diese beschlossen die Anwendung der Feindstaatenklausel auf Deutschland.
 Die alliierten Besatzungstruppen haben Deutschland nie verlassen. Die alliierte Vorbehaltsrechte sind u.a. im Artikel 139 GG .festgelegt Ferner unterhalten die Alliierten Atomwaffen auf deutschen Boden. Ergebnis: Deutschland hat bis heute keine Souveränität, die deutsche Demokratie ist eine Täuschung und die regierenden Politiker sind nur Tothschild- Marionetten.

www.staatenlos.info



In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 unterzeichnete Keitel (l. im Bild) die Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Karl Dönitz (r. im Bild) als offizieller Rechtsnachfolger von Adolf Hitler blieb in Flensburg und Kapitulierte nicht!

Das 3.Reich von Adolf Hitler wurde zu keiner Zeit beendet, und wurde mit Hilfe der HLKO Art. 24 (Kriegslisten sind erlaubt) bis Heute weiter geführt !



HLKO Artikel 24: „Kriegslisten sind erlaubt!“ = das 3. Reich von Adolf Hitler kapituliert 1945 NICHT!



Bundesarchiv, Bild 183-R77799
Foto: o. Ang. | 8. Mai 1945

Die Kapitulation Deutschlands 1945

Am 08. Mai 1945 kapituliert nur die deutsche Wehrmacht. In der “Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands”, die seit dem 5. Juni in Kraft ist, heißt es:

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und **haben bedingungslos kapituliert**, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen.

(Kriegslist) Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Hier ist klarzustellen, dass die Kapitulation nicht Deutschland betraf, sondern nur die Heeresführung des 3. Reiches von Adolf Hitler nach Art. 35 der Haager Landkriegsordnung.

Das 3. Reich ist mit der Kapitulation der Militärs nicht untergegangen.

“Die Kapitulation stellt keine Präjudiz (Vorentscheidung) für an ihrer Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.”

Nürnberger Kriegsverbrechertribunal: Die NS- Hauptkriegsverbrecher wurden nicht zur Verantwortung gezogen!





Telford Taylor

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“

Telford Taylor



Telford Taylor (* 24. Februar 1908 in Schenectady, New York; † 23. Mai 1998 in New York) war ein US-amerikanischer Jurist, Historiker, Politikwissenschaftler und Buchautor.

Leben:

Telford Taylor wurde 1908 in Schenectady, US-Bundesstaat New York, als Sohn des Physikers John Bellamy Taylor und dessen Ehefrau Marcia (geb. Estabrook Jones) geboren. Nach dem Besuch der Elmer Avenue Grade School, der Schenectady High School, ging Taylor zum Williams College, Williamstown, Massachusetts. 1928 schloss er mit dem A.B. degree (Artium Baccalaureus / Bachelor of Arts) ab und unterrichtete von 1928 bis 1929 Geschichte und Politische Wissenschaften an diesem College. 1932 erlangte er den A.M. degree (Artium Magister / Master of Arts), besuchte im Anschluss daran die Harvard Law School. 1932 wurde ihm hier der LL.B. (Legum Baccalaureus / Bachelor of Laws) verliehen.

Nürnberger Prozesse:

Im Prozess gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg amtierte Taylor zunächst als Assistent (Beigeordneter Ankläger) des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson. 1946 wurde er zum Brigadegeneral ernannt, übernahm im Oktober Jacksons Posten und klagte – nun selbst Hauptankläger - vor dem amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg in 12 Nachfolgeprozessen weitere zahlreiche NS-Kriegsverbrecher an.

Zum offiziellen Abschluss der Prozesse vor amerikanischen Militärgerichten erklärte Telford Taylor am 9. Mai 1949: *„Ich wage vorherzusagen, daß wir mit fortschreitender Zeit eher mehr als weniger von den Nürnberger Prozessen hören werden, und daß das die Beendigung dieser Prozesse [erst] den Beginn und keineswegs das Ende bedeuten, von Nürnberg, als einer [großen, einflußreichen] Kraft für Politik, Recht und Moral. Nürnberg war [nur] **Teil eines Gesamtprozesses zur Stärkung des Rechts** – Recht, das [bereits] lange vor diesen Prozessen bestand, Recht, das auch zukünftig immer weiter bestehen wird. **Diesem Recht sind nicht allein die Deutschen, oder die Japaner verpflichtet, dieses Recht bedeutet eine Verpflichtung für die gesamte Menschheit.**“*

McCarthy-Ära:

In die USA zurückgekehrt, bezog er entschiedene Stellung gegen die hysterischen Formen annehmende Kommunismohatze der sogenannten McCarthy-Ära, den Vietnamkrieg und andere außenpolitische Abenteuer der USA. Ganz bewusst zog er dabei Vergleiche mit den NS-Greueln. Ab 1962 lehrte er Recht an der Columbia University in New York. 1976 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der juristischen Fakultät der *Cardozo*

School of Law an der jüdischen Yeshiva University in New York, an der er auch unterrichtete. 1994 beendete er seine Lehrtätigkeit.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Telford_Taylor

Die betrogenen Russen

Jacques Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg

Der II. Weltkrieg:

Geschätzter Schaden der damaligen Sowjetunion – heutiger Rechtsnachfolger Russische Föderation: ca. 130 Milliarden Dollar.

Josef Stalin vereinbarte in Jalta Reparationszahlungen an Russland nur 10 Milliarden Euro.

Bekommen haben die Russen: 600 Millionen von den Alliierten besetzten Deutschland in Maschinen und Güter (zum Teil umgetauscht in Weizen und andere Rohstoffe) Von der späteren DDR noch mal 4,5 Milliarden.

Insgesamt ca. 5 Milliarden Euro.

Schon 1946 stellte der amerikanische General in D. Clay alle Zahlungen an Russland ein. In der deutschen Nazikolonie haben US- amerikanische Firmen des militärisch industriellen Komplexes wie Coca-Cola, IBM, IG-Farben Ford, Opel, BASF, SHELL, Blohm & Voss etc. pp. enorme Gewinne eingefahren mit Lohndumping, Zwangsarbeit usw. Die Firmen gehören anteilmäßig den USA und sollen natürlich keine Reparationen zahlen. Die US- gesteuerten Firmen und Banken wurden bei den zielgerichteten Flächenbombardierungen der Westalliierten kaum zerstört. Der Bombenvernichtungskrieg diente vor allem zur Zerstörung der deutsch-europäischen Kultur und der ethnischen Säuberung gegen die Zivilbevölkerung.

Die USA verlor insgesamt im II. Weltkrieg 300.000 Menschen und hatte 1 Mill. Verwundete zu beklagen. In Europa waren es vergleichsweise *nur* 160.000 Soldaten. Die USA und England transportierten noch vor dem Einrücken der Russen aus der SBZ 10.000 Güterwagons mit Patenten, Nazi-Gold, Beutekunst und wertvolle Güter aller Art, Fachpersonal in ihre westlichen Besatzungszonen – der zukünftigen BRD. Auch wurden die Banken und Konten in der späteren SBZ vor den Einmarsch der russischen Truppen geplündert. Die SS von Heinrich Himmler spielte bei der perfekt organisierten Übergabe aller kriegswichtigen Patente und Güter eine zentrale Rolle.

Insbesondere die westlichen alliierten USA haben in ihren Zuständigkeitssektoren rasch den echten Antifaschisten Einhalt geboten und ersetzen diese in allen führenden Positionen mit ausgebildeten SS- und Gestapopersonal des fortgeführten III. Reiches. Die NS- Sklavenkolonie *Bundesrepublik Deutschland* wird bis heute von den USA rigoros ausgeplündert und ausgenutzt.

In Italien wurde der Faschismus ohne Mussolini einfach weitergeführt.

In Griechenland wurden die Partisanen und Antifaschisten mit Waffengewalt rigoros unterdrückt.

Quellverweise:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02811_110211.pdf

<http://www.amazon.de/Der-Mythos-vom-guten-Krieg/dp/3894382201>

http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/index.php?option=com_content&task=view&id=298

Note der Sowjetregierung an die Westmächte

über den Friedensvertrag mit Deutschland

Moskau, 11. März 1952.
Die Sowjetregierung hat
für Auswärtige Angelegenheiten,
Großbritannien, Frankreich,
Oschagnessy, und die USA,
Note der Sowjetregierung

„Die Sowjetregierung hat die
Regierung der Vereinten Nationen
darauf aufmerksam gemacht,
Bereitung des Krieges zu beenden,
zudem Jahre, verbrachten
Friedensschaffen.“

Leitende Minister
dem Botschafter
der USA, Herrn
Brienvat, eine
Friedensvertrages

„...möglichsten, die infolge des zweiten
Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser
Probleme sind die europäischen Staaten, die unter
Hitleraggression gelitten haben, besonders die
Westmächte Deutschlands, zutiefst interessiert. Der
Sowjetregierung ist es ein Anliegen, die Beziehungen mit Deutschland
auf demokratischer Basis zu normalisieren.“

mit Deutschland. Der
Friedensvertrages mit
Deutschland.
Nächstehend der Text
Entwurfes für die Grundlagen eines

„...möglichsten, die infolge des zweiten
Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser
Probleme sind die europäischen Staaten, die unter
Hitleraggression gelitten haben, besonders die
Westmächte Deutschlands, zutiefst interessiert. Der
Sowjetregierung ist es ein Anliegen, die Beziehungen mit Deutschland
auf demokratischer Basis zu normalisieren.“

Grundlagen eines
Friedensvertrages mit
Deutschland.
Nächstehend der Text
Entwurfes für die Grundlagen eines

„...möglichsten, die infolge des zweiten
Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser
Probleme sind die europäischen Staaten, die unter
Hitleraggression gelitten haben, besonders die
Westmächte Deutschlands, zutiefst interessiert. Der
Sowjetregierung ist es ein Anliegen, die Beziehungen mit Deutschland
auf demokratischer Basis zu normalisieren.“

demokratischen Politik
auf demokratischer Basis zu normalisieren.“



Illustration: KÜNSTLERKOLLEKTIV DRESDEN

Quelle: 1979-11, Ab Deutsche Zeitung, Dresden, S. 101, 1952

НОТА СОВЕТСКОГО ПРАВИТЕЛЬСТВА

Правительствам США, Великобритании и Франции

о мирном договоре с Германией

10 марта Заместитель Министра Иностранных Дел СССР А. А. Громыко вручил Послу Великобритании г-ну Гаскойну, Временному Поверенному в делах США г-ну О'Шонесси и Временному Поверенному в делах Франции г-ну Брионвалю ноту Советского Правительства по вопросу о подготовке мирного договора с Германией. К ноте приложен советский проект Основ мирного договора с Германией.

Ниже приводится текст ноты Правительству США и текст упомянутого проекта Основ мирного договора с Германией.

«Советское Правительство считает необходимым обратить внимание Правительства Соединенных Штатов Америки на то, что, хотя прошло уже около семи лет со времени окончания войны в Европе, мирный договор с Германией все еще не заключен.

В целях устранения такого ненормального положения Советское Правительство, поддерживая обращение Правительства Германской Демократической Республики к четырем державам с просьбой ускорить заключение мирного договора с Германией, со своей стороны обращается к Правительству Соединенных Штатов, а также к правительствам Великобритании и Франции, с предложением безотлагательно обсудить вопрос о мирном договоре с Германией с тем, чтобы в ближайшее время подготовить согласованный проект мирного договора и представить его на рассмотрение соответствующей Международной конференции с участием всех заинтересованных государств.

Разумеется, такой мирный договор должен быть выработан при непосредственном участии Германии в лице общегерманского правительства. Из этого следует, что СССР, США, Англия и Франция, выполня-

юще контрольные функции в Германии, должны также рассмотреть вопрос об условиях, благоприятствующих скорейшему образованию общегерманского правительства, выражающего волю германского народа.

В целях облегчения подготовки проекта мирного договора Советское Правительство со своей стороны предлагает на рассмотрение правительств США, Великобритании и Франции прилагаемый при этом проект Основ мирного договора с Германией.

Предлагая обсудить этот проект, Советское Правительство в то же время выражает готовность рассмотреть и другие возможные предложения по этому вопросу.

Правительство СССР рассчитывает получить ответ Правительства США на упомянутое предложение в возможно более короткий срок.

Аналогичные ноты направлены Советским Правительством также правительствам Великобритании и Франции.

Основы мирного договора с Германией

УЧАСТНИКИ.

Великобритания, Советский Союз, США, Франция, Польша, Чехословакия, Бельгия, Голландия и другие государства, участвовавшие своими вооруженными силами в войне против Германии.

ПОЛИТИЧЕСКИЕ ПОЛОЖЕНИЯ.

1. Германия восстанавливается как единое государство. Тем самым кладется конец расколу Германии в единую Германию получает возможность развития в качестве независимого, демократического, миролюбивого государства.

2. Все вооруженные силы оккупирующих держав должны быть выведены из Германии не позднее, чем через год со дня вступления в силу мирного договора. Одновременно с этим будут ликвидированы все иностранные военные базы на территории Германии.

3. Германскому народу должны быть обеспечены демократические права с тем, чтобы все лица, находящиеся под германской юрисдикцией, без различия расы, пола, языка или религии, пользовались правами человека и основными свободами, включая свободу слова, печати, религиозного культа, политических убеждений и собраний.

4. В Германии должна быть обеспечена свободная деятельность демократических

партий и организаций, с предоставлением им права свободно решать свои внутренние дела, проводить съезды и собрания, пользоваться свободой печати и изданий.

5. На территории Германии не должно быть допущено существование организаций враждебных демократии и делу сохранения мира.

6. Всем бывшим военнослужащим немецкой армии, в том числе офицерам и генералам, всем бывшим нацистам, за исключением тех, кто отбывает наказание по суду за совершенные ими преступления, должны быть предоставлены гражданские и политические права наравне со всеми другими немецкими гражданами для участия в строительстве миролюбивой демократической Германии.

7. Германия обязуется не вступать в какие-либо коалиции или военные союзы, направленные против любой державы, принимавшей участие своими вооруженными силами в войне против Германии.

ТЕРРИТОРИЯ.

Территория Германии определяется границами, установленными постановлениями Потсдамской конференции великих держав.

ЭКОНОМИЧЕСКИЕ ПОЛОЖЕНИЯ.

На Германию не налагается никаких ограничений в развитии ее мирной эконо-

мики, которая должна служить росту благосостояния германского народа.

Германия не будет также иметь никаких ограничений в отношении торговли с другими странами, в мореплавании, в доступе на мировые рынки.

ВОЕННЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ.

1. Германии будет разрешено иметь свои национальные вооруженные силы (сухопутные, военно-воздушные и военно-морские), необходимые для обороны страны.

2. Германии разрешается производство военных материалов и техники, количество и тип которых не должны выходить за пределы того, что требуется для вооруженных сил, установленных для Германии мирным договором.

ГЕРМАНИЯ И ОРГАНИЗАЦИЯ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ.

Государства, заключившие мирный договор с Германией, поддержат обращение Германии о принятии ее в члены Организации Объединенных Наций.

Г.г. Гаскойн, О'Шонесси и Брионваль сообщают, что указанные ноты и проект Основ мирного договора с Германией они передадут своим правительствам.

ПОЛИТИЧЕСКОЕ ВОСПИТАНИЕ НАУЧНЫХ КАДРОВ

От корреспондента «Правды» по Липецкой ССР

Научные работники Липецкой ССР могут гордиться тем, что им удалось в кратчайшие сроки решить задачу политического воспитания научных кадров...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Важнейшим звеном в процессе политического воспитания научных кадров является работа с молодежью...

Забота о рабочих союзах

АПА-АТА, 10. (Юр. «Правда»). Профсоюзная организация...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

Профсоюзная организация в Апата-Ате проводит активную работу по заботе о рабочих союзах...

НОТА СОВЕТСКОГО ПРАВИТЕЛЬСТВА

Правительством США, Великобритании и Франции

о мирном договоре с Германией

10 марта Заключили Министры Иностранного Дела СССР, А. Громыко, министр Иностранного Дела США, Дж. Бернс...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

ЗАДАЧИ УСПЕХА

Секретарь парторганизации Иван Климов

Письма из партийной организации колхоза

ПРОЕКТ СОВЕТСКОГО ПРАВИТЕЛЬСТВА

о мирном договоре с Германией

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Соединенные Штаты Америки и Франция не имеют никаких претензий к Советскому Союзу...

Kriegsfall für alle betroffenen Nationen!
Österreich bekommt keine Souveränität, wenn Deutschland nicht frei ist und die Friedensverträge unterzeichnet sind! Dasselbe gilt für z. B. auch für Japan!

725

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1955 Ausgegeben am 30. Juli 1955 39. Stück

182. Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich.

182.

Nachdem der am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnete Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits, welcher also lautet:

Soweit bekannt ist, hat das österr. Volk nach dem WW I. sich mit dem deutschen per Volksentscheid verbunden - dieser kraftvollen Verbindung widersprachen die Alliierten. Staatsvertrag ist kein Friedensvertrag - d.h., wie im politischen Umfeld üblich, wird die Aussage verdreht formuliert, damit vom Gegenteil ausgegangen wird. Artikel 3 belegt, daß die Alliierten Österreich nie in die Unabhängigkeit und Souveränität entlassen haben. Sie knüpften dies an einen Friedensvertrag Deutschlands, der wegen der HLKO (Rückführung zu hoher Regressforderungen sowie des deutschen Goldes) niemals kommen soll (Protokoll 354 B / Paris) - denn ein souveränes Österreich könnte selbst die Anerkennung auch bzgl. seiner territorialen und politischen Ansprüche regeln.

726 Stück 39, Nr. 152

Staatsvertrag

betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

Präambel

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge die Alliierten und Assoziierten Mächte genannt, einerseits und Österreich andererseits;

Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte;

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab;

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Österreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegen, einen Vertrag abzuschließen, der Österreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den obenwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands noch offenstehen; und

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und um damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen;

Haben daher die unterfertigten Bevollmächtigten ernannt, welche nach Vorweisung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

Teil I

Politische und territoriale Bestimmungen

Artikel 1.

Wiederherstellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat

Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Artikel 2.

Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs

Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

Artikel 3.

Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland

Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. - 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das GrundGesetz für die BRD ist keine Verfassung.

Beweis Schlußartikel 146 GG.

GG Art. 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.

...nur auf Grund eines Gesetzes.

Beweis GG Art. 146

GG Art. 116 (1) Deutscher ist ...wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ..Beweis STAusweis

Die Staatsangehörigkeit „deutsche Staatsangehörigkeit“ v. 05.02.1934. Beweis NaZi-Gesetz

GG Art. 139 Entnazifizierung ist gültig. Beweis BMI 2. Mai 2012 Az. V I 1-110 010/I II

GG Art. 140 Die Bestimmungen der Art. 136/137/138/139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes

GG Art. 146 Dieses Grundgesetz .. verliert seine Gültigkeit .. eine Verfassung in Kraft tritt ..

Deutschland ist größer als die BRD.

Beweis: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland 3 Verwaltungszonen

Beweis: Bonn ist die Hauptstadt der BRD 1 Verwaltungszone

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören.

**Eine neue Verfassung hebt Deutschlands Verwaltungszonen nicht auf.
Die deutschen Völker sind seit 1934 rechtlos und erhalten mit dem GG
Art. 146 ihre Rechte mit der deutschen Verfassung von 1919 zurück.**

Ernst Gottfried Mahrenholz Vizepräsident Bundesverfassungsgericht

*„Von einer neuen Verfassung spricht der Artikel 146 auch gar nicht.
Er spricht von einer Verfassung, die das Grundgesetz ablöst“.*

Beweis: Der Spiegel 14/1994

Das GG wird mit der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ungültig.

Nur mit dieser Verfassung kann die wirkliche Souveränität Deutschlands erreicht werden.

Beweis: Minister Schäuble Frankfurt EBC 20.Nov. 2011 Die BRD ist nicht souverän.

Der deutsche Befehlsempfänger Du bist nicht souverän.

Heimat ist ein Paradies

Die BRD (Beauftragte der Besatzungsmächte) unterstreicht, Friedensvertrag oder eine Friedensregelung ist nicht beabsichtigt!

Nr. 354B Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreichs,
Polens,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritanniens,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Protokoll I

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: »Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.«
2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte »die bestehende Westgrenze Polens« werden durch die Worte »die zwischen ihnen bestehende Grenze« ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß »der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.² Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. **Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind.** Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: **Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990**] Nr. 354B: Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]

4. Die vier Siegermächte erklären, dass die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann. Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, dass nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist daraufhin, dass er zur Kenntnis genommen hat, dass diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, dass die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d.h., dass ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

2+4 Verhandlungen 1990: Keine Grenzgarantie für Polen

Die Heimat der Deutschen bis 1933

Heimatangehörigkeit der Deutschen - Bundesstaatsangehörigkeitsgesetz BuStAG 21. Juli 1870:

inländische Staatsangehörigkeit in einen Bundesstaat mit Reichsangehörigkeit (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit = bedeutet automatische Zugehörigkeit zum damaligen Deutschen Reich = Deutschland“)

Ab 1914 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz – RuStAG vom 22. Juli 1913:

inländische Staatsangehörigkeit in einen Bundesstaat/

ab 1919 Land/ Freistaat/ Republik, freie Stadt mit automatischer Reichsangehörigkeit (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit“)

NEU: Personal in den Deutsche Kolonien – Schutzgebiete: Kolonieangehörigkeit- sog. *unmittelbare Reichsangehörigkeit*

1920 – 1933: Ideologien werden über die Banken bezahlte Opposition inszeniert.

1932: der staatlose Adolf Hitler erhält durch Urkundenbetrug die inländische Staatsangehörigkeit des Freistaates Braunschweig

Staatsangehörigkeit **DEUTSCH** Kolonieangehörigkeit

ist keine
Heimatangehörigkeit

1919 **Landes Staats Angehörigkeit** 1933

Heimatländer

Freistaat Preußen

Freistaat Bayern

Freistaat Sachsen

Freier Volksstaat Württemberg

Freistaat Baden

Land Thüringen

Volksstaat Hessen

Freie und H. Hamburg

Freistaat Mecklenburg-Schwerin

Freistaat Oldenburg

Freistaat Braunschweig

Freistaat Anhalt

Freie und H. Bremen

Freistaat Lippe

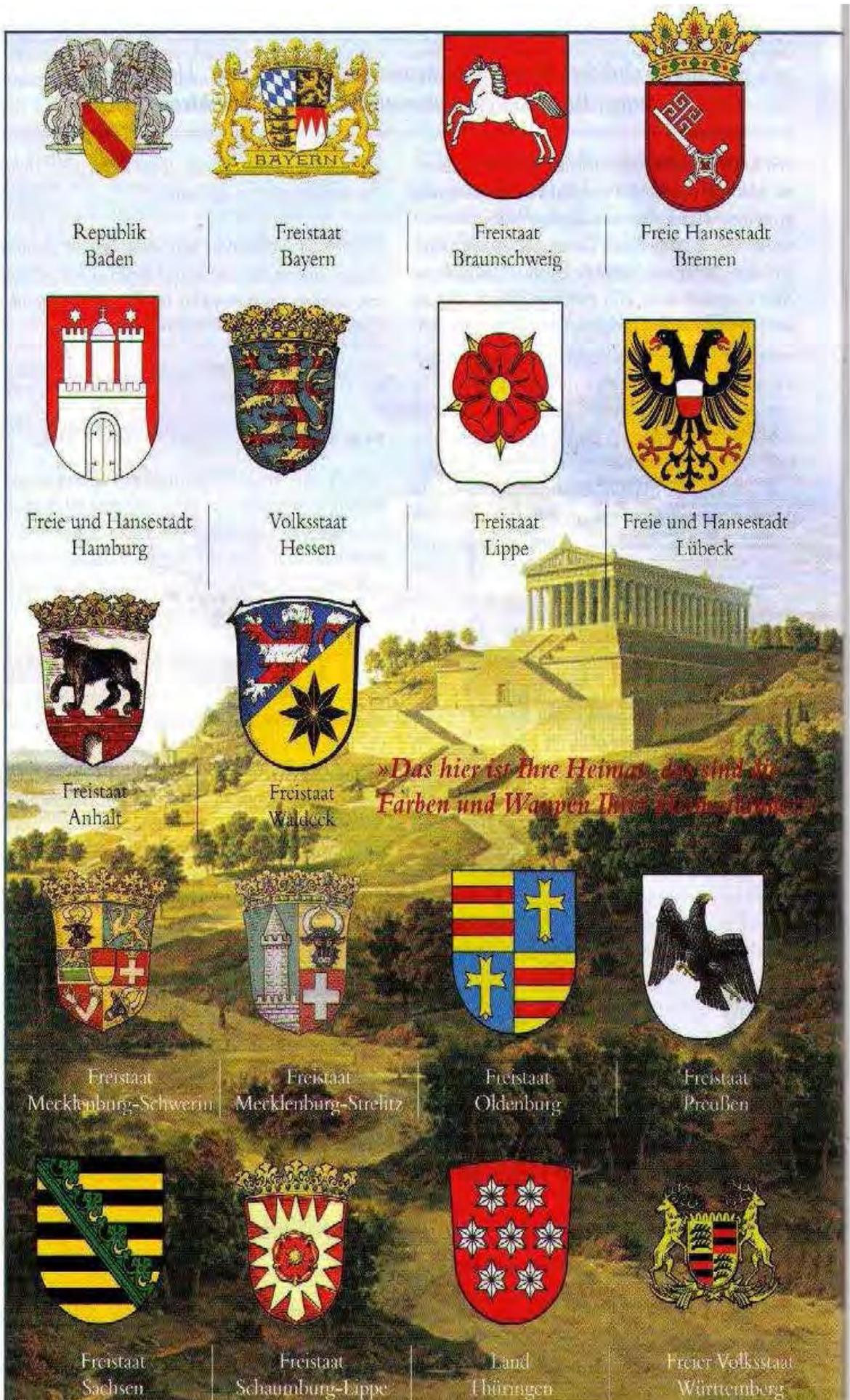
Freie und H. Lübeck

Freistaat Mecklenburg-Strelitz

Freistaat Waldeck

Freistaat Schaumburg-Lippe

GG 146.de



Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit **BuStAG (Inland)**

vom 1. Juni 1870

geändert durch
Bundesgesetz vom 21. Juli 1870 (RGBl. S. 498)

Reichsgesetzes vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) **RuStAG (Inland)** 01

Reichsgesetz vom 20. Dezember 1875 (RGBl. S. 324)
Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl. S. 604)

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die Bundesangehörigkeit (1871 Reichsangehörigkeit) wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.

Reichs-Gesetzblatt.

Jahrgang 1913.

Nr. 46.

Inhalt: Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. S. 500. — Gesetz zur Umänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888. S. 503. — Gesetz, betreffend die Erhebung zweier Reichstagswahlkreise. S. 507.

(Nr. 4263.) Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Vom 22. Juli 1913.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Erster Abschnitt.
Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

RuStAG

02



R 13,583	R 14,068	R 13,583	R 13,583	R 13,583	R 13,583
gebänd	gebänd	GebVO	gebänd	gebänd	gebänd
69,1881	70,906	74,809	75,083	74,974	75,685
					R 13,583
					gebänd
					78,1768
					Art 9

RuStAG

R 13,583				
gebnd	gebnd	gebnd	gebnd	gebnd
93,1072	97,1433	97,2840	97,2960	99,1018

-- 583 --

Reichs-Gesetzblatt.

Jahrgang 1913.

Nr. 46.

Inhalt: Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. S. 503. — Gesetz zur Abänderung des Reichs-
mittlungs-gesetz sowie des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1913,
S. 503. — Gesetz, betreffend die Änderung zweier Reichstagswahlkreise. S. 507.

(Nr. 4263.) Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Vom 22. Juli 1913.

13, 583
832
41 I 648
Gut. Steiern.
43 I 315
Wehrmacht

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König
von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats
und des Reichstags, was folgt:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3
bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

§ 2.

Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat.
Die Schutzgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Inland.

Zweiter Abschnitt.

Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate.

§ 3.

Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird erworben

1. durch Geburt (§ 4),
2. durch Legitimation (§ 5),

Reichs-Gesetzbl. 1913.

93

Ausgegeben zu Berlin den 31. Juli 1913.

In der kaiserlichen RuStAG vom 22. Juli 1913 wird konkret unterschieden:
Entweder inländische Heimatangehörigkeit (mittelbare Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat) **ODER** ausländische Kolonie- Staatsangehörigkeit (unmittelbare Reichsangehörigkeit für Kolonien/ Schutzgebiete, wie z. B. Deutsch Südwestafrika, Deutsch Ostafrika usw.)

Alle in den Ländern des Deutschen Reiches (Deutschland) lebende Bürger sind automatisch (Reichs-) Angehörige des Deutschen Heimatreiches (= Deutschland). Wer die Staatsangehörigkeit durch den Bundesstaat hatte, erhielt automatisch die unmittelbare- inländische Reichsangehörigkeit.]

Der Terminus „Reichsangehörigkeit“ ist eng mit dem Reichs- und

Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 verbunden, welches am 1. Januar 1914 in Kraft trat. Die Reichsangehörigkeit wird zum einen in eine mittelbare und zum anderen in eine unmittelbare unterschieden:

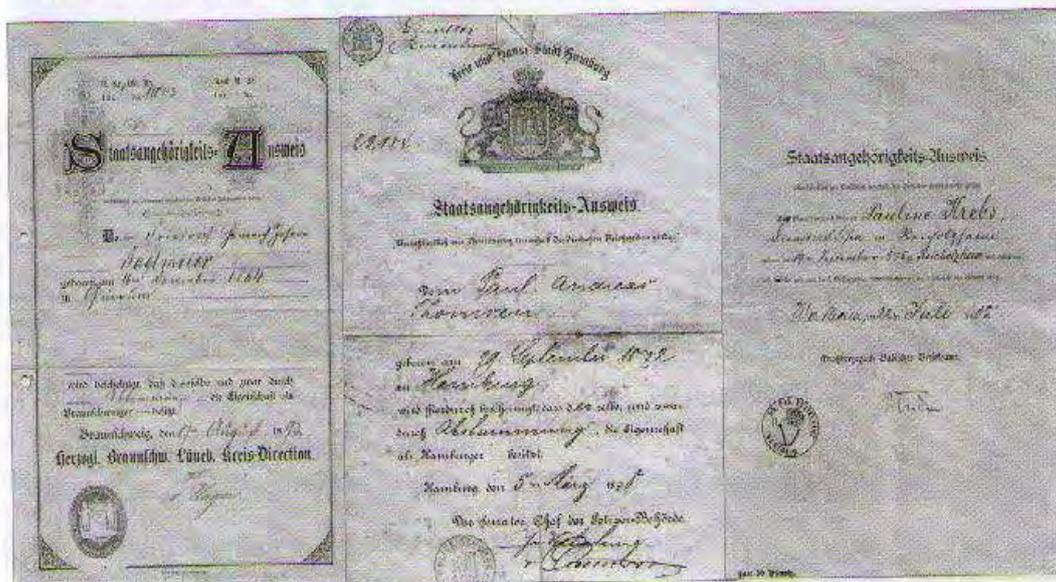
1. **Mittelbare Reichsangehörigkeit** oder *direkte Reichsangehörigkeit*: Diese wurde über die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat erworben und ward benötigt, dass ein Preuße beispielsweise in Bayern nicht zum Ausländer wurde. Da die mittelbare Reichsangehörigkeit seit 1914 nicht mehr nach zehn Jahren Auslandsaufenthalt verfiel, galten auch **Kolonialdeutsche** als Reichsdeutsche. Als solche besaßen sich alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
Zur Zeit der Weimarer Republik war die **Länderzugehörigkeit** in einem Land der Republik für deren Erwerb der „deutschen Staatsangehörigkeit“ erforderlich war. Am 5. Februar 1934 wurde sie aufgrund einer Führerverfügung Adolf Hitlers zugunsten einer einheitlichen Staatsangehörigkeit gestrichen.
2. **Unmittelbare Reichsangehörigkeit** oder *indirekte Reichsangehörigkeit*: Diese wurde 1913 ins Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz eingeführt und definiert die Staatszugehörigkeit einheimischer Völker der deutschen Schutzgebiete zum Deutschen Reich. Unmittelbare Reichsangehörige unterstanden in einem „Schutzverhältnis“ zum Reich und hatten diesem gegenüber zahlreiche Pflichten, doch besaßen sie nicht das Wahlrecht im Reiche. Im Ausland jedoch besaßen sie den Schutz des Reiches und wurden von diesen dort wie Inländer gehandhabt.



14 Es war vor 1933 in Rechts-, Sach-, und Geschichtstexten immer von den Deutschen Völkern oder Deutschen Stämmen die Rede. menten als Staatsangehörigkeit folgendes stehen: „Bayern, Preußen, Baden, Sachsen, ...“

Ein jeder Inländer innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches hatte in seinen Ausweisdoku- Also nicht etwa „Deutsches Reich“. Das war nicht die Heimat!

Hier z.B. eine Auswahl echter Staatsangehörigkeitsurkunden:



deutsche Heimat- Staatsangehörigkeitsausweise bis 1918



Die Staatsangehörigkeit **DEUTSCH** ist eine **Kolonieangehörigkeit**.
 Sie ist **keine Heimatangehörigkeit**

1919 Landesstaatsangehörigkeit 1934

Die Heimatländer von 1919 sind:

- Freistaat Preußen
- Freistaat Bayern
- Freistaat Sachsen
- Freier Volksstaat Württemberg
- Freistaat Baden
- Land Thüringen
- Volksstaat Hessen
- Freie und H. Hamburg
- Freistaat Mecklenburg-Schwerin



- Freistaat Oldenburg
- Freistaat Braunschweig
- Freistaat Anhalt
- Freie und H. Bremen
- Freistaat Lippe
- Freie und H. Lübeck
- Freistaat Mecklenburg-Strelitz
- Freistaat Waldeck
- Freistaat Schaumburg-Lippe

Heimat- Staatsangehörigkeitsausweise von 1919 bis 1933

1914 - 1933

RoStAG

1919 - 1933

LStAG

Ausland	Reichsangehörigkeit	Auslandsangehörigkeit
	Schutzgebiete	Kolonien

oder

LandesStaatsangehörigkeit
Heimatangehörigkeit

Inlandsangehörigkeit
Heimatländer



Heimatland Baden

Heimatland Preußen



Zeitzeugen – Staatsrechtler

unmittelbare Reichsangehörigkeit = unmittelbare Kolonieangehörigkeit

Abhandlungen
aus dem
Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht.
Herausgegeben von
Dr. Philipp Zorn,
Geh. Justizrat, ord. Professor der Rechte,
Mitglied des Herrenhauses und Kronsenatikus
in Bonn a. Rh.
Dr. Fritz Stier-Somlo,
Universitäts-Professor
in Bonn a. Rh.
Band II, Heft 3.

Die Staatsangehörigkeit in den Kolonien.

Von
Dr. iur. **Herbert Hauschild**
in Dresden.




Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1906.

St.
2497

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1-3
Kapitel I. Staatsangehörigkeit.	
§ 1. 1. Der Staat	4-10
§ 2. 2. Die Reichs- und Staatsangehörigkeit als Grundlage des RG. vom 1. Juni 1870	10-16 1906
Kapitel II. Die Stellung der Schutzgebiete zum Reiche.	
§ 3. 1. Soweit der völkerrechtliche Erwerb in Frage kommt. 17-27 gebiete Inland (SchGG § 9 Abs. 3). Damit ist über das ganze Rechtsverhältnis gemeint, in dem ein Reichsangehöriger zum Auslande steht. Die gesetzliche Bestimmung will nicht nur sagen, für den Verlust durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande gelten die Schutzgebiete als Inland, sondern sofern bezüglich des Er- werbes und Verlustes Ausland in Frage kommt. Die Kon- sequenzen einer gegenseitigen Auflösung zeigen schon ihre Un- richtigkeit. Ein Selb-Reichsangehöriger, der um seine Entlassung nachsucht, braucht das Schutzgebiet nicht zu verlassen, weil § 18	

— 70 —

Abs. 2 StAG, nur vom „Bundesgebiet“ spricht, ist also im Sinne
des § 18 StAG, im Auslande, ein anderer Selb-Reichsangehö-
riger, der seine Reichsangehörigkeit behält, befindet sich aber
im Inlande im Sinne des § 21 Abs. 1 StAG. Wo bleibt da die
Logik?)

II. Das Staatsinteresse verbietet die Statuierung einer be-
dingungslosen Auswanderungsfreiheit. Das Prinzip der allgemeinen
Wehrpflicht wäre mit der unterschiedslosen Gewährung der Aus-
wanderung zu einer leeren Phrase geworden. Der Wirkung dieser
Seite des Staatsangehörigkeitsverhältnisses war daher in vollem
Maße Rechnung zu tragen. Die eigenbürtliche Gestaltung des
Deutschen Reiches führte aber mit Rücksicht auf die militärische
Freizügigkeit innerhalb Deutschlands dazu, im Falle des Er-
werbes *) einer anderen Gliedstaatsangehörigkeit einen Anspruch *)
auf Entlassung aus dem bisherigen Staatsvertratte zu gewähren.
Artikel 57 RV. verpflichtet alle Deutschen gleichmäßig zum
persönlichen Militärdienste. Die Verfassungsbestimmung hat in-
folgedessen für alle Selb-Reichsangehörigen gleichfalls unbedingte
Gültigkeit. Ursprünglich war es für jeden in den Schutzgebieten

Reichs- und Staats- angehörigkeitsgesetz

vom 22. Juli 1913.

Gesänfert
von
Hermann Weck,
Stabsarzt in Berlin.



Berlin, 1913.
Verlag von Franz Vahlen.
W 4, Unter den Eichen 11.

Handel, Gewerbe, Verkehr und Familie — die Fragen
der Staatsangehörigkeit von Weidrecht zu Weidrecht
betragender.

Wachte das neue Bürgerrechtsgesetz dazu beitragen, dem
deutschen Volke eine reiche, sehr staatsbürgerliche Aufzählung
zu vermitteln.

Reichsangehörigkeit und Staatsangehörigkeit.

Das Gesetz geht wie U. B. RB. von dem Begriff:
Deutscher aus und bestimmt ihn in § 1 dahin, Deutschen
sind, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder
die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

Bei dieser Fassung ist der Begriff der Reichsangehörigkeit
auf die unmittelbare RR. beschränkt. Von Reichs-
angehörigkeit ohne Einschränkung spricht das Gesetz nur
in der Überschrift, in § 11, 30 und 31.

Es sind aber auch nach dem neuen Recht, wie nach
dem bisherigen, drei Grundbegriffe zu unterscheiden:

**Staatsangehörigkeit,
Reichsangehörigkeit,
unmittelbare Reichsangehörigkeit.**

Diese drei Begriffe StA., RR. und URR. — i. Ver-
hältnis der Kolonien § 5 — kann man nur verstehen,
wenn man die Grundfragen der deutschen Staatsverfassung
kennt. Diese Grundfragen sind für den Reichsvereinsänderung
nicht leicht zu erfassen. Sie werden von den im Fol-
genden hervorgehobenen Vorschlägen nicht unrichtig ab, beruhen
auf spanischen Rechtsbegriffen und, was vielleicht das

Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, dessen
glieder, soweit nicht die Reichsgesamt Rechte des St
wahrgenommen, selbständig geblieben sind.

Der Bundesrat wird von den 25 Bundesstaaten
den Reichslanden gleichberechtigt gebildet, ist also
ein Parlament, etwa wie das preussische Herren-
saubere die Reichsregierung führt. Der Bundes-
Präsident führt im Bundesrat den Vorsitz. Der
von Preußen hat als Deutscher Kaiser insbesondere
Rechtsgesetze zu verhängen, über Krieg und Frieden
entscheiden sowie, unbeschadet einzelner Bundesstaat
Sonderrechte, den Oberbefehl über die Wehrmacht
Reiches zu führen. Der Reichstag stellt die gen
Bevollmächtigung dar. Dem Ausland gegenüber ist
in der Hauptsache das Reich als Träger der Staatstätigkeit
zu betrachten. In den einzelnen Bundesstaaten
welchem Umfang eine geschichtlich begründete und der
Wahrung deutschen Wesens förderliche staatliche Selbstän-
keit bewahrt werden.

Für die StA. haben bisher die Bundesstaaten die Ver-
sorgung gebildet. Darin bringt das neue Gesetz eine wir-
kliche Änderung durch die Aufhebung der URR.

RR. ist die Angehörigkeit zu einem der 25 Bun-
desstaaten oder zu Gleichberechtigten, das als Bundesstaat

URR. ist die durch eine solche StA. vermittelte
Angehörigkeit zum Deutschen Reich. Bei der StA. in e
Bundesstaaten oder in Gleichberechtigten besteht, hat b
zugleich die RR.

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

Erläuterungen sowie sämtlichen späteren reichs- und landesrechtlichen Abänderungsbestimmungen

von

Dr. Walter Schätzel

Landgerichtsrat, Privatdozent an der Universität Kiel



1928

Verlag von Georg Stilke in Berlin

gemeinschaft außerhalb der Grenzen des Reiches wohnt. Besonders unter den durch den Versailler Vertrag geschaffenen politischen Verhältnissen wäre andersartige Formulierung dringend erwünscht. Der demokratische Entwurf 1927 schlägt das Wort „Reichsdeutscher“ vor.

3. Reichsangehörigkeit und nationalité allemande.

Völkerrechtliche Verträge wie namentlich der Versailler Vertrag und die in seiner Ausführung ergangenen StAng- und Optionsverträge pflegen von der nationalité allemande und den ressortissants allemands zu sprechen. Beides deckt sich nicht völlig mit dem Begriff der Reichsangehörigkeit im Sinne des Gesetzes. Der Begriff ressortissant allemand ist weiter und umfaßt alle Arten deutscher Untertanen, auch die Eingeborenen der deutschen Kolonien. Reichsangehöriger im Sinne des R. u. StAngG. ist dagegen nur der Reichsbürger im Gegensatz zum Reichsuntertan. (Entsprechend unterscheidet das französische Recht zwischen citoyens, sujets und protégés français, die sämtlich im völkerrechtlichen Sinne ressortissants français sind.)

4. Bundesstaat.

Während die juristische Doktrin mit dem Ausdruck Bundesstaat den Gesamtstaat zu bezeichnen pflegt, hat die Bismarcksche Verfassung ihn für die Gliedstaaten verwendet. Das Gesetz hält in Anlehnung an die alte Verfassung an dieser Bezeichnung fest. Nach der Weimarer Verfassung muß es statt Bundesstaat Land und statt StAng. Landesangehörigkeit heißen.

5. Mittelbare und unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Das StAngG. von 1870 kannte nur die mittelbare. Die unmittelbare RAng. ist ein Produkt der auswärtigen und kolonialen Ausdehnung des Reiches. Sie ist trotz des Verlustes des deutschen Kolonialreiches nicht von selbst fortgefallen.

Auch das neue österreichische StAngRecht von 1925 unterscheidet zwischen der mittelbaren Bundesbürgerschaft im Bundesstaate Österreich, vermittelt durch die Landesbürgerschaft in einem der österreichischen Länder,

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

vom 22. Juli 1913.

Erläutert

von

Hermann Weck,
Rechtsanwalt in Berlin.



Berlin, 1913.

Verlag von Franz Vahlen.
W. 9, Unter den Eichen 11.

Auch für den einzelnen Staatsbürger werden bei den anhängigen Beziehungen zu fremden Völkern — in Handel, Gewerbe, Verkehr und Familie — die Fragen der Staatsangehörigkeit von Wichtigkeit zu Weisung dringender.

Wächte das neue Bürgerrechtsgesetz dazu beitragen, dem deutschen Volke eine reiche, feste Staatsbürgerliche Ausprägung zu vermitteln.

Reichsangehörigkeit und Staatsangehörigkeit.

Das Gesetz geht wie Art. 118. von dem Begriff Deutscher aus und bestimmt ihn in § 1 dahin, Deutscher sei, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

Bei dieser Fassung ist der Begriff der Reichsangehörigkeit auf die unmittelbare RAng. beschränkt. Von Reichsangehörigkeit ohne Einschränkung spricht das Gesetz nur in der Überschrift, in § 11, 30 und 31.

Es sind aber auch nach dem neuen Recht, wie nach dem bisherigen, drei Grundbegriffe zu unterscheiden:

- Staatsangehörigkeit,
- Reichsangehörigkeit,
- unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Diese drei Begriffe StAng., RAng. und UARAng. — i. Beziehung der Kolonien S. 5 — kann man nur verstehen, wenn man die Grundlagen der deutschen Staatsverfassung kennt. Diese Grundlagen sind für den Rechtsanwandler nicht leicht zu erhalten. Sie weichen von den im Volke herrschenden Vorstellungen nicht unerheblich ab, beruhen auf schwierigen Rechtsbegriffen und, was vielleicht das

Wichtigste ist, sie stehen in dem vollen Maßstabe gefunden Lebens.

Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, dessen Glieder, soweit nicht die Reichsgesamtheit bei ihm wahrnimmt, selbständig geblieben sind.

Der Bundesrat wird von den 16 Bundesstaaten des Reiches (Sachsen, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Rheinland-Pfalz, Elsaß-Lothringen, Österreich-Ungarn, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Rheinland-Pfalz, Elsaß-Lothringen) gebildet, ist also ein Parlament, etwa wie das preussische Herrenhaus, sondern die Reichsregierung selbst. Der Bundesrat führt im Bundesrat den Vorsitz. Der Kaiser hat als Deutscher Kaiser insbesondere Reichsgesetze zu verkündigen, über Krieg und Frieden zu beschließen sowie, auf Befehl einzelner Bundesstaaten Sonderrechte, den Oberbefehl über die Wehrmacht des Reiches zu führen. Der Reichstag stellt die gen. Volkserziehung dar. Dem Ausland gegenüber ist in der Hauptsache das Reich als Träger der Staatsangehörigkeit abgesehen ist den einzelnen Bundesstaaten weitem Umfang eine gesetzlich begründete und der Weisung deutschen Volkes förderliche staatliche Selbständigkeit bewahrt worden.

Für die StAng. haben bisher die Bundesstaaten die StAng. geregelt. Darin liegt das neue Gesetz eine wie Änderung durch die Ausgestaltung der RAng.

StAng. ist die Angehörigkeit zu einem der 16 Bundesstaaten oder zu Elsaß-Lothringen, das als Bundesstaat

UARAng. ist die durch eine solche StAng. vermittelte Angehörigkeit zum Deutschen Reich. Wer die StAng. in einem Bundesstaate oder in Elsaß-Lothringen besitzt, hat zugleich die RAng.

Die Verfassung des Deutschen Reichs

Vom 11. August 1919

(Abgeändert durch die Gesetze vom 6. August 1920, R. G. Bl. S. 1565/66, 27. November 1920, R. G. Bl. S. 1987, und 24. März 1921, R. G. Bl. S. 440)

Zweiter Hauptteil

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen

Erster Abschnitt: Die Einzelperson

Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.
Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.
Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.
Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.
Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Art. 110. Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.
Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.

Die deutschen Bundessaaten werden zu Ländern herabgestuft
(Koloniebegriff aus dem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika)

Die RuStAG von 1913 bleibt in Anwendung.

Die in den Ländern des Reiches lebenden Deutschen haben jetzt ihre inländische Heimatangehörigkeit in jetzt einen Land, Freistaat, freie und Hanse Stadt und bleiben weiterhin automatisch Angehörige des Deutschen Heimatreiches.

7. Heft

Der Verlust der Staatsangehörigkeit

durch

Naturalisation und durch Aufenthalt im Auslande

von

Dr. Max Bahrfeldt

Breslau

Verlag von M. & H. Marcus

1903

Die Heimatangehörigkeit

§ 1.

Die Staatsangehörigkeit.

Der Bestand eines jeden Staatengebildes hat zwei natürliche Grundlagen zu seiner notwendigen Voraussetzung: ein Landgebiet und ein Volk. Die Tatsache der Zugehörigkeit zu diesem Volke, das Verhältnis des Individuums zum Staate bezeichnet man mit „Staatsangehörigkeit“, „Nationalität“ oder „Indigenat“. Diese drei Begriffe sind gleichbedeutend und haben denselben materiellen Inhalt, sie werden in den folgenden Ausführungen daher ohne Unterscheidung gebraucht werden. So lange es einen Staat gegeben hat — sagt gelegentlich Cogordan¹⁾ — hat er jedem einzelnen von denen, die ihn bilden, ein besonderes Mal aufgedrückt, und ein jeder von seinen Angehörigen ist an den Staat durch das juristische Band der Nationalität gefesselt.

Die Staatsangehörigkeit besteht somit unabhängig von der Stammeszugehörigkeit, unabhängig auch davon, ob die Staatsgewalt legitim ist oder nicht; sie ist die Grundlage, auf der sich umfassende Rechte und Pflichten gegenüber dem Staate aufbauen.

Aus diesem Grunde müssen sowohl mit Rücksicht auf die wechselseitigen Beziehungen der Staaten und ihrer Angehörigen zu einander, als auch, um einem Entstehen mannigfacher Konflikte vorzubeugen, Vorschriften getroffen werden, die die Erwerbung und den Verlust der Staatsangehörigkeit nach allen Seiten hin regeln. In fast allen modernen zivilisierten Staaten sind derartige Gesetze ergangen²⁾. Sie erkennen als Erwerbsgründe des Indi-

¹⁾ Cogordan: 4. 5.

²⁾ Jedoch besteht vor allem ein Gesetz über den Verlust der russischen Staatsangehörigkeit nicht.

Bahrfeldt: Verlust der Staatsangehörigkeit.

Die Heimatangehörigkeit kann keinen Menschen entzogen werden!

Die faschistische Gleichschaltungskolonie des III. Reiches von 1933 bis 1945

1933: inszenierter Reichstagsbrand – Machtergreifung von Adolf Hitler mit Ermächtigungsgesetz.

Einführung der Nazi – Gleichschaltung, Gleichschaltung der Länder mit Schaffung von Großbezirken/ Gauen, sprachliche Einführung der *deutschen Staatsangehörigkeit* und *deutsch*- sein.

Am 05.02.1934 erfolgt die gesetzliche Zwangsverordnung über die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit als Kolonieangehörigkeit durch Adolf Hitler und seiner Reichsregierung. (StAG)

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RoStAG) von 1913 wird vom StAG 1934 abgelöst.

Die Heimat- Staatsangehörigkeit im Deutschen Heimatreich wird durch die unmittelbare deutsche Kolonieangehörigkeit ersetzt. (R= StAG)

1934 Einführung Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* von Adolf Hitler als höchste Rechtsnorm für die Organisation, Verwaltung und die Rechtspflege für die Nazi- Kolonie Deutschland.

Das nationalsozialistische Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* für die Kolonie des 3. Reiches überlagert fortan die nicht aufgelöste, rechtsgültige Weimarer Reichsverfassung von 1919.

Das Zentrum von Europa - Deutschland wird damit ab 1934 selbst zur Kolonie:

Kolonieangehörigkeit als unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit

= Entmachtung der Menschen als Kolonie- Personal mit der Glaubhaftmachung *deutsch* 1934.

Hotelregistrierung von Adolf Hitler- 26. Februar 1932: staatenlos

Anmeldebefcheinigung	Abmeldebefcheinigung
vom Meldepflichtigen auszufüllen	vom Meldepflichtigen auszufüllen
Aufbewahren!	Aufbewahren!
Familienname: <u>Hitler</u>	Familienname: <u>Hitler</u>
Vorname: <u>Adolf</u>	Vorname: <u>Adolf</u>
Beruf: <u>Tagelöhner</u>	Beruf: <u>Tagelöhner</u>
Geburtsdatum: <u>20. IV. 1889</u>	Geburtsdatum: <u>20. IV. 1889</u>
Geburtsort: <u>Braunau</u>	Geburtsort: <u>Braunau</u>
Kreis, Bezirk: <u>Land</u>	Kreis, Bezirk: <u>Ober</u>
Staat: <u>Österreich</u> <small>(falls im Ausland geboren)</small>	Staat: <u>Österreich</u> <small>(falls im Ausland geboren)</small>
Familienstand: <u>ledig</u>	Familienstand: <u>ledig</u>
Staatsangehörigkeit: <u>österreich.</u> <small>(nicht nachgelesen)</small>	Staatsangehörigkeit: <u>österreich.</u> <small>(nicht nachgelesen)</small>
Religion: <u>katholisch</u>	Religion: <u>katholisch</u>
Zugezogen am: <u>26. II. 1932</u>	Zugezogen am: <u>16. IX. 33</u>
von: _____ <small>(Ort, falls auswärts)</small>	von: <u>Braunau</u>
_____ Straße Nr. _____	_____ Straße Nr. _____
<small>(Staat, falls vom Auslande)</small>	_____
nach <u>Braunschweig</u>	nach <u>Berlin</u>
<u>Lafatormalle</u> Straße Nr. <u>27</u>	<u>Milken</u> Straße Nr. _____
Zugezogen <u>mit</u> Familie.	Zugezogen <u>mit</u> Familie.
Von welchem Finanzamt zuletzt	Von welchem Finanzamt zuletzt
veranlagt <u>Münster</u>	veranlagt _____
Braunschweig, den <u>26. II. 1932</u>	_____

26. Februar 1932 Ausweisbetrug von Adolf Hitler:
ergaunerte Heimat- Staatsangehörigkeit Braunschweig

Nr. 10 A. N. H. L. 199. Freistaat Braunschweig



Staatsangehörigkeitsausweis

(zur Benutzung im Inland)

Der

Regierungsrat Adolf H i t l e r

gebore am 20. APRIL 1889 in Braunschweig, ^{4. Zone (Westdeutsch)}

befitzt die Staatsangehörigkeit im Freistaate Braunschweig.

Braunschweig, den 26. Februar 1932 n. 30.

Polizeipräsidentium



Es sind erhoben:

a) Gebühren 1,50

Im Zuge der **nationalsozialistischen Gleichschaltung** trat die **unmittelbare Reichsangehörigkeit aus den Kolonien** am 5. Februar 1934 an die Stelle der bis dahin verwendeten Länderzugehörigkeit und wurde als *Deutsche Staatsangehörigkeit* bezeichnet:

Alle in den bereits 1933 gleichgeschalteten Ländern des damaligen Deutschland lebende Bürger erhalten diese deutsche Kolonieangehörigkeit von Adolf Hitler zwangsverordnet. Damit sind die Deutschen automatisch unmittelbare Reichsangehörige aus den Kolonien/ Schutzgebieten wie z. B. Deutsch Südwestafrika, Deutsch Ostafrika usw.

(Reichsangehörigkeit = Staatsangehörigkeit)

„(2) Deutsche Staatsangehörigkeit – Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich im Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. (...) Die beiden Ausdrücke **„deutsche Staatsangehörigkeit“** und **„Reichsangehörigkeit“** stehen voll **nebeneinander**. (...)“

– „*Neues Staatsrecht*“ (1935), II. *Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934* S. 7

Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 wird 1934 vom Staatsgrundgesetz des 3. Reiches *Neues Staatsrecht* überlagert und nicht mehr angewendet. Deutschland wird fortan von der Nazikolonie Adolf Hitlers *deutsch* überlagert.

Mit diesem genialen Schachzug hat Adolf Hitler mit seinen Gesetzgeber die Entrechtung und Entmachtung aller **Deutschen als Kolonie- Personal** durchgeführt.

Waffe Gleichschaltung

Gleichschaltung ist ein Begriff, welcher der nationalsozialistischen Terminologie entstammt. Das Wort entstand 1933, als der **Prozess der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens also des öffentlichen und privaten Lebens**. In der Machteroberungsphase in Deutschland eingeleitet wurde. Ziel war es, bis 1934 den als Zerrissenheit verstandenen Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben.

Mit der Gleichschaltung strebte man an, die **Aktivitäten der Völker in großen gemeinsamen Organisationen zusammenzufassen**, die zugleich dem nationalsozialistischen Verständnis des Volkswillens entsprechen sollten.

Praktisch bedeutete die Gleichschaltung die Überführung von Organisationen in die bestehenden NS-Organisationen. Entweder erfolgte die Gleichschaltung auf Anweisung oder in **vorausgehendem Gehorsam durch sogenannte Selbstgleichschaltung**. Andere Verbände und Organisationen reagierten auf den Druck mit der ersatzlosen Auflösung und Beendigung ihrer Tätigkeit. Allgemein betrachtet war damit die **Einschränkung oder der Verlust der individuellen Persönlichkeit, der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit eines Menschen durch Regeln und Gesetze sowie sonstige Maßnahmen der Gleichsetzung und Vereinheitlichung der Massen** verbunden.

Wichtige Schritte der Gleichschaltung: Ausgangspunkt waren die **zwei Gleichschaltungsgesetze vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933**, mit denen zuerst die **Länder ihrer relativen Souveränität beraubt wurden** und später die Entsendung von Reichsstatthaltern beschlossen wurde. Mit dem **Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934** wurde der **Entzug der Hoheitsrechte der Länder** vollendet. Die Regelung der Staatsangehörigkeit wurde jetzt Angelegenheit des **Zentralstaats**, so dass laut **Verordnung vom 5. Februar 1934** der Eintrag in den Landesregistern auf die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht wurde. Bis dahin verliehen die Länder ihre jeweilige Staatsangehörigkeit, so dass es in Deutschland Bayern, Braunschweiger, Badener, Preußen, Sachsen usw. gab, aber trotz des seit 1871 bestehenden deutschen Nationalstaates noch keine als Deutsche ausgewiesenen Staatsbürger. Der **Abschluss der Gleichschaltung der Länder** kann auf den **14. Februar 1934** mit der Auflösung des Reichsrates und der Übernahme der Landesjustizverwaltungen datiert werden. Legalisiert wurde die Gleichschaltung der Länder über **§ 2 der Reichstagsbrandverordnung**, wonach die Reichsregierung in die Kompetenzen der Länder eingreifen konnte, sofern diese nicht für Ordnung und Sicherheit sorgen konnten. Die **Gleichschaltung von Partei und Staat** erfolgte am 1. August 1934 mit der Auflösung aller Parteien und der **Erklärung der NSDAP zur Körperschaft öffentlichen Rechts**. Zudem wurde das **Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers verschmolzen**. Weitere bedeutende Maßnahmen der Gleichschaltung war die **Beseitigung der pluralen Gesellschaft** mit der Auflösung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront und der Zwangsvereinigung der Agrarverbände in den Reichsnährstand. Mit der Ernennung von Joseph Goebbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933 wurde zudem mit der Errichtung der Reichskulturkammer die Gleichschaltung des kulturellen Lebens begonnen. Die entscheidende Voraussetzung für die Maßnahmen war das **Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933**, das Hitler gesetzgeberische und vertragliche Vollmachten verschaffte, die er dann zur weiteren **Beseitigung des Pluralismus und der Demokratie** einsetzte. **Auf die Gleichschaltung reagierten die betroffenen Vereine und Organisationen oftmals mit einer nachgiebigen Position, um einem Verbot und der Auflösung zu entgehen**, was natürlich erfolglos blieb. Beispiele dafür sind z. B. der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund oder die Organisationen der Arbeiterkultur.

Waffen der Faschisten: Täuschung durch sprachliche Einführung und Entzug der Staatsangehörigkeit (Staatenlosigkeit)

Reichsgesetzblatt

537

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 28. Juli 1933	Nr. 87
------	---	--------

Inhalt: Verordnung über Zolländerungen. Vom 24. Juli 1933 S. 537
 Verordnung über die Kupferfärbung der Vier-Reichspfennigsche aus Kupferbronze. Vom 25. Juli 1933 S. 538
 Verordnung zur Senkung des Rinsfakes bei Tilgungsrenten der Erbschaftsteuer. Vom 25. Juli 1933 S. 538
 Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Vom 26. Juli 1933 S. 538
 Zweite Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsbarlohen. Vom 26. Juli 1933 S. 540
 Verordnung über die Kassenzahnärztliche Vereinigung Deutschlands. Vom 27. Juli 1933 S. 540
 Verordnung über die Zulassung von Zahnärzten und Zahntechnikern zur Tätigkeit bei den Kranken. Vom 27. Juli 1933 S. 541

In Teil II Nr. 30, ausgegeben am 28. Juli 1933, ist veröffentlicht: Bekanntmachung über die Abänderung der Anlage I zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr im Verkehre zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und den Eisenbahnen des Königreichs Rumänien andererseits. — Bekanntmachung über den Schutz von Einfügungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. — Bekanntmachung zu dem am 19. Februar 1925 unterzeichneten internationalen Opiumabkommen. — Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Vtr. — Bekanntmachung über die Ausführung des deutsch-litauischen Abkommens über den Rechtsverkehr. — Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-, Personen- und Gepäckverkehr beigefügten Vtr.

Verordnung über Zolländerungen. Vom 24. Juli 1933.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 121, 126) sowie auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 27) wird folgendes verordnet:

§ 1

Der Zolltarif wird wie folgt geändert:

1. Die Tarifnum. 417 bis 419 erhalten folgende Fassung:

417	Woll aus Rindvieh, Stief, Hunde, Schweine oder ähnlichen großen Tierhaaren, auch mit anderen tierischen oder mit pflanzlichen Spinnstoffen oder Gespinnsten, ausschließlich Seide und Baumwolle, gemischt, ein- oder zweibräftig: roh:	
	eindräftig:	
	bis Nr. 3 metrisch	24
	über Nr. 3 metrisch	45
		Zoll des einbräftigen Garnes
	zweibräftig	+ 6 R.M.
		Zoll des rohen Garnes
	gebleicht, gefärbt, bedruckt	+ 10 R.M.

(418/9)	Mohair, Alpaka- und Kamelhaargarn, auch mit anderen tierischen oder mit pflanzlichen Spinnstoffen oder Gespinnsten, ausschließlich Seide und Baumwolle, gemischt:	
418	Mohairgarn, roh:	
	eindräftig	6
	zwei- oder dreibräftig	7,50
	vier- oder mehrbräftig	25
419	Alpaka- und Kamelhaargarn, roh:	
	eindräftig	40
	zwei- oder dreibräftig	48
	vier- oder mehrbräftig	70
		Zoll des rohen Garnes
	gebleicht, gefärbt, bedruckt	= 10 R.M.

2. In der Tarifnum. 440 (Baumwollgarn, einbräftig, roh) Abs. 1 bis 7 sind die Zollsätze „12“, „16“, „22“, „28“, „36“, „44“ und „56“ zu ändern in „25“, „30“, „40“, „56“, „80“, „120“ und „150“.

3. Hinter Tarifnum. 440 ist einzufügen:

	Wannerkung, Garn ganz aus Baumwolle, über Nr. 47 englisch, mit starkem Einktrall, in Strähnen (sogenanntes Single- und Doublelungarn), zur Herstellung von Spitzenstoffen, Spitzen, Tüll und tüllartig gewebten Stoffen auf Bobinetmaschinen im eigenen Betriebe unter Zollversicherung	20
--	---	----

4. In der Tarifnr. 443 (Baumwollengarn, zwei- oder mehrdrähtig, wiederholt gewirnt) sind die Zollsätze „160“ und „200“ zu ändern in „250“ und „275“.

5. In der Tarifnr. 444 (Baumwollenzwirn aller Art in Aufmachungen für den Einzelverkauf) ist der Zollsatz „250“ zu ändern in „300“.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 2. August 1933 in Kraft.

Berlin, 24. Juli 1933.

Der Reichsminister der Finanzen

In Vertretung
Reinhardt

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung
Feder

Verordnung über die Aufkürzung der Vier-Reichspfennigstücke aus Kupferbronze.

Vom 25. Juli 1933.

Auf Grund des § 14 Abs. 1 Ziffer 1 des Münzgesetzes in Verbindung mit der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege vom 18. März 1933, Kapitel X Abs. 2 (Reichsgesetzbl. I S. 109) wird nach Zustimmung des Reichsrats hierdurch verordnet:

§ 1

Die Vier-Reichspfennigstücke aus Kupferbronze gelten vom 1. Oktober 1933 ab nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel und sind einzuziehen. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einföhrung beauftragten Klassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2

Die Vier-Reichspfennigstücke aus Kupferbronze werden bis zum 30. September 1935 einschließlich bei den Reichskassen und Landeskassen zu ihrem Nennwert sowohl in Zahlung als auch zur Umwechslung angenommen.

§ 3

Die Verpflichtung zur Annahme und zur Umwechslung (§ 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, 25. Juli 1933.

Der Reichsminister der Finanzen

In Vertretung
Reinhardt

Verordnung zur Senkung des Zinssatzes bei Tilgungsrenten der Erbschaftsteuer.

Vom 25. Juli 1933.

Auf Grund des § 38 Abs. 2 Satz 3 des Erbschaftsteuergesetzes vom 22. August 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 320) wird verordnet:

§ 1

Der im § 38 Abs. 2 des Erbschaftsteuergesetzes vorgesehene Zinssatz, der für die Bemessung der Tilgungsrenten von Erbschaftsteuerschulden gilt, wird von 8 auf 5 vom Hundert herabgesetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1933 in Kraft.

Berlin, 25. Juli 1933.

Der Reichsminister der Finanzen

In Vertretung
Reinhardt

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Vom 26. Juli 1933.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 480) wird im Einvernehmen mit den Reichsministern des Auswärtigen und der Finanzen hiermit verordnet:

Zu § 1.

I.

Ob eine Einbürgerung als nicht erwünscht anzusehen ist, beurteilt sich nach völkisch-nationalen Grundsätzen. Im Vordergrund stehen die rassischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Gesichtspunkte für

Sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit

Waffe Staatenlosigkeit: Zwangsentzug der Staatsangehörigkeit zur Vernichtung der Menschen durch Zwangsarbeit

eine den Belangen von Reich und Volk zuträgliche Vermehrung der deutschen Bevölkerung durch Einbürgerung. Dabei sind außer Tatsachen aus der Zeit vor der Einbürgerung vor allem auch Umstände zu berücksichtigen, die in die Zeit nach der Einbürgerung fallen.

Hiernach kommen für den Widerruf der Einbürgerung insbesondere in Betracht:

- a) Ostjuden, es sei denn, daß sie auf deutscher Seite im Weltkriege an der Front gekämpft oder sich um die deutschen Belange besonders verdient gemacht haben;
- b) Personen, die sich eines schweren Vergehens oder eines Verbrechens schuldig gemacht oder sich sonstwie in einer dem Wohle von Staat und Volk abträglichen Weise verhalten haben.

II.

Der Widerruf soll, soweit nicht besondere Umstände ihn angezeigt erscheinen lassen, nicht ausgesprochen werden gegenüber

- a) Eingebürgerten, die vor dem 9. November 1918 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und sie auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags und seiner Ausführungsabkommen ohne ihr Zutun verloren haben;
- b) Personen, die zufolge eines Einbürgerungsanspruchs gemäß den Bestimmungen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 584) eingebürgert worden sind.

III.

Ist der Eingebürgerte verstorben oder für tot erklärt oder hat er die deutsche Staatsangehörigkeit inzwischen wieder verloren, so kann der Widerruf selbständig für die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes erwähnten Personen ausgesprochen werden.

IV.

Der Widerruf bewirkt den Verlust jeder, also auch einer inzwischen durch Aufnahme hinzugewonnenen deutschen Staatsangehörigkeit.

V.

Die Gründe für den Widerruf werden nicht mitgeteilt.

In der Widerrufsverfügung sind diejenigen Personen namentlich aufzuführen, auf die sich der Widerruf erstreckt.

Soweit von dem Widerruf mitbetroffene Personen das 16. Lebensjahr vollendet haben, soll ihnen eine besondere Widerrufsverfügung zugestellt werden.

Personen im Inland soll die Widerrufsverfügung durch die zuständige Behörde gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt oder durch die Post zugestellt werden (Postzustellungsurkunde); Personen im Ausland soll die Widerrufsverfügung durch Vermittlung der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Reichs ausgehändigt werden. Soweit die Zustellung oder Ausgehändigung nicht erfolgt, muß der Widerruf, um wirksam zu werden, im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Der Widerruf kann nicht mit Rechtsmitteln angefochten werden.

I.

Zu § 2.

Ein der Treupflicht gegen Reich und Volk widersprechendes Verhalten ist insbesondere gegeben, wenn ein Deutscher der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub geleistet oder das deutsche Ansehen oder die Maßnahmen der nationalen Regierung herabzuwürdigen gesucht hat.

II.

Die Vermögensbeschlagnahme und die Verfallerklärung werden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Sie werden mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung wirksam.

Die Durchführung der auf Grund der Vermögensbeschlagnahme und der Verfallerklärung erforderlichen Maßnahmen liegt demjenigen Finanzamt ob, das der Reichsminister der Finanzen hierzu bestimmt.

Für die Vermögensbeschlagnahme gelten im übrigen die Bestimmungen im § 380 Abs. 2, 3 und 4 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161).

Grundstücke, die dem Reich verfallen sind, werden auf Antrag des Finanzamts im Grundbuch auf den Namen des Reichs umgeschrieben. Entsprechendes gilt für Forderungen, die im Reichsschuldbuch oder im Schuldbuch eines deutschen Landes, einer deutschen Gemeinde oder eines deutschen Gemeindeverbandes eingetragen sind. Für die Umschreibungen werden weder Gebühren noch Auslagen erhoben.

Berlin, den 26. Juli 1933.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung
Pfundtner

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
	Inhalt	Seit:
2. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinausschiebung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerahmengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschutz im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 2. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85

Berlin, den 6. Februar 1934

85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit. Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
rechts
aufgeh.
99,1623
A 4 Z 1

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

R = StAG

Gleichschaltung Ausland DR / DEUTSCH

Neugestaltung von Recht und Wirtschaft

Herausgegeben von C. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. R.

Heft 131

K 04

Neues Staatsrecht

von

Dr. Wilhelm Stuckart

Staatssekretär im Reichsministerium
des Innern, Berlin

Dr. Wilhelm Albrecht

Oberregierungsrat i. e. R.,
Berlin-Charlottenburg

8. durchgesehene und ergänzte Auflage
36. bis 43. Tausend



Leipzig 1936

Verlag W. Kohlhammer . Abteilung Schaeffer

Kohlhammer

1934 Kolonie Staatsrecht



1934 LandesStaatsAngehörigkeit † begraben

1934 KolonieAngehörigkeit DR / Deutsch

2. Sie sind zu Verwaltungsbezirken des Reichs geworden. Ihre rechtliche Stellung im Reichsorganismus ist der von größeren Gemeindeverbänden, etwa von Reichsprovinzen, gleichzuachten. Sie sind weiterhin Rechtspersönlichkeiten und als solche Träger des Landesvermögens.
- IV. Das Reich hat einen ungeheuren Machtzuwachs auf Kosten der Länder erfahren, wie im nachfolgenden an Hand der hauptsächlichsten Hoheitsrechte näher dargelegt wird.

2. Die einzelnen Hoheitsrechte.

a) Gebietshoheit.

Die Länder besitzen, da sie keine Staaten mehr sind, auch kein Staatsgebiet und kein Staatsvolk mehr.

I. Die Landesgebietshoheit ist weggefallen.

1. Es gibt in Deutschland hinfort nur noch eine Gebietshoheit, nämlich die des Reichs.

Die Grenzen der Länder sind keine Staatsgrenzen mehr, sondern die Grenzen von Verwaltungsbezirken.

2. Dem Reich als dem alleinigen Träger der Gebietshoheit ist die Befugnis zugewachsen, die Ländergebiete nach seinem Dafürhalten anderweit abzugrenzen. Die Bestimmungen, die Art. 18 der Weimarer Verfassung für Gebietsänderungen vorschrieb, sind dadurch hinfällig geworden.

Damit ist der Weg zu einer Neugliederung des Reichs frei, wie sie der Führer in seinen Reden auf dem Parteitag in Nürnberg am 1. IX. 1933 und im Reichstag am 30. I. 1934 bereits in Aussicht gestellt hat.

II. Die Landesstaatsangehörigkeit ist weggefallen.

Zur Regelung der hierdurch entstandenen Rechtslage erging die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. II. 1934, die das bestehende Staatsangehörigkeitsrecht wie folgt ändert:

1. An die Stelle der bisherigen doppelten Staatsangehörigkeit (Reichs- und Landesangehörigkeit) ist eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit) getreten. § 1².

Das bedeutet:

- a) Die Reichsangehörigkeit wird fortan nicht mehr mittelbar durch zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern unmittelbar als „deutsche Staatsangehörigkeit“ erworben.

- b) Das Rechtsinstitut der Aufnahme, die das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. VII. 1913 als besonderen Verleihungsakt der Landesangehörigkeit vorsah, ist beseitigt.

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist die deutsche Staatsangehörigkeit
= beides ist ein und dasselbe!

Deutsche Staatsangehörigkeit --- Reichsangehörigkeit



II. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934. 7.

die Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Länder (z. B. die in Preußen oder in Bayern oder in Sachsen) besaß, ist nunmehr „deutscher Staatsangehöriger“ oder, wie er auch benannt wird, „Reichsangehöriger“. Wer bisher die „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ nach §§ 33, 34 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen erhielt, bleibt deutscher Staatsangehöriger. Diese grundsätzliche Änderung in der Bezeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Beurkundungen und Ausfertigungen überall da zu berücksichtigen, wo die Angabe der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben oder sonst erforderlich ist. Das ist insbesondere bei Beurkundungen der Standesbeamten der Fall, vergl. dazu Anm. 2.

2) Deutsche Staatsangehörigkeit — Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich in Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. Zu den beiden Benennungen führt Dr. Löfener, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, im Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt Band 55 (1934) S. 155, insbesondere S. 156 rechte Spalte, aus: „Die beiden Ausdrücke „deutsche Staatsangehörigkeit“ und „Reichsangehörigkeit“ stehen vollwertig nebeneinander. Beide sind bereits eingeführt, und zwar „deutsche Staatsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zur französischen, polnischen oder einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit, dagegen Reichsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zu der aufgehobenen Landesangehörigkeit hervorgehoben werden soll“

Stehen vollwertig nebeneinander unmittelbare Kolonieangehörigkeit

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14
Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinausschiebung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuer Rahmengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschutz im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 2. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85
	Druckfehlerberichtigung	86

Nr. 14 — Tag der Ausgabe: Berlin, den 6. Februar 1934

85

§ 3

Gegenstand der Prüfung muß außer den allgemeinen und fachlichen Kenntnissen auch die Staatsbürgerkunde (nationalsozialistische Weltanschauung) sowie die Rassenkunde, Rassen- und Erbgesundheitspflege sein.

§ 4

Die Krankenkassen haben Vorkehrungen zu treffen, daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, auch soweit sie keine Prüfung abzulegen haben, die nötigen Kenntnisse in Staatsbürgerkunde, Rassenkunde, Rassen- und Erbgesundheitspflege erhalten.

§ 5

Soweit ein Angestellter in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1933 bei einer Krankenkasse mit der Wahrnehmung einer gehobenen Stelle betraut worden ist, ohne die in der Dienstordnung vorgeschriebenen Voraussetzungen (Vorbildung, Dienstzeit, Prüfungen) erfüllt zu haben, stehen diese Vorschriften dem Angestellten für die Zeit vom 1. März 1934 bis 31. Dezember 1934 zur Verfügung.

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit. Vom 5. Februar 1934.

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

§ 2

Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des Reichs.

§ 3

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf erst verliehen werden, nachdem der Reichsminister des Innern zugestimmt hat. § 9 des Reichs- und Staats-

Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates

Dr. G. G. Lohmann
Lehrbeauftragter und Chef der Reichshandels

VERLAGSSTELLE

Hans Plathmann
Verlagsdirektor im Reichsministerium des Innern

Erster Band:

Die weltanschaulichen, politischen und staatsrecht-
lichen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates

Gruppe 2:

Die politischen und staatsrechtlichen Grundlagen

13

Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht

Von

Dr. Bernhard Lösener

Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Berlin

Industrieverlag Späth & Linde / Berlin-Wien

13

Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht

von
Dr. Bernhard Lösener
Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Berlin

A. DIE STAATSANGEHÖRIGKEIT

1. Einführung

Die Rechtslehre spricht von einem „Staat“, wenn eine dauernde Vereinigung von Menschen auf einem bestimmten Gebiet unter bestimmter höchster Gewalt nach einer festen Ordnung lebt. Zu einem Staat im Rechtssinne gehören demnach ein Volk, ein Land, eine Staatsgewalt und eine anerkannte, nötigenfalls erzwingbare Lebensordnung, das Recht.

Der wichtigste dieser vier Grundpfeiler des Staates ist das Volk. Die anderen, Land, Staatsgewalt und Recht können wohl einmal in Zeiten geschichtlicher Erschütterungen wechseln oder gar vorübergehend schwinden. Die können wiedererlangt werden, solange das Volk noch genügend gesunde Kraft hat. Schwindet aber einmal das Staatsvolk dahin, so ist der Staat dem hoffnungslosen Untergang geweiht. In welcher Weise das Volk als einheitlicher Organismus zu pflegen und zu kräftigen ist, ist in dem Beitrag über Bevölkerungspolitik ausgeführt worden.

Bei der Betrachtung des Volkes von der Staatsangehörigkeit aus aber bewegen wir uns zunächst ausschließlich auf dem Gebiet des Rechtes, und zwar des *Staatsrechts. Staatsangehörigkeit ist also ein rein juristischer Begriff, dem die Gefahr anhaftet, die allen Rechtskonstruktionen innewohnt, daß der rein Verstandesmäßige Begriff sich von seinem lebendigen Ursprunge und Sinn löst und dann ein Eigenleben zu führen beginnt, das dem wahren Leben fremd und schließlich feindlich werden kann. Da aber ein staatsrechtlicher Begriff der Staatsangehörigkeit notwendig ist, ist es Aufgabe eines gesunden Staatswesens, darüber zu wachen, daß dieser Begriff stets nur mit dem Blick auf das Gesamtvolk gehandhabt wird und seine stets schädliche Überspitzung und sein Abgleiten ins Weltfremde vermieden werden. In welcher Weise dann ein Staat auch die Staatsangehörigkeit zu einem Werkzeuge der Bevölkerungspolitik, ja zu einer politischen Waffe gestalten kann, wird

politische waffe Staatsangehörigkeit

Änderungen im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gebracht. Am 14.7.1933 wurde das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit erlassen (RGBl. I S. 480), das dringend nötig war, um dem Reich eine Handhabe zu geben, die schlimmsten folgen volksfeindlicher Einbürgerungspolitik aus der zeit der Novemberrepublik zu beseitigen, und ferner, um eine schwere Ehrenstrafe für flüchtige Verräter an Staat, Volk und Kultur zu ermöglichen (Näheres hierzu unter 11b S.25 f.). Die zweite Änderung ging ans Grundsätzliche: Im Gefolge des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934 (RGBl. I S. 75) und auf Grund der ihm dadurch erteilten Ermächtigung erließ der Reichsminister des Innern die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5.2.1934 (RGBl. I S. 85). Sie war der lange ersehnte und schwer erkämpfte Abschluß einer von viel Leid und Schmach begleiteten geschichtlichen Entwicklung.

Zu dieser historischen Verordnung ist noch folgendes zu sagen:

R=STAG¹

durch Art. 2 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934 sind mit demselben Tage die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergegangen. Nachdem die eigene Staatshoheit der deutschen Gliedstaaten aufgehört hat zu bestehen, ist auch die besondere Landesangehörigkeit als staatsrechtlicher Begriff gegenstandslos geworden, da die Staatsangehörigkeit nur eine bestimmte Erscheinungsform der Staatshoheit ist (vgl. oben zu 2 S. 2). Damit ist auch der Grundsatz des bisherigen deutschen Staatsangehörigkeitsrechts der Boden entzogen worden, wonach man die Reichsangehörigkeit regelmäßig nur mittelbar, als Folge des Besitzes der Staatsangehörigkeit eines deutschen Landes, erwerben und besitzen konnte (§ 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913). endlich ist auch der Unterschied zwischen den Begriffen der mittelbaren und der - bisher immer nur als Ausnahme vorgekommenen - unmittelbaren Reichsangehörigkeit weggefallen. Seit dem 30.1.1934 gibt es nur noch eine unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Diese infolge des Gesetzes vom 30.1.1934 eingetretene Änderung auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts werden durch §§ 1 und 2 der Verordnung festgestellt:

Die Reichsangehörigkeit aus den Kolonien ist die deutsche Staatsangehörigkeit!

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**

besitzt die StA im Freistaat Bayern

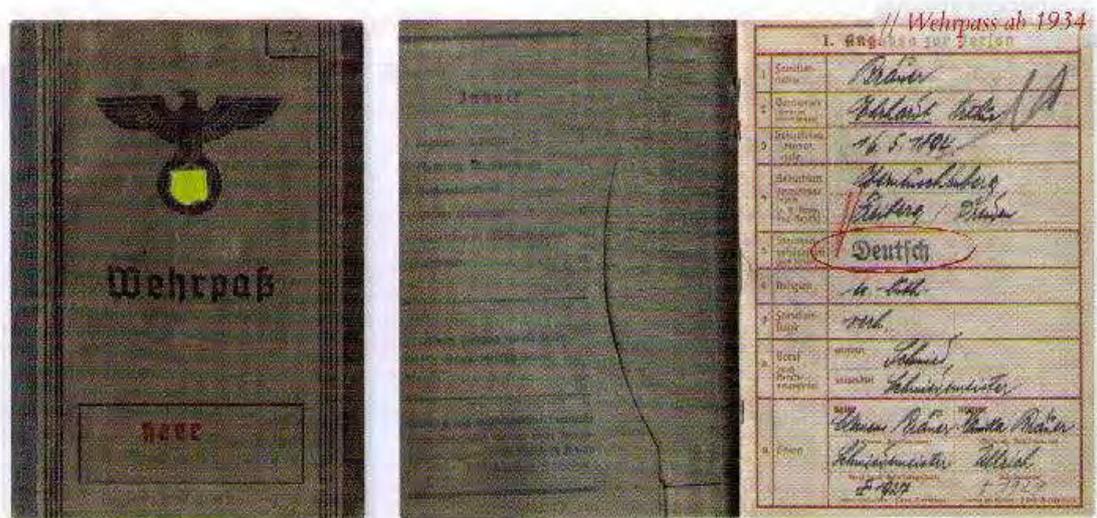
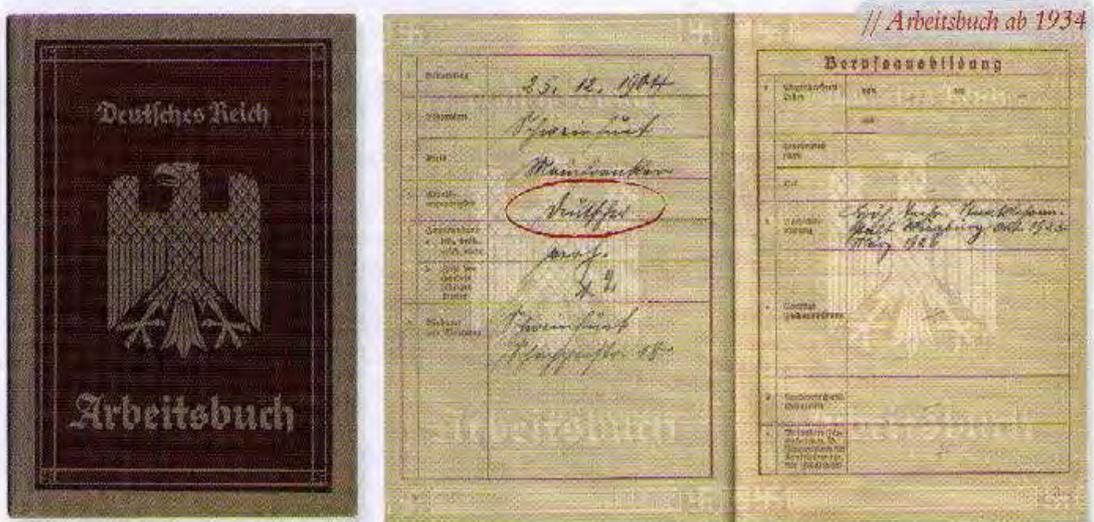


1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**





Ehefrau
Lichtbild

Unterschrift des Paßinhabers
Arny Zille
—und seiner Ehefrau—

Es wird hiernit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

Wien, den 30. APR. 1941
Mayer

2

PERSONENBESCHREIBUNG

Beruf <i>Maler</i>	Ehefrau
Geburtsort <i>Braunau am Inn</i>	
Geburtstag <i>24. IV 1889</i>	
Wohnort <i>Berlin</i>	
Gestalt <i>mittel</i>	
Gesicht <i>oval</i>	
Farbe der Augen <i>braun</i>	
Farbe des Haares <i>schwarze</i>	
Besond. Kennzeichen <i>kleiner Penis</i>	
<i>Schraubart</i>	

KINDER

Name	Alter	Geschlecht
/		

3

Auch der „große Führer aller Zeiten“ ist nur Personalangehöriger (Angestellter) in der Banken-Kolonie *deutsch*

Die Weiterführung der faschistischen Gleichschaltungskolonie des III. Reiches von 1945 bis 2010

Die Befreiung Deutschlands vom Faschismus und Nazismus ist 1945 NICHT erfolgt:

Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit (R=StAG) ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

1945 erfolgen keine Friedensverträge mit den kriegsbeteiligten Nationen. (Beweis HLKO Artikel 24: „Kriegslisten... sind erlaubt.)

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt.

(Beweis RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Auch das als Staatsgrundgesetz für die Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler *Neues Staatsrecht* bleibt in Anwendung. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) 1949:

Das Bonner Grundgesetz (GG) überlagert die rechtsgültige Weimarer Verfassung (WRV) von 1919.

Der Artikel 116 Grundgesetz für die BRD legt die deutschen Nazi- Staatsangehörigkeit fest.

1949 erfolgt ebenfalls die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR):

Das Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* für die Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler bleibt auch in der DDR in Anwendung.

Auch die Kolonie-Verfassung der DDR überlagert in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Weimarer Verfassung (WRV) von 1919.

Die Präambel der DDR – Verfassung legt die deutsche Nazi- Staatsangehörigkeit von Adolf Hitler fest. „Verfassung der DDR vom 6. April 1968 (GBL. I. S. 199)

Beide nicht souveräne deutsche Teilstaaten führen im Zentrum von Europa die faschistische Gleichschaltungskolonie *Deutsch* von 1934 weiter.

1990 erfolgt nur ein Zusammenschluß der deutschen Teilkolonien *Bundesrepublik Deutschland* und *Deutsche Demokratische Republik*. (Beweis Einigungsvertrag zwischen den beiden Teilkolonien)

1990 werden wiederum keine Friedensverträge mit den kriegsbeteiligten Nationen geschlossen. (Beweis Haager Landkriegsordnung - HLKO Artikel 24: „Kriegslisten... sind erlaubt.“)

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler bleibt weiter in Anwendung.

Das Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* von 1934 für die Kolonie des 3. Reiches bleibt weiter in Anwendung und wird schleichend über das 4. Reich- Projekt *Europäische Union* auf ganz Europa ausgedehnt.

Das ab 1990 für die zwei vereinigten Teile Deutschlands übernommene Bonner Militär Grundgesetz (GG) überlagert weiter die rechtsgültige Weimarer Reichsverfassung von 1919.

Die westalliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich führen die deutsche Zwangsangehörigkeit* von Adolf Hitler in ihren Besatzungszonen ab 1945 nahtlos weiter.

. 23

AMTSBLATT

FÜR



SCHLESWIG HOLSTEIN

Nr. 3 Schleswig, den 29. Juni 1946 Jahrgang 1

INHALT

- A. Anordnungen der Militärregierung.
Gültigkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. (S. 23.)
- B. Gesetze des Landtags.
- C. Verordnungen.
- D. Bekanntmachungen und Erlasse.
 - I. Landesverwaltung.
 - 1. Amt für Inneres.
Veröffentlichungen im Amtsblatt. (S. 24.)
Wahlberechtigung. (S. 25.)
Gliederung und Besetzung der Kreisverwaltungen. (S. 25.)
 - 2. Amt für Wirtschaft.
Altpapier. (S. 26.)
- E. Stellenausschreibungen.

46 S. 23
13. 3. 46
aufgehob.
52 S. 907
11. 12. 52

Teil A

Anordnungen der Militärregierung

Gültigkeit
des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit.

Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46.
— 312/Refugees/9501/40 —

Landesverwaltung Schleswig-Holstein
— Amt für Inneres — I/13 — IP (St)

An
alle Behörden der Provinz.

Die in der Anlage 1 enthaltene Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46 (den Stadt- und Landkreisverwaltungen mitgeteilt durch Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgb. Nr. 85) regelt grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch weiterhin als gültig anzusehen ist. Diese Bestimmungen sind in allen Staatsangehörigkeitsfragen zu berücksichtigen.

Der an die Kreise gerichtete Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgb. Nr. 85 — ist nach dem Wortlaut der Anlage 1 zu berichtigen.

Im Auftrage:
Wormit.

Anlage 1.

Betr.: Flüchtlingspolitik.
— 312/Refugees/9501/40 — 13. März 1946.

1. Alle Personen, die nach einem deutschen Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden, solange dieses Gesetz nicht aufgehoben ist, als Deutsche betrachtet, wenn sie nicht einzeln durch die Regierung anderer Länder als Angehörige dieser Länder anerkannt werden.
2. Obwohl durch das Gesetz Nr. 161 der Militärregierung die territorialen Grenzen Deutschlands zum Zwecke der Grenzkontrolle auf die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, festgesetzt worden sind, ist die Bestimmung über die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1547) nicht aufgehoben worden.
3. Hieraus ergibt sich, daß Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit zwangsweise verliehen wurde, Deutsche bleiben. Ausgenommen ist der in Absatz 1 genannte Fall.
4. Bürger der früheren Freien Stadt Danzig sind daher Deutsche und müssen als solche behandelt werden.

51

5. Dasselbe gilt für alle anderen Personen in ähnlichen Verhältnissen, ungeachtet ihrer ursprünglichen Staatsangehörigkeit vor dem Inkrafttreten

des entsprechenden deutschen Gesetzes.

gez. Unterschrift.

46 S. 24
21. 6. 46
aufgehob.
52 S. 223
9. 6. 52

1946 S. 24
Erl. v. 21. 6. 46
ergänzt durch
Erl. v. 17. 7. 46
auf S. 35

Teil D Bekanntmachungen und Erlasse

I. Landesverwaltung

Amt für Inneres

Veröffentlichungen im Amtsblatt.

Erl. d. Amtes für Inneres vom 21. 6. 1946 — 1/13 —
Amtsblatt/G. —

An
alle Behörden der Provinz.

1. Erscheinen.

Das „Amtsblatt für Schleswig-Holstein“ erscheint wöchentlich am Sonnabend. Es wird herausgegeben und verlegt von der Landesverwaltung Schleswig-Holstein — Amt für Inneres —.

2. Bezug.

Die Stücke des Amtsblattes werden zunächst als Verlagsexemplare durch die Post nach vorausgegangener Bestellung bei der Schriftleitung des Amtsblattes beim Amt für Inneres in Schleswig versandt.

Der Bezug des Amtsblattes ist grundsätzlich kostenpflichtig. Kostenfreie Bezieher sind lediglich:

- Die Dienststellen der Militärregierung;
- der Landtag der Provinz Schleswig-Holstein;
- die Ämter der Landesverwaltung Schleswig-Holstein.

Der vierteljährliche Bezugspreis einschl. Zustellungsgebühr beträgt 4,20 RM., der Preis für das Einzelstück 0,35 RM.

Ueber die Lieferung des Amtsblattes und die einzuzahlenden Bezugsgebühren werden die Bezieher durch die Schriftleitung besonders benachrichtigt.

Eine beschränkte Stückzahl des Amtsblattes wird von der Druckerei der Schleswiger Nachrichten, Schleswig, Stadtweg 54, zum Kleinverkauf vorrätig gehalten.

3. Veröffentlichungsberechtigte.

Das Amtsblatt ist das umfassende Veröffentlichungsorgan für Schleswig-Holstein und nimmt als solches die Veröffentlichungen des Landtags, der Landesregierung, der Landesverwaltung und der Sonderverwaltungen der Provinz in sich auf.

Sämtliche Einsendungen an die Schriftleitung des Amtsblattes müssen über das Amt für Inneres gehen. Untergeordnete Stellen sind nicht berechtigt, von sich aus Veröffentlichungen zu beantragen. Die Leiter der Ämter bzw. der Provinzialbehörden sind dafür verantwortlich, daß die etwa erforderliche Genehmigung der Militärregierung eingeholt und die notwendige Beteiligung anderer Dienststellen durchgeführt ist.

Freie Stellen können außer von den in Abs. 1) genannten Behörden auch von den Kreisverwaltungen für ihre Verwaltung und über sie von den kreisangehörigen Städten und größeren Gemeinden ausgeschrieben werden.

4. Umfang der Veröffentlichungen.

Folgende Sachgruppen werden im Amtsblatt veröffentlicht. Jeder Sachgruppe entspricht ein besonderer Teil des Amtsblattes.

- Teil A: Anordnungen der Militärregierung;
- „ B: Gesetze des Landtages;
- „ C: Verordnungen;
- „ D: Bekanntmachungen und Erlasse;
- „ E: Stellenansprechungen.

Bei allen Einsendungen muß klar zum Ausdruck gebracht werden, in welchem Teil die Veröffentlichung erfolgen soll.

5. Abgrenzungen.

- a) Anordnungen der Militärregierung.
Anordnungen der Militärregierung werden im Amtsblatt nur insoweit veröffentlicht, als sie nicht bereits im Amtsblatt der Militärregierung Deutschlands — Britisches Kontrollgebiet — enthalten sind.

- b) Anordnungen der Militärregierung — Erlasse und Bekanntmachungen.

Wird eine Anordnung der Militärregierung im Wortlaut durch einen Begleitterlaß des zuständigen Verwaltungszweiges bekanntgegeben, so erfolgt die Veröffentlichung im Teil A: Anordnungen der Militärregierung. Wird dagegen eine Anordnung der Militärregierung nicht wörtlich, sondern nur inhaltlich von dem zuständigen Verwaltungszweig wiedergegeben, so erfolgt die Veröffentlichung im Teil D: Bekanntmachungen und Erlasse. Im allgemeinen wird im Interesse der Klarheit der wörtlichen Wiedergabe der Vorzug zu geben sein.

- c) Bekanntmachungen und Erlasse.

Bekanntmachungen und Erlasse sind nur dann zu veröffentlichen, wenn sie von allgemeiner Bedeutung sind.

6. Erstmalige Veröffentlichungen.

Da das Amtsblatt von sämtlichen Verwaltungsorganen der Provinz bezogen wird, ist weitgehend von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Veröffentlichungen darin erstmalig bekanntzugeben. Bei jeder Einsendung ist daher anzugeben, ob die Veröffentlichung den Empfängern bereits zugegangen ist und ob sie gegebenenfalls schon an anderer Stelle (z. B. Tageszeitungen) veröffentlicht worden ist.

7. Einsendungen an die Schriftleitung.

Einsendungen an die Schriftleitung sind so abzufassen, daß sie grundsätzlich ohne Umstellung druckreif sind. Dazu gehört:

- a) die genaue Durchsicht der Einsendungen auf Schreib- und Zeichenfehler;
- b) die unbedingte Einhaltung folgenden Musters bei allen Einsendungen:

Österreich befreit aus der Zwangsangehörigkeit

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich.

Vom 3. Juli 1938.

Auf Grund von Artikel III des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die bisherige österreichische Bundesbürgerschaft und die Landesbürgerschaft in den ehemaligen österreichischen Bundesländern fallen fort.

(2) Es gibt nur die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

(3) Soweit nach geltendem österreichischen Landes-

(2) Deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit seit dem 7. März 1938 durch Einbürgerung oder Anstellung im öffentlichen Dienst erworben und dadurch die österreichische Bundesbürgerschaft verloren haben, sind rechtlich so zu behandeln, als ob der Verlust der österreichischen Bundesbürgerschaft nicht eingetreten wäre.

§ 3

(1) Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Widerruf der Einbürgerung oder Aberkennung der Staatsangehörigkeit auf Grund des Gesetzes vom

Die Österreicher wurden 1945 von der
deutschen Staatsangehörigkeit
befreit

STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1945

Ausgegeben am 14. Juli 1945

16. Stück

89. Gesetz: Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

89. Gesetz vom 10. Juli 1945 über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. (1) Österreichische Staatsbürger sind ab 27. April 1945

a) die Personen, die am 13. März 1938 die österreichische Bundesbürgerschaft besaßen haben;

bürgerschaft, wenn sie nicht eine Verurteilung erlitten haben, die nicht getilgt und gesetzlich nicht tilgbar ist.

(2) Durch das Bekenntnis des Mannes erlangt die Ehegattin die Staatsbürgerschaft des Mannes, sofern die Ehe zu Recht besteht und nicht gerichtlich von Tisch und Bett geschieden ist. Dem Vater oder der unehelichen Mutter folgen auch die nicht eigenberechtigten Kinder.

(3) Der ordentliche Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes wird durch eine lediglich durch Heranziehung zu einer militärischen oder anderen per-



Die deutsche Staatsangehörigkeit ist eine Zwangsangehörigkeit

Verordnung FÜR Österreich. Die Österreicher werden aus der deutschen Zwangsangehörigkeit von Adolf Hitler befreit! (Auflösung Großdeutschland von 1938)

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) -> [Stichworte](#) -> Staatsangehörigkeitsausweis

Staatsangehörigkeitsausweis

Durch einen Staatsangehörigkeitsausweis wird der förmliche Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit geführt. Der Staatsangehörigkeitsausweis ist nicht zu verwechseln mit der Einbürgerungsurkunde, die einem Ausländer bei der Einbürgerung ausgehändigt wird.

Die Eintragungen zur (ausschließlich möglichen) deutschen Staatsangehörigkeit in Personalausweis und Reisepass führen lediglich zur (widerlegbaren) Glaubhaftmachung des Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Glaubhaftmachung ist eine Beweisführung, die einen geringeren Grad von Wahrscheinlichkeit vermitteln soll (§§ 104 II, 236 II, 920 II ZPO, 1994 BGB, 15 II FGG, 123 III VwGO).

Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist (und somit möglicherweise das Aufenthaltsgesetz Anwendung findet), obliegt die Klärung der jeweiligen Staatsangehörigkeitsbehörde. Bis zur Klärung ist die Person als Ausländer zu behandeln. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies nachzuweisen (z.B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde, Ziffer 1.2.3.1 VV AusIG = Ziffer 2.1.3 Vorläufige Anwendungshinweise des BMI).



Deutsch

25.06.1934

Auch die NS- Glaubhaftmachung *Deutsch* wird illegal weiter geführt

West- Alliierte Kriegslistausweise 1945 – 1949

Name Vorname Nachname	Jossnfelder Albert
Geburtsdatum Date of birth Date de naissance Дата рождения	20. Oktober 1896
Geburtsort Birth place Lieu de naissance Место рождения	Gunzenhausen
Staatsangehörigkeit Nationality Nationalité Гражданство	Deutsch
Beruf Occupation Profession Занятие	Kaufmann
Gegenwärt. Wohn- od. Aufenthaltsort Present place of residence and address Adresse présente et adresse actuelle Место жительства налице	Nürnberg
Wohnort am 1. 9. 1939 Domicile on 1. 9. 1939 Domicile le 1. 9. 1939 Место жительства 1. 9. 1939	New York
Größe und Gestalt Height and figure Taille et allure Выр	168 cm, unteretzt
Farbe der Augen Color of the eyes Couleur des yeux Цвет глаз	braun
Unveränd. Kennzeichen Invariable distinguishing marks Marques permanentes Постоянные признаки	fehlen
Veränderliche Kennzeichen Variable distinguishing marks Marques variables Изменяющиеся признаки	fehlen
Bemerkungen Remarks Remarques Замечания	



Nürnberg den **22. Jan. 1947**
Pellzeipräsident Nürnberg
Pellet
 (Unterschrift des Kommandanten)

Nürnberg den **22. Jan. 1947**
Pellzeipräsident Nürnberg
Pellet
 (Unterschrift des kommandierenden Beamten)

Gebühr RM.



Kennort Location of identity Lieu	Pforzheim
Kennnummer Number of identity Numéro	54 504 -
Gültig bis Valid until Valable jusqu'à	21. Februar 1951.
Name Name Nom	Š a p s k i
Vorname Christian name Prénom	Karl-Heinz Louis
Geburtsdag Date of birth Date de naissance	29. Juli 1921
Geburtsort Place of birth Lieu de naissance	Hannover
Staatsangehörigkeit Nationality Nationalité	Deutsches Reich German Allemand
Beruf Occupation Profession	Maschinenführer
Unveränderliche Kennzeichen Marks firm Signalement	keine
Besondere Merkmale Marks specialy Signes particuliers	keine
Bemerkungen Remarks Notes	



Unterschrift des Kennkarteninhabers
Signature of the bearer of the identity-card
Signature du possesseur de la carte d'identité

Karl-Heinz Šapiski

Linke Zeigefinger
Left forefinger
Doigt gauche



Pforzheim, den 22. Februar 1946.

Die Polizeidirektion
Pforzheim
The police direction
Pforzheim
La direction de police
Pforzheim

I. A.:
Hegmann

Unterschrift des ausfertigenden Beamten
Signature of the executing official
Signature de l'employé abaisseur

Personalausweis Nr. 124/1339/45

Name: Schwarz geb. Mantyn

Vorname: Helene

Beruf: _____

am 21.9.1923
geboren in Zollichow Kr. Prenzlau

Staatsangehörigkeit: D.R.

Wohnung: Chlbgr., Eichenallee 35

Gebühr: 2.-- RM



Unterschrift des Inhabers
Helene Schwarz

Geltungsdauer: bis 12.10.1950

Berlin, den 12. Oktober 1945

Der Polizeipräsident in Berlin
Abteilung II — Fremdenpolizei

I. A.
M...

Gestalt: mittel

Geschl: weib

Augenfarbe: blau

Haarfarbe: dunkelblond

Besondere Kennzeichen: keine

West- Alliierte Trizone – Verwaltungsorganisation „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD):

Artikel 116 (1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland) legt die deutsche Staatsangehörigkeit von Adolf Hitler fest:

Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist (...), wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder dessen Ehegatten oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“



LB

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Das BGBL III legt die Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler in der BRD fest.

Die kaiserliche RuStAG vom 22. Juli 1913 wird zur Täuschung mit zitiert...

Die kaiserliche RuStAG vom 22. Juli 1913 wird bereits unvollständig wiedergegeben:

Folgender Textabschnitt fehlt: „Deutscher ist, wer die **Staatangehörigkeit in einen Bundestaat ODER** die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§34 bis 35) besitzt.“

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 | 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

PRESSE ANZEIGER
Das freie Presse & Medien Portal

www.presseanzeiger.de

Nazi-Staatsbürgerschaftsgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt

2011-06-19 14:42:33

(PA) Franco-Gegner Gonzales erhält Point-Alpha-Preis - Keine Denkanstöße zum 17. Juni

Leipzig/Eisenach/Gröna(Rhön) Das sogenannte Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland gerät weiter ins Zwielicht. Es wird nun in den Strudel des Rechtsextremismus gezogen. Mit dem vor wenigen Monaten geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz vom 8. Dezember 2010 hat der Bundesgesetzgeber diesen fundamentalen Rechtsbereich nunmehr auf die Basis eines Gesetzes aus der Zeit des Nationalsozialismus gestellt. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nunmehr nicht wie bisher auf das entsprechende Gesetz aus dem Jahr 1913 zurückgeführt, sondern auf den Sockel eines von den Nationalsozialisten verabschiedeten Gesetzes vom 5. Februar 1934 gesetzt. Damit werden Bürger, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, automatisch einem NS-Gesetz unterworfen. Damit der skandalöse Schwenk keine öffentlichen Wellen schlägt, wurde er stillschweigend vollzogen und ist nur im nichtamtlichen Teil der Bundesdrucksachen zu finden.

Art. 116 GG

Begriff „Deutscher“

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich
anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die
deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (R=StAG 1934)

Art. 139 GG

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die Wahrheit ist einsam solange die Lüge regiert

1934 R=StAG

DEUTSCH

Deutsch



Deutsch

15.6.1934

R=StAG Gleichschaltung



Kolonie Staats Angehörigkeit

Bundesgesetzblatt ⁴⁷

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 22. April 1976	Nr. 22
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
12. 4. 76	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen	473
31. 3. 76	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik	501
2. 4. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Kapitalhilfe	502

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

Vom 12. April 1976

Artikel 27

Personalausweise

Die Vertragsstaaten stellen jedem Staatenlosen, der sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und keinen gültigen Reiseausweis besitzt, einen Personalausweis aus.

Information: Personalausweise werden nur an Staatenlose ausgegeben!

Sowjetische Besatzungszone (SBZ) - Deutsche Demokratische Republik (DDR):

Auch Josef Stalin und der deutsche Widerstand/ die Kommunisten wurden getäuscht:

In der sowjetischen Besatzungszone(SBZ) = Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wird wie in der BRD die gleiche *deutsche Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler fortgeführt:
„Artikel 1 der Verfassung der DDR: „...**Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit**“

*Von dem Willen erfüllt, die
Freiheit und die Rechte*

des Menschen zu verbürgen, das

Gemeinschafts- und Wirtschafts-

leben in sozialer Gerechtigkeit

zu gestalten, dem gesellschaft-

lichen Fortschritt zu dienen, die

Freundschaft mit allen Völkern

zu fördern und den Frieden zu

sichern, hat sich das deutsche

Volk diese Verfassung gegeben

A GRUNDLAGEN DER STAATSGEWALT

Artikel

1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.

Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden.

Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.

Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Artikel

2

Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold.

Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.

Artikel

3

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch:

Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden;

Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts;

Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.

Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.

Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Ihre Tätigkeit wird von der Volksvertretung überwacht.

Bestätigung Landrat Demmin in Mecklenburg - Die DDR führte auch die deutsche Stasnagehörigkeit von Adolf Hitler weiter

LANDKREIS DEMMIN DER LANDRAT



HAUPTDIENSTGEBÄUDE
Neuanschrift
Adolf-Pompe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfach 12 54 ☒ Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin ☒ Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 54 - 17102 Demmin

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☒ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Ort	Datum
	33.30.20	Demmin	1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des *ordre public* – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUßENSTELLE ALTENTREPTOW
Brunnenstr. 6 Postfach 15 69
17087 Altentreptow 17081 Altentreptow
☒ Vermittlung (0 39 61) 2 70-0
Telefax (0 39 61) 2 70-2 00

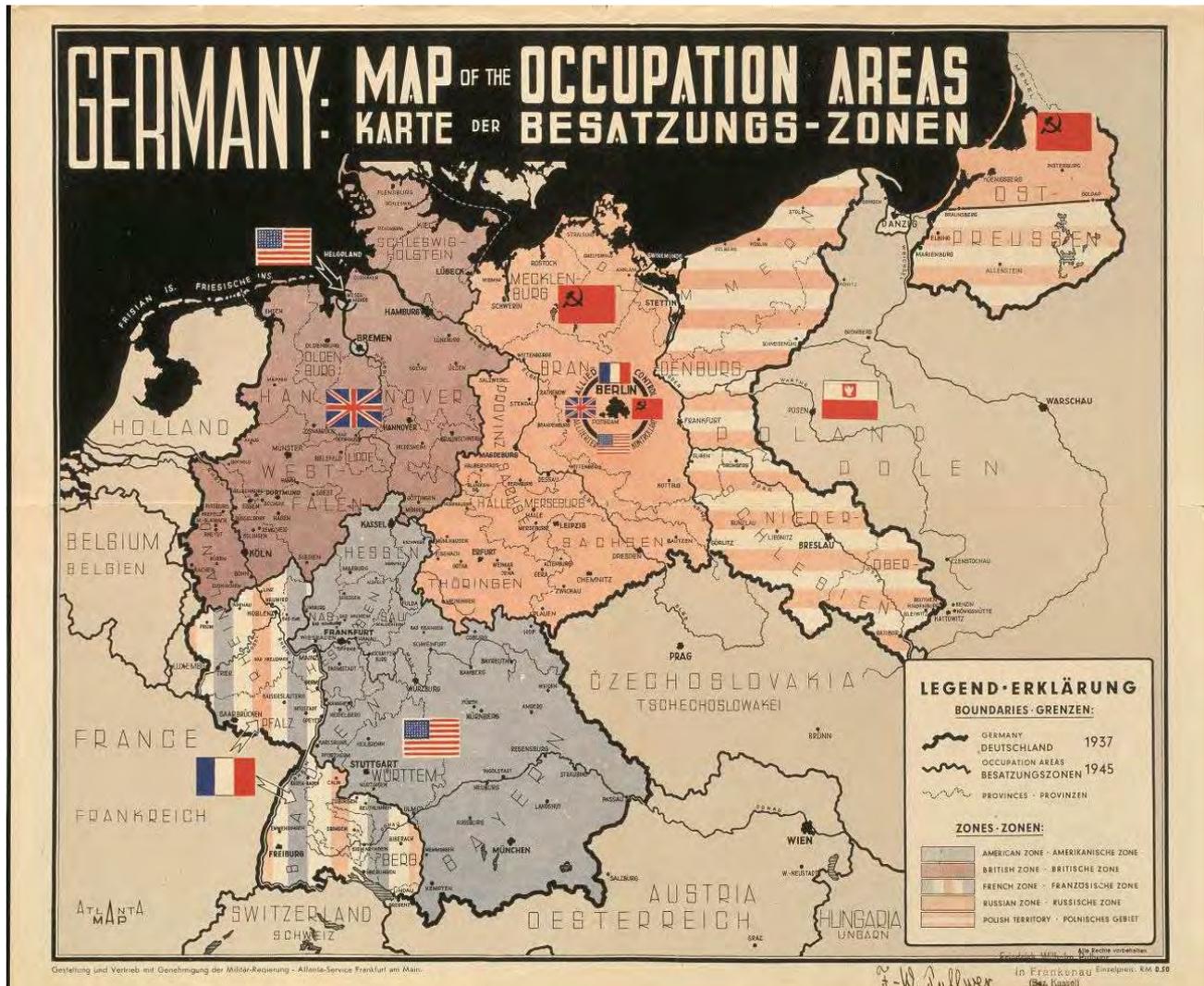
AUßENSTELLE MALCHIN
Fritz-Rosier-Platz 9 Postfach 12 02
17139 Malchin 17137 Malchin
☒ Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 84
Jugendamt (0 39 94) 23 98 99
Telefax (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007305
(BLZ: 150 302 00)

Konsequenzen bis zum heutigen Tag:

Die weiter gültige Weimarer Reichsverfassung (WRV 1919) wird ab 1949 in den deutschen Teilkolonien Bundesrepublik Deutschland vom zwangsverordneten *Grundgesetz FÜR die BRD* und in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die *Verfassung der DDR* überlagert:

Die Befreiung Deutschlands aus der Nazi-Kolonie Adolf Hitlers wird bis heute durch die Alliierten blockiert!



NS- Glaubhaftmachung *Deutsch* in der DDR

TÄUSCHUNG

DEUTSCH



1934 - heute

DEUTSCH



TÄUSCHUNG

keine Heimat

Heimat ist ein Paradies

Prof. Georg Hansen

Die Ethnisierung des deutschen Staatsbürgerrechts und seine Tauglichkeit in der EU

Insgesamt wird die rechtliche Definition von „**Deutsch**“, wie sie von den **NaZis kodifiziert** wurde, übernommen und damit die Konstruktion von Zugehörigkeit nach ethnischen Kriterien in der jungen Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten.

Dr. Max Bahrfeldt

Verlust der Staatsangehörigkeit **Inland**

1903 Breslau Schlesien

Die Staatsangehörigkeit besteht somit unabhängig, ob die Staatsgewalt legitim ist oder nicht

1919 Die Weimarer Verfassung

Die Weimarer Republik (1919-1933) bezeichnet ihre Staatsgrenzen nach dem Versailler Vertrag Landesgrenzen

LandesStaatsAngehörigkeit LStA Inland

Deutscher ist, wer die LStA aus einem Heimatstaat / Land besitzt

Menschenrechte Art. 15

- (1) Jeder hat das Recht auf **eine** Staatsangehörigkeit (**Kolonie R=StAG**)
- (2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln (**RoStAG** 1913)

Die deutschen Völker sind seit 1934 **R=StAG** komplett entrechtet/entmachtet!

Personenstandsänderung capitis deminutio maxima

Täuschung für Verwaltungszweck c.d.m. – durch die Siegermächte bewirkt

Kein Friedensvertrag / Kriegslisten sind erlaubt HLKO Art. 24

Deutsche Faschismusgesetze und ihre Gültigkeit

RGBl. / BGBl. Teil I Inland

Teil II Ausland

1959 BGBl. Teil III **Bereinigung** Nichtamtlicher Teil BRD

Das RuStAG 1913 war von 01.01.1914 bis zum 04.02.1934 gültig.

1913 Jul 22	Reichs- oder Staatsangehörigkeitsgesetz S. 583 die unmittelbare Reichsangehörigkeit für Kolonien im Ausland
1919 Aug 11	Weimarer Reichsverfassung / deutsche Verfassung Art. 110 RuStAG 1913
1923 Nov 05	Gesetz Änderung RuStAG 1913 S. 1077
1924 Juni 27	Verordnung RuStAG Personalausweis S. 659 Sprachliche Einführung Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis

Gleichschaltungsgesetze / Faschismusgesetze

1933 30. Januar Die Gleichschalter / Faschisten gehen zur Machteroberungsphase an Bord.

- 1933 Feb 01 **Verordnung Auflösung des Reichstags** S. 45
- 1933 Feb 01 **Verordnung Neuwahl des Reichstags** S. 45
- 1933 Feb 02 **Verordnung Änderung des Reichswahlgesetzes** S. 45
- 1933 Feb 03 **Verordnung Durchführung Reichswahlgesetz** S. 46
- 1933 Feb 01 **Verordnung Auslegung der Stimmlisten** S. 47
- 1933 Feb 06 **Verordnung Reichstagswahl** S. 49

Die **deutschen Völker** wurden **gleichgeschaltet** zum**deutschen Volk**

- 1933 Feb 04 **Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 35
- 1933 Feb 04 **1 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 41
- 1933 Feb 07 **2 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 53
- 1933 Feb 07 **3 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 54

Die **deutschen Völker** wurden **gleichgeschaltet** zum**deutschen Volk**

- 1933 Mär 21 **Verordnung Sondergerichte** S. 136
- 1933 Mär 31 **1 Gesetz Gleichschaltung der Länder** S. 153

1933 Apr 07 **2 Gesetz Gleichschaltung Länder** S. 173

1933 Jul 03 **Gesetz Freistaat Oldenburg Landesteil Oldenburg**

Titulierungsrecht Bankenvorstand

LzO-Gesetz vom 03.07.1933 §§ 1 und 16 II.

Das **Titulierungsrecht** für den **Bankenvorstand**

wurde nach Gleichschaltung der Länder eingeführt.

1933 Jul 14 Gesetz Volksabstimmung Aufgehoben am 20.Sept.1945

1933 Jul 14 Gesetz Aberkennung der **deutschen StA** S. 480

Sprachliche Einführung vor dem 05.02.1934

1933 Jul 26 Verordnung Aberkennung **der deutschen StA** S. 538

Sprachliche Einführung vor dem 05.02.1934

1933 Sep 12 **Gesetz Reichskonkordat (Kirchensteuer)** S. 625

1933 Okt 14 **Verordnung Auflösung Reichstag** S. 729

1933 Nov 12 Volksabstimmung Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Das Völkerrecht ist für Deutschland außer Funktion

1934 Jan 30 **Gesetz Neuaufbau des Reichs** S. 75

1934 Feb 02 **1 Verordnung Neuaufbau des Reichs** S. 81

1934 Feb 03 **unmittelbare Landesbeamte** S. 81

1934 Feb 03 **Begnadigungsrecht der Länder** S. 82

1934 Feb 02 **3 Verordnung Steuern Heimatländer** S. 83

Das gleichgeschaltete Volk komplett entmachtet

1934 Feb 02 **Verordnung über die deutsche StA** S. 85

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**
(Reichsangehörigkeit)

Auflage 1936 Neues Staatsrecht Seite -54- II 1. a)

Die Reichsangehörigkeit wird unmittelbar als deutsche
Staatsangehörigkeit erworben. R=StAG

Deutschland wurde Kolonie

Das gleichgeschaltete Volk komplett entrechtet

1934 Feb 16 **1 Gesetz Überleitung der Rechtspflege** S. 91

1934 Okt 16 **Gesetz Einkommensteuer** S. 1005

1934 Dez 12 **2 Gesetz Überleitung Rechtspflege** S. 1201

1934 Dez 20 **Gesetz Änderung Rechtsanwaltsordnung** S. 1258

1935 Jan 24 **3 Gesetz Überleitung der Rechtspflege** S. 65

1935 Feb 01 **Erlaß Landesbeamten** S. 73

1935 Feb 01 **Erlaß Reichsbeamten** S. 74

1935 Apr 13 **Gesetz Kehrbezirke Schornsteinfeger** S. 508

1935 Mai 15 **Gesetz Die Einbürgerungsbehörde entscheidet und**
verleiht die deutsche Staatsangehörigkeit S. 593

Der BRD Staatsangehörigkeits-Ausweis wird
beantragt in der Ausländerbehörde

1935 Dez 13 **2 Gesetz Änderung Rechtsanwaltsordnung** S. 1470

1935 Dez 13 **Gesetz Rechtsberatung** S. 1478

1935 Dez 13 **Verordnung Rechtsberatung** S. 1481

1936 Feb 27 **Gesetz über die Befähigung zum Richteramt** S. 127

- 1937 Feb 10 **Gesetz Reichsbank / Deut. Reichsbahn** Teil II S. 47
Reichsbahn Heimat / Deutsche Reichsbahn
- 1937 Mär 11 **Justizbeitreibungsordnung** S. 298
- 1937 Mai 11 **Gesetz Paß- Ausländerpolizei- Melde- Ausweiswesen**
Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis
- 1938 Mär 13 **Gesetz Wiedervereinigung Österreich / DR** S. 237
Aufgehoben BGBl. für die Republik Österreich
- 1938 Apr 26 **1 Verordnung auf Grund der Verordnung** S. 415
- 1938 Mai 10 **Verordnung Ausländerpolizei Ausweiswesen** S. 511
- 1938 Jul 03 **Verordnung deutsche StA im Land Österreich** S. 790
- 1938 Jul 22 **Verordnung paßrechtl. Vorschriften Österreich** S. 913
- 1938 Jul 22 Verordnung über Kennkarten** S. 913
- 1938 Jul 23 1 Bekanntmachung Kennkartenzwang** S. 921
- 1938 Jul 23 2 Bekanntmachung Kennkartenzwang** S. 922
- 1938 Jul 23 3 Bekanntmachung Kennkartenzwang** S. 922
Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis
- 1938 Jul 25 **Anordnung Wehrdienst Österreich** S. 921
- 1938 Aug 22 **Ausländerpolizeiverordnung**
- 1938 Nov 24 **2 Verordnung auf Grund der Verordnung** S. 1668
- 1938 Dez 03 **Verordnung Einsatz des jüdischen Vermögens** S. 1705

Haavara-Handelsabkommen: **Braunschild** und die **Zionisten** arbeiteten bemerkenswert zusammen. Deutschland profitierte von diesem Handels-abkommen, das zwischen 1933 und 1939 ca. 106 Millionen Reichs-mark betrug. Buch: „Die geheime Macht hinter den Zeugen Jehovas“.

- 1939 Feb 17 **Gesetz Heilpraktiker** S. 251
- 1939 Feb 18 **Verordnung Heilpraktiker** S. 259
- 1939 Apr 20 **Verordnung d. StA / d. Volkszugehörigkeit** S. 815
- 1939 Jun 15 **Gesetz über die Deutsche Reichsbank** S. 1015
Reichsbank Heimat /Deutsche ReichsbankNaZi
- 1939 Sep 01 **Gesetz deutsche Staatsangehörigkeit Danzig** S. 1547
- 1939 Nov 11 **Bekanntmachung StA Memelländer** Teil II S. 999
- 1945 Apr 09 Auf **Braunschilds** persönlichen Befehl wird der Spionage Abwehrchef Admiral Canaris (1935 bis 1944) mit 5 seiner engsten Freunde am 09. im KL Flossenbürg hingerichtet. Die Getöteten wußten, das **Braunschild** im Auftrag von **Tothschild** die **Heimat** der **deutschen Völker** durch **Gleichschaltung** zerstört hatte.
- 1945 Apr 30 **Braunschilds** Flucht aus Berlin
 Die Sowjetunion stellten keine Sterbeurkunde aus
 Die Blut DNA-Analyse nicht von Braunschild
 Braunschild überlebte in Argentinien

1945 Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

1945 SHAEF Militärregierung – Deutschland

Gesetz Nr. 1 Aufhebung Nationalsozialistischer Gesetze
...die seit dem 30. Januar 1933 eingeführt wurden.....
...verlieren hiermit ihre Wirksamkeit.....

Nicht alle Gleichschaltungsgesetze wurden ausgerottet / zerstört

Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist

1945 Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

Das deutsche Volk besitzt seit 1934 keine Menschenrechte

Das **gleichgeschaltete** deutsche Volk ist komplett entrechtet

1945 Apr Rheinwiesen-Kriegsgefangenenlager
Das Rote Kreuz (IKRK) wurde von den Amerikanern
abgewehrt, den deutschen Soldaten zu helfen.

Das **gleichgeschaltete** deutsche Volk ist komplett entmachtet

1945 Jul 10 Gesetz Überleitung in die österreichische StA
Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich S. 81

1946 Jän 18 Staatsangehörigkeit – Überleitungs novelle
Staatsgesetzblatt für Republik Österreich S. 57

**Die Österreicher wurden aus der
deutschen Staatsangehörigkeit entlassen.**

1946 Jun 29 **Amtsblatt für Schleswig-Holstein**
Amtsblatt der Militärregierung Deutschland SHAEF
Anordnungen der Militärregierung Deutschland
Britisches Kontrollgebiet **Kriegslist**
Keine Aufhebung der Zwangsangehörigkeit
R=StAG deutsche Staatsangehörigkeit

1946 Jan 30 Kontrollratsgesetz Nr. 11 Der Kontrollrat verfügt wie folgt:

Artikel I. Folgende Vorschriften des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15.
Mai 1871 in seiner gegenwärtigen Fassung werden hiermit ausdrücklich aufgehoben:
Paragraphen 2, 2b, 9, 10, 16 Absatz 3, 42a Ziffer 5, 42k, 80 bis 94 einschließlich, 102,
103, 112, 134a, 134b, 140, 140a, 140b, 141, 141a, 142, 143, 143a, 189 Absatz 3, 210a,
226b, 291, 353a, 370 Ziffer 3.

Warum wurden diese Vorschriften aufgehoben? ? **Kriegslist !**

1946 Mär 01 Verordnung Nr. 17 (EA) – **Bewohnerlisten**
Militärregierung Britisches Kontrollgebiet

1949 Mai 23 Grundgesetz 1 für die BRD Militärgesetz / Provisorium
Art. 25 Vorrang des Völkerrechts
...unmittelbar für die Bewohner der BRD
Die Menschenrechte sind für die BRD-Bewohner ohne Funktion
Das **gleichgeschaltete deutsche Volk** ist komplett entrechtet

1949 Nov.17 Amtsblatt der AHK für Deutschland

Gesetz Nr. 12

**NICHTIGKEIT VON NATIONALSOZIALISTISCHEN RECHTSVOR- SCHRIFTEN
ÜBER STAATSANGEHÖRIGKEIT**

Die Heimat ruft! Die Heimat ist einsam, solange die Lüge regiert

1959 Aug 01 **Bundesgesetzblatt Teil III** Nichtamtlicher Teil
Sachgebiet Staats- und Verfassungsrecht
100 – 1 Grundgesetz BRD 23.05.1949
102 – 1 RuStAG 1913
102 – 2 R=StAG 1934
102 – 3 Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit
Die Gleichschaltung entwertet Heimatbegriffe

----- Die BRD ist nicht meine Heimat -----

1961 Sep 08 **DRiG § 17 Ernennung zum Richter**
Ernennungsurkunde zum Gleich-Richter (Faschist)
Art. 97 GG Unabhängige Gleich-Richter (Faschisten)

DRiG § 18 Nichtige Ernennung nach Art. 116 GG
wenn der Ernannte kein Gleich-Richter (Faschist) ist

1990 Sep 12 **Gesetz Vertrag Deutschland BGBl. Teil II Ausland S. 1317**
1991 Mär 15 **Bekanntmachung Vertrag Deutschland BGBl. Teil II S. 587**
Das deutsche Volk ist komplett entmachtet und entrechtet

Die BRD-Bewohner werden am Nasenring in die EU gezogen

Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

2002 Jan 16 Grundgesetz 2 für die BRD Basic law² siehe
Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit¹ **Nichtamtliche Übersetzung Deutschlands**

Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

Art. 139 GG Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen

Jeder BRD- Bewohner ist in der Pflicht, sich von der



Richter a.D. Frank Fahlse (LG-Stuttgart)

Unzählige meiner Kollegen kann man als "Kriminelle" bezeichnen.

In unserem nicht funktionierendem Rechtsstaat rächt sich täglich, dass nach 1945 und nach 1990 Nazi- und Stasijuristen übernommen worden sind.

Weder gibt es charakterliche Eignungsprüfungen für Richter und Staatsanwälte, noch müssen sich diese Halbgötter in schwarz an die Strafprozeßordnung und die Gesetze halten.

Diese Juristen, oft mit Parteibuch ausgestattet, und in irgendwelchen Parlamenten, Bankenvorständen oder Versicherungen sitzend, bilden oft mafiaartige Seilschaften, und sind, wie im III.-Reich und der DDR, nur ihrem nicht vorhandenem Gewissen gegenüber verpflichtet.

Willkürbeschlüsse, ohne Prozeß,- wenn die Meinungsfreiheit = Juristenkritik, Enthüllungs- und Aufklärungsjournalismus, ausgehebelt werden soll,-

willkürliche Glaubensurteile (Wörtz, Mollath, Kulac usw.) an der Beweislage vorbei, weil man auf Teufel komm raus Erfolge vorweisen will, und verurteilungsgelübt ist.

Wirtschaftsprozesse werden verschleppt bis zur Verjährung, Belastungsakten läßt man verschwinden, wenn es um Politiker und Banker geht.

Es geht nicht um Fehler, sondern um Vorsatz = Rechtsbeugung!

Russland droht der BRD mit dem deutschen Thema ...

oder müssen die Deutschen jetzt so tun, als wäre nichts geschehen. Dann aber wird man sie fragen, ob die Deutschen ihre Staatlichkeit tatsächlich vom Dritten Reich fortführen

Совjetische INVASION in Deutschl...
Москва

Russland-Deutschland
1,155 Abonnenten
28 Aufrufe

Blacked Out Z06 CS Vette
von jahnströcker
Empfehlungen für mich

Nuking and Invasion of Germany by British Empire - Darkest Hour

BRD verweigert UN- Resolution gegen Verherrlichung des Faschismus und Nazismus

Neue Rheinische Zeitung
Unabhängige Nachrichten, Berichte & Meinungen

Gelehrte Kollaborateure
Von Hans Georg

Die Bundesrepublik verweigert einer UN-Resolution gegen die Verherrlichung von Nationalsozialismus und NS-Kollaboration ihre Zustimmung. In der vergangenen Woche hat das Dritte Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, in der etwa die Errichtung von Denkmälern für NS-Funktionäre und die Stillierung von NS-Kollaborateuren zu "Freiheitskämpfern" massiv kritisiert werden. Deutschland und die übrigen EU-Staaten enthielten sich; die USA, Kanada und die Ukraine stimmten sogar gegen das Dokument, dessen Inhalt von 115 Ländern unterstützt wurde. In Berlin und Brüssel heißt es: man habe nur deshalb nicht zustimmen wollen, weil Russland die Resolution einstimmig habe

Sowjetische INVASION in Deutschl...
Russland-Deutschland
1,176 Abonnenten
28 Aufrufe

Blacked Out Z06 CS Vette
von jahnströcker
Empfehlungen für mich

Nuking and Invasion of Germany by British Empire - Darkest Hour

Durch komplette Privatisierung Entstaatlichung der Bundesrepublik Deutschland

Die Nichtregierungsorganisation BRD

Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main	Abteilung B Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts Abruf vom 13.9.2007 12:11	Nummer der Firma HRB 91411
-Ausdruck-	Seite 1 von 2	

1. Anzahl der bisherigen Eintragungen:
1

2. a) Firma:
Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung

b) Sitz, Niederlassung, Zweigstellenfassungen:
Frankfurt am Main

c) Gegenstand des Unternehmens:
Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenführung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen mit der Maßgabe der Optimierung der Zyklen des Bank- und seiner Sondervermögen, hierzu z.B. in besonderen Dienstleistungen bei der Einlösung von Bundeswertpapieren, der Kreditverteilung mittels Scheckbüchern, dem Abschluß derartiger Geschäftsgeldverkehrsstellen und Anlagen zum Ausgleich des Kontos für Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank, bei der Verwaltung der Schulden und Finanzierungsmaßnahmen des Bundes und seiner Sondervermögen sowie bei der Führung des Bundesrechnungswesens. Die Gesellschaft kann alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen durchführen, die geeignet erscheinen, den Zweck der Gesellschaft zu fördern, soweit gesetzliche Bestimmungen oder dieser Gesellschaftsvertrag nicht entgegenstehen.

3. Grund- oder Stammkapital:
10.000,00 DEM

4. a) Allgemeine Vertretungsorgane:
Neben ein Geschäftsführer bestellt, es vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertritt die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktion, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigter und besondere Vertretungsorgane:
Geschäftsführer Ehlers, Gust Berlin, *05.11.1940
Geschäftsführer Schick, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1940

5. Prokura:
Gesamprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer:
Dr. Lohr, Gerhard, Berlin, *05.05.1962
Peters, Hans-Jochen, Bad Homburg v. d. Höhe, *12.11.1940
Hans-Jörg, Karin, *19.03.1964
Dr. Richter, Andreas, München, *30.05.1965
Weidberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1967

6. a) Rechtsform, Beginn, Sitzung oder Gesellschaftsvertrag:
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag vom 26.05.1990



Die gesamte Verwaltungsorganisation *Bundesrepublik Deutschland* wurde ab den 1990er Jahren privatisiert und endgültig entstaatlicht.

Auch die staatlichen Institutionen, Behörden und die Justizorgane wurden private Firmen. Heute besteht die BRD- Nazi- Kolonie nur noch aus einem privaten Firmennetzwerk, welche in internationalen Handelsregistern wie www.upik.de eingetragen sind.

Dieses Firmennetzwerk arbeitet politisch weisungsgebunden im Auftrag der Banken und der Wirtschaft.

Die BRD ist nur noch eine Firma

Das Mittel der öffentlich-rechtlichen Körperschaft

Die öffentlich-rechtliche Körperschaft wurde in den 20er Jahren eingeführt, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie ist eine Konstellation aus einer öffentlichen Körperschaft, welcher einer unbegrenzten Staatshaftung unterliegt und einer privaten Körperschaft, welche haftungsbeschränkt ist. Diese Konstellation ist widersprüchlich und

verwischt die Grenzen zwischen Behörden und Firmen. Eine öffentliche-rechtliche Körperschaft kann, wie jede Firma profitorientiert sein und parallel hoheitliche Aufgaben ausüben. Diese Form der Körperschaft hat sich immer mehr ausgebreitet. Aus dem Arbeitsamt wurde zum Beispiel das Jobcenter und das Sozialamt ist nun die ARGE GmbH. Aus Antragstellern sind nun Kunden geworden und aus Aktenzeichen wurden Geschäftszeichen. Das schlimme an dieser, von der Öffentlichkeit unbemerkten, Umstellung, ist, dass damit Rechtsansprüche verloren gehen, die normalerweise Staatspflicht sind.

Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH

Offiziell wurde die “Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH” am 19.09.2000 gegründet. Sie wird als zentraler Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes beschrieben und verwaltet das Sondervermögen des Bundes. Ihr Sitz ist in Frankfurt am Main. Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen. Alle Staatsfinanzen oder besser “Firmengelder” laufen hier zusammen.

Die “BRD – Finanzagentur GmbH” ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/Main unter der Nummer HRB 51411 eingetragen. Die Haftungssumme liegt bei nur 50.000 DM. Wer glaubt, dass diese GmbH lediglich eine private Firma für ausgelagerte Dienstleistungen ist, liegt falsch, was ein gestellter Insolvenzantrag belegt. Der Beschluss des Amtsgericht Darmstadt vom 02.03.2005 (Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05) lautet:

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen [...] Gründe: Gemäß § 12 Abs. 1, Ziffer 1 InsO ist **die Durchführung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bundes unzulässig.**

Bei jeder normalen Firma wäre, bei Schulden in Billionenhöhe, ein Insolvenzantrag zulässig. Dieses Recht griff aber nicht bei der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. Dummerweise hatte das Amtsgericht die beklagte Partei als **Bundesrepublik Deutschland GmbH** ausgewiesen (ohne Finanzagentur) und damit deutlich gemacht was die BRD zu sein scheint.

Weitere Merkmale

Sieht man sich den Handelsregisterauszug der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH an, dann findet man dort das wahre Gründungsdatum. Dort heißt es nämlich “Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990”.

War 1990 nicht die angebliche “Wiedervereinigung” und formjuristische Auflösung der BRD? Ein Zufall, dass die Firma BRD kurz vorher gegründet wurde?

Interessant ist auch, dass die BRD Finanzagentur GmbH vorher in Berlin, unter der Nummer 40774 eingetragen war.

Weitere Merkmale, die darauf hinweisen, dass Ihre wohlverdienten Gelder an eine Organisation fließen, die wie eine Firma aufgebaut ist:

1. Das Grundgesetz verwendet an 13 Stellen das Wort “Geschäft”, wie z.B. Geschäftsbereich, Geschäftsordnung und Geschäfte. Schmücken diese Wörter nicht eher einen Gesellschaftsvertrag einer GmbH aus anstatt Gesetze eines Staates?
2. Bundeskanzler- und Minister haben Geschäftsbereiche und sind demnach Teil einer Geschäftsführung.

3. Warum heißt unser Personendokument “**PERSONAL**ausweis”?
4. Aussage von Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender): “Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungsorganisation.”

Die BRD als eine GmbH:

1. Eine GmbH mit Hoheitsgewalt ist widersprüchlich und verwischt die Grenzen zwischen Behörden und Firmen zu Lasten des Volkes.
2. Die “Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH” ist im Besitz des Bundesvermögens.
3. Die “Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH” ist keine normale Firma, die Insolvenz anmelden kann.
4. Die “Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH” wurde in Wirklichkeit 1990 in Berlin gegründet.
5. Die “Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH” wurde in einem Insolvenzverfahren als “Bundesrepublik Deutschland GmbH” ausgewiesen.
6. Das deutsche Volk ist laut Ausweis nur Dienst- Personal in dem Firmennetzwerk.
7. Vom Deutschen Volk geht keine Staatsgewalt aus.

Der Unterschied zwischen einem Staat und einer organisierten Firma ist der Souverän.

Ein Souverän ist der Inhaber der Staatsgewalt, welches in einer Republik das Staatsvolk zu sein hat.

Auch wenn die BRD die gleichen Strukturen hat wie ein Staat, fehlt ihr die Legitimationsquelle - die Rechtfertigung für ihr Handeln vom Volk.

Im modernen Völkerrecht wird dann von einer Nichtregierungsorganisation (NRO/NGO) gesprochen.

Das weltweite Privatisierungsprojekt ist global in vollen Gänge:

Das erfolgreiche deutsche Übernahme- und Auflösungsmodell von Nationalstaaten wird hinterlistig über die künstlich inszenierte Staatsverschuldung mit Hilfe des privaten Bankenkartells auf alle Staaten der Welt ausgedehnt. (Geldbetrug)



manta Where Small Business Grows™ New to

Search by company, category, or location [U.S. Companies](#) [Worldwide](#) [Manta Connect](#) [Features](#) [Partners](#)

U.S. - Washington, DC - Government - International Affairs - Washington International Affairs - Bundesrepublik Deutschland

Company Profile Page [Reports](#) [Map](#) [Web Results](#)

Bundesrepublik Deutschland [Own This Business?](#) [Edit Company Info](#)

Industry & Trade
1 Farragut Place Nw
Washington, DC 20011 [map](#)

Ads

[Bachelor Int'l Relations](#) BA International Relations
www.ie.edu/university

About Bundesrepublik Deutschland
Website: Information not found | Phone: (202) 462-1000

Business Categories
International Affairs in Washington, DC | International Affairs

Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC
records show it was established in and Incorporated in Washington, DC
information such as annual revenue and employees

STAAT? REGIERUNG? UNTERNEHMEN?

Seit vielen Jahren kursieren Gerüchte in der Welt, Gerüchte über die Geheimpläne der «offiziell gewählten» Regierungsmitglieder, Bankinhaber, wie auch der Mächte die dahinter stehen und anscheinend das ganze Weltgeschehen lenken und steuern. Die Auswirkungen ihrer Machenschaften sind für jeden Menschen sichtbar, es wird uns jeden Tag vor Augen geführt: innerhalb weniger Jahrzehnte wurde die Erde verschmutzt, mit all ihren Elementen – ERDE selbst, Luft, Wasser – welche das Leben in dieser Form auf unserem wunderschönen blauen Planeten, überhaupt ermöglichen. Kriege werden überall auf der Welt geführt; unsere Kinder missbraucht und getötet; auf der einen Seite herrscht Überfluss – auf der anderen das nackte Überleben; die Tiere werden als Ware behandelt, gequält; die Wälder abgeholzt –, um nur einige wenige zu erwähnen ...

Immer mehr, bisher geheimgehaltene Dokumente, über die Absicht die Menschheit zu reduzieren und zu versklaven, werden aus den gut gehüteten Verstecken hervorgeholt, ans LICHT gebracht – für alle SICHTBAR gemacht. Aus vielen dieser Dokumente ist ersichtlich, dass der GÖTTLICHE PLAN für die ERDE, wie auch die Entwicklung auf ihr lebender MENSCHEN – von diesen Wesen missachtet wird.

Ist da etwas Wahres dran? Ich wollte es genau WISSEN, deshalb entschloss ich mich diesen Hinweisen nachzugehen – denn WIR ALLE spüren dass VIELES auf dieser Erde nicht mehr stimmt.

Was ich dabei herausgefunden und entdeckt habe, können Sie auf den folgenden Seiten sehen und lesen und vor allem, alles selbst überprüfen.

Lassen Sie uns einige Grundbegriffe die von Bedeutung sind, näher erläutern

WAS IST EIN UNTERNEHMEN?

Ein **Unternehmen** ist ein spezieller Betriebstyp in marktwirtschaftlichen Systemen. Konstitutive Merkmale des Unternehmens sind nach Erich Gutenberg das **erwerbswirtschaftliche Prinzip (Streben nach Gewinn)**, das Prinzip des **Privateigentums** und das Autonomieprinzip (Selbstbestimmung des Wirtschaftsplans). **Öffentliche Betriebe und Verwaltungen** sind innerhalb einer Marktwirtschaft das Pendant zu **Unternehmen**, die in Summe daher auch als **Privatwirtschaft** bezeichnet werden.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Unternehmen>

WAS SIND ÖFFENTLICHE BETRIEBE UND VERWALTUNGEN?

Öffentliche Betriebe und Verwaltungen sind eigenständige, entweder privatrechtlich oder öffentlichrechtlich organisierte Gebilde, die sich mehrheitlich oder ganz im öffentlichen Besitz befinden und am **Wirtschaftsleben teilnehmen**.

http://de.wikipedia.org/wiki/Öffentliche_Betriebe_und_Verwaltungen

WAS IST GEWERBE?

Ein **Gewerbe** (siehe **D-U-N-S** Nummer S. 2–3) ist grundsätzlich **jede wirtschaftliche Tätigkeit** mit Ausnahme freiberuflicher oder landwirtschaftlicher Tätigkeit, die auf eigene Rechnung, eigene Verantwortung und auf Dauer mit der Absicht zur Gewinnerzielung betrieben wird. Im engeren Sinne versteht man unter Gewerbe die produzierenden und verarbeitenden Gewerbe: Industrie und Handwerk. Ein Gewerbe wird durch einen Gewerbetreibenden in einem Gewerbebetrieb ausgeführt.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Gewerbe>

WAS BEDEUTET BRANCHE?

Als Wirtschaftszweig oder **Branche** (siehe **SIC** S. 2, 17–19) bezeichnet man in der Wirtschaft **eine Gruppe von Unternehmen**, die nah verwandte Substitute herstellen.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftszweig>

• «Nur wer nicht sucht ist vor Irrtum sicher.»

Albert Einstein, Einstein sagt, Alice Galaprice



Anmeldung bei D&B (Dun & Bradstreet)

Warum muss ich mich anmelden?

Jedes Unternehmen kann nur für sich selbst eine **D&B D-U-N-S® Nummer** anfordern (siehe S. 3) oder ein eUpdate vornehmen. Um Missbrauch vorzubeugen und um gleichzeitig die Legitimation überprüfen zu können, werden Ihre persönlichen Angaben zu jeder **UPIK® Anfrage** benötigt.

Ihre Daten werden mit den Daten Ihrer Anfrage in UPIK® gespeichert und darüber hinaus genutzt, um die Legitimation zu prüfen und die Bestätigung oder Ablehnung Ihrer UPIK® Anfrage zuzusenden. Zudem werden sie für zu-

D&B Daten

UNSERE DATENBANK

Die D&B Datenbank ist die **grösste** Wirtschaftsdatenbank der Schweiz sowie der Welt mit über 200 Millionen **Firmeneinträgen** aus über 200 Ländern.

www.dnb.ch/html/623/de/de/Datenbasis.htm

künftige Recherchezwecke bei Anfragen oder Reklamationen genutzt. www.upik.de/de/faq.html

DIE D&B-BROSCHÜRE (PDF) www.dnb.germany.de/wp-content/uploads/2011/07/DnB_DUNSBrosch2010_screen3.pdf

Was ist D&B D-U-N-S® Nummer?



Die **D&B D-U-N-S® Nummer (Data Universal Numbering System)** ist ein neunstelliger Zahlenschlüssel. Mit diesem können **Unternehmen weltweit eindeutig identifiziert** werden. **Für wen kann eine D&B D-U-N-S® Nummer beantragt werden?**

Die **D&B D-U-N-S® Nummer** dient ausschließlich dazu, **Unternehmen zu identifizieren. Dies umfasst auch Unternehmensbereiche, Gewerbetreibende und andere Selbstständige.** Sie wird **nicht für Privatpersonen vergeben.** Detaillierte Informationen zur Vergabe der D&B D-U-N-S® Nummer finden Sie in der Global Policy von D&B, die Sie unter UPIK® Wissen abrufen können. Was

ist bei der Verwendung der D&B D-U-N-S® Nummer zu beachten? Die D&B D-U-N-S® Nummer ist ein eingetragenes, weltweit geschütztes Warenzeichen der **D&B Corporation, USA.** Seine Verwendung in Schriftform ist auf die Schreibweise «D&B D-U-N-S® Nummer» festgelegt.

Wer nutzt und empfiehlt die D&B D-U-N-S® Nummer? Die D&B D-U-N-S® Nummer wird unter anderem vom Verband der Automobilindustrie (VDA), dem Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Europäischen Kommission und der Internationalen Organisation für Normung (ISO) empfohlen und eingesetzt.

www.upik.de/de/faq.html

Was ist SIC Nummer?

Standard Industrial Classification (SIC) ist ein Klassifikationsschema für **unterschiedliche Industriezweige bzw. Branchen in den USA.** Dieses Klassifikationsschema, welches seit den 1930er Jahren existiert, fand in der nordamerikanischen Forschung häufige Verwendung, um branchenspezifische Untersuchungen durchzuführen. Der SIC wurde 1997 durch das von den USA, Kanada und

Mexiko gemeinsam entwickelte, sechsstellige North American Industry Classification System (NAIOS) ersetzt. Von einigen Behörden, wie der United States Securities and Exchange Commission (SEC), wird es weiter verwendet.

http://de.wikipedia.org/wiki/Standard_Industrial_Classification

Abb S. 4 beachten Sie den **SIC-Code** bei Firmen auf D&B Website. Heutzutage wird SIC weltweit benutzt. S.17-19

ABKÜRZUNGEN

UPIK® = Unique (Geschäfts)-Partner Identification Key

D-U-N-S® Nummer = Data Universal Numbering System (für Unternehmen)

SIC = Standard Industrial Classification (für Branchen)

SEC = Securities and Exchange Commission – (für Branchen in den USA)

KURZE ZUSAMMENFASSUNG

Eine **D-U-N-S® Nummer** wird nur an eine **Firma**, bzw. ein Unternehmen vergeben – eine **SIC-Nummer** an eine **Branche.** Die **D-U-N-S® Nr** wird **NUR EINMAL** vergeben und ermöglicht somit eine **eindeutige Identifizierung des Unternehmens.**

DUNSRight™ Prozess



Um Ihnen zuverlässige Informationen zu liefern, werden alle gesammelten Daten in einem mehrstufigen Verfahren zusammengeführt und geprüft, damit die Informationen zu Qualitätsinformationen verdichtet werden können. Dabei stellen wir sicher dass die Daten richtig, vollständig, aktuell und weltweit konsistent sind.

Globale Datensammlung: Aus vielen verschiedenen Quellen *aus der ganzen Welt werden die Daten gesammelt und bei D&B zusammengeführt.* Damit ist eine umfassende Information gesichert.

Datenabgleich: Die gesammelten Daten werden nun abgeglichen, *den richtigen Unternehmen zugeordnet* und in die D&B Datenbank integriert. *Ein klares Bild der einzelnen Unternehmen entsteht.*

D&B D-U-N-S® Nummer: *Um Unternehmen eindeutig zu identifizieren und Veränderungen nachzuverfolgen, wird die D&B D-U-N-S® Nummer zugeordnet.*

Mit diesem Schlüssel lassen sich die Daten bereinigen und Dubletten erkennen. Ausserdem werden Unternehmensverflechtungen dargestellt.

Konzernverbindungen: Verbundene Unternehmen, wie einzelne Firmen innerhalb von Konzernfamilien, werden abgebildet. Dies ermöglicht einen Überblick über das Gesamtrisiko. Zugleich werden neue Möglichkeiten aufgezeigt, zum Beispiel für Cross-Selling-Aktivitäten.

www.dnb.ch/html/678/de/Qualitaetssicherung.htm

Anmeldung

www.upik.de/upik_anfrage.cgi

Home | News | D&B Deutschland | D&B International | VDA | VCI | Kontakt | Login

D&B D-U-N-S® Nummer beantragen

Hier können Sie Ihre D&B D-U-N-S® Nummer kostenfrei beantragen. Der Bearbeitungszeitraum zur D-U-N-S® Nummer Anlage beträgt innerhalb Deutschlands 5 Arbeitstage und außerhalb Deutschlands 30 Arbeitstage.

Bitte unterstützen Sie uns, indem Sie die Felder möglichst vollständig ausfüllen. Die Bearbeitung wird hierdurch beschleunigt und die eindeutige Identifizierung Ihres Unternehmens erleichtert.

Der D&B UPIK® Service steht Ihnen bei Fragen gern zur Verfügung.

Pflichtfelder sind gekennzeichnet durch: *

Ihre persönlichen Angaben

Anrede Herr Frau

Titel

Vorname *

Nachname *

Funktion *

E-Mail-Adresse *

E-Mail-Adresse (Wiederholung) *

Telefonnummer *

Identifikation des Unternehmens

Eingetragener Firmenname/Name Niederlassung [siehe Einschränkung für Niederlassungen](#) *

Straße, Hausnummer *

Angaben zur Geschäftstätigkeit

Welche Tätigkeit übt Ihr Unternehmen aus? *

Wieviele Mitarbeiter beschäftigen Sie insgesamt? *

Jahresumsatz/-einnahme

Eigentumsverhältnisse und Historie Ihres Unternehmens

Geschäftsführer/Vorstand vorsitzender (CEO) Name *

Geschäftsführer/Vorstand vorsitzender (CEO) Titel *

Wann wurden die Geschäftsaktivitäten aufgenommen? * Monat Jahr

Falls es sich bei Ihrer Gesellschaft um eine Körperschaft (Kapitalgesellschaft) handelt

Auf den folgenden Seiten sind übereinstimmende Daten (wie hier dargestellt), mit dem **Pfeil derselben Farbe** gekennzeichnet.

DIE ABKÜRZUNGEN ÜBER DIE FIRMENDATEN-HERKUNFT

- L** Ergebnisse wurden aus lokalen D&B Datenbanken generiert.
- W** Ergebnisse wurden aus der weltweiten D&B Worldbase generiert.
- U** Ergebnisse wurden aus von D&B akzeptierten, neu angeforderten D-U-N-S® Nummern oder eUpdates aus UPIK® generiert, die noch nicht Bestandteil der aktuellen D&B Worldbase geworden sind.

<http://www.upik.de/de/faq.html#dunsnummer1>

«Irrtum des einen, Erfolg des anderen – beunruhige dich nicht über solche Einteilungen. Nur die große Zusammenarbeit ist fruchtbar, an der der eine durch den anderen teilhat.»

Antoine de Saint-Exupéry,
Die Stadt in der Wüste, Citadelle®



Bundesrepublik Deutschland

BEISPIEL

Wie kann ich bei «D&B» einen Geschäftspartner – ein Unternehmen finden?

1. Auf den Link www.upik.de/del/upik_suche.cgi?new=1 klicken → ins Feld: Firma* – den Namen der gesuchten Firma eingeben → das gewünschte Land* wählen → auf Finden **klicken**
2. Falls die **D&B D-U-N-S@Nr** bekannt ist, diese eingeben. Für Bundesrepublik Deutschland: 341611478. Übereinstimmende Daten sind mit dem **Pfeil derselben Farbe** gekennzeichnet.

«Die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND»

1. Sie kennen die D&B D-U-N-S@ Nummer des gesuchten Unternehmens nicht? Dann geben Sie bitte Namen und Anschrift in die Felder ein.

Firma *	BRD
Anschrift	
PLZ	
Ort	
Land *	Deutschland

klick Finden

2. Sie möchten UPIK® Geschäftspartner-Informationen einsehen? Wenn Sie die D&B D-U-N-S@ Nummer Ihres Geschäftspartners kennen, geben Sie die wählen Sie auch das Land aus, in dem sich der Geschäftssitz befindet.

D&B D-U-N-S@ Nummer *	341611478
Land auswählen	Deutschland

klick Geschäftspartner-Informationen anzeigen

3. Um zur Detailsicht der Geschäftspartnerinformationen zu gelangen, müssen Sie auf Unternehmensnamen klicken.

L. Bundesrepublik Deutschland	Dorotheenstr. 184	Hauptplatz	Berlin
-------------------------------	-------------------	------------	--------

Auf BRD **klicken** → den Sicherheits-Code eingeben → **klicken** auf Weiter → und die Daten rechts erscheinen →

4. Eingetragener Firmenname Bundesrepublik Deutsch
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil BRD
D-U-N-S@ Nummer **341611478**
Geschäftssitz Dorotheenstr. 184
Postleitzahl 10117
Postalische Stadt Berlin
Land Germany
Länder-Code 276
Postfachnummer
Postfach Stadt
Telefon Nummer 0302270
Fax Nummer 03022736740
Name Hauptverantwortlicher Joachim Gauck
Tätigkeit (SIC) 9199

5. **Bundesrepublik Deutschland**
Presse- und Informationsamt Der Bundesregierung
Dorotheenstr 84
Berlin, 10117, Germany
(mehr auf S. 5)

Bundesrepublik Deutschland is a private company categorized under Executive Office Berlin, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register

www.manta.com

Dorotheenstrasse 184 existiert nicht, nur 84. Gehen Sie auf Google.

S0199 Sonstige Regierungsstellen (S. 18)

«Das BUNDESPRÄSIDENTIALAMT» & «der BUNDESPRÄSIDENT»

Eingetragener Firmenname Bundespräsidialamt
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil
D-U-N-S@ Nummer 342911901
Geschäftssitz Spreeweg 1
Postleitzahl 10557
Postalische Stadt Berlin
Land Germany
Länder-Code 276
Postfachnummer
Postfach Stadt
Telefon Nummer 03020001999
Fax Nummer 03020001999
Name Hauptverantwortlicher
Tätigkeit (SIC) 9199

Eingetragener Firmenname Bundespräsidialamt
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil
D-U-N-S@ Nummer 507446891
Geschäftssitz Adenauerallee 135
Postleitzahl 53113
Postalische Stadt Bonn
Land Germany
Länder-Code 276
Postfachnummer
Postfach Stadt
Telefon Nummer 02282000
Fax Nummer
Name Hauptverantwortlicher
Tätigkeit (SIC) 9199

Firmenprofil

► Anschrift ► Branche & Tätigkeit ► Management & Ant...

Der Bundespräsident

Straße :	Spreeweg 1
Ort :	10557 Berlin
Bundesland :	Berlin
Telefon :	(030) 20 00-0
Fax :	(030) 20 00-1999

Firmenverzeichnis [BU] > Deutschland > Berlin > 6778344

Bundespräsident (BPr)

Adresse:	Spreeweg 1 10557 Berlin DEUTSCHLAND
Stadtteil/Ortsteil:	Tiergarten
Landkreis:	Stadtstaat
Bundesland:	Berlin
Telefon:	+49 (030) 2000-0
Telefax:	+49 (030) 2000-1999

Der Bundespräsident

Bundespräsident Joachim Gauck

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Spreeweg 1
10557 Berlin

+49 (030) 2000-0
+49 (030) 2000-1999
Bundespraesidialamt@bpa.bund.de

www.firmendatenbank.de/musterprofile.html

www.firmendb.de

www.bundespraesident.de



BEISPIEL

«Das **BUNDESKANZLERAMT**»

<p>Eingetragener Firmenname Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil D-U-N-S® Nummer Geschäftssitz Postleitzahl Postalische Stadt Land Länder-Code Postfachnummer Postfach Stadt Telefon Nummer Fax Nummer</p>	<p>Regierung der Bundesrepublik Bundeskanzleramt 498997931 Adenauerallee 141 53113 Bonn Germany 276 0228560</p>	<p>Eingetragener Firmenname Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil D-U-N-S® Nummer Geschäftssitz Postleitzahl Postalische Stadt Land Länder-Code Postfachnummer Postfach Stadt Telefon Nummer</p>	<p>Bundeskanzleramt 342914780 Brandstr. 1 13467 Berlin Germany 276 018882722555 ?!?</p>
--	---	---	---

<p>Eingetragener Firmenname Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil D-U-N-S® Nummer Geschäftssitz Postleitzahl Postalische Stadt Land Länder-Code Postfachnummer Postfach Stadt Telefon Nummer Fax Nummer Name Hauptverantwortlicher Tätigkeit (SIC)</p>	<p>Bundesrepublik Deutschland Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 312754457 Dorotheenstr. 84 10117 Berlin Germany 276. 018882722555 018882722555 9111</p>
---	--

!KLARE AUSSAGEN
auf S.15-16!

www.bundesregierung.de

Herausgeber
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstraße 84
10117 Berlin
Telefon: 030 18 272-0

S9111 Regierungsetellen (lokal, Land, Staat) (S.18)

«Der **DEUTSCHE BUNDESTAG**»

<p>Eingetragener Firmenname Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil D-U-N-S® Nummer Geschäftssitz Postleitzahl Postalische Stadt Land Länder-Code Postfachnummer Postfach Stadt Telefon Nummer Fax Nummer Name Hauptverantwortlicher Tätigkeit (SIC)</p>	<p>Deutscher Bundestag Bundestag 332620814 Platz der Republik 1 10557 Berlin Germany 276 03022736000 03022736000 Norbert Lammert 9199</p>
---	--

<p>Deutscher Bundestag Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: +49 30 227-0 Fax: +49 30 227-36879 E-Mail: mail@bundestag.de Gesetzlicher Vertreter Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages USt-IdNr. DE 122119035</p>

www.bundestag.de

Firmenverzeichnis [DE] > Deutschland > Berlin > 6778831

Deutscher Bundestag (BT)

Adresse: Platz der Republik 1
11011 Berlin
DEUTSCHLAND

Stadtteil/Ortsteil: Tiergärten
Landkreis: Stadtstaat
Bundesland: Berlin

Telefon: +49 (030) 227-0
Telefax: +49 (030) 227-36878

Email-Adresse: mail@bundestag.de
Homepage: www.bundestag.de

Prof. Dr. **Norbert Lammert** ist der **Bundestagspräsident** der aktuellen 17. Wahlperiode. Am 27. Oktober 2009 wählten ihn 84,6 Prozent der Abgeordneten erneut an die Spitze des Parlamentes. ▼

www.bundestag.de/bundestag/praesidium/bundestagspraesident/index.html

Die **Umsatzsteuer-Identifikationsnummer** (abgekürzt **USt-IdNr.** in Deutschland oder **UID**) ist eine **eindeutige** EU-weite Kennzeichnung eines **Unternehmens** im umsatzsteuerlichen Sinne.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer-Identifikationsnummer>



Bundesrepublik Deutschland

BEISPIEL

WAS HABEN «BRD FINANZAGENTUR GMBH» und «Das BUNDESMINISTERIUM für FINANZEN» GEMEINSAM?

Konzernverbindungen: Verbundene Unternehmen, wie einzelne Firmen innerhalb von Konzernfamilien, werden abgebildet. Dies ermöglicht einen Überblick über das Gesamtrisiko. <http://www.dnb.ch/html/678/de/Qualitaetssicherung.htm>

1. Eingetragener Firmenname: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur
 Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil: Gesellschaft mit BRD Finanzagentur
 D-U-N-S® Nummer: 314802591
 Geschäftssitz: Lurgiallee 5
 Postleitzahl: 60439
 Postalische Stadt: Frankfurt am Main
 Land: Germany
 Länder-Code: 276
 Postfachnummer: Frankfurt am Main
 Postfach Stadt: 069256180
 Telefon Nummer: 069256181476
 Fax Nummer: Carl Heinz Daube
 Name Hauptverantwortlicher: 6159
 Tätigkeit (SIC): S8169 Geschäftskreditagenturen (diverse) (S. 7)



Impressum

Die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH ist ein Ende 2000 gegründetes Unternehmen des Bundes mit Sitz in Frankfurt/Main. Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH ist bei ihren Geld- und Kapitalmarktgeschäften nur und ausschließlich im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Sondervermögen tätig.

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Lurgiallee 5, D-60439 Frankfurt/Main
 Telefon: +49 69 - 256160
 Telefax: +49 69 - 256161476

www.deutsche-finanzagentur.de (mehr auf S. 7)

3. Eingetragener Firmenname: Bundesministerium der Finanzen
 Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil:
 D-U-N-S® Nummer: 332619717
 Geschäftssitz: Wilhelmstr. 97
 Postleitzahl: 10117
 Postalische Stadt: Berlin
 Land: Germany
 Länder-Code: 276
 Postfachnummer:
 Postfach Stadt:
 Telefon Nummer: 030186820

www.upik.de/de/upik_suche.cgi?new=1



Jedes Unternehmen kann nur für sich selbst eine D&B D-U-N-S® Nummer anfordern (siehe S. 2-3) oder ein eUpdate vornehmen. Um Missbrauch vorzubeugen und um gleichzeitig die Legitimation überprüfen zu können, werden Ihre persönlichen Angaben zu jeder UPIK® Anfrage benötigt.

BRAUCHEN SIE NOCH WEITERE BEWEISE?

5. Anschrift
 Dienstsitz Berlin
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 Postanschrift: 11016 Berlin
 Tel.: 03018/ 682 - 0
 Fax: 03018/ 682 - 32 60

www.bundesfinanzministerium.de

6. Company Profile Page
 Bundesministerium Der Finanzen
 Bmf
 Wilhelmstr 97
 Berlin, 10117, Germany
 Phone: 30186820 | Website: Information und
 Bundesministerium Der Finanzen is a private company categorized under Executive Offices and located in Berlin, Germany. Our records show it was established in and incorporated in, Regist

(...) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.

www.manta.com



Bundesrepublik Deutschland

«Das BUNDES- UND STAATSMINISTERIUM für FINANZEN»

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft Mit Beschränkter Haftung. Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH Bahnhofstr 16-18 Bad Homburg, 61352, Germany</p>	<p>Phone: 6172108450 Website: View Details</p> <p>Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft Mit Beschränkter Haftung is a private company categorized under Miscellaneous Business Credit Institutions and located in Bad Homburg, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>
--	--

Als Bundesschuldenverwaltung (BSV) wurde bis Ende 2001 die Bundeswertpapierverwaltung (BWV) in Bad Homburg genannt, und schließlich am 01. August 2006 in die **Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH** umgewandelt wurde. *(siehe auch S. 6)*
www.finanz-lexikon.de/bundesschuldenverwaltung_2049.htm

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Reichsstraße 12 Hartmut-Dass-Str 5 Dresden, 01099, Germany</p>	<p>Phone: 35181610 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company categorized under Customs Bureau and located in Dresden, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>
---	--

www.manta.com

(..) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Bundesministerium für Wirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Joachim-Wieker-Allee 23 München, 80637, Germany</p>	<p>Phone: 8974485090 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and Taxation and located in München, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Bundesministerium Der Finanzen - Geschäftsbereich Gaußstraße 10 Bonn, 53117, Germany</p> <p>Phone: 2288520</p>
--	--	---

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Sophienstraße 8 München, 80333, Germany</p>	<p>Phone: 8959952120 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and located in München, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Odeonsplatz 15 Trier, 54262, Germany</p> <p>Phone: 65114480</p>
---	---	---

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bayerisches Staatsministerium Fuer Finanzen. Generaldirektion Ministerium Sophienstraße 8 München, 80333, Germany</p>	<p>Phone: 89599500 Website: Information not found</p> <p>Bayerisches Staatsministerium Fuer Finanzen is a private company and Monetary Policy and located in München, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bayerisches Staatsministerium Fuer Finanzen. Staatsministerium Fuer Finanzen Odeonsplatz 4 München, 80539, Germany</p> <p>Phone: 8923066</p>
---	--	--

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bayerisches Staatsministerium Fuer Finanzen. Finanzamt Erlangen-Prerowstraße Schubertstr 16 Erlangen, 91052, Germany</p>	<p>Phone: 91311210 Website: Information not found</p> <p>Bayerisches Staatsministerium Fuer Finanzen is a private company and Government-Finance and Taxation and located in Erlangen, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Rechenzentrum Der Bundesfinanzverwaltung. Bundesregierung Bundesministerium Für Finanzen Am Probsthof 78a Bonn, 53121, Germany</p> <p>Phone: 2288920</p>
--	---	--

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Weißbühlstraße 13 Landau In Der Pfalz, 76829, Germany</p>	<p>Phone: 63419130 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and Combined and located in Landau In Der Pfalz, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen. Zollstraße 10 Rastatt, 76147, Germany</p> <p>Phone: 381699645</p>
---	--	--

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen. Friedrich-Lorenz-Str. Haupt-Vorstr 12 Leverkusen, 51378, Germany</p>	<p>Phone: 21714070 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and Taxation and located in Leverkusen, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>	<p>www.manta.com</p>
--	---	---

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Europapark Fichtenhain C 1 Krefeld, 47807, Germany</p>	<p>Phone: 21518500 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and Taxation and located in Neuss, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information.</p>
--	--

<p>Company Profile Page Reports</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen. Finanzamt Neuss 1 Hammelstraße 9 Neuss, 41460, Germany</p>	<p>Phone: 213166560 Website: Information not found</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company and Taxation and located in Neuss, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information such as .</p>
--	--

• «Dem Staat ist es nie an der Wahrheit gelegen, sondern immer nur an der ihm nützlichen Wahrheit, noch genauer gesagt, überhaupt an allem ihm Nützlichen, sei dies nun Wahrheit, Halbwahrheit oder Irrtum.»
Friedrich Nietzsche: Werke I – Unzeitgemäße Betrachtungen



BEISPIEL

«Das **BUNDESZENTRALAMT** für **STEUERN**» zahlt Steuern

Eingetragener Firmenname	Bundeszentralamt für Steuern
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
D-U-N-S® Nummer	332619642
Geschäftssitz	An der Kuppe 1
Postleitzahl	53225
Postalische Stadt	Bonn
Land	Germany
Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
Telefon Nummer	02284060
Fax Nummer	02284062661
Name Hauptverantwortlicher	Eberhad Patersen
Tätigkeit (SIC)	9311

S9311 Steuer- u. Finanzverwaltung, Geld-, Kredit- u. Währungspolitik (S.19)

Bundeszentralamt für Steuern
An der Kuppe 1
53225 Bonn

Kontakt
Telefon: +49 (0) 228 406 - 0
Telefax: +49 (0) 228 406 - 2661
E-Mail: poststelle@bzst.bund.de

Umsatzsteueridentifikationsnummer
DE259582878

www.bzst.de/DE

USt-IdNr. in Deutschland ist eine **eindeutige** EU-weite Kennzeichnung eines **Unternehmens** im umsatzsteuerlichen Sinne.
<http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer-Identifikationsnummer>

Company Profile Page Reports

Bundeszentralamt Fur Steuern
An Der Kuppe 1
Bonn, 53225, Germany

www.manta.com

Phone: 2284060 Website: Information Bundes

Bundeszentralamt Fur Steuern is a private company categorized under Executive and Legislative Combined and located in Bonn, Germany. Our records show it was established in and incorporated in Register for free to see additional information such as annual revenue and employment figures.

(...) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.

Eingetragener Firmenname	Bundeszentralamt für Steuern
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
D-U-N-S® Nummer	341616317
Geschäftssitz	Passower Chaussee 3b
Postleitzahl	16303
Postalische Stadt	Schwedt/Oder
Land	Germany
Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
Telefon Nummer	
Fax Nummer	
Name Hauptverantwortlicher	
Tätigkeit (SIC)	9131

S9131 Körperschaften u. Ämter (Exekutive, Legislative) (S.18)

Eingetragener Firmenname	Bundeszentralamt für Steuern
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
D-U-N-S® Nummer	341616318
Geschäftssitz	DGZ-Ring 12
Postleitzahl	13086
Postalische Stadt	Berlin
Land	Germany
Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
Telefon Nummer	02284060
Fax Nummer	02284063710
Name Hauptverantwortlicher	
Tätigkeit (SIC)	9131

www.upik.de/delupik_suche.cgi?new=1

Company Profile Page Reports

Bundeszentralamt Fur Steuern
Passower Chaussee 3b
Schwedt/Oder, 16303, Germany

www.bzst.de/DE/ueber_Us/Dienstsitze/Anfahrt_Schwedt.html?nn=23552

Company Profile Page Reports

Bundeszentralamt Fur Steuern
Dgz-Ring 12
Berlin, 13086, Germany

www.manta.com

Eingetragener Firmenname	Bayerisches Landesamt für Steuern
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Finanzamt Bayern
D-U-N-S® Nummer	537329984
Geschäftssitz	Sophienstr. 6
Postleitzahl	80333
Postalische Stadt	München
Land	Germany
Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	München
Telefon Nummer	08999911005
Fax Nummer	08999911005
Name Hauptverantwortlicher	Roland Jüptner
Tätigkeit (SIC)	9199

S9199 Sonstige Regierungsstellen (Behörden) (S.18)

Herausgeber
Bayerisches Landesamt für Steuern – Dienststelle München
Sophienstraße 6, 80333 München Postanschrift:
80284 München Telefon: 089 9991-0 Telefax: **089 9991-1005**
E-Mail: Medienstelle@fst.bayern.de Vertretungsberechtigter:
Herr Dr. **Roland Jüptner** USt-Identifikationsnummer
(gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz): **DE 813 297 313**
www.finanzamt.bayern.de/Muenchen/Impressum/default.php
(siehe auch oben) USt-IdNr.



Bundesrepublik Deutschland

BEISPIEL

«Das BUNDESGERICHTSHOF» und die beiden «PRÄSIDENTEN»

Company Profile Page

Bundesgerichtshof
Der Präsident Des Bundesgerichtshofes
Herrenstr 45a
Karlsruhe, 76133, Germany

www.manfa.com

Phone: 7211590 ! Website information not found

Bundesgerichtshof is a private company categorized under Courts and located in Karlsruhe. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information such as annual revenue and employment figures. Companies like Bundesgerichtshof

Bundesgerichtshof

Gerichtsleitung: Präsident Klaus Tolksdorf

Adresse: Herrenstrasse 45a
76133 Karlsruhe

Bundesland: Baden-Wuerttemberg

Telefon: 0721/159-0

Telefax: 0721/159-832

Homepage: <http://www.bundesgerichtshof.de>

www.firmendb.de



www.bundesgerichtshof.de/DE

BGH

Aufgabe und Organisation

Präsidenten

Prof. Dr. Klaus Tolksdorf

Prof. Dr. Günter Hirsch

Firmenverzeichnis [BU] > Deutschland > Baden-Württemberg
Firmenportrait #6778269

Bundesgerichtshof (BGH)

Adresse: Herrenstrasse 45a
76133 Karlsruhe
DEUTSCHLAND

Stadtteil/Ortsteil: Innenstadt-West

Landkreis: Kreisfreie Stadt

Regierungsbezirk: Karlsruhe

Bundesland: Baden-Württemberg

Telefon: +49 (0721) 159-0

Telefax: +49 (0721) 159-2512

Email-Adresse: poststelle@bgh.bund.de

Homepage: www.bundesgerichtshof.de/

Die Präsidenten des Bundesgerichtshofs

Name	Geburtstag, Geburtsort	
8 Prof. Dr. Klaus Tolksdorf	14.11.1948 Gelsenkirchen	

Impressum und Datenschutzerklärung

Das Internetangebot wird herausgegeben von:

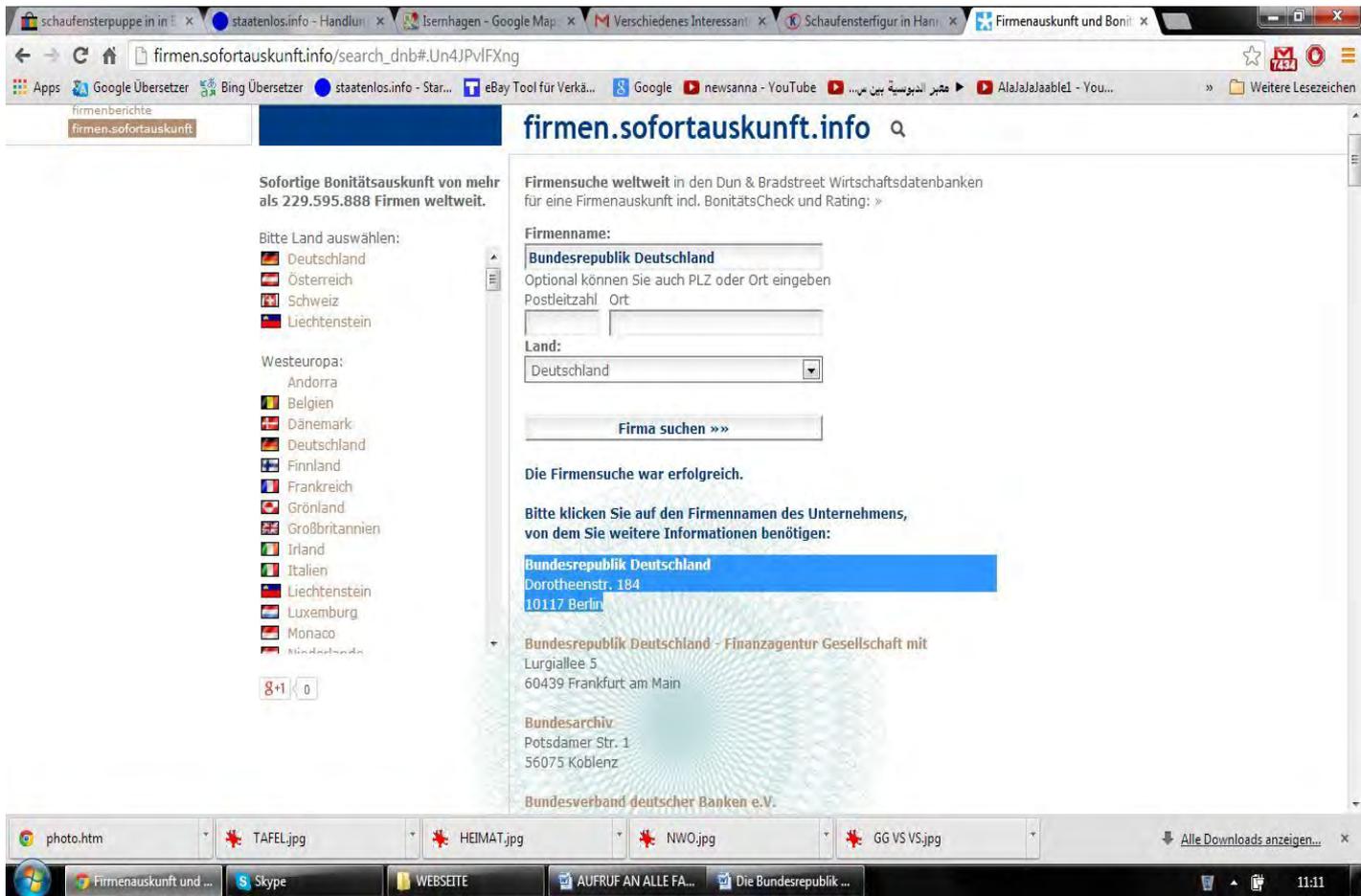
Der Präsident des Bundesgerichtshofs
Herrenstraße 45 a
76133 Karlsruhe
Telefon: 07 21 - 159 - 0

L	Eingetragener Firmenname	Bundesgerichtshof
L	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Der Präsident des Bundesgerichtshofes
L	D-U-N-S® Nummer	551502420
L	Geschäftssitz	Herrenstr. 45A
L	Postleitzahl	76133
L	Postalische Stadt	Karlsruhe
L	Land	Germany
W	Länder-Code	276
L	Postfachnummer	
L	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	07211592512
W	Fax Nummer	07211592512
W	Name Hauptverantwortlicher	Günter Hirsch
W	Tätigkeit (SIC)	9211

Prof. Dr. Günter Hirsch

30. Januar 1943	geboren in Neuburg	
1964	Besuch der Volkshochschule in Neuburg/Donau	
1964 - 1969	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität in Erlangen	
1969	Erste juristische Staatsexamen	

S9211 Gerichte (Amts- und Arbeitsgerichte) (S.18)



Suchmöglichkeiten:

<u>Dun & Bradstreet</u>	<u>Dun & Bradstreet - Erweiterte Suche</u>
<u>Internationales Firmenregister</u>	<u>www.upik.de</u>

Auszüge aus dem Firmenkartell der Bundesrepublik Deutschland

Hoppenstedt Firmendatenbank
 Ihre Partner für die Wirtschaft

Startseite | Über uns | Produktinfo | Kunde werden | Musterprofile | Info-Center | FAQ | Werben | EADP Award

Login
 Benutzername:
 Passwort:
 > Passwort vergessen?

Firmenprofil Zurück zu Trefferliste

► Anschrift ► Branche & Tätigkeit ► Management & Anteilseigner ► Sonstiges

Deutscher Bundestag

Ort: 10557 Berlin
 Bundesland: Berlin
 Telefon: (030) 2 27-0
 Fax: (030) 2 27-36000

Allgemeine Informationen ▲ Top

Bank(en): Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten
 Rechtsform: Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten
 Gründung: Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten

Branche ▲ Top

Branche WZ 2003: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
 US-SIC-Code: Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten

Sachgebiet(e)

Sachgebiet(e): Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten

Organe/Management/Anteilseigner ▲ Top

Top-Management: Name und Funktion von 26 Personen
 Middle-Management: Name und Funktion von 46 Personen

Web www.firmendatenbank.de/fin_google.cgi

Hoppenstedt Firmendatenbank
 Ihre Partner für die Wirtschaft

Startseite | Über uns | Produktinfo | Kunde werden | Musterprofile | Info-Center | FAQ | Werben | EADP Award

Firmenprofil Zurück zu Trefferliste

► Anschrift ► Branche & Tätigkeit ► Management & Anteilseigner ► Sonstiges

Bundesrat

Straße: Leipziger Str. 3-4
 Ort: 10117 Berlin
 Bundesland: Berlin
 Telefon: (01888) 91 00-0
 Fax: (01888) 91 00-400

Branche ▲ Top

Branche WZ 2003: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
 US-SIC-Code: Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten

Sachgebiet(e)

Sachgebiet(e): Informationen in Hoppenstedt VULPROF enthalten

Organe/Management/Anteilseigner ▲ Top

Top-Management: Name und Funktion von 42 Personen
 Middle-Management: Name und Funktion von 80 Personen

Das Unternehmen BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Früher auch - **Deutschland AG** - genannt!

„Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System gegen sie arbeitet.“
(Gebrüder Rothschild, London, 28. Juni 1863 an US-Geschäftspartner)

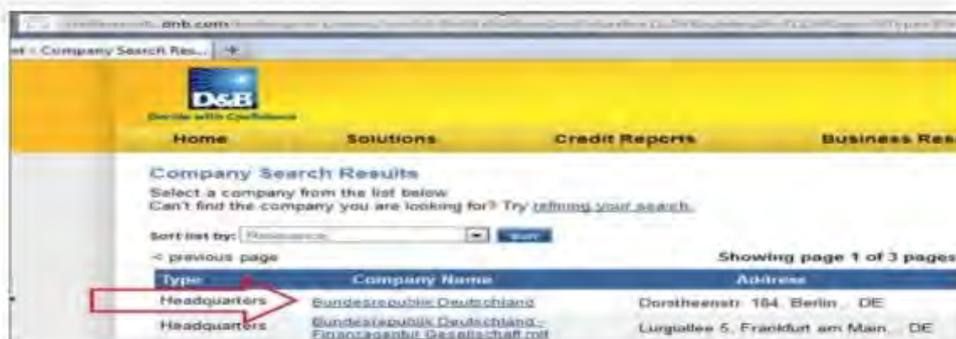
US-Journalist Chris Hedges:

“Wir leben in einer Nation, in der die Ärzte die Gesundheit zerstören, Anwälte die Gerechtigkeit, Universitäten das Wissen, Regierungen die Freiheit, die Presse die Information, Religion die Moral – und unsere Banken zerstören die Wirtschaft.“

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Kennen Sie die Firma Hoppenstedt, Manta oder Dun & Bradstreet?

Das sind Firmenauskunfteien mit Millionen Unternehmenseinträgen weltweit. Schauen Sie mal was uns diese Auskunfteien zu berichten haben.



D&B
Decide with Confidence

Home Solutions Credit Reports Business Res

Company Search Results

Select a company from the list below.
Can't find the company you are looking for? Try [refining your search](#).

Sort list by:

< previous page Showing page 1 of 3 pages

Type	Company Name	Address
	Bayerischer Landtag	Max-Planck-Str. 1, München, , DE

manta
Where Small Business Grows™

Sign In [Browse Companies](#) [More Resources](#)
U.S. Worldwide Manta Connect

World ~ Europe ~ Germany ~ MUnchen ~ Bayerischer Landtag

Company Profile Page

Bayerischer Landtag

Max-Planck-Str 1
MUnchen, 81675, Germany

Ads

[Order Annual Reports Now](#) Free Annual Report Listing From Hundreds of Companies Now
www.orderannualreports.com/hc

Website: Information not found
Phone: 8941260

About Bayerischer Landtag

Bayerischer Landtag is a private company categorized under Executive Offices and located in MUnchen, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional information such as annual revenue and employment figures. Companies like Bayerischer Landtag usually offer: Division Of Local Government Services, Government Contracting Services, Government Support Services, Government Health Services and Cigna Government Services.

Bundeswehreinsätze

Köhler: Krieg für freien Handel

Von Wolfgang Jaschensky

Imperialistische Töne von Horst Köhler? Der Bundespräsident schwadroniert über Auslandsmissionen deutscher Soldaten - und bricht ein Tabu. Die Aufregung ist groß, doch das Staatsoberhaupt sieht sich nur falsch verstanden.

Der Bundespräsident im O-Ton: "Meine Einschätzung ist aber, dass wir insgesamt auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen - negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen."

Der Satz lässt eigentlich keine Zweifel am Inhalt zu. Das, was Köhler hier als deutsches Staatsoberhaupt formuliert, ist einen gewaltiger Tabubruch: Krieg oder zumindest militärische Gewalt zur Durchsetzung von wirtschaftliche Interessen! Wollte Köhler das wirklich sagen? Schwingt sich der bislang eher harmlose Horst zum Imperialisten auf wie weiland Wilhelm II., der für das Reich Kolonien, kurz: einen "Platz an der Sonne" beanspruchte? Macht der Präsident also auf Kaiser Horst | ?

„... militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen (die der Banken und Konzerne) zu wahren...“

Deutsche private Firmen-Söldner kämpfen für die Interessen des Unternehmens Bundesrepublik Deutschland = der Banken der City of London.



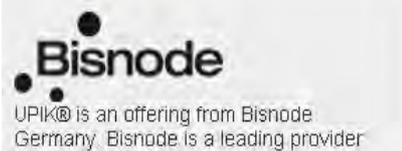
Decide with Confidence

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Home | News | Bisnode D&B Deutschland | D&B International | VDA | VCI | Contact | Login



- UPIK®-Search
- D-U-N-S® Number Request
- eUpdate
- My UPIK®
- UPIK® Knowledge Base
- Log out



Home > UPIK® datensatz

UPIK® Record - L

L	Registered company name	Bundesrepublik Deutschland
W	Non-registered name or business unit	BRD
L	D-U-N-S® Number	341611478
L	Registered address	Platz der Republik 1
L	Post code	11011
L	City	Berlin
	Country	Germany
W	Country code	269
	Post office box number	
	Post office box town	
L	Telephone number	0302270
W	Fax number	03022736740
W	Name primary executive	Joachim Gauck
W	Activity (SIC)	9199

More options:



Decide with Confidence

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Home | News | Bisnode D&B Deutschland | D&B International | VDA | VCI | Contact | Login



- UPIK®-Search
- D-U-N-S® Number Request
- eUpdate
- My UPIK®
- UPIK® Knowledge Base
- Log out



Home > UPIK® datensatz

UPIK® Record - L

L	Registered company name	Regierung der Bundesrepublik Deutschland
	Non-registered name or business unit	
L	D-U-N-S® Number	342914780
L	Registered address	Brandtstr. 1
L	Post code	13467
L	City	Berlin
	Country	Germany
W	Country code	269
	Post office box number	
	Post office box town	
L	Telephone number	03040000
W	Fax number	018882722555
W	Name primary executive	Peter Altmaier
W	Activity (SIC)	9199



- UPIK®-Search
- D-U-N-S® Number Request
- eUpdate
- My UPIK®
- UPIK® Knowledge Base
- Log out



UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr



visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

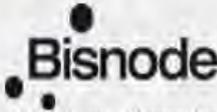
UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

L Polizei - Der Landrat als Kreispolizeibehörde Meitmann	Solinger Str. 148	Single location	Langenfeld (Rheinland)
L Polizei Bremen	In der Vahr 76	Headquarters	Bremen
L Polizei-SV Bork 1945 e.V.	Horstheide 20	Single location	Selm
L Polizei SV Augsburg e.V.	Gögginger Str. 97	Single location	Augsburg
L Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bremen	Bürgermeister-Smidt-Str. 78	Headquarters	Bremen
L Polizei-Sport-Verein Berlin e.V.	Stahnsdorfer Damm 12	Single location	Berlin
L Polizei Baden Württemberg	Heininger Str. 100	Headquarters	Göppingen
L Landesamt für Ausbildung, Fortbildung, Personalangelegenheiten der Polizei NRW	Im Sundern 1	Headquarters	Selm
L Polizei Dachau	Dr.-Höfler-Str. 1	Headquarters	Dachau
L Polizei Station	Mühlenstr. 1B	Single location	Apen
L Polizei-Sportverein e.V.	Kirchbachstr. 200	Single location	Bremen
L Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern	Franz-Josef-Strauß-Ring 4	Headquarters	München
L Polizei-Sportverein Hannover e.V.	Am Weifenplatz 2	Headquarters	Hannover
L Organisations- und Service- Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mit beschränkter Haftung	Forststr. 3a	Headquarters	Hilden (Hilden)
L Polizei- Schießsport Verein e.V.	Greifswalder Str. 10	Single location	Paderborn
L Polizei-Sportverein Brühl e.V.	Rheinstr. 200	Single location	Brühl
L Polizeidirektion Rostock	Blücherstr. 1-3	Headquarters	Rostock
L Polizei-Sportverein aachen 1922 e.v.	Im Mariental 14	Single location	Aachen
L Gisela Krieger	Rostocker Str. 80	Headquarters	Wismar
L Polizeipräsidium des Landes Brandenburg	Kaiser-Friedrich-Str. 143	Headquarters	Potsdam
L Polizei Kreis Zossen	Schulstr. 2	Single location	Zossen
L Polizei Motorsport-Club Bochum e.V.	Gersteinring 50a	Single location	Bochum



- [UPIK®-Search](#)
- [D-U-N-S® Number Request](#)
- [eUpdate](#)
- [My UPIK®](#)
- [UPIK® Knowledge Base](#)
- [Log out](#)



UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr



visit Bisnode.de
Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

[Home](#) [Suchen](#)

UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

L Amtsgericht	Kaiserstr. 16-18	Single location	Offenbach am Main
L Amtsgericht Zwickau	Platz der Deutschen Einheit 1	Single location	Zwickau
L Amtsgericht	Bahnhofstr. 56	Single location	Nordenham
L Amtsgericht Landshut	Maximilianstr. 22	Single location	Landshut
L Amtsgericht	Burgplatz 4	Single location	Bad Liebenwerda
L Amtsgericht Bruchsal	Schönbornstr. 20	Single location	Bruchsal
L Amtsgericht	Ravenestr. 39	Single location	Billigheim-Ingenheim
L Amtsgericht Wittenberg	Dessauer Str. 291	Single location	Lutherstadt Wittenberg
L Amtsgericht Frankfurt am Main	Gerichtsstr. 2	Headquarters	Frankfurt am Main
L Amtsgericht	Allerheiligenstr. 5	Single location	Achern
L Amtsgericht Wilhelmshaven	Marktstr. 15	Single location	Wilhelmshaven
L Amtsgericht Rudolstadt	Marktstr. 54	Single location	Rudolstadt
L Amtsgericht	Bahnhofstr. 25	Single location	Lahnstein
L Amtsgericht	Erzbergerstr. 28	Single location	Singen (Hohentwiel)
L Amtsgericht	Schulstr. 5-7	Single location	Schwelm
L Amtsgericht	Bahnhofstr. 8	Single location	Überlingen
L Pfaelzisches Oberlandesgericht Zweibruecken	Goetheplatz 2	Branch	Zweibrücken
L Amtsgericht Ansbach	Promenade 8	Single location	Ansbach
L Land Rheinland-Pfalz	Wörthstr. 10	Branch	Westerburg
L Amtsgericht	Bei der Erlesmühle 1	Single location	Dieburg
L Amtsgericht Hamburg	Sievekingplatz 1	Headquarters	Hamburg
L Amtsgericht Köln	Luxemburger Str. 101	Headquarters	Köln
L Amtsgericht Halle	Thüringer Str. 16	Headquarters	Halle (Saale)
L Amtsgericht Hamm	Unitätsstr. 49	Headquarters	Hamm



UPIK®-Search hit list

UPIK®-Search

D-U-N-S® Number Request

eUpdate

My UPIK®

UPIK® Knowledge Base

Log out

UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr

visit Bisnode.de
Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

To access the detailed information, you have to click on the company name.

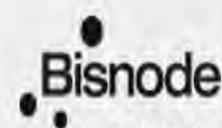
L Der Polizeipräsident in Berlin	Kruppstr. 2	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Friesenstr. 16	Branch	Berlin
L Polizeipräsident in Berlin Polizeidirektion 5	Friesenstr. 16	Single location	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Königstr. 5	Branch	Berlin
L Polipol Holding Verwaltungs-GmbH	Diepenauer Heide 1	Single location	Diepenau
L Polizeipraesidium	Hoheleye 3	Single location	Hagen
L Polizeipräsidium von Berlin	Platz der Luftbrücke 6	Single location	Berlin
L POLIS Gesellschaft zur Entwicklung sozialer Infrastruktur mbH	Schönebecker Str. 51	Single location	Magdeburg
L Polizeipraesidium	Westerholter Weg 27	Single location	Recklinghausen
L Der Polizeipräsident in Berlin	Charlottenburger Chaussee 67	Branch	Berlin
L Nicole Poli	Gartenstr. 38	Single location	Eschweiler
L Der Polizeipräsident in Berlin	Tempelhofer Damm 12	Branch	Berlin
L Polizeipräsidium	Logenstr. 5	Single location	Kaiserslautern
L Der Polizeipräsident in Berlin	Cecilienstr. 92	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Pankstr. 29	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Eiswaldtstr. 18	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Poelchastr. 1	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Belziger Str. 52	Branch	Berlin
L Francesco Polizzi	Lerchenfeldstr. 20	Single location	München
L Polizeipräsident Berlin LKA 143 Zentralstelle für Jugendsachen	Columbiadamm 4	Single location	Berlin
L Polizeipräsidium Münster	Friesenring 43	Headquarters	Münster
L Der Polizeipräsident in Berlin	Keibelstr. 36	Branch	Berlin



UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

- UPIK®-Search
- D-U-N-S® Number Request
- eUpdate
- My UPIK®
- UPIK® Knowledge Base
- Log out



UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

[Erfahren Sie mehr](#)



[visit Bisnode.de](http://www.bisnode.de)

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

L Regierung der Oberpfalz	Emmeramsplatz 8	Single location	Regensburg
L Regierung von Unterfranken	Veitshöchheimer Str. 100	Branch	Würzburg
L Regierung von Mittelfranken	Flughafenstr. 100	Branch	Nürnberg
L Regierung von Oberbayern	Maximilianstr. 39	Branch	München
L Regierung von Schwaben	Rübezahlweg 4	Single location	Kempten (Allgäu)
L Regierung von Mittelfranken	Marienstr. 21	Branch	Nürnberg
L Regierung von Schwaben	Schöngartenstr. 21	Single location	Lindau (Bodensee)
L Regierung von Unterfranken	Kolpingstr. 18	Branch	Bad Neustadt a.d.Saale
L Regierung von New Brunswick / Canada	Glockengießerwall 17	Single location	Hamburg
L Regierung von Oberbayern	Bismarckstr. 2	Branch	Fürstenfeldbruck
L Regierung von Schwaben, ÜWH	Schlachthofstr. 32	Single location	Memmingen
L Regierung von Schwaben	Eckstr. 37	Single location	Neu-Ulm
L Regierung von Unterfranken	Peterplatz 9	Headquarters	Würzburg
L Regierung von Mittelfranken	Promenade 27	Headquarters	Ansbach
L Regierung von Schwaben	Adelbertstr. 4	Single location	Gersthofen
L Regierung von Oberbayern	Alte Salzstr. 6	Single location	Altmannstein
L Regierung von Niederbayern	Gestütstr. 10	Branch	Landshut
L Regierung von Oberfranken	Ludwigstr. 20	Single location	Bayreuth
L Regierung der Bundesrepublik Deutschland	Brandtstr. 1	Headquarters	Berlin
L Regierung von Mittelfranken	Roonstr. 20	Branch	Nürnberg
L Regierung von Schwaben	Ulmer Str. 3	Single location	Leipheim
L Regierung von Oberbayern	Brückenstr. 28	Single location	Kolbermoor
L Regierung von Schwaben	Fronhof 10	Single location	Augsburg
L Regierung von Unterfranken	Gartenstr. 51	Branch	Gemünden a. Main
L Regierung von Niederbayern	Regierungsplatz 540	Single location	Landshut



- [UPIK®-Search](#)
- [D-U-N-S® Number Request](#)
- [eUpdate](#)
- [My UPIK®](#)
- [UPIK® Knowledge Base](#)
- [Log out](#)



UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr



visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

L Landgericht Kempten	Residenzplatz 6	Single location	Kempten (Allgäu)
L Pfaelzisches Oberlandesgericht Zweibruecken	Goetheplatz 2	Branch	Zweibrücken
L Landgericht Ansbach	Promenade 4	Single location	Ansbach
L Landgericht	Kapstadtring 1XI	Single location	Hamburg
L Landgericht Passau	Zengergasse 1	Single location	Passau
L Landgericht Münster	Am Stadtgraben 10	Headquarters	Münster
L Landgericht Kiel	Schützenwall 31-35	Single location	Kiel
L Landgericht Konstanz	Gerichtsgasse 15	Headquarters	Konstanz
L Landgericht Coburg	Ketschendorfer Str. 1	Single location	Coburg
L Landgericht Dresden	Lothringer Str. 1	Single location	Dresden
L Landgericht Verden	Johanniswall 6	Single location	Verden (Aller)
L Landgericht Hannover	Bödekerstr. 1	Headquarters	Hannover
L Landgericht Osnabrück	Neumarkt 2	Headquarters	Osnabrück
L Landgericht Berlin	Tegeler Weg 17-21	Headquarters	Berlin
L Landgericht Freiburg	Salzstr. 17	Single location	Freiburg im Breisgau
L Landgericht Augsburg	Am Alten Einlaß 1	Single location	Augsburg
L Landgericht Trier	Justizstr. 2-6	Single location	Trier
L Landgericht in Mainz	Diether-von-Isenburg-Str. 1	Single location	Mainz
L Landgericht Bonn	Wilhelmstr. 21	Headquarters	Bonn
L Landgericht Mannheim	A 1	Single location	Mannheim
L Landgericht Hamburg	Sievekingsplatz 1	Headquarters	Hamburg
L Landgericht Hanau	Nußallee 17	Single location	Hanau
L Landgericht Köln	Luxemburger Str. 101	Single location	Köln
L Landgericht Ulm	Olgastr. 106	Single location	Ulm
L Landgericht Aachen	Adalbertsteinweg 90	Headquarters	Aachen



- UPIK®-Search
- D-U-N-S® Number Request
- eUpdate
- My UPIK®
- UPIK® Knowledge Base
- Log out



UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr



visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

Home » Suchen

UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Krummacherstr. 33	Single location	Duisburg
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Augsburger Str. 58a	Single location	Karlshuld
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Weinhartstr. 16	Single location	Weilheim i. OB
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Georgstr. 28	Single location	Nienburg (Weser)
L Sozialdemokratische Partei	Kirchgasse 2	Single location	Gelnhausen
L Sozialdemokratische Partei Deutschland	Kaiserstr. 12a	Single location	Pirmasens
L Sozialdemokratische Partei Deutschland Landesverband Bayern	Oberanger 38	Headquarters	München
L Die Linke	Kleine Alexanderstr. 28	Headquarters	Berlin
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Logenstr. 13A	Single location	Frankfurt (Oder)
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Hohenzollemstr. 59	Single location	Koblenz
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Luitpoldstr. 55	Single location	Rockenhausen
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Lüchtenburger Weg 12	Single location	Aurich
L Sozialdemokratische Partei Deutschland	Von-der-Tann-Str. 1	Single location	Hof
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Goethestr. 35	Single location	Pforzheim
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Habsburgerstr. 85	Single location	Freiburg im Breisgau
L Christlich Demokratische Partei Deutschlands - Landesverband Berlin	Steifensandstr. 8	Headquarters	Berlin
L Sozialdemokratische Partei Deutschland	Wilhelmstr. 141	Headquarters	Berlin
L Sozialdemokratische Partei Deutschland	Schifferstr. 22	Single location	Bremerhaven
L Die LINKE (Partei)	Lange Str. 13	Single location	Greifswald, Hansesstadt
L STATT Partei e.V.	Bahnstr. 2	Single location	Bad Kreuznach
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Maximilianstr. 31	Single location	Neustadt an der Weinstraße
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Frankfurter Str. 47	Single location	Marburg
L Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Odeonstr. 15-16	Single	Hannover



[Division J: Public Administration](#)

[Major Group 91: Executive, Legislative, And General Government, Except Finance](#)

Industry Group 919: General Government, Not Elsewhere Classified

9199 General Government, Not Elsewhere Classified

Government establishments primarily engaged in providing general support for government, which include personnel, auditing, procurement services, and building management services, and other general government establishments which cannot be classified in other industries. Public finance is classified in Industry 9311.

- Civil rights commissions-government
- Civil service commissions-government
- General accounting offices-government
- General services departments-government
- Personnel agencies-government
- Purchasing and supply agencies-government
- Supply agencies-government

[[SIC Search](#) | [Division Structure](#) | [Major Group Structure](#)]

UPIK® Record - L

L	Registered company name	Bundesrepublik Deutschland
W	Non-registered name or business unit	BRD
L	D-U-N-S® Number	341611478
L	Registered address	Platz der Republik 1
L	Post code	11011
L	City	Berlin
	Country	Germany
W	Country code	269
	Post office box number	
	Post office box town	
L	Telephone number	0302270
W	Fax number	03022736740
W	Name primary executive	Joachim Gauck
W	Activity (SIC)	9199



Suchen

Hier können Sie kostenlos und ohne Registrierung nach allen wichtigen veröffentlichungspflichtigen C Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister.

Firmenname

finanzagentur-deutschland

Welchen Bereich möchten Sie durchsuchen?

Alle Bereiche

Firma / Name

Hessen Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 51411

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Hessen

1 / Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung



Decide with Confidence

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Home | News | Bisnode D&B Deutschland | D&B International | VDA | VCI | Kontakt | Login

SUCHEN



- UPIK®-Suche
- D-U-N-S® Nummer anfordern
- eUpdate
- Mein UPIK®
- UPIK®-Basics
- Abmelden

Bisnode

UPIK® ist ein Produkt von Bisnode Deutschland. Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen. Erfahren Sie mehr über unser Unternehmen und unsere Angebote unter www.bisnode.de

[Erfahren Sie mehr](#)

visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Der Polizeipräsident in Berlin
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Zentrale Aufgaben
L	D-U-N-S® Nummer	341971491
L	Geschäftssitz	Königstr. 5
L	Postleitzahl	14163
L	Postalische Stadt	Berlin
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	03046640
	Fax Nummer	
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)	9221

Weitere Optionen:

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

[UPIK Suche](#)

Sie möchten kostenlos Ihre Stammdaten ändern?
Bitte auf eUpdate klicken.

[eUpdate](#)

Sie finden keine entsprechende D-U-N-S® Nummer im aktuellen UPIK® Bestand oder möchten kostenlos eine neue D-U-N-S® Nummer beantragen?
Bitte auf Neu anlegen klicken.

[Neu anlegen](#)

Mein UPIK® - Login

Sie sind bereits angemeldet.

[Abmelden](#)

Mehr zum Thema

[Welche Datenbasis liegt der Trefferliste zugrunde?](#)

[Welche Datenbasis liegt dem UPIK®-Datensatz im Suchergebnis zugrunde?](#)

[Was ist die D&B Worldbase?](#)

[Gibt es eine weitere Beschreibung zu den angezeigten UPIK® Daten?](#)

[Weitere UPIK® Hintergrundinformationen UPIK® Basics](#)

Übertragen der Daten von code.etracker.com...

Offener Brief an alle noch nicht völlig abgestumpften und mutmaßlich direkt oder indirekt bei der im Register des Deutschen Patent- und Markenamtes unter der Nummer 30243782 eingetragenen

WORTMARKE POLIZEI

Bediensteten / Beschäftigten / Bevormundenden / Belästigenden / Bedrohenden / Betrügenden (?)



Deutsches
Patent- und Markenamt

Informationen

zur Marke 30243782, Stand 03.01.2013

Die Marke mit der Registernummer **30243782** ist mit den folgenden Angaben in das Register des Deutschen Patent- und Markenamtes eingetragen.

Die Schutzdauer der Marke beginnt mit dem Anmeldetag und endet am 30.09.2022. Eine Verlängerung um jeweils 10 Jahre ist gemäß § 47 Markengesetz möglich.

Informationen zur Marke 30243782, Stand: 03.01.2013

[-----] **Datenbestand:** DE

[111] **Registernummer:** 30243782

[210] **Aktenzeichen:** 302437827

[540] **Wiedergabe der Marke:** POLIZEI

[550] **Markenform:** Wortmarke

[220] **Anmeldetag:** 04.09.2002

[151] **Tag der Eintragung im Register:** 01.08.2006

[156] **Verlängerung der Schutzdauer:** 01.10.2012

[730] **Inhaber:** Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE

[740] **Vertreter:** BOEHMERT & BOEHMERT, 28209 Bremen, DE

[750] **Zustellanschrift:** Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT, Postfach 107127, 28071 Bremen

[-----] **Version der Nizza-Klassifikation:** NCL8

[511] **Klasse(n) Nizza:** 38, 09, 16

[-----] **Aktenzustand:** Marke eingetragen

[180] **Schutzendedatum:** 30.09.2022

[450] **Tag der Veröffentlichung:** 01.09.2006

[-----] **Beginn Widerspruchsfrist:** 01.09.2006

[-----] **Ablauf Widerspruchsfrist:** 01.12.2006

[510] **Waren- / Dienstleistungsverzeichnis:**

Klasse	Begriffe
09	Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen
16	Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel)
38	E-Mail-Datendienste

Verfahrensdaten

Anmeldeverfahren

[-----] **Verfahrensart:** Anmeldeverfahren

[-----] **Verfahrensstand:** Marke eingetragen

[-----] **EDV-Erfassungstag:** 01.08.2006

Quelle: <http://register.dpma.de/DPMAregister/marke/register?AKZ=302437827&VIEW=...>

Aufhebung und Privatisierung aller staatlichen Gesetze der BRD in See- und Handelsrecht (UCC) durch sog. *Bundesbereinigungsgesetze*

2614 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 59, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Vom 23. November 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Aufhebung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes (101-2)

Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 2

Aufhebung des Gesetzes zur Einführung von Bundesrecht im Saarland (101-3)

Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 3

Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (103-1)

Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 4

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts

§ 1

Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den

Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2

Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben:

1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3

Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort. Durch die Aufhebung werden weder frühere Rechtszustände wiederhergestellt noch Wiederaufnahme-, Rücknahme- oder Widerrufstatbestände begründet. Tatbestandliche Voraussetzungen von Besatzungsrecht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht erfüllt worden sind, können nicht mehr erfüllt werden. Aufgehobene Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Tatbestände und Rechtsverhältnisse anwendbar, die während der Geltung der Rechtsvorschriften erfüllt waren oder entstanden sind. Die Aufhebung von Besatzungsrecht lässt Verweisungen hierauf unberührt.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz

A. Problem und Ziel

Der umfangreiche Bestand des geltenden Bundesrechts enthält eine Vielzahl von Rechtsvorschriften, die keine praktische Wirkung mehr entfalten. Dies belastet die Suche nach dem heute maßgeblichen Recht unnötig und erschwert die Rechtsanwendung. Rechtsbereinigung hat das Ziel, solche Vorschriften aufzufinden und mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben.

B. Lösung

Die Bereinigung des Bundesrechts erfolgt schrittweise und ist als fortlaufender Prozess angelegt. Der Gesetzentwurf setzt die mit dem Ersten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) begonnene systematische Rechtsbereinigung fort. Er widmet sich vor allem solchem Recht, das bis zum Zusammentritt des ersten Deutschen Bundestages erlassen und nach dem Gesetz über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 ganz oder teilweise in das Bundesgesetzblatt Teil III aufgenommen worden ist; außerdem wird das Besatzungsrecht umfassend bereinigt. Der Entwurf geht dort über die klassischen Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Justiz hinaus, wo andere Ressorts keine Zuständigkeit beansprucht oder die Aufhebung von Vorschriften aus ihrer Zuständigkeit dem Bundesministerium der Justiz überantwortet haben. Alle Aufhebungen erfolgen wie schon im ersten Rechtsbereinigungsgesetz mit Wirkung für die Zukunft, so dass die inzwischen bewirkten Rechtsfolgen und geschaffenen Rechtsverhältnisse unangetastet bleiben.

C. Alternativen

Allmähliche, unsystematische Rechtsbereinigung bei Gelegenheit der Novellierung von Fachgesetzen und -verordnungen oder Erstellung eines ressortübergreifenden Rechtsbereinigungsgesetzes.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Regelung verursacht keine unmittelbaren Haushaltsausgaben.

2. Vollzugsaufwand

Vollzugsaufwand ist nicht zu erwarten.



Bundesministerium
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Herrn Arne Habel
REFERAT IV A 3
TEL (030) 18580-0
FAX (030) 18580-9525
E-MAIL poststelle@bmj.bund.de
AKTENZEICHEN IV A 3 - AR - RB 571/2010
DATUM Berlin, 10. März 2011

BETREFF: Ihre Anfrage zu Rechtsbereinigungsgesetzen vom 24. Februar 2011

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 24. Februar bezüglich der Rechtsbereinigungsgesetze.
Zu der Rechtskraft der Gesetze kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Das erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19. April 2006 (BGBl. I, S. 866) ist nach seinem Artikel 210 Absatz 1 in wesentlichen Teilen am Tage nach seiner Verkündung in Kraft getreten. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt fand am 24. April 2006, dem Ausgabedatum des Bundesgesetzblatts Nr. 18 aus dem Jahre 2006, statt. Dementsprechend trat das Gesetz am 25. April 2006 in Kraft. Auch diejenigen Artikel, die nach Artikel 210 Absatz 2 besondere Inkrafttrittsdaten haben, traten mittlerweile in Kraft.

Das zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23. November 2007 (BGBl. I, S. 2614) hat eine ähnliche Inkrafttrittsregelung in seinem Artikel 80, sodass ein Großteil der Regelungen am 30. November 2007, also einen Tag nach der Verkündung in Kraft trat. Die letzten Teilregelungen traten nach Artikel 80 Absatz 2 dieses Gesetzes am 1. Dezember 2010 in Kraft.

LIEFERANSCHRIFT Kronenstr. 41, 10117 Berlin
VERKEHRSBINDUNG U-Bahnhof Hauptvogelplatz (U2)

Merkblatt Uniform Commercial Code - UCC United States Company und Bundesrepublik Deutschland Go.

Die nachfolgenden Erläuterungen sind in den öffentlichen, für jedermann zugänglichen Registern, Archiven und Bibliotheken zu recherchieren und zu verifizieren.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Bundesrepublik und stellen damit Offenkundigkeiten dar.

Es ist sehr wohl, weltweit bekannt, daß „United States“ und alle ihre Einheiten ein Konzern/Unternehmen sind, angesiedelt in dem privaten Distrikt of Columbia (Washington DCI 10 Square Miles).

Ursprünglich vereint am 21. Februar 1871 unter dem „Distrikt of Columbia“, dem 41 Kongress, Absatz 34, Session III, 16 Stat. 419 Chapter 61 und 62.

Dieser Konzern, U.S. hervorgegangen aus der Virginia Company, wurde am 11.06. 1878 reorganisiert.

Der Kooperationsvertrag mit dem Titel: Die Vereinigten Staaten von Amerika, zwischen der U.S. Company - Distrikt of

Columbia und den eigentlichen Republiken von Amerika, beinhaltet in seinem Artikel 18 B 7, daß das Admiralsrecht (Admiralty Law- Seerecht) an folgenden Orten Anwendung findet.

(1) auf hoher See

(2) auf amerikanischen Schiffen

(3) in allen Ländern, welche von den Vereinigten Staaten verwaltet oder erobert werden, und innerhalb des Staates Amerika.

U.S. - ein Bundeskonzern/- unternehmen Titel 28 USC Kapitel 176 des § 3002. Es ist eindeutig, daß die Vereinigten Staaten -...ein Unternehmen/Konzern ist..... 543 FEDERAL SUPPLEMENT (Bundesnachtrag) 724.

Auch der Vereinigte Staaten Code gehört laut Artikel 28 3002 (15) (A) (B) (C) nicht zur Republik. Er wurde unabhängig gestartet und gehört zur Vereinigte Staaten Co.

Auch muß man akzeptieren, daß sich diese Firma nicht von der Regierung unterscheidet.

Seit 5. Juni 1933 ist die U.S. eine bankrotte Organisation, siehe Congress House Joint Resolution 192, Senatsbericht 93-549 und Durchführungsverordnung 6072, 6102 und 6246, also eine de facto Regierung.

Da die BRD, ebenso wie die U.S. u. fast sämtliche Staaten auf der Welt seit dem 2 Weltkrieg unter Einflussnahme agiert wie auch, kehren sich die kommerziellen Gegebenheiten u. die Ausführung der kommerzielle Instrumente um.

Nun ist die Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren kommerziellen Untereinheiten im Handelsregister des privaten Bezirks, Washington D.C. als Company mit 64 Gesellschaftern eingetragen.

Zusätzlich ist die BRD bei der SEC (Security Exchange Commission) unter der Nummer: 780140 registriert.

Grundlagen der SEC gelten für Unternehmen, die unter die 2 Berichtspflichten des Security Acts von 1933 und/oder des Security Exchange Acts von 1934 fallen.

Mit dieser Eintragung sind verbindliche Vorschriften der SEC zu beachten.

Dies sind unter anderem die Regulation S-X die eine Gliederung von Bilanz und GuV vorgibt und die Regulation S-K die zusätzliche Aufgabepflichten fordert.

Der Security Act von 1933 und der Security Exchange Act von 1934 sind Federal Law also Statuten des privaten Bezirks von Columbia die für die Bundesstaaten und die angegliederten kommerziellen Einheiten wie die BRD verpflichtend einzuhalten sind. UCC ist eine von der Kirche nach dem Römischen Recht geschaffene Registratur,

mittels derer weltweites Handelsrecht etabliert wurde. Damit war gesichert, dass Körperschaften untereinander Geschäfte treiben konnten.

"Uniform Commercial Code (UCC) is a private collection of commercial, financial and transaction laws first presented in draft form by the American Law Institute in 1943 with its 1st official publication in '1952. Its ongoing development is now administered by the National Conference of Commissioners on Uniform State Laws (NCCUSL) and has now been enacted in all of the 50 states of the United States as well as the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, Guam and the US Virgin Islands. As all nations and states are registered in the state of Delaware through the SEC system of 1933, UCC applies to all nations and their "employees" when treated as corporations and registered commercial "vessels".

Zu Deutsch:

Uniform Commercial Code (UCC) ist eine private Sammlung von Handels-, Finanz- und Rechtsgeschäftsgesetzen, zum ersten Mal 1943 als Entwurf vom American Law Institute vorgestellt und ihrer ersten offiziellen Publikation im Jahr 1952.

Die fortschreitende Entwicklung wird nun durch die National Conference of Commissioners on Uniform State Laws

(NCCUSL) weitergeführt und wurde jetzt an alle 50 Staaten der Vereinigten Staaten inklusive dem Distrikt von Columbia, dem Commonwealth of Puerto Rico, Guam and the US Virgin Islands verordnet. Da alle Nationen und Staaten in dem Staat Delaware durch das SEC System (US Börsenaufsicht) von 1933 registriert sind, wird das UCC auf alle Nationen und ihre „Arbeitnehmer“, wenn als Unternehmen und Handels- „Mittel“ registriert, angewandt.

Auf Grund dieser verpflichtenden Vorgaben der SEC für die eingetragene BRD wurden vom Bundesrechnungshof, Anfang bis Mitte des letzten Jahrzehntes, die sogenannten Behörden, kommerzielle Untereinheiten der BRD, gerügt nun doch endlich vom kameralistischen Buchhaltungssystem auf die Doppelte Buchführung umzustellen.

Die BRD stellt damit ein in Deutschland nicht eingetragenes, amerikanisches, ausländisches Unternehmen dar, lediglich vertreten mit Repräsentanzen.

Niederlassungen müssten im Staate Deutschland (Germany) eingetragen sein.

Ausgehend von der Eintragung der BRD im internationalen, privaten Bezirk „District of Columbia“ und im Staate Delaware (SEC – Code) ist das einheitliche internationale Handelsrecht, der Uniform Commercial Code – UCC für die private BRD – Company verpflichtendes oberstes Recht unter Admiralsrecht, bestehend seit der Kapitulation am 8.5.1945, siehe Kooperationsvertrag Artikel 18 B 7, in eroberten und verwalteten Gebieten der U.S.

Das internationale Handelsrecht - UCC.

wird auch als vertragliche Anbindungsregel für die mit der Geburtsurkunde eingerichtete PERSON als Rechtssubjekt und die darauf aufgenommenen Geburtenkredite und Freistellungskonten mit den internationalen Banken IWF und BIZ, angewandt.

Des Weiteren ist das UCC in Verbindung mit der „House Joint Resolution 1933“ auch die **vertragliche Anbindungsregel, den Ausgleich öffentlicher Forderungen durch Annahme / Akzeptance – durch ein Accept for Value - auszugleichen.**

Daran hat sich auch für die BRD nach 1990 nichts geändert, siehe die Vereinbarungen der Drei Mächte über Berlin vom 25/26. 9. 1990 und die Vereinbarung der Drei Mächte mit der Bundesrepublik Deutschland vom 27./28. 9. 1990 und dem 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 29.11.2007. Das Gebiet Deutschlands wurde durch den Artikel 7 des 2+4 Vertrages wieder frei gegeben, gleichzeitig aber die Verwaltung des vereinten Wirtschaftsgebietes, die BRD, besetzt.

Dass die BRD unter Admiralsrecht steht, sieht man des Öfteren wenn der Bundespräsident bei Empfängen in seiner Präsidialkanzlei unter der mit Gold umrandeten schwarz-rot-goldenen **Flagge steht.**

Diese Goldbordüre besagt, dass in dem Lande, Admiralsrecht besteht.

Man sieht dies auch an den Goldbordüren-Flaggen in amerikanischen Gerichten. (Artikel 18 B 7).

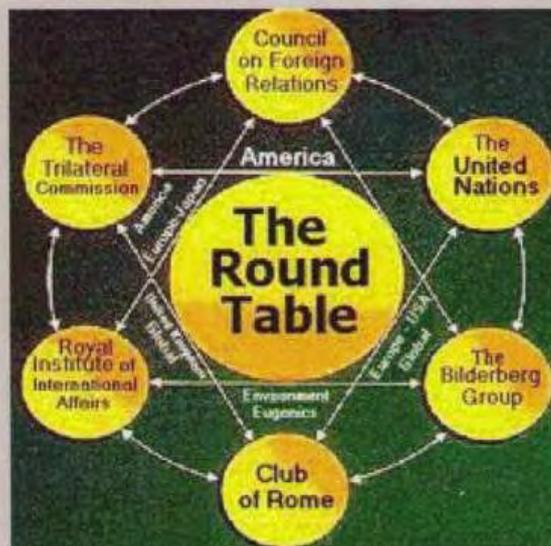
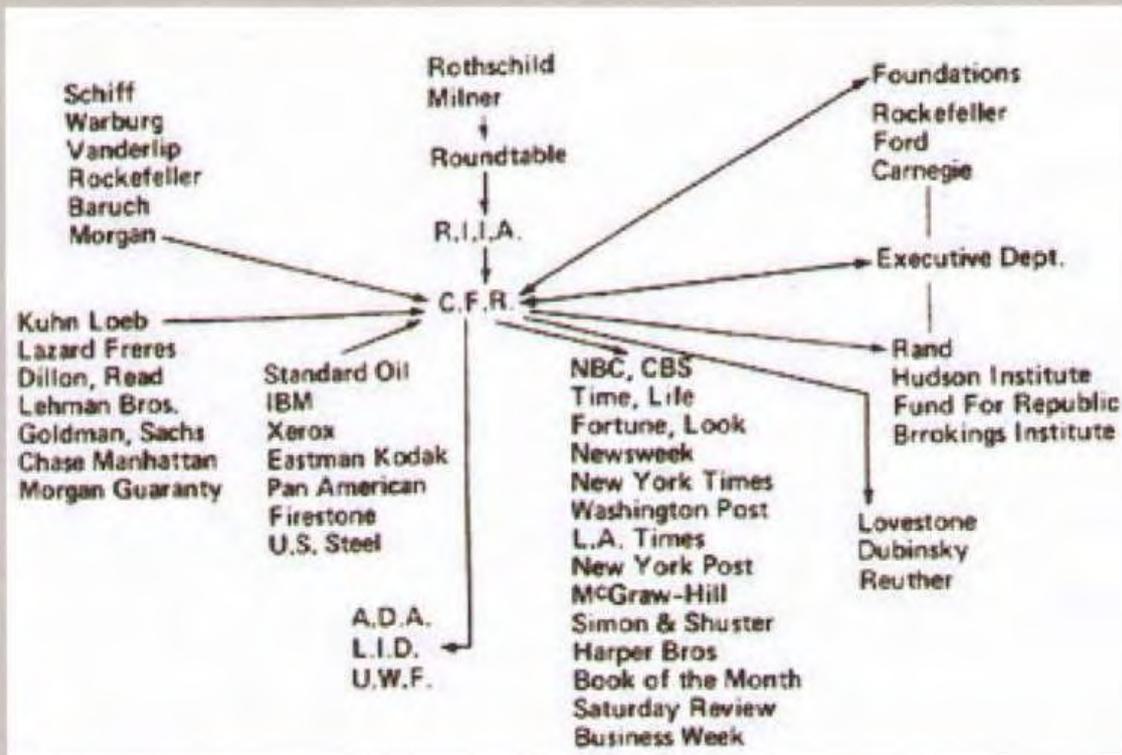
Am 1. Oktober 2003, erließ das U.S. Government eine Verordnung, in der ihre kommerziellen Einheiten/Untereinheiten, Geschäftspartner und Subventionsempfänger angewiesen wurden, eine D-U-N-S Nummer der Wirtschaftsauskunftei Dun & Breadstreet in Virginia zu beantragen und die Registratur selbst vorzunehmen. So ist auch die Eintragung Ihrer kommerziellen Einheit erfolgt, als private Company, natürlich danach auch in anderen Auskunfteien wie Manta, Hoppenstedt u.s.w.

Nicht nur die BRD ist eine private Company, sondern auch Österreich, Großbritannien (seit 1998) , Italien (eingetragen in der City of London) und so ziemlich alle westlichen Nationen und Staaten.

Eine Nichtbeachtung dieser Inhalte löst privatrechtliche Haftung aus.

NEUE WELT ORDNUNG

● KAPITÄN TOTHSCHILD ●



Der geheime Staatsstreich am 8.12. 2010 – staatenlos und entrechtet in das 4. Reich der Europäischen Union



Juristische Vorbereitung der kriminellen Aktion:

Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 mit Inkraftsetzung 01.01.2000.

Am 8.12.2010 erfolgt daraufhin der geheime Staatsstreich durch den Bundesgesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913 geändert) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet.

Dazu wurde am 08.12.2010 das Fundament der deutschen Staatsangehörigkeit, die (unmittelbare) Reichsangehörigkeit ersatzlos beseitigt (gestrichen).

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit - beides ist ein und dasselbe!

(Beweis gesetzliche Grundlagen: RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht – Staatsgrundgesetz des III. Reiches von 1934, Seite 54, Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 5.2. 1934 (z.Zt. verfälscht 22.07.1913) Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 08.12.2010)

Durch diesen Vorgang wurde ab dem 08.12.2010 jeder Bürger der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* staatenlos und durch die sog. unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(Beweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger von Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 und durch Ausgabe der Nazi- Staatsangehörigkeitsausweise in ihren Ausländerämtern, Staatsangehörigkeitsbehörden und Einbürgerungsbehörden künstlich am Leben. (Beweis aktuelle staatenlos- Gerichtsbeschlüsse Amtsgericht Goslar, Amtsgericht Langen, Amtsgericht Vechta)

Konsequenzen:

Durch die Streichung der Reichangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) wurde das bundesdeutsche Personal hinterlistig STAATLOS gemacht. Das von Adolf Hitler ab 1934 gleichgeschaltete *DEUTSCHE VOLK* wurde damit vollständig entrechtet und entmachtet, um es für die faschistische Neue Welt Ordnung vernichten zu können.

Das bedeutet Roma – und Sinti - Status **Vogelfrei = keine Rechte und kein Eigentum besitzend, vogelfreie Menschen können überall ungestraft verfolgt und getötet werden.**

Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von bundesdeutschen Gerichten untermauert.

Durch den damit hervorgerufenen Stillstand der Rechtspflege/ Rechtsbankrott herrschen heute in Deutschland Anarchie und chaotische Zustände!

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch die eigene Staatlosigkeit selbst jeglicher Legitimation beraubt und staatsrechtlich das Genick gebrochen. Es handelt sich um einen globalen Generalbetrug der Bundesrepublik Deutschland.

Heute existiert in Deutschland ein religiöser Glaube an die staatlose NS- Gleichschaltungskolonie *DEUTSCH* von 1934.

Wenn die BRD - Sklavenkolonie des 3. Reiches in das 4. Reich-Projekt *Europäische Union* (EU) endgültig aufgegangen ist, hat der geheime Staatsstreich funktioniert.

Ca. 85 Millionen Personalangehörige werden in der BRD vom Faschismus getäuscht und danach vom EU- Faschismus existenziell vernichtet.

Das ist de facto Völkermord - ausgeführt durch die faschistischen Verschwörer.

Der Höhepunkt der Integration

in der BRD ist, wenn ein Ausländer (Migrant) seine kostbare Heimatangehörigkeit aufgibt und dafür über die Unionsbürgerschaft auf verbotenen nationalsozialistischen Recht basierte doppelte STAATENLOSIGKEIT erhält.

Die staatlose Bundesrepublik Deutschland führt heute im Zentrum von Europa die Nazi-Kolonie von Adolf Hitler unter illegal hinterlistiger Anwendung der Nazi- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 und der Nazi- Gleichsetzungsgesetze/ Nazi- Gesetze weiter. In den BRD- Einbürgerungsbehörden/ Ordnungsämtern werden immer noch unter Täuschung die Staatsangehörigkeitsausweise mit der deutschen Nazi- Staatsangehörigkeit

von Adolf Hitler für 25 Euro nach dem Nazi- Einbürgerungsgesetz von 1935 an die Menschen ausgegeben.

Geheimprojekt Staatenlosigkeit in der faschistischen Weltkolonie

(Zusammenfassung)

Das vom BRD- Gesetzgeber gefälschte Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) von 1934

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz, der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. I S. 1714) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 13.11.2014 I 1714

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Bezeichnung idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Urkundenfälschung im Gesetz: Es wird im Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) von 1934 vom bundesdeutschen Gesetzgeber **das Datum** aus dem Reich- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 **betrügerisch täuschend** angegeben!

Die seit 1934 vom StAG überlagerte RuStAG des deutschen Kaisers Wilhelm II. wird von der Bundesrepublik Deutschland bis heute **NICHT** angewendet!

Grundsatz des RuStAG: Im deutschen Kaiserreich galt grundsätzlich das Ius Sangiunis. Denn bereits Paragraph 1 regelte, wer unter dieses Gesetz fiel:

„§ 1: Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

– § 1 RuStAG vom 22. Juli 1913

Wie bereits bei den Vorgängern wurde die mittelbare Reichsangehörigkeit über die Staatsangehörigkeit eines Bundesstaates (§ 3 RuStAG) definiert[4]. „Deutscher“ war auch hier, wer Braunschweiger, Preuße, Anhaltiner oder Bayer war.

Folgendes Bild: Auszug aus dem originalen kaiserlichen RuStAG vom 22. Juli 1913:
"Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) **oder** die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

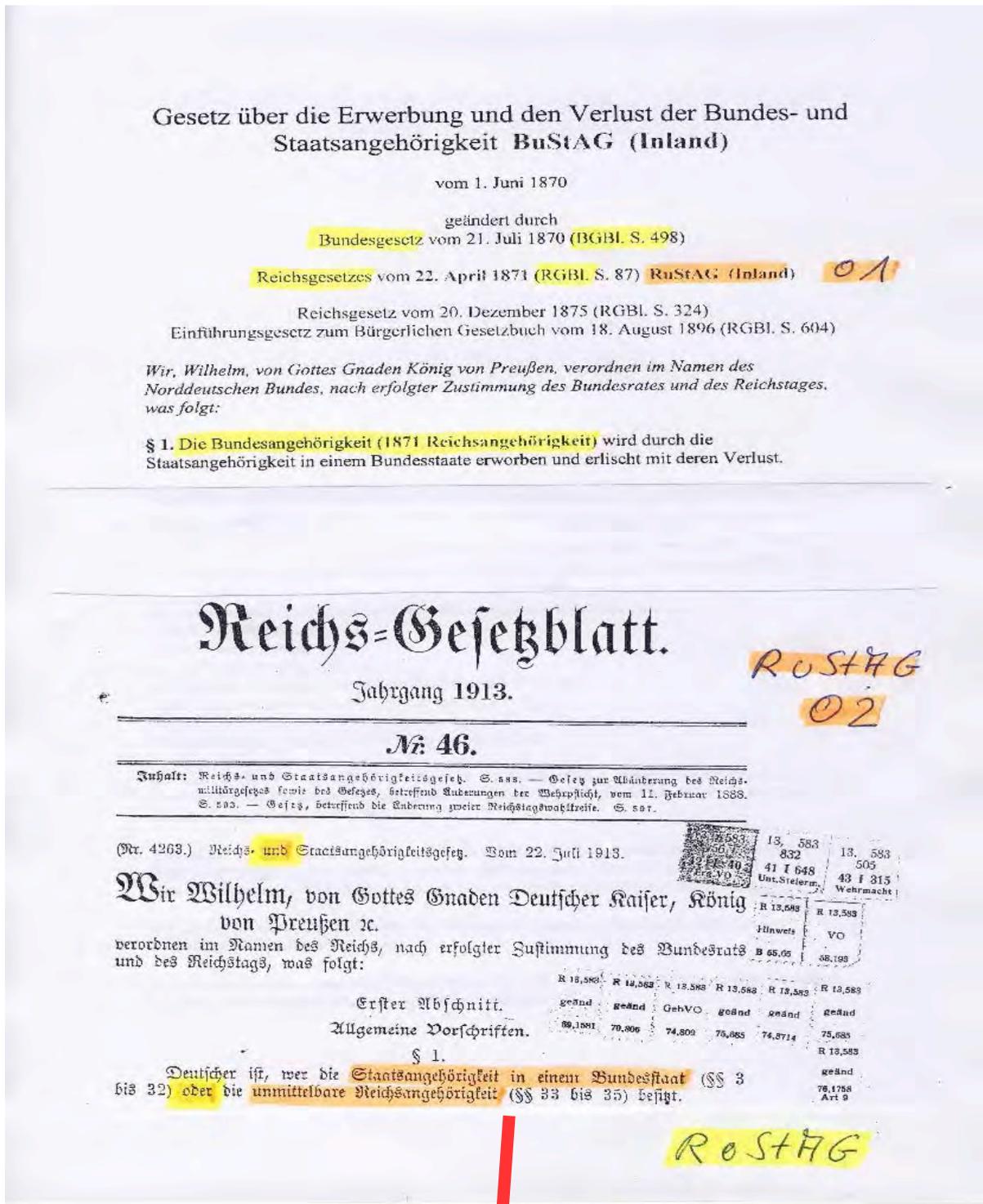
Das originale Reich- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) von 1913



Zur Erinnerung: Der Terminus „Reichsangehörigkeit“ ist eng mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 verbunden, welches am 1. Januar 1914 in Kraft trat. Die Reichsangehörigkeit wird zum einen in eine mittelbare und zum anderen in eine unmittelbare unterschieden:

1. **Mittelbare Reichsangehörigkeit** oder *direkte Reichsangehörigkeit*: Diese wurde über die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat erworben und ward benötigt, dass ein Preuße beispielsweise in Bayern nicht zum Ausländer wurde. Da die mittelbare Reichsangehörigkeit seit 1914 nicht mehr nach zehn Jahren Auslandsaufenthalt verfiel, galten auch **Kolonialdeutsche** als Reichsdeutsche. Als solche besaßen sich alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Zur Zeit der Weimarer Republik war die **Länderzugehörigkeit** in einem Land der Republik für deren Erwerb der „deutschen Staatsangehörigkeit“ erforderlich war. Am 5. Februar 1934 wurde sie aufgrund einer Führerverfügung Adolf Hitlers zugunsten einer einheitlichen Staatsangehörigkeit gestrichen.
2. **Unmittelbare Reichsangehörigkeit** oder *indirekte Reichsangehörigkeit*: Diese wurde 1913 ins Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz eingeführt und definiert die Staatszugehörigkeit einheimischer Völker der deutschen Schutzgebiete zum Deutschen Reich. Unmittelbare Reichsangehörige unterstanden in einem „Schutzverhältnis“ zum Reich und hatten diesem gegenüber zahlreiche Pflichten,

doch besaßen sie nicht das Wahlrecht im Reiche. Im Ausland jedoch besaßen sie den Schutz des Reiches und wurden von diesen dort wie Inländer gehandhabt.



Zur Erinnerung: In der kaiserlichen RuStAG vom 22. Juli 1913 wird konkret unterschieden: Entweder inländische Heimatangehörigkeit (mittelbare Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat) ODER ausländische Kolonie- Staatsangehörigkeit (unmittelbare Reichsangehörigkeit für Kolonien/ Schutzgebiete, wie z. B. Deutsch Südwestafrika, Deutsch Ostafrika usw.)

Alle in den Ländern des Deutschen Reiches (Deutschland) lebende Bürger sind automatisch (Reichs-) Angehörige des Deutschen Heimatreiches (= Deutschland). Wer die Staatsangehörigkeit durch den Bundesstaat hatte, erhielt automatisch die

unmittelbare- inländische Reichsangehörigkeit.

Quellverweise:

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rustag/gesamt.pdf>

http://www.kraftzeitung.net/images/KZ/upload3/2014/DR/RGBL_1913_1_583-

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**
besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**

11. August 1919 im Artikel 110

Die Verfassung des Deutschen Reichs

Vom 11. August 1919

(Abgeändert durch die Gesetze vom 6. August 1920,
R. G. Bl. S. 1565/66, 27. November 1920, R. G. Bl.
S. 1987, und 24. März 1921, R. G. Bl. S. 440)

Zweiter Hauptteil

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen

Erster Abschnitt: Die Einzelperson

Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.
Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.
Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.
Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.
Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Art. 110. Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.
Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.

Zur Erinnerung: Die deutschen Bundessaaten werden zu Ländern herabgestuft.
(Koloniebegriff aus dem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika)
Die RuStAG bleibt in Anwendung. Die in den Ländern des Reiches lebenden Deutschen haben jetzt ihre inländische Heimatangehörigkeit in jetzt einen Land, Freistaat, freie und Hanse Stadt und bleiben weiterhin automatisch Angehörige des Deutschen Heimatreiches.



Die Staatsangehörigkeit **DEUTSCH** ist eine **Kolonieangehörigkeit**.
 Sie ist **keine Heimatangehörigkeit**

1919 Landesstaatsangehörigkeit 1934

Die Heimatländer von 1919 sind:

- Freistaat Preußen
- Freistaat Bayern
- Freistaat Sachsen
- Freier Volksstaat Württemberg
- Freistaat Baden
- Land Thüringen
- Volksstaat Hessen
- Freie und H. Hamburg
- Freistaat Mecklenburg-Schwerin



- Freistaat Oldenburg
- Freistaat Braunschweig
- Freistaat Anhalt
- Freie und H. Bremen
- Freistaat Lippe
- Freie und H. Lüneburg
- Freistaat Mecklenburg-Strelitz
- Freistaat Waldeck
- Freistaat Schaumburg-Lippe

2. Akt

Überlagerung Reich- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) von 22. Juli 1913 durch das NS- Gleichschaltungsgesetz Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934

83

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14
Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinausschiebung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschutz im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 2. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85
	Druckfehlerberichtigung	86

Nr. 14 — Tag der Ausgabe: Berlin, den 6. Februar 1934

85

§ 3

Gegenstand der Prüfung muß außer den allgemeinen und fachlichen Kenntnissen auch die Staatsbürgerkunde (nationalsozialistische Weltanschauung) sowie die Rassenkunde, Rassen- und Erbgesundheitspflege sein.

§ 4

Die Krankenkassen haben Vorkehrungen zu treffen, daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, auch soweit sie keine Prüfung abzulegen haben, die nötigen Kenntnisse in Staatsbürgerkunde, Rassenkunde, Rassen- und Erbgesundheitspflege erhalten.

§ 5

Soweit ein Angestellter in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1933 bei einer Krankenkasse mit der Wahrnehmung einer gehobenen Stelle betraut worden ist, ohne die in der Dienstordnung vorgeschriebenen Voraussetzungen (Vorbildung, Dienstzeit, Prüfungen) erfüllt zu haben, stehen diese Vor-

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit. Vom 5. Februar 1934.

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

§ 2

Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des Reichs.

§ 3

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf erst verliehen werden, nachdem der Reichsminister des Innern zugestimmt hat. § 9 des Reichs- und Staats-

Zur Erinnerung: Im Zuge der **nationalsozialistischen Gleichschaltung** trat die **unmittelbare Reichsangehörigkeit aus den Kolonien** am 5. Februar 1934 an die Stelle der bis dahin verwendeten Länderzugehörigkeit und wurde als *Deutsche Staatsangehörigkeit* bezeichnet:

Alle in den bereits 1933 gleichgeschalteten Ländern des damaligen Deutschland lebende Bürger erhalten diese deutsche Kolonieangehörigkeit von Adolf Hitler zwangsverordnet. Damit sind die Deutschen automatisch unmittelbare Reichsangehörige aus den Kolonien/ Schutzgebieten wie z. B. Deutsch Südwestafrika, Deutsch Ostafrika usw.

(Reichsangehörigkeit = Staatsangehörigkeit)

„(2) Deutsche Staatsangehörigkeit – Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich im Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. (...) Die beiden Ausdrücke **„deutsche Staatsangehörigkeit“ und „Reichsangehörigkeit“ stehen voll nebeneinander.** (...)“

– „*Neues Staatsrecht*“ (1935), II. *Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934* S. 7

Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 wird 1934 vom Staatsgrundgesetz des 3. Reiches *Neues Staatsrecht* überlagert und nicht mehr angewendet. Deutschland wird fortan von der Nazikolonie Adolf Hitlers *deutsch* überlagert.

Mit diesem genialen Schachzug hat Adolf Hitler mit seinen Gesetzgeber die Entrechtung und Entmachtung aller **Deutschen als Kolonie- Personal** durchgeführt.

Das originale Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) vom 05.02.1934

GLEICHSCHALTUNGS - GESETZ v. 05.02.1934

83

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
------	---	----------

5. 2. 34 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit 85

Berlin, den 6. Februar 1934 85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
rechts
aufgeh
99,1623

§ 1

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

1934 Gleichschaltung **StAG = R**

1934 Gleichschaltung **R = StAG**

Herausgegeben von C. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. R.

Heft 131

Neues Staatsrecht

von

a) Die Reichsangehörigkeit wird fortan nicht mehr mittelbar durch
zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern **unmittelbar als
„deutsche Staatsangehörigkeit“ erworben.**

Leipzig 1936

Verlag W. Kohlhammer . Abteilung Schaeffer

Kohlhammer

Neues Staatsrecht Auflage 1936 Seite -54-

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist die deutsche Staatsangehörigkeit = beides

ist ein und dasselbe!

Deutsche Staatsangehörigkeit --- Reichsangehörigkeit



II. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934. 7

die Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Länder (z. B. die in Preußen oder in Bayern oder in Sachsen) besaß, ist nunmehr „Deutscher Staatsangehöriger“ oder, wie er auch benannt wird, „Reichsangehöriger“. Wer bisher die „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ nach §§ 33, 34 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen erhielt, bleibt deutscher Staatsangehöriger. Diese grundsätzliche Änderung in der Bezeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Beurkundungen und Ausfertigungen überall da zu berücksichtigen, wo die Angabe der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben oder sonst erforderlich ist. Das ist insbesondere bei Beurkundungen der Standesbeamten der Fall, vergl. dazu Num. 2.

2) Deutsche Staatsangehörigkeit — Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich in Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. Zu den beiden Benennungen führt Dr. Löfener, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, im Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt Band 55 (1934) S. 155, insbesondere S. 156 rechte Spalte, aus: „Die beiden Ausdrücke „deutsche Staatsangehörigkeit“ und „Reichsangehörigkeit“ stehen vollwertig nebeneinander. Beide sind bereits eingeführt, und zwar „deutsche Staatsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zur französischen, polnischen oder einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit, dagegen Reichsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zu der aufgehobenen Landesangehörigkeit hervorgehoben werden soll“

Stehen vollwertig nebeneinander unmittelbare Kolonieangehörigkeit

3. Akt
Dritte Änderung durch das Grundgesetz Artikel 116 von 23. Mai 1949
(Zwangsverordnung der *Deutschen Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler)

Bundesgesetzblatt Jahrgang 1949 vom 23. Mai 1949

1949	Ausgegeben in Bonn am 23. Mai 1949	Nr. 1
Inhalt: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 Seite 1		
<p style="text-align: center;">Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.</p> <p>Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16.—22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.</p> <p>Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat die folgenden Ausgaben zu leisten, die nötig sind,</p> <ol style="list-style-type: none"> a) um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, b) um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen, 	<p style="text-align: center;">I. Die Grundrechte</p> <p style="text-align: center;">Artikel 1</p> <p>(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.</p> <p>(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.</p> <p>(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.</p> <p style="text-align: center;">XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen</p> <p style="text-align: center;">Artikel 116</p> <p>(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder</p>	
<p>16</p> <p>als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.</p> <p>(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegen gesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 117</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 122</p> <p>(1) Vom Zusammentritt des Bundestages an werden die Gesetze ausschließlich von den in diesem Grundgesetz anerkannten gesetzgebenden Gewalten beschlossen.</p> <p>(2) Gesetzgebende und bei der Gesetzgebung beratend mitwirkende Körperschaften, deren Zuständigkeit nach Absatz 1 endet, sind mit diesem Zeitpunkt aufgelöst.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 123</p> <p>(1) Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetz nicht widerspricht.</p> <p>(2) Die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge, die sich auf Gegenstände beziehen,</p>	

Zur Erinnerung: Die westalliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich führen die deutsche Zwangsangehörigkeit* von Adolf Hitler in ihren Besatzungszonen = später Kolonialverwaltungsorganisation Bundesrepublik Deutschland (BRD) ab 1945 nahtlos weiter. Auch Josef Stalin und der deutsche Widerstand/ die Kommunisten wurden getäuscht: In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) = Deutsche Demokratischen Republik (DDR) wird wie in der BRD die gleiche *deutsche Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler fortgeführt:

„Artikel 1 der Verfassung der DDR: „... **Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit**“

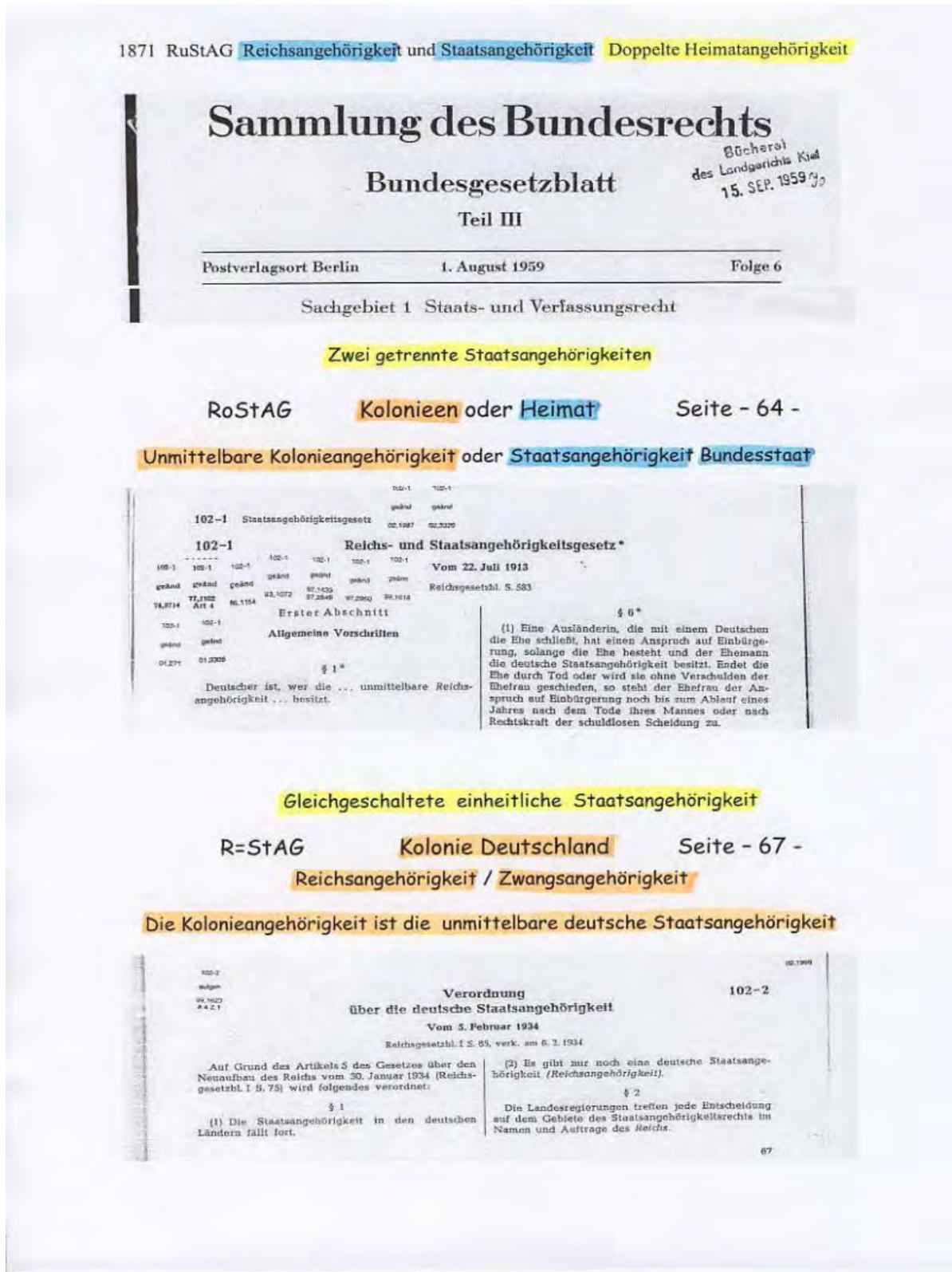
„Artikel 116 (1) Grundgesetz für die BRD: **Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist (...), wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt** oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder dessen Ehegatten oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Die weiter gültige Weimarer Reichsverfassung (WRV 1919) wird ab 1949 in den deutschen Teilkolonien Bundesrepublik Deutschland vom zwangsverordneten *Grundgesetz FÜR die BRD* und in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die *Verfassung der DDR* bis heute überlagert.

Die Befreiung Deutschlands aus der Nazi-Kolonie Adolf Hitlers wird durch die Alliierten blockiert.

Keiner bekommt es mit, weil die Täuschung seit 1933 unerkannt und perfektioniert wird.

Quellverweis: http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl149001.pdf



Das BGBL III legt die Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler fest.

Die kaiserliche RuStAG vom 22. Juli 1913 wird zur Täuschung einfach mit zitiert...

4. Akt

Vierte Änderung durch das Bundesgesetzblatt Teil III vom 1. August 1959 als stufenweise gesetzliche Vorbereitung

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt
Teil III

Bücherei
des Landgerichts K...
15. SEP. 1959

Postverlagsort Berlin 1. August 1959 Folge 6

102-1 Staatsangehörigkeitsgesetz geändert geändert
02.1967 02.3329

102-1 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz *

102-1 **Vom 22. Juli 1913**
Reichsgesetzbl. S. 583

102-1 **Erster Abschnitt**
Allgemeine Vorschriften

102-1 **§ 1 ***
Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Reichs-
angehörigkeit ... besitzt.

102-2 **Verordnung**
über die deutsche Staatsangehörigkeit
Vom 5. Februar 1934
Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 6. 2. 1934

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den
Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichs-
gesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

102-2 **§ 1**
(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen
Ländern fällt fort.

102-2 **§ 2**
Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung
auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im
Namen und Auftrage des Reichs.

102-2 **§ 6 ***
(1) Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen
die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürge-
rung, solange die Ehe besteht und der Ehemann
die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die
Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der
Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der An-
spruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines
Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach
Bezahlung der schuldigen Schulden ...

67

Zur Erinnerung: Das BGBL III legt die Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler fest.

Die kaiserliche RuStAG vom 22. Juli 1913 wird bereits unvollständig wiedergegeben: Folgender Textabschnitt fehlt: „Deutscher ist, wer die **Staatangehörigkeit in einen Bundestaat ODER** die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§34 bis 35) besitzt.“

5. Akt

Fünfte Änderung durch die *Reform* des Staatsangehörigkeitsrechts (STAG)

Gesetzliche Vorbereitung: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999

BUNDEGESETZBLATT
ONLINE

1618 Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999

**Gesetz
zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**

Vom 15. Juli 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Reichs-
und Staatsangehörigkeitsgesetzes**

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942), wird wie folgt geändert:

- Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:
„Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)“.
- § 3 wird wie folgt geändert:
 - Nummer 4 wird wie folgt gefaßt:
würde sonst staatenlos. Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der deutsche Elternteil die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt. Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen.“
 - § 7 wird wie folgt gefaßt:
„§ 7
Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwirbt mit der Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erstreckt sich auf diejenigen Kinder, die ihre Deutscheneigenschaft von dem nach Satz 1 Begünstigten ableiten.“

Es wird ein zur Täuschung ein Verwirrspiel getätigt. Ständig wird die nicht angewendete kaiserliche RuStAG von 1913 zitiert, aber das STAG von 1934 angewendet!

Bereinigung im Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG 1934) -die ~~unmittelbare~~ Reichsangehörigkeit (= unmittelbare deutschen Staatsangehörigkeit) aus der Kolonien wird ERSATZLOS beseitigt.

Mit diesem kriminellen Akt fällt die ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ ersatzlos weg.

Das Gesetz zur Reform des STAG wird beschlossen, aber noch nicht zur Anwendung gebracht.

Quellverweise:

http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl199s1618.pdf

http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27262690%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1

**Der letzte (6.) Akt
Sechste Änderung durch das Gesetz über die weitere *Bereinigung von
Bundesrecht* - der geheime Staatsreich in Deutschland**

**Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14.
Dezember 2010**

<p>1864 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010</p> <p style="text-align: center;">Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht</p> <p style="text-align: center;">Vom 8. Dezember 2010</p> <p>Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:</p> <p style="text-align: center;">Artikel 1 Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (102-1)</p> <p>In § 4 Absatz 4 Satz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 158) geändert worden ist, werden die Wörter „der deutsche Elternteil die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt“ durch die Wörter „innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes ein Antrag nach § 36 des Personenstandsgesetzes auf Beurkundung der Geburt im Geburtenregister gestellt wird; zur Fristwahrung genügt es auch, wenn der Antrag in dieser Frist bei der zuständigen Auslandsvertretung eingeht“ ersetzt.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 2 Aufhebung des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (102-5)</p> <p>Das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-5, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist, wird aufgehoben.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 3 Aufhebung des Zweiten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (102-6)</p>	<p>des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 30. Juli 1993 (BGBl. I S. 1446) wird aufgehoben.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 5 Aufhebung der Verordnung über die Anwendung der §§ 94 und 96 des Berufsbildungsgesetzes in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (105-23-2)</p> <p>Die Verordnung über die Anwendung der §§ 94 und 96 des Berufsbildungsgesetzes in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 24. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3126) wird aufgehoben.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 6 Aufhebung der Verordnung über die Anwendung des § 80 des Berufsbildungsgesetzes und der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verordnung in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (105-23-3)</p> <p>Die Verordnung über die Anwendung des § 80 des Berufsbildungsgesetzes und der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verordnung in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 5. Juni 1997 (BGBl. I S. 1326) wird aufgehoben.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 7 Aufhebung der Verordnung über die Anwendung des § 92 des Berufsbildungsgesetzes in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (105-23-4)</p>
---	---

Am 8. Dezember 2010 erfolgte das **dritte Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht**, welches die unmittelbare Reichsangehörigkeit ersatzlos strich: „Die Bedeutung der Begriffe »Reichs- und Staatsangehörigkeit« im Sinne dieses G. hat sich geändert. An die Stelle der »Reichsangehörigkeit« ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-1, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die »Reichsangehörigkeit« vermittelnde »Staatsangehörigkeit« in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden.

§ 1: Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 2: Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Rang. besitzt. (weggefallen)“ – *Bundesgesetzblatt III, 102-1 vom 8. Dezember 2010*

Das Gesetz zur Reform des STAG wird fortan angewendet:

Alle Deutschen und eingebürgerten Migranten sind seitdem STAATENLOS - VOGELFREI = ROMA und SINTI- STATUS = keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend- können überall ungestraft verfolgt und getötet werden.

Quellverweis:

http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl110s1864.pdf

1618 Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 36, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999

**Gesetz
zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**

Vom 15. Juli 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Reichs-
und Staatsangehörigkeitsgesetzes**

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942), wird wie folgt geändert:

- Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:
„Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)“

würde sonst staatenlos. Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der deutsche Elternteil die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt. Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen.“

- § 7 wird wie folgt gefaßt:
„§ 7
Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwirbt mit der Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsange-

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 | 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 2 Deutscher ist, wer die ... unmittelbare RAng. besitzt.
(weggefallen)

Die deutsche Staatsangehörigkeit

Kolonieangehörigkeit Naci-Staatsangehörigkeit Zwangsangehörigkeit

1933 Die deutsche Staatsangehörigkeit wurde am 14.07. beschlossen und sprachlich eingeführt. RGBl. I S 480.

1934 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit v. 05.02. RGBl. I S 85
Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit) StAG = R
Auflage 1936 Neues Staatsrecht Seite - 54 – II 1. a) R = StAG
Die Reichsangehörigkeit wird unmittelbar als deutsche Staatsangehörigkeit erworben.

Die Naci-Staatsangehörigkeit wurde diktatorisch unter Zwang (Faschismus) verordnet.

1946 Amtsblatt für Schleswig-Holstein Anordnung der Militärregierung Seite 23/24
Gültigkeit der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Zwangsangehörig. bleibt bestehen.

1949 Grundgesetz für die BRD
Art. 16 Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.
Art. 116 (1) ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ...

1959 BGBI. Teil III Nichtamtlicher Teil
100 – 1 Grundgesetz für die BRD 23.05.1949
102 – 1 RuStAG 1913
102 – 2 R = StAG 1934
102 – 3 Verleihung der deut. StAng. entscheiden die Einbürgerungsbehörden 1935

1999 Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts BGBI. I Nr. 38
BGBI. Teil III
102 – 1 RuStAG 1913 bereinigt StAG 1913

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBI. I S. 1864
BGBI. Teil III
102 – 2 R = StAG 1934 Reichsangehörigkeit = ~~unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit~~, ist beseitigt
102 – 1 StAG 1913 ~~unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit~~ ?
§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~d. StAng.~~ Staatenlosigkeit besitzt.
§ 2 ~~Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.~~ (weggefallen)

Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit
Reisepass / BPA Staatsangehörigkeit DEUTSCH

Ab 1934 Naci-Staatsangehörigkeit Ab 08.12.2010 Staatenlos

BRD - Staatsangehörigkeitsausweis ... ist ~~deutsche/r Staatsangehörige/r~~

Die Anlagen zur unmittelbaren deutschen Staatsangehörigkeit auf GG146.de herunterladen.

Der Naci-Ausweis



Aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit



Waffe Staatsangehörigkeit

BGBI. Teil III Fälscherwerkstatt

1933 RGBl. I S. 480 **NS-Gesetz ... Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit**

Dr. B. Lösener Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht Seite -17- Status R=StAG

1934 RGBl. I S. 85 v. 05.02.1934 **Gleichschaltungs-Status R=StAG**

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit R=StAG ist die deutsche Staatsangehörigkeit

1946 Anordnung der Militärregierung: **deutsche Staatsangehörigkeit bleibt bestehen**

Fälschungen (Bereinigungen BGBI. Teil III) veröffentlicht im BGBI. Teil I

1963	982	19. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1969	1581	08. Sept	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1871 RuStAG 01 RuStAG
1970	805	23. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1914 RuStAG 02 RoStAG
1974	3714	20. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1934 RuStAG 03 R=StAG
1975	685	10. März	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1976	1758	02. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 Status 03 R=StAG
1977	1101	29. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 U=NStAG Staatlos
1986	1154	25. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	

1992 Maastricht Vertrag Unionsbürger / Staatlos UuR=StAG EU / BRD

1993	1073	30. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	1433	18. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2849	04. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2950	16. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1999	1618	15. Juli	Beseitigung Ru	BGBI. I	RuStAG 02	1914 BGBI. III 102-1
1999	1623	15. Juli	Status R=StAG	BGBI. I	RuStAG-03	1934 BGBI. III 102-2
2000	in Kraft	01. Jan	BRD-Massenversklavung		§ 1 Staatlos	
Die BRD hat den Gleichschaltungs-Status beseitigt und täuscht über 80 Mio. Staatlose						
2000	Unmittelbare Unionsbürgerschaft / Doppelte Staatlosigkeit				U=NStAG	EU / BRD
2001	271	16. Feb	LPartEDiskrG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2001	3308	03. Dez	EuroEG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2002	1946	20. Juni	ZuwandGesetz	BGBI. I		0000-00-00
2002	3329	21. Aug	VwVfRÄndG 3	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2004	1996	30. Juli	ZuwandGesetz	BGBI. I	Re StAG 02	1914 BGBI. III 102-1
			Status StAG-02		§ 1 Staatlos	
2005 Glaubhaftmachung im § 1 StAG: Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.						
2005	727	14. März	AufenthGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	138	19. Feb	PStRGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	2003	19. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2008	2692	17. Dez	FGG-RGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2009	158	05. Feb	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2009	Umsetzung Art. 146 GG Signal an die Hohe Hand im In- und Ausland				Urkunde 146	
2010	1864	08. Dez	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
StAng.-Gesetz: Korrektur (Streichung der Fußnote) in der Bundesrechtsdatenbank						
19.06.2011 Presse Anzeiger ? NaZi-Staatsangehörigkeitgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt ?						
2011	2266	22. Nov	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2012	1228	01. Juni	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2013	3458	28. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1

Die BRD ist nicht meine Heimat - die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein NS-Gesetz!

juris-Abkürzung:	RuStAG	Quelle:	
Amtliche Abkürzung:	StAG	Fundstelle:	RGBI 1913, 583
Ausfertigungsdatum:	22.07.1913	FNA:	FNA 102-1, Bundesgesetzblatt Teil III
Textnachweis ab:	01.01.1980		
Dokumenttyp:	Gesetz		

Staatsangehörigkeitsgesetz

Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. I S. 1714) geändert worden ist

Änderndes Gesetz bzw. ändernde Verordnung	Datum	Fundstelle	geänderte Paragraphen
Sammlung des Bundesrechts (Bundesgesetzblatt Teil III) (BGBl III)	1.1.1964	BGBl III 1964	Inkrafttreten der Änderung am 1.1.1964
Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAGÄndG 1969)	8.9.1969	BGBl I 1969, 1581	3 Nr 3 (Aufhebung), 6 (Aufhebung), 9 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.1970
Kostenermächtigungs-Änderungsgesetz (KostErmÄndG)	23.6.1970	BGBl I 1970, 805	38 Inkrafttreten der Änderung am 26.6.1970
Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG 1974)	20.12.1974	BGBl I 1974, 3714	4 Abs 1, 10 (Einfügung), 17 Nr 3 (Einfügung), 17 Nr 5 (Aufhebung), 26 (Einfügung), 39 Abs 1 Inkrafttreten der Änderung am 1.1.1975

Zuständigkeitslockerungsgesetz (ZustLG)	10.3.1975	BGBI I 1975, 685	16 Abs 1 S 2 u 3 (Einfügung), 23 Abs 1 S 3 u 4 (Einfügung), 39 Abs 1 (Umnumerierung), 39 Abs 2 (Aufhebung) Inkrafttreten der Änderung am 1.4.1975
Adoptionsgesetz (AdG)	2.7.1976	BGBI I 1976, 1749	3 Nr 3 (Einfügung), 6 (Einfügung), 13 S 1, 17 Nr 4 (Einfügung), 27 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.1977
Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit (StaatenIMindÜbkAG)	29.6.1977	BGBI I 1977, 1101	10, 18 (Einfügung), 22 Abs 2 (Aufhebung), 24, 25 Abs 1 Inkrafttreten der Änderung am 6.7.1977
Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge (SorgeRNG)	18.7.1979	BGBI I 1979, 1061	7, 16 Abs 1 S 1, 19 Abs 1 S 1, 19 Abs 2 S 1 Inkrafttreten der Änderung am 1.1.1980
Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts (IntPRNRG)	25.7.1986	BGBI I 1986, 1142	6 S 1 Inkrafttreten der Änderung am 1.9.1986
Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften (AsylVfG1992/AuslGuaÄndG)	30.6.1993	BGBI I 1993, 1062	4 Abs 1, 8 Abs 1 Nr 2, 22 Nr 2, 38 Abs 2 (Einfügung), 38 Abs 2 (Umnumerierung),

Justizmitteilungsgesetz und Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze (JuMiG)	18.6.1997	BGBl I 1997, 1430 (2779) (1998 I 866)	38 Abs 3, 39 Inkrafttreten der Änderung am 1.7.1993
			19 Abs 1 S 2 Inkrafttreten der Änderung am 1.6.1998
Beistandschaftsgesetz (BeistSchG)	4.12.1997	BGBl I 1997, 2846 (1998 I 1660)	19 Abs 2 S 2 (Aufhebung) Inkrafttreten der Änderung am 1.7.1998
Kindschaftsrechtsreformgesetz (KindRG)	16.12.1997	BGBl I 1997, 2942 (1998 I 946)	3 Nr 2, 4 Abs 1 S 2, 5, 10 (Aufhebung), 38 Abs 2 S 3 Inkrafttreten der Änderung am 1.7.1998
Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StARefG)	15.7.1999	BGBl I 1999, 1618	(Titeländerung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2000
			3 Nr 4, 3 Nr 4a (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.8.1999
			3 Nr 5, 4 Abs 3 S 1 und 2 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2000
			4 Abs 3 S 3 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 24.7.1999
			4 Abs 4 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung

			am 1.1.2000 7 Inkrafttreten der Änderung am 1.8.1999 8 Abs 1 Nr 1, 9 Abs 1 Nr 1, 14 (Einfügung), 17 Nr 5 und 6 (Einfügung), 25 Abs 1, 25 Abs 2 S 3 und 4 (Einfügung), 28, 29, 36, 37 Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2000 39 Inkrafttreten der Änderung am 24.7.1999 40a (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.8.1999 40b (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2000
Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften - Lebenspartnerschaften (LPartEDiskrG)	16.2.2001	BGBI I 2001, 266	9 Abs 1 EingS Inkrafttreten der Änderung am 1.8.2001
Sechstes Euro-Einführungsgesetz (EuroEG 6)	3.12.2001	BGBI I 2001, 3306	38 Abs 2 S 1, 38 Abs 2 S 2, 38 Abs 3 S 2 Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2002
Zuwanderungsgesetz (ZuwandG)	20.6.2002	BGBI I 2002, 1946	Dritter Abschnitt (Überschr vor 33) (Aufhebung), Erster Abschnitt (Überschr vor 1) (Aufhebung),

			<p>Vierter Abschnitt (Überschr vor 36) (Aufhebung), Zweiter Abschnitt (Überschr vor 3) (Aufhebung), 1, 3 EingS, 3 Nr 5, 4 Abs 2, 4 Abs 3 S 1 Nr 2, 5 (Überschr) (Aufhebung), 8 Abs 1 EingS, 8 Abs 1 Nr 1, 8 Abs 1 Nr 2, 8 Abs 1 Nr 3, 8 Abs 1 Nr 4, 8 Abs 2, 9 Abs 1 Nr 1, 10 (Einfügung), 11 (Einfügung), 12 (Einfügung), 12a (Einfügung), 12b (Einfügung), 13 S 1, 13 S 2 (Aufhebung), 14, 15 Abs 2 (Aufhebung), 23 Abs 1, 25 Abs 2 S 1, 25 Abs 2 S 2, 25 Abs 3 (Aufhebung), 28 S 1, 29 Abs 4, 37, 39 (Aufhebung), 40 (Aufhebung), 40c (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 0000-00-00</p>
Drittes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (VwVfRÄndG 3)	21.8.2002	BGBl I 2002, 3322	38a (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.2.2003

Zuwanderungsgesetz (ZuwandG 2004)	30.7.2004	BGBl I 2004, 1950	Dritter Abschnitt (Überschr) (Aufhebung), Erster Abschnitt (Überschr) (Aufhebung), Vierter Abschnitt (Überschr) (Aufhebung), Zweiter Abschnitt (Überschr) (Aufhebung), 1, 3, 3 Nr 5, 4 Abs 2, 4 Abs 3 S 1 Nr 2, 5 (Überschr) (Aufhebung), 8, 9 Abs 1 Nr 1, 10 (Einfügung), 11 (Einfügung), 12 (Einfügung), 12a (Einfügung), 12b (Einfügung), 13 S 1, 13 S 2 (Aufhebung), 14, 15 Abs 2 (Aufhebung), 23 Abs 1, 25 Abs 2 S 1, 25 Abs 2 S 2, 25 Abs 3 (Aufhebung), 28 S 1, 29 Abs 4, 37, 39 (Aufhebung), 40 (Aufhebung), 40c (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2005
Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze (AufenthG2004uaÄndG)	14.3.2005	BGBl I 2005, 721	4 Abs 3 S 1 Nr 2, 8 Abs 1 S 2, 10 Abs 1 S 1 Nr 2, 11 S 2

		(2010 I 1358)	Inkrafttreten der Änderung am 18.3.2005
Personenstandsrechtsreformgesetz (PStRG)	19.2.2007	BGBI I 2007, 122	4 Abs 3 S 2 Inkrafttreten der Änderung am 1.1.2009
Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union (EURLAsylUmsG)	19.8.2007	BGBI I 2007, 1970 (2008 I 992)	2 (Aufhebung), 3 (Umnummerierung), 3 Abs 2 (Einfügung), 4 Abs 3 S 1 Nr 2, 7, 8 Abs 1 S 1 Nr 2, 8 Abs 1 S 2 (Aufhebung), 8 Abs 2, 9 Abs 1, 9 Abs 3 (Aufhebung), 10 Abs 1 S 1 Nr 1 bis 6 und S 2 Inkrafttreten der Änderung am 28.8.2007 10 Abs 1 S 1 Nr 7 Inkrafttreten der Änderung am 1.9.2008 10 Abs 3, 10 Abs 4, 6 und 7 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 28.8.2007 10 Abs 5 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.9.2008 11, 12 Abs 1 S 2 Nr 2, 12 Abs 1 S 2 Nr 6, 12 Abs 2, 12 Abs 3 (Aufhebung), 12 Abs 4 (Umnummerierung), 12a Abs 1,

			13, 16, 22 Abs Bez "(1)" (Aufhebung), 23, 25 Abs 1, 26 Abs 2 S 2, 27, 29 Abs 4, 30, 31, 32, 33, 34, 35 (Aufhebung), 37 Abs 2 S 1, 38 Abs 2 S 4 (Einfügung), 38 Abs 2 S 4 (Umnummerierung), 40c, 41 Inkrafttreten der Änderung am 28.8.2007
FGG-Reformgesetz (FGG-RG)	17.12.2008	BGBl I 2008, 2586	19 Abs 1 S 1, 19 Abs 1 S 2 (Aufhebung), 19 Abs 2 Inkrafttreten der Änderung am 1.9.2009
Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAGÄndG 2009)	5.2.2009	BGBl I 2009, 158	17 (Umnummerierung), 17 Abs 1 Nr 5, 17 Abs 1 Nr 6, 17 Abs 1 Nr 7 (Einfügung), 17 Abs 2 und 3 (Einfügung), 35 (Einfügung), 42 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 12.2.2009
Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht (BRBerG)	8.12.2010	BGBl I 2010, 1864	4 Abs 4 S 2 Inkrafttreten der Änderung am 15.12.2010

Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU- Visakodex (EURL/VisakodexUmsG)	22.11.2011	BGBI I 2011, 2258	32 Abs 1 S 3 Inkrafttreten der Änderung am 26.11.2011
Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRLUmsG)	1.6.2012	BGBI I 2012, 1224	10 Abs 1 S 1 Nr 2 Inkrafttreten der Änderung am 1.8.2012
Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt (SchwHiAusbauG)	28.8.2013	BGBI I 2013, 3458	4 Abs 2 S 2 (Einfügung) Inkrafttreten der Änderung am 1.5.2014
Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAGÄndG 2)	13.11.2014	BGBI I 2014, 1714	29, 34, 41 Inkrafttreten der Änderung am 20.12.2014

© juris GmbH

CHRISTOPH SCHÖNBERGER

Unionsbürger

Jus Publicum

145

Mohr Siebeck

Das Unionsrecht verbietet Staatlosigkeit der Mitgliedstaaten

dann kann sie auch keine Staatsangehörigkeit haben. Das Ergebnis beruht dann auf vorgefaßten Begriffsdefinitionen, wie das in ähnlicher Weise häufig bei der Argumentation mit dem Souveränitätsbegriff der Fall ist. Derartige Negativanalysen tragen zur positiven Erfassung von Struktur und Gehalt der Angehörigkeits- und Mitgliedschaftsfragen in der Europäischen Union aber kaum etwas bei⁴⁴.

Das Gegenstück zu dieser negativ staatsorientierten Betrachtungsweise ist eine Deutungsperspektive, die man als *nachstaatlich* bezeichnen kann. Der Abstand der Unionsbürgerschaft zur Staatsangehörigkeit eines Staates wird hier als Ausdruck einer generellen Entwicklungstendenz verstanden, die die Bedeutung der Staatsangehörigkeit relativiert oder beseitigt und zunehmend einen vom Staat abgelösten menschenrechtlich fundierten internationalen Bürgerbegriff, eine „global citizenship“ herausbildet⁴⁵. Anders als die negativ staatsorientierte Analyse versucht diese Deutung zwar eine Beschreibung des positiven Inhalts

der Unionsbürgerschaft. Aber weil sie diese letztlich als Ausdruck eines menschenrechtlichen Universalstatus versteht, trägt sie zur dogmatischen Durchdringung dieses spezifischen Angehörigkeits- und Mitgliedschaftsverhältnisses im Ergebnis ebenfalls nur beschränkt bei. Denn Angehörigkeit ist immer der Zugehörigkeitsstatus zu einem begrenzten, partikularen Gebilde, sei es einem Staat oder einer Staatenverbindung. Will die Analyse hingegen von dieser ein- und ausgrenzenden Partikularität absehen, so verfehlt sie das Charakteristische von Angehörigkeitsbeziehungen⁴⁶. Das Besondere von Angehörigkeit und Bürgerschaft ist gerade, daß sie innerhalb der jeweiligen Rechtsordnung einer bestimmten Personengruppe eine spezifische Stellung zuweisen. Man kann diese Bündelung unterschiedlicher Rechte und Pflichten bei einer bestimmten Personengruppe rechtspolitisch für falsch halten. Denn die Rechtsordnung könnte durchaus für die jeweiligen Sachbereiche – Aufenthalt, Wahlrechte, soziale Rechte etc. – gesondert festlegen, welcher Personenkreis die einzelnen Rechte und Pflichten haben soll, ohne dabei an den generellen Status der Staatsangehörigkeit anzuknüpfen. Sie verzichtete dann auf die Abkürzung, die darin liegt,

daß diese Rechte und Pflichten insgesamt an einen allgemeinen Status angekoppelt werden⁴⁷. Solange die Rechtsordnung besondere Angehörigenrechte kennt und damit zwischen Angehörigen und Nichtangehörigen unterscheidet, ist es hingegen nicht möglich, einen spezifischen Angehörigkeits- und Mitglied-

⁴⁴ Grundsatzkritik: C. Tomuschat, Staatsbürgerschaft-Unionsbürgerschaft-Weltbürgerschaft, in: Drexel u. a. (Hrsg.), Europäische Demokratie, 1999, S. 73 (84 ff.).

⁴⁵ Vgl. dazu näher unten § 9 VI, S. 140 ff.

⁴⁶ Dazu prägnant H. Burger, Paßwesen und Staatsbürgerschaft, in: Heindl/Saurer (Hrsg.), Grenze und Staat, S. 3 (90).

⁴⁷ Vgl. dazu die Grundsatzkritik an der innerstaatlichen Bedeutung der Staatsangehörigkeit bei S. H. Legomsky, Virginia Journal of International Law 35 (1994), S. 285 ff.

schaftsstatus mit Kategorien zu beschreiben, die unterschiedslos für alle Menschen gelten sollen.

Man erfährt deshalb über die Unionsbürgerschaft wenig, wenn sie als Nichtstaatsangehörigkeit beschrieben wird, und wenig mehr, wenn sie als eine Art Vorgriff auf eine universelle Weltbürgerschaft erscheint. Greift die erste Betrachtungsweise zu kurz, so greift die zweite gewissermaßen zu weit. Beide machen deutlich, daß eine Grundsatzreflexion über die Aussagekraft der staatsbezogenen Begriffe von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft für die Unionsbürgerschaft der Europäischen Union nicht zu entbehren ist. Ihr ist nicht dadurch zu entgehen, daß man die staatsbezogenen Kategorien wahlweise für allein maßgeblich oder für in der Tendenz überholt erklärt.

**Unionsbürger = Mitgliedschaft und Bürgerschaft in einen Firmenkartell
= Weltbürgerschaft der Neuen Welt Ordnung der Faschisten (5. Reich)**

Staatsangehörigkeiten

Reichsangehörigkeit ● ● Heimat RuStAG 1871

1884 Kolonien unmittelbar

Unmittelbare KolonieAng. ● ● Heimat RoStAG 1914

1919 Kolonie Sprachliche Einführung	Heimat	Urkunde 146
--	--------	--------------------

1933 Kolonie Sprachliche Einführung	deutsche Staatsangehörigkeit	
--	------------------------------	--

Kolonie Deutschland ● **R=StAG** 1934
 Gleichschaltung unmittelbare deutsche StaatsAng.

1946 Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen unm. deutsche Staatsangehörigkeit	Militärische Anordnung
---	------------------------

1949 Kolonie BRD unm. deutsche Staatsangehörigkeit

1959 BGBI. III Sprachliche Einführung	RoStAG 1914
--	--------------------

III. Reich unm. deut. StAng.	→	Täuschen	R=StAG 1934
------------------------------	---	----------	--------------------

Kolonie EU ● ● **UuStAG** 1992
 Globale Weltbürgerschaft Unionsbürgerschaft

Staatlos <u>Gleichschaltung</u>	08.12.	StAG 2010
---------------------------------	--------	------------------

Unmittelbare *Staatlosigkeit	III. Reich	U=StAG 2010
------------------------------	------------	--------------------

BRD-Bewohner sind der Meinung, das Grundgesetz sei das Beste in der ganzen Welt.
 Das stimmt: der Schlußartikel 146 macht das Militär GrundGesetz ungültig.

Setzt den Art. 146 GG um und befreit das deutsche Volk von der NaZi-Tyrannie.

Immanuel Kant und der kategorische Imperativ
 Wenn der Gegner etwas sagt, meint er das Gegenteil
 Die BRD vermeidet Staatenlosigkeit

*Unionsbürgerschaft = Globale Weltbürgerschaft =
 = Nichtstaatsangehörigkeit = Staatlosigkeit

Föderalismus = Faschismus

Unmittelbare, deutsche Staatsangehörigkeit

Reichsangehörigkeit	Heimat	RuStAG	1871
1884 Kolonien unmittelbar			
Unmittelbare KolonieAng.	Heimat	RoStAG	1914
1919 Kolonie Sprachliche Einführung	Heimat	Urkunde 146	
1933 Kolonie Sprachliche Einführung		deutsche Staatsangehörigkeit	
Kolonie Deutschland Gleichschaltung		R=StAG	1934 unmittelbare deutsche StaatsAng.
1946 Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen unnm. deutsche Staatsangehörigkeit		Militärische Anordnung	
1949 Kolonie BRD		unm. deutsche Staatsangehörigkeit	
1959 BGBI. III Sprachliche Einführung		ReStAG	1914
III. Reich unnm. deut. StAng.	→	Täuschen	 R=StAG 1934
Kolonie EU *Globale Weltbürgerschaft		UuStAG	1992 Unionsbürgerschaft*
Staatlos Gleichschaltung			08.12. StAG 2010
Unmittelbare *Staatlosigkeit		III. Reich	U=StAG 2010

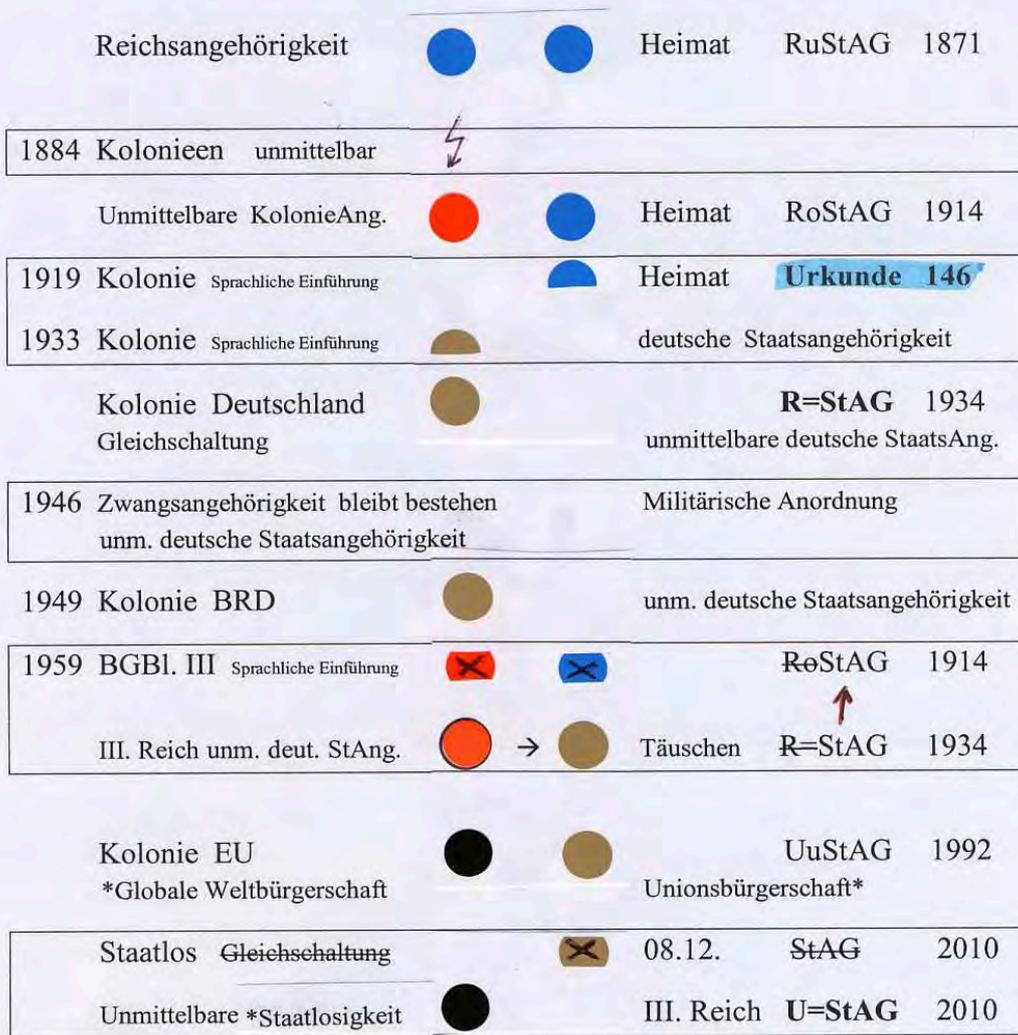
BRD-Bewohner sind der Meinung, das Grundgesetz sei das Beste in der ganzen Welt.
Das stimmt: der Schlußartikel 146 macht das Militär GrundGesetz ungültig.

Setzt den Art. 146 GG um und befreit das deutsche Volk von der NaZi-Tyranniei.

Immanuel Kant und der kategorische Imperativ
Wenn der Gegner etwas sagt, meint er das Gegenteil
Die BRD vermeidet Staatenlosigkeit

*Unionsbürgerschaft = Globale Weltbürgerschaft =
= Nichtstaatsangehörigkeit = Staatlosigkeit

Tothschild zerstört die Heimat



BRD-Bewohner sind der Meinung, das Grundgesetz sei das Beste in der ganzen Welt.
Das stimmt: der Schlußartikel 146 macht das Militär GrundGesetz ungültig.

Setzt den Art. 146 GG um und befreit das deutsche Volk von der NaZi-Tyranniei.

Immanuel Kant und der kategorische Imperativ
Wenn der Gegner etwas sagt, meint er das Gegenteil
Die BRD vermeidet Staatenlosigkeit

*Unionsbürgerschaft = Globale Weltbürgerschaft =
= Nichtstaatsangehörigkeit = Staatlosigkeit

Föderalismus = Faschismus

**Der gelbe Nazi- Staatsangehörigkeitsausweis der BRD
= Status staatenlos- entmachtet im 4. Reich**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

geboren am

in

Wohnort

ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

-entfällt-

Ort, Datum

Anklam, den 24.02.2009

Landkreis Ostvorpommern
-Die Landrätin-

Im Auftrag

Scheffler
Scheffler





EStA Register

Registereintrag

Nr. 3652225

Personalia	
Nachname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geschlecht	
Geburtsort	Ludwigslust
Geburtsstaat	Deutschland
Geburtsname	
Frühere Nachnamen	
Frühere Vornamen	
Weitere Namen	
Ordensname	
Künstlername	
Optionspflichtiger	Nein
Eingestellt am	21.11.2013 17:35
Eingestellt durch	670600 EinbB LK Ludwigslust - Parchim
Eingestellt für	
Letzte Aktualisierung am	21.11.2013 17:35
Letzte Aktualisierung durch	670600 EinbB LK Ludwigslust - Parchim
Letzte Aktualisierung für	

Sachverhalt	
Entscheidung	Feststellung positive Entscheidung
Datum der Entscheidung	21.11.2013
Form der Entscheidung	Staatsangehörigkeitsausweis
Wirksam geworden am	
Gültig bis	
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am	
Erworben durch	Geburt (Abstammung), § 4 Abs.1 (Ru)StAG
Anschrift	
Anschrift Staat	Deutschland
Aktenzeichen	32.115-StaAusw-14/2013
Altes Aktenzeichen	
Alte Behördenbezeichnung	
Eingestellt am	21.11.2013 17:35
Eingestellt durch	670600 EinbB LK Ludwigslust - Parchim
Eingestellt für	
Letzte Aktualisierung am	21.11.2013 17:35
Letzte Aktualisierung durch	670600 EinbB LK Ludwigslust - Parchim
Letzte Aktualisierung für	

Nicht-identische Registerinträge	
Keine nicht-identischen vorhanden	

Beweis1 StAG Fälschung im EStA Register Bundesverwaltungsamt Köln

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

[Redacted]

geboren am

[Redacted]

in

Ludwigslust

Wohnort

Ludwigslust

Ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

-/-

Ort, Datum

Parchim, den 21. November 2013

Landkreis Ludwigslust-Parchim
Der Landrat
-Staatsangehörigkeitsbehörde-
Im Auftrag


Pietz



**Beweis2 StAG Fälschung durch das Bundesverwaltungsamt Köln zusammen mit
der Verwaltung Landkreis Ludwigslust – Parchim
Mißbrauch der Migration als Gleichschaltungswaffe der Faschisten**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

R=StAG



Einbürgerungsurkunde

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

geboren am _____ in _____
Wohnort _____ **Damaskus**

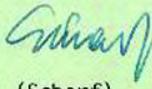
hat mit dem Zeitpunkt der Aushändigung dieser Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit durch
Einbürgerung erworben.

Die Einbürgerung hat sich n **die deutsche Staatsangehörigkeit**

Ort, Datum
Darmstadt, den **20. März 1984**

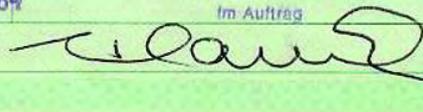
Kolonieangehörigkeit

Der Regierungspräsident in Darmstadt

Im Auftrage

(Scharf)



III 6 - 11a - 1c 04 - A 67/83
Ausgehändigt am **27. April 1984**

Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat
- Standesamt -
Im Auftrag




Der Höhepunkt der Integration in Deutschland

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

U=NStAG



Einbürgerungsurkunde

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

geboren am _____ in _____

Wohnort _____

hat mit dem Zeitpunkt der Aushändigung dieser Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben

die deutsche Staatsangehörigkeit

Nicht Staatsangehörigkeit

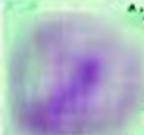
Ort, Datum
28.01.2000

Im Auftrage

Glaubhaftmachung



Ausgehändigt am _____

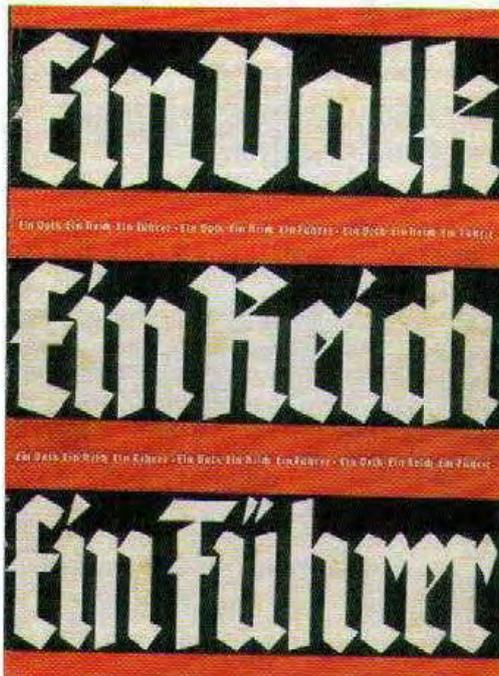


Warum heißt es eigentlich Grundgesetz für die Bundesrepublik und nicht Grundgesetz der Bundesrepublik?

Hier erst einmal ein optischer Urkundenvergleich zum Ausweis der „Deutschen Staatsangehörigkeit“:



32



Das 3. Reich läuft nahtlos weiter...



Jeder Deutsche und Migrant ist nur noch staatenlos- vogelfreies Personalangehöriger in der BRD- EU- Nazikolonie

Den Deutschen gehören nicht mal mehr ihre Krafffahrzeuge





**Europäische Gemeinschaft
Bundesrepublik Deutschland
Zulassungsbescheinigung Teil II
(Fahrzeugbrief)**

D

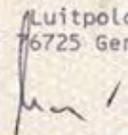
Permiso de circulación. Parte II / Osvedčenie o registrácii - Část II / Registreringsattest. Del II / Registreerimisattest. Osa II / Αδειας κυκλοφορίας Πρωτογενούς Επιπέδου II /
Registration certificate. Part II / Certificat d'immatriculation. Partie II / Carta di circolazione. Parte II / Registrācijas apliecība. II. daļa /
Registrācijas iudzīmas. II. daļa / Forgalmi engedély. II. rész / Certifikat za Registraciju. II-II Part / Kentekenbewijs. Deel II / Dowód Rejestracyjny. Część II /
Certificado de matrícula. Parte II / Osvedčenie o evidencii. Část II / Prometno dovoljenje. Del II / Reģistrēšanas apliecība. Osa II / Registreringsbeviset. Del II

Diese Bescheinigung n i c h t im Fahrzeug aufbewahren!

A	Amliches Kennzeichen	[Blurred]	
B	Datum der Erteilung des Fahrzeug	(1) Anzahl der Verhalter	01
C.3.1 C.6.1	Name oder Firmenname	[Blurred]	
C.3.2 C.6.2	Vorname(n)	[Blurred]	
C.3.3 C.6.3	Anschrift zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bescheinigung	[Blurred]	
C.4c	Der Inhaber der Zulassungsbescheinigung wird nicht als Eigentümer des Fahrzeugs ausgewiesen.		
I	Datum	16.10.2006	



Kreisverwaltung
Germersheim
Luitpoldplatz 1
76725 Germersheim

i.A. 

(Nummer der Zulassungsbescheinigung)

(Fahrzeug-Identifizierungsnummer als Barcode)

D.1	Marke	-	(23) Raum für interne Vorkennzeichen des Herstellers
D.2	Typ	[Blurred]	
	Variante	[Blurred]	
	Version	[Blurred]	
D.3	Rechtliche Zuordnung	[Blurred]	
(2)	Sonderkennzeichnung	[Blurred]	
(2.1)	Code zu (2)	[Blurred]	
E	Fahrzeugkennzeichnung	[Blurred]	
J	Fahrgestell	[Blurred]	
(5)	Bestimmung der Fahrzeugklasse und des Antriebs	[Blurred]	
R	Typ der Fahrspur	[Blurred]	
P.1	Werkstoff	[Blurred]	(24) Diese Bescheinigung wurde für das Halbjahr (bis zum) [Blurred] ausgestellt. Kreisverwaltung Germersheim Luitpoldplatz 1 16.10.2006 76725 Germersheim
P.3	Kraftstoffart oder Energiequelle	[Blurred]	
K	Nummer der im Fahrzeugbesitz oder im Besitz der Bescheinigung	[Blurred]	
(17)	Werkstoff	[Blurred]	
(25)	Zusätzliche Merkmale der Zulassungsbehörde	[Blurred]	

Für die Teilnahme des Fahrzeugs am Straßenverkehr ist bei der Zulassungsbehörde, bei der das Fahrzeug seinen regelmäßigen Standort haben soll, die Ausstellung eines amtlichen Kennzeichens und die Ausstellung einer Zulassungsbescheinigung Teil II erforderlich, die bei Fahrten im öffentlichen Straßenverkehr mitzuführen ist. Bei vorübergehender Stilllegung gilt das Fahrzeug als endgültig aus dem Verkehr gezogen, wenn es nicht vor Ablauf von 18 Monaten wieder in Betrieb genommen wird. Soll das Fahrzeug danach wieder in den Verkehr gebracht werden, ist bei der Zulassungsbehörde eine neue Zulassungsbescheinigung Teil II zu beantragen. Hierzu ist das Gutachten eines amtlich anerkannten

Die staatsrechtliche Ausdehnung des 3. Reiches auf die EU-Mitgliedsstaaten – 4. Reich

»Beispiele für die schleichende Ausdehnung dieses Übels auf die EU:«

Hier der neue Ausweis für Österreich. Staats-



angehörigkeit der Person nicht mehr explizit erwähnt und auch schon einmal zum Personal geworden.

Personal und Belgierin?



Personal-Ausweise des 4. Reiches der Europäischen Union – Mitgliedsstaaten



Ausweis EU - Bundesstaat Italien

Folgen für die Betroffenen:

Roma und Sinti - Status Vogelfrei:

= **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.**

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe vom Reichsacht betroffen; **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend** -

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, **dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem frei gejagt und getötet** werden durfte. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt.**

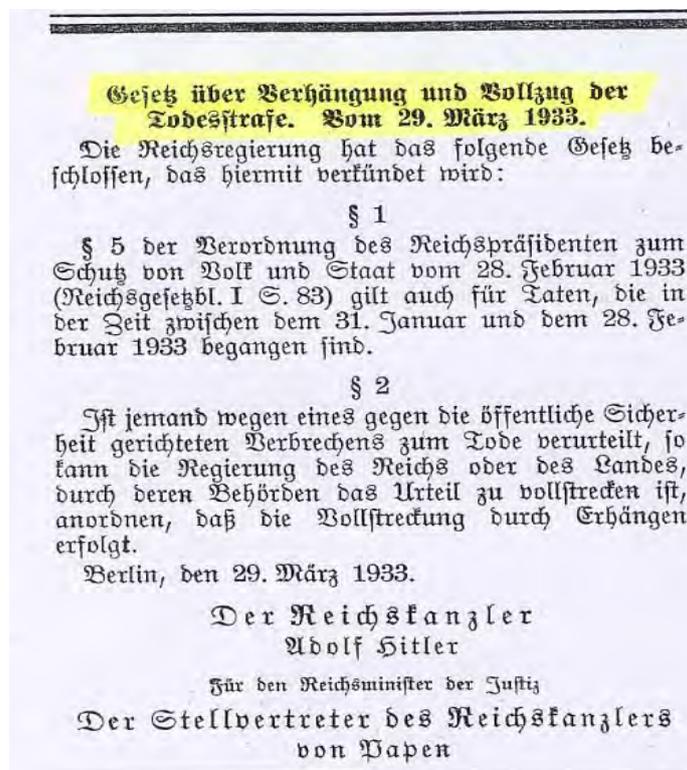
[1] **Vogelfreie Menschen konnten ungestraft getötet werden.**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heimzureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“[2]

(Quelle: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>)

Das EU- Personal ist zur Beseitigung freigegeben

EU- Todesstrafe bereits seit 11. September 2001 (Nato-Bündnisfall) scharf geschaltet!



Gesetzliche Grundlage der EU- Todesstrafe

Militär-Grundgesetz für die BRD
Artikel 102 (Abschaffung der Todesstrafe)
Die Todesstrafe ist abgeschafft. In West-Berlin am 20. Januar 1951

Todesstrafe in Deutschland stillschweigend wieder eingeführt!

Die Todesstrafe in Deutschland ist seit dem 8.9.2009 durch die Hintertür der Lissabonner Verträge wieder eingeführt worden:

www.mmnews.de/Bundestag-peitscht-Todesstrafe-durch

Unabhängige Bürgerinitiative für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag

EU-Vertrag bedeutet das Ende des Rechtsstaates!

Todesstrafe Gleichschaltung EU = StAG 1934

Durch den Vertrag von Lissabon wird aus Europa ein europäischer Bundesstaat, die EU steht dann rechtlich über den Mitgliedsstaaten.

José Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, vergleicht diese entstehende EU mit einem Imperium. Er betont dabei, dass es einen ganz wesentlichen Unterschied zu den bisherigen Imperien gibt, nämlich, dass diesmal die Mitgliedsländer freiwillig (Privatisierung, Globalisierung, Entstaatlichung) ihre Souveränität aufgeben.

Entsprechend gehen viele Befugnisse an die Macht in Brüssel.

Todesstrafe

Wird die Todesstrafe wieder eingeführt?

Ein viel diskutiertes Thema. Wir möchten dieser Frage hier auf den Grund gehen.

Worum geht es?

Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich. Im Artikel 2 dieser Grundrechtecharta steht unter (2):

Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.

Das Problem liegt im "Kleingedruckten", in den sogenannten Erläuterungen zur Grundrechtecharta. Da steht:

"Eine Tötung wird nicht als Verletzung des Artikels betrachtet", wenn es erforderlich ist, "einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen".

Die zweite Ausnahme, wann die Todesstrafe verhängt werden darf:

"Für Taten in Kriegszeiten

NATO Bündnisfall **9/11**"

oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr."
Bündnisfall 9/11"

Was bedeutet unmittelbar! **NATO**

Das heißt, in der Grundrechtecharta und damit dem Reformvertrag ist die Todesstrafe nicht mehr grundrechtswidrig! Eigentlich ein Skandal.

Politiker reden sich gerne raus, indem sie argumentieren, die Todesstrafe werde damit ja (noch) nicht eingeführt. Dies stimmt zwar, ist aber gar nicht der Punkt.

Würden Sie einer Verfassung zustimmen, in der die Todesstrafe nicht mehr verboten ist und sich mit dem Hinweis begnügen, dass dies ja noch lange nicht bedeutet, dass die Todesstrafe auch wieder eingeführt wird? Warum wurden diese Textstellen 2007 wieder in die Erläuterungen aufgenommen?

Grundgesetz ade?!

Was hat Vorrang, **EU-Kolonie-Vertrag, Kriegslist 1949 Militär-Grundgesetz 1 / GG 2** oder **R=StAG?**

Gleichschaltungs-Gesetze

84 % der Gesetze kommen, laut Roman Herzog, aus Brüssel. Worauf Herzog zur Frage kam, ob Deutschland denn noch als parlamentarische Demokratie (**Art. 116 GG verstößt gegen 139 GG**) bezeichnet werden kann.

Todesstrafe Gleichschaltung EU = StAG 1934

WILLKOMMEN in der NWO / EU

Praxis = Wirklichkeit, Realität, Erfahrung

Theorie = Plan, Idee

Die Lehre von der Idee = Ideologie

Ideologie = Idee Neue Welt Ordnung NWO

Soldaten vernichten sich durch Ideologien gegenseitig auf Schlachtfeldern.
Die Gesellschaft teilt sich in verschiedene politische Ideologie-Systeme auf
Ideologien haben keine Zukunft.

Ideologien kommen und gehen. Sie vernichten die Zukunft der Menschen nach Plan.
Am 08.12.2010 wurde der BRD-Personalbestand durch die doppelte Staatlosigkeit in die unmittelbare Unionsbürgerschaft übergeleitet. Die unmittelbare Unionsbürgerschaft ist die Neue Welt Ordnung. Jetzt fängt der Kampf ums Überleben an und immer mehr Menschen leben von der Hand in den Mund. Der Grund für diesen Zustand ist die Idee von der NWO.

Der Zivilist auf dem Schlachtfeld der Neuen Welt Ordnung.

Ideologien wurden eingeführt, damit Menschen sich gegenseitig bekämpfen.
Auf dem Schlachtfeld der Neuen Welt Ordnung bekämpft der Zivilist sich selbst.

Die Tauscher-Firma

Neue Welt Ordnung

Die NWO täuscht mit Ideologien.

Französische Revolution, Kapitalismus, Kommunismus,
Nationalsozialismus, Sozialismus, Liberalismus, Faschismus,
Föderalismus, Genderismus, Weltanschauung, politische Ideologie, Empirismus,
Rationalismus, Totalitäre Ideologien, Leninismus, Antisemitismus, Frankfurter Schule,
Ideologie der Gesellschaft – Wissenschaft – Politik – Religion, Verschwörungsideologien
usw.

Tothschilds Welt-Ideologie



NWO Neue Welt Ordnung



Support SUPPORT

υποστήριξη

SUPPORT Support

EUtanic



Erster Schritt: Euro ersetzt Heimatwährung

Zweiter Schritt: Euro Krise

Dritter Schritt: Privatisierung durch Globalisierung

Vierter Schritt: Staatlosigkeit



Aufgabe: Schneide aus der EU-Währung Griechenland heraus.



Gleichschaltungs-Währung €



Der Weg in den geplanten Abgrund...¹⁹³(allumfassende Krise)

Die Bedeutung des geheimen Staatsstreiches:

Verstoß der BRD gegen das alliierte Grundgesetz – Artikel 16, Abs. 1

„(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur aufgrund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird. (...)“

Seit dem Abschluss des *Maastrichter Vertrages* (1993) verfügte jeder deutsche Staatsbürger automatisch über die Unionsbürgerschaft, die seine nationale Staatsangehörigkeit ergänzt. Rechtliche Grundlage bildet dazu der *Vertrag über die Arbeitsweise der EU*.

Mit der Streichung der „Reichsangehörigkeit“ ist die deutsche Staatsangehörigkeit auf der einen und damit die Unionsbürgerschaft auf der anderen Seite erloschen. Die deutsche Staatsangehörigkeit definierte sich bis zum Jahresende 2010 über die Reichsangehörigkeit, und die Unionsbürgerschaft setzt eine nationale Staatsangehörigkeit voraus. Damit hat die BRD die Beitrittsvoraussetzungen zu Europäischen Union verloren und muss aus EU sofort ausgeschlossen werden.

Eine mögliche Enttarnung der Täuschung versuchte der BRD- Gesetzgeber damit zu umgehen, dass er das StAG noch immer auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz zurückführt.

Nur kennt das RuStAG von 1913 den Terminus „deutscher Staatsangehöriger“ nicht. Dort leitet sich die *mittelbare Reichsangehörigkeit* von der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate ab. Bereits am 28. August 2006 fiel der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierte Anspruch auf Wiedererwerb einer Länderzugehörigkeit (Art. 75.8 GG) durch das **erste Bereinigungsgesetz** weg. Dazu argumentiert der bundesdeutsche Gesetzgeber offen: *Das es seit 1934 eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit (von Adolf Hitler!) gäbe und daher es der alten Staatsangehörigkeiten der Länder nicht mehr bedürfe...*

Quellverweis:

http://geschichte.prepedia.org/wiki/Deutsche_Staatsangeh%C3%B6rigkeit

Die katastrophalen Folgen des geheimen Staatsstreiches:

Durch diesen kriminellen, hochverräterischen Akt sind alle Deutschen und auch die eingebürgerten Ausländer staatenlos gemacht geworden.

Das *DEUTSCHE VOLK* wurde durch diesen Akt vollständig entrechtet und entmachtet. *(Personen mit Roma und Sinti Status = entrechtet- entmachtet- kein Eigentum besitzend- können ungestraft überall verfolgt und getötet werden)*

Die Folgen sind für die gesamte Menschheit eine Katastrophe!

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Organisationen haben durch Staatlosigkeit ihre nationale und internationale Legitimation verloren.

Selbst die Wahlen der Bundesrepublik Deutschland und in Folge die Wahlen der Europäischen Union sind durch die deutsche Staatlosigkeit seit dem 8.12.2010 ungültig.

Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch ebenfalls gebrochen und nicht mehr gültig. Das betrifft auch den 2+4 Deutschlandvertrag, die NATO und EU- Verträge.

Die BRD hat damit auch die Beitrittsvoraussetzungen zur Europäischen Union laut

Unionsrecht durch Staatlosigkeit verloren.

Der Beginn des 1. Weltkrieges hatte am 01. August 2014 sein 100jähriges Jubiläum. Die Faschisten bereiten eine neue heiße Phase des 2. Weltkrieges vor.

Hinweise dazu sind die gesteuerten Angriffe auf ganz Nordafrika, Vorderasien wie z. B. Afghanistan, Libyen, Syrien, den Irak und ab 2013 auf die Ukraine.

Der planmäßig strategische Ausbau der Nato- Basen rund um Rußland, China und die BRICS- Staaten. Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Infiltration von Rußland und China (5. Kolonne) usw..

Es herrscht heute in Deutschland Stillstand der Rechtspflege, Rechtsbankrott weil auch die deutsche Justiz den kriminellen, hochverräterischen Akt maßgeblich deckt und unterstützt. Es gibt in Deutschland daher auch keinen strafrechtlichen Schutz der Grund- und Menschenrechte.

Es herrschen in der deutschen Sklavenkolonie *Bundesrepublik Deutschland* Gesetzlosigkeit und völlig totalitäre Willkür eines illegalen, faschistischen Regimes.

Die deutsche Justiz und die deutschen Behörden werden durch die deutschen Faschisten wie ab 1933 zur Verfolgung und Unterdrückung gegen die deutsche Opposition mißbraucht.

Auch dabei wird offen das Naziunrecht von Adolf Hitler angewendet.

Dieser weltweit reichende Generalbetrug der Bundesrepublik Deutschland täuscht alle Nationen und Menschen!

Ein Beispiel von vielen aus dem Alltag in Deutschland:

NS- JUSTIZ bis heute in Deutschland?

Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungsverfahren gegen Richter des Land Hamburg ein

Mai 21st, 2014 ·



F.S.: Nach einem halben Jahr wurde jetzt das Ermittlungsverfahren nach meiner Strafanzeige wegen Rechtsbeugung gegen die Richter der 15. Kammer des Hamburger Landgerichts eingestellt. Unter dem Titel „Komplott der Telekom-Tochter DeTeMedien mit Hamburger Landgericht, um per Rechtsbeugung freien Wettbewerb zu verhindern“ hatte ich hier den Sachverhalt geschildert:

<http://blog.gelbevideos.com/gelbe-seiten-wirtschaftskrieg/per-rechtsbeugung-freien-wettbewerb-verhindern.html>

Ebenso in einer mittlerweile 15.000 Mal abgerufenen Pressemitteilung

<http://www.openpr.de/news/756112.html>

Im Wortlaut aus dem Einstellungsbescheid: „Die von Ihnen angezeigte Rechtsbeugung (§ 339 StGB) begeht, wer sich bewusst und in schwerer Weise von Recht und Gesetz entfernt.

Nach ständiger Rechtsprechung ist der Rechtsbeugungstatbestand dahingehend

einschränkend auszulegen, dass nicht bereits jede unrichtige Rechtsanwendung, die zu einer nicht mehr vertretbaren Entscheidung führt, den objektiven Tatbestand des § 339 StGB erfüllt. Der erforderliche Rechtsbruch müsse vielmehr die Qualität eines elementaren Verstoßes gegen die Rechtspflege darstellen, bei der sich der Amtsträger bewusst und in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz entfernt (es folgen ca. 15 Verweise auf Urteile und Fundstellen in Kommentaren).

Dies hat zur Konsequenz, dass die Verletzung geltender Normen nur dann den objektiven Tatbestand des § 339 StGB erfüllt, wenn das Verhalten des Täters sich zugleich als Angriff gegen grundlegende Prinzipien des Rechts oder gegen die Rechtsordnung als Ganze bewerten lässt (Beck-OK-Wittek/Bange, § 339, Rn. 12, Stand 22.07.2013)“

Es handelt sich um das Erbe der über Jahrzehnte nach Ende des 2. Weltkriegs währenden Oberhoheit von Nazi-Juristen an deutschen Gerichten und im Justizministerium, unterstützt von einer 2/3 Mehrheit ehemaliger NSDAP- und SS-Mitglieder im ersten Bonner Bundestag, dort natürlich in anderen Parteien untergeschlüpft. 500 Richter und Staatsanwälte am sogenannten Volksgerichtshof hatten bis 1945 das Recht täglich hundertfach gebeugt, um zigtausende Todesurteile gegen Menschen zu verhängen, deren „Verbrechen“ es war, gegen Krieg, Ermordung von Menschen anderer Rassen oder anderer politischer Anschauungen zu sein. Nicht einer dieser Mörder in Richterrobe wurde von einem deutschen Gericht verurteilt, im Gegenteil konnten sie für den Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes und heute ganz Deutschlands den Rechtsbeugeparagrafen derart pervertieren, dass es praktisch nicht mehr möglich ist, Richter wegen Rechtsbeugung zur Verantwortung zu ziehen.

Das meinte auch der hochgeachtete deutsche Rechtsanwalt Rolf Bossi, bekannt als Strafverteidiger in vielen bedeutenden Verfahren, als er in seinem Buch „Halbgötter in Schwarz. Deutschlands Justiz am Pranger“ schrieb: „In Artikel 20 des Grundgesetzes ist das Rechtsstaatsprinzip verankert. Dieser Artikel bleibt ein Stück Papier, solange das Justizunrecht der NS-Zeit unwidersprochen unsere Rechtsprechung bestimmt. All die schlimmen Urteile deutscher Nachkriegsgerichte, von denen hier (in seinem Buch, F.S.) die Rede war und die in übelster Kumpanei einen Abgrund von Justizverbrechen zugeschüttet haben, müssen daher auf dem Wege der Gesetzgebung für ungültig erklärt werden. Die Justiz hat es 60 Jahre lang nicht geschafft, über sich selbst zu Gericht zu sitzen. Sie wird auch in Zukunft nicht zur kritischen Selbstkorrektur in der Lage sein, wenn man ihr das eigene Versagen nicht fortwährend wie einen Spiegel vor die Nase hält. Gerade deshalb ist es immer wieder notwendig, nicht nur auf das Unrecht der NS-Justiz zu verweisen, sondern auch die Folgen aufzuzeigen, die es für die Rechtsprechung der Bundesrepublik und die Mentalität ihrer Halbgötter in Schwarz nach sich gezogen hat.“

Quellverweis:

<http://blog.gelbevideos.com/gelbe-seiten-wirtschaftskrieg/staatsanwaltschaft-stellt-ermittlungsverfahren-gegen-richter-des-ig-hamburg-ein.html>

Internationale Auswirkungen des staatlosen Zustandes der Bundesrepublik Deutschland:

Das Nazi- Projekt wird über das 4. Reich Europäische Union auf die ganze Welt ausgedehnt.

Schleichende Auflösung jeglicher Rechtsordnung in Deutschland, Europa und der Welt.

Alle nationalen und internationalen Verträge sind damit durch die wegen Staatlosigkeit geschäftsunfähige Bundesrepublik Deutschland gebrochen und nichtig.

Die getäuschte Menschheit glaubt an das durch die Bundesrepublik Deutschland fortgeführte 3. Reich *DEUTSCH* von Adolf Hitler und das Projekt 4. Reich Europäische Union mit der *UNIONS**B**ÜRGER**S**CHAFT*.

Endziel: 5. Weltreich - Neue Welt Ordnung der Faschisten – Green Planet – Zukunft ohne Menschen.

www.staatenlos.info



Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Deutschland

- Grundgesetz kontra Verfassung -

60 Jahre BRD



NICHTS KÖNNTE VON DER WAHRHEIT WEITER ENTFERNT SEIN

»Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes,
wir haben Auftrag von den Alliierten.«
Bundeskanzler Konrad Adenauer

Die Verwaltungsorganisation Bundesrepublik Deutschland ist NICHT Deutschland:

Was ist ein Staat?

Um die Lage der BRD genau nachvollziehen zu können, müssen zuerst die Grundbedingungen, die ein Staat definieren, erläutert werden. Der Zollrat Karl Wicke (hoher Beamter/Stabsoffizier) definierte 1954 einen Staat wie folgt:

“Der Staat ist die rechtmässige Vereinigung von Menschen (Staatsvolk) innerhalb eines bestimmten Gebietes (Staatsgebiet) unter höchster Gewalt (Staatsgewalt) in einer festen Rechtsordnung (Staatsverfassung).

Mit **Staatsvolk** ist die Gemeinschaft der Menschen, die dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen (die Staatsbürger sind) gemeint. Unter **Staatsgebiet** versteht man das Gebiet, also den Raum, auf dem das Staatsvolk dauernd lebt, und innerhalb dessen sich die Staatstätigkeit entfaltet. Innerhalb des Staatsgebietes gilt die Herrschaftsgewalt (Gebietshoheit) des Staates. Die **Staatsgewalt** ist die dem Staat innewohnende Fähigkeit, die Herrschaft über das Staatsvolk und das Staatsgebiet auszuüben.

Eine **Staatsverfassung** berechtigt den Hoheitsträger seine Staatsgewalt auszuüben. Sie ist die höchste Rechtsnorm in einem Staat und bezeichnet die Grundrechte, Rechte und Pflichten und definiert das Staatsgebiet in dem sie gilt. Sie muss vom Volk bestimmt und gewählt werden. Durch eine Verfassung konstituiert sich ein Volk in eigener, freier Selbstbestimmung.

Die Rangordnung der Rechtsnormen im “Staat” BRD

Für das Verständnis dieses Textes ist es nützlich den Rang der Rechtsordnungen zu kennen. Internationales Recht steht z.B. über den Gesetzen der Bundesrepublik und damit auch über dem Grundgesetz.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Artikel 25 Grundgesetz (GG)

Über dem Bundesrecht und damit Grundgesetz stehen z.B.:

1. Internationales Recht

- Menschenrechtskonventionen bzw. Menschenrechtsabkommen
- Staats- und Völkerrecht
- Haager Landkriegsordnung (HLKO) – Völkerkriegsrecht
- Besatzungsrecht
 - SHAEF-Gesetze
 - SMAD-Befehle
 - Alliierte Kontrollratsgesetze
 - Gesetze der Alliierten Hohen Kommission
 - Besatzungsstatut

2. Europarecht

Die Haager Landkriegsordnung (HLKO)

Die Haager Landkriegsordnung ist ein internationales Kriegsrecht, das die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges betrifft. Sie ist ein wesentlicher Teil des Völkerrechts und enthält für den Kriegsfall Festlegungen für Kriegsteilnehmer. Sie definiert zum Beispiel:

- Den Umgang mit Kriegsgefangenen
- Beschränkungen bei der Wahl der Kriegsmittel
- Die Verschonung bestimmter Gebäude und Einrichtungen
- Den Umgang mit Spionen
- Kapitulationen
- Waffenstillstandsvereinbarungen
- Das Verhalten einer Besatzungsmacht in einem besetzten Gebiet

Die HLKO ist die Höchste Rechtsnorm zwischen streitenden Parteien und gilt auch auf deutschem Boden, da das Deutsche Reich 1907 der Haager Landkriegsordnung beigetreten ist. Die HLKO ist bis heute in den Beziehungen untereinander gültiges Vertragsrecht und bindend.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat

Die BRD hat kein eigenes Staatsvolk

Die Staatsangehörigkeit muss in einem Gesetz eindeutig definiert sein. Im Grundgesetz finden wir dazu Artikel 116:

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Eine genaue Definition aus diesem Grundgesetz findet sich aber nicht. Wie ist denn nun die deutsche Staatsangehörigkeit definiert und wie kann diese erlangt werden? Gesetzlich geregelt ist das im STAG vom 05.02.1934, worauf sich der Artikel 116 GG auch bezieht, und zwar mit: **vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung**. Nichts anderes ist damit gemeint. Ein Schreiben vom Landkreis Demmin (Landrat) über den Antrag auf Einbürgerung einer Bürgerin von 2005 bestätigt sogar, dass die BRD stets an der deutschen Staatsangehörigkeit von Adolf Hitler festgehalten hat. Das muss die BRD auch, da das Selbstverwaltungsorgan gar nicht befugt ist ein eigenes Staatsbürgerrecht zu begründen.

Alle Änderungen des Staatsbürgerrechtes nach dem 29.09.1990 (Auflösung der BRD) sind allerdings nichtig und können nur als Spurenverwischungen betrachtet werden. Aus dem Schreiben vom Landkreis Demmin heißt es übrigens weiter:

“...Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt!”

Die Selbstverwaltungsorganisation BRD, dessen Staatsangehörigkeit es nicht gibt, hat damit eindeutig kein eigenes Staatsvolk, sondern verwaltet nur das Personal des 3. Reiches von Adolf Hitler !

Staatsangehörigkeit in Deutschland

Ein Blick in unsere Personendokumente sollte darüber Klarheit schaffen, oder etwa nicht? Denn ein Staat, das in der Lage wäre eine Staatsbürgerschaft zu kreieren, müsste diese auch in Personendokumenten ausgeben.

Auf den BRD- Personalausweisen und Reisepässen findet sich dagegen die Angabe – *DEUTSCH*

Warum steht aber dort nicht Bundesrepublik Deutschland? In Frankreich steht im Personendokument Republik France, in GB: United Kingdom, in den USA: United States of America.

Die Deutschen haben die Staatsangehörigkeit “Deutsch”- die von den Nationalsozialisten ab 1934 als eine Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit eingeführt worden war!

Interessant ist auch die Aussage vom bayerischen Staatsministerium des Inneren über den Nachweis der Staatsangehörigkeit:

“Die deutsche Staatsangehörigkeit kann durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde (Staatsangehörigkeitsausweis) nachgewiesen werden. Sie wird auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde ausgestellt. Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die **Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.**“ Nachweis Staatsangehörigkeitsurkunden.“

Der Personalausweis oder Reisepass ist also kein Nachweis über die Staatsangehörigkeit. Das macht auch Sinn, da ein Nicht-Staat auch keine Staatsbürgerschaft begründen kann. Unsere Staatsangehörigkeit geht aus der Originalfassung des RuStAG vom 22. Juli 1913 hervor. Dort heißt es in §1:

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt.

Unsere Staatsbürgerschaft ist damit die Angehörigkeit in einen Bundesstaat im Deutschen Reich (Deutschland)! Daran hat sich nie etwas geändert. Selbst vor jedem Gericht in Deutschland ist dieser Fakt unstrittig. Die Gerichte versuchen aber Entscheidungen über diesbezügliche Beweisanträge durch Ignoranz zu vermeiden und die Verfahren werden eingestellt bzw. einfach sillgelegt.

Ist das Staatsgebiet der BRD definiert?

Ein Staatsgebiet muss im Gesetz eindeutig definiert sein. Bis 1990 war das Gebiet der BRD im Artikel 23 GG (a.F.) festgelegt. Dieser Artikel wurde allerdings im Zuge der Privatisierung aufgehoben.

Ein anderer Hinweis findet sich im Artikel 133 GG:

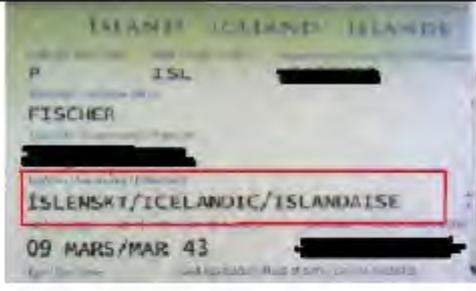
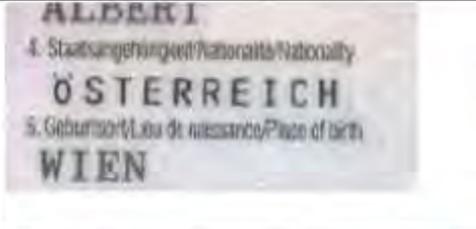
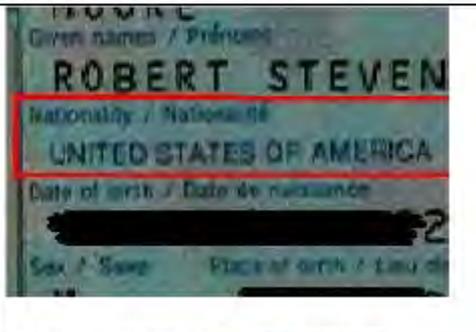
„Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“

Wo und was ist das vereinigte Wirtschaftsgebiet? Im Abschnitt über die Gründung der BRD wurde das vereinte Wirtschaftsgebiet bereits erwähnt. Es war das fusionierte Besatzungsgebiet der Franzosen, Briten und Amerikaner. Also der westliche Teil der BRD ohne die ehemalige DDR.

Artikel 116 GG weist auf das Deutsche Reich von 1937 hin, welches weiterhin existiert und nicht annektiert oder zerstückelt wurde. Artikel 140 GG geht sogar bis 1919 zurück. Diese Widersprüche machen sehr deutlich, dass die BRD ein Staatsgebiet nicht eindeutig definiert hat.

Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland

Das eine Staatsgewalt von der BRD und seinen Körperschaften ausgeht, darüber besteht wohl kein Zweifel. Doch ist diese Staatsgewalt auch vom Volk legitimiert? Diese Frage ist eindeutig mit nein zu beantworten, denn weder das Grundgesetz hat das Volk selbst bestimmt noch haben nach der formjuristischen Auflösung der BRD am 29.09.1990 die ausführenden Organe und Politiker eine Rechtfertigung fürs Handeln vom Volk.

	<p>RICHTIG Unter Nationality ist klar definiert welche Staatsangehörigkeit diese Person hat: ISLAND!</p>
	<p>RICHTIG ...das gleiche gilt für dieses österreichische Dokument</p>
	<p>RICHTIG ...das gleiche gilt für dieses amerikanische Dokument</p>
	<p>FALSCH ...und das steht auf dem „Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland“. Seit wann ist Deutsch eine Bezeichnung für eine Staatsangehörigkeit? Wenn, dann müsste es Bundesrepublik Deutschland heißen! Dennoch, eine Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, nur eine Verwaltung!!!</p>

Firmenpersonal in der Nazi-Kolonie BRD



Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte nicht als Staat, sondern als Verwaltungsorganisation mit Staatssimulation:

In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Grundlagenvertrag (Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik) von 1973 heißt es:

“Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. **Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit,** ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.”

Weiter heißt es: **“Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert** (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates – StenBer. S. 70). **Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‘Rechtsnachfolger’ des Deutschen Reiches [...]**

Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den ‘Geltungsbereich des Grundgesetzes’ [...], fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes). Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der Bundesrepublik Deutschland ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte [...]. Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden...” – BVerfGE 36, 1 (15 ff.) – Grundlagenvertrag

Die BRD wurde nie als Staat gegründet und hätte auch nie als Staat gegründet werden können, weil das Deutsche Reich nie aufgehört hat zu existieren! Sie ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und auch nicht ihr Rechtsnachfolger. Was ist die BRD, die 1949 gegründet wurde, dann? Eine mögliche Definition ist:

Die BRD ist ein von den westlichen Besatzungsmächten völkerrechtswidrig errichtetes Selbstverwaltungskonstrukt. Eine Organisation, die die Ausübung der Hoheitsgewalt über deutsche Staatsbürger von den Siegermächten nach militärischen Vorgaben befristet übertragen bekommen hat. Inwieweit sich an dieser Situation bis heute etwas geändert hat erfahren Sie weiter unten.

Mit dem Deutschlandvertrag zur Souveränität?

Um Deutschland die volle Macht eines souveränen Staates zuzusichern, trat als einer der Pariser Verträge der Deutschlandvertrag am 05. Mai 1955 in Kraft. Der Deutschlandvertrag, auch Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Amerika, Großbritannien und Frankreich) genannt, sollte das entstandene Vakuum zwischen Kapitulation und Friedensvertrag regeln und das Besatzungsstatut beenden.

Artikel 1, Abs. 1 des Deutschlandvertrages beendet das Besatzungsregime und hebt das Besatzungsstatut sowie die Alliierte Hohe Kommission auf.

In Artikel 2, Satz 1 behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes. Siehe dazu das vorbehaltene Recht aus dem Besatzungsstatut:

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wieder aufzunehmen [...] Ziffer III

Weiter behalten Sie Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland.

Alles was in Artikel 1 zugesagt wurde wird in Artikel 2 mehr oder weniger wieder aufgehoben.



Dated: 14 July 1945.

DWIGHT D. EISENHOWER
General of the Army
Commanding General of the United
States Armed Forces in Europe.

Datum: 14. Juli 1945.

DWIGHT D. EISENHOWER
General of the Army
Oberbefehlshaber der
Amerikanischen Streitkräfte in Europa.

MILITARY GOVERNMENT — GERMANY
UNITED STATES ZONE

Proclamation No. 2

To the German people in the United States Zone:

I, General Dwight D. Eisenhower, Commanding General, United States Forces, European Theater, do hereby proclaim as follows:

ARTICLE I

There are hereby constituted within the United States Zone of Occupation the following administrative areas which will henceforth be referred to as states and each of which will have a state government:

GREATER HESSE—comprising Kurhessen and Nassau (excepting enclaves thereof and the Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn and Sankt Goarshausen) and Hessen-Starkenburger, Oberhessen, and the part of Rhein Hessen east of the Rhine;

WURTEMBERG-BADEN—comprising the Kreise Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Esslingen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen north of the Autobahn, Otringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen, Waiblingen, the Landeskommisärbezirk Mannheim, and the Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt and Land, and Pforzheim Stadt and Land;

BAVARIA—comprising all of Bavaria as constituted in 1933, less Kreis Lindau.

ARTICLE II

Except as heretofore abrogated, suspended or modified by Military Government or by the Control Council for Ger-

2

MILITARREGIERUNG — DEUTSCHLAND
AMERIKANISCHE ZONE

Proklamation Nr. 2

An das deutsche Volk in der Amerikanischen Zone:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation:

Artikel I

Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet:

GROSS-HESSEN umfaßt Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt Goarshausen) und Hessen-Starkenburger, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rhein-Hessen;

WURTEMBERG-BADEN umfaßt die Kreise Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Eßlingen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen nördlich der Autobahn, Otringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen, Waiblingen, den Landeskommisärbezirk Mannheim und die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim Stadt und Land;

BAYERN umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.

Artikel II

Soweit das deutsche Recht, das zur Zeit der Besetzung in Kraft war, nicht durch die Militärregierung oder den

Kernaussagen über die Bundesrepublik Deutschland:

1. Die BRD hat kein Staatsvolk.
2. Unsere Staatsangehörigkeit ist laut RuStAG 1913 die Heimatangehörigkeit in den Bundesländern des Deutschen Reiches. (Deutschland)
3. Die BRD hat ihre Staatsgrenzen nicht eindeutig definiert.
4. Die BRD hat keine legitimierte Staatsgewalt.
5. Die BRD ist kein Staat im völkerrechtlichen Sinne.

Das Grundgesetz in Deutschland und seine Entstehung



Die Frankfurter Dokumente

Nachdem die größte Not des zweiten Weltkrieges aufgefangen war, übergaben die Westalliierten Militärgouverneure den 11 Ministerpräsidenten der Reichsländer (heute Bundesländer genannt) in Frankfurt am Main drei Dokumente, um eine neue staatliche Ordnung aufzubauen. Die so genannten Frankfurter Dokumente vom 1. Juli 1948.

Dokument I beinhaltet: Die Bevollmächtigung eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, welche von den Militärgouverneuren genehmigt werden muss.

Dokument II beinhaltet: Die Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen.

Dokument III regelt die Grundsätze eines Besatzungsstatuts. U.a. geht daraus hervor, dass sich die Alliierten die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse vorbehalten und dass jede Verfassungsänderung den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorgelegt werden muss.

Der Parlamentarische Rat

Die 11 Ministerpräsidenten der deutschen Länder gründeten anstelle einer verfassungsgebenden Versammlung bzw. eines Verfassungskonvents den so genannten

parlamentarischen Rat. Dieser Rat arbeitete ab dem 1. September 1945 auf der Grundlage der Frankfurter Dokumente (enge Vorgaben des Besatzungsstatuts) ein ziviles Selbstverwaltungsrecht, das Grundgesetz, aus. Das Ziel war das militärische Besatzungsrecht nach und nach in den Hintergrund zu rücken. Das Grundgesetz wurde wie vorher beauftragt den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorgelegt.

Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz für die BRD

Die Militärgouverneure hatten, bevor das Grundgesetz dem parlamentarischen Rat zur Ratifizierung (Bestätigung) unterbreitet werden sollte, diverse Vorbehalte. Sie stellten klar, alle Befugnisse zu behalten, indem das Grundgesetz dem Besatzungsstatut unterliegt. Groß-Berlin sollte nicht zum Bund gehören und gewisse Ländergrenzen bis zu einem Friedensvertrag bestehen bleiben.

Nach der Genehmigung des Grundgesetzes wurde es gemäß Artikel 144 Abs. 1 von den sog. „Volksvertretungen der deutschen Länder“ der BRD angenommen. Eine Volksabstimmung bzw. Ratifizierung hat es aber nie gegeben. Die Anwendung und Gültigkeit wurde vorbehaltlich in den Artikeln 23 (Geltungsbereich) und 146 (Gültigkeit) der alten Fassung geregelt.

Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz ohne eine demokratische Beteiligung in Kraft.

Was ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik?

Das Grundgesetz ist eine grundsätzliche Regelung auf militärisch besetztem Gebiet. Ein Gesetz, das für Ruhe und Ordnung sorgt und die Struktur eines besetzten Gebietes organisiert. Es ist ein Provisorium für eine bestimmte Zeit.

Die **Haager Landkriegsordnung** welches das Verhalten einer Besatzungsmacht regelt sagt dazu in Artikel 43:

“Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.”

Die Landesgesetze, welche zu diesem Zeitpunkt die Weimarer Verfassung war, wurden bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes missachtet und stattdessen wurde das GG, auf Anordnung der Militärgouverneure, auf der Grundlage des Besatzungsstatuts geschaffen. Es ist damit das Recht der Alliierten.

Was ist eine Verfassung?

Staats- und Völkerrechtslehrer **Prof. Dr. Carlo Schmid** (Politiker der SPD) erklärte in seiner Grundsatzrede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 wie eine Verfassung zu verstehen ist. Hier ein Auszug:

“Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht

über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen.“

Eine Verfassung hat demnach folgende Merkmale:

Das Volk ist frei

Das Volk entscheidet / konstituiert sich

Sie ist räumlich nicht teilbar = das gesamte Volk

Sie ist die höchste Rechtsnorm. Nichts steht über ihr

Sie definiert das Staatsgebiet in dem sie gilt

Sie regelt die Rechte und Pflichten aller Individuen

Sie bestimmt die Grenzen der Staatsgewalt

Sie berechtigt einen Hoheitsträger seine Staatsgewalt auszuüben

Sie bestimmt wie ein Hoheitsträger seine Staatsgewalt ausüben kann

Eine Verfassung ist für eine Demokratie unabdingbar.

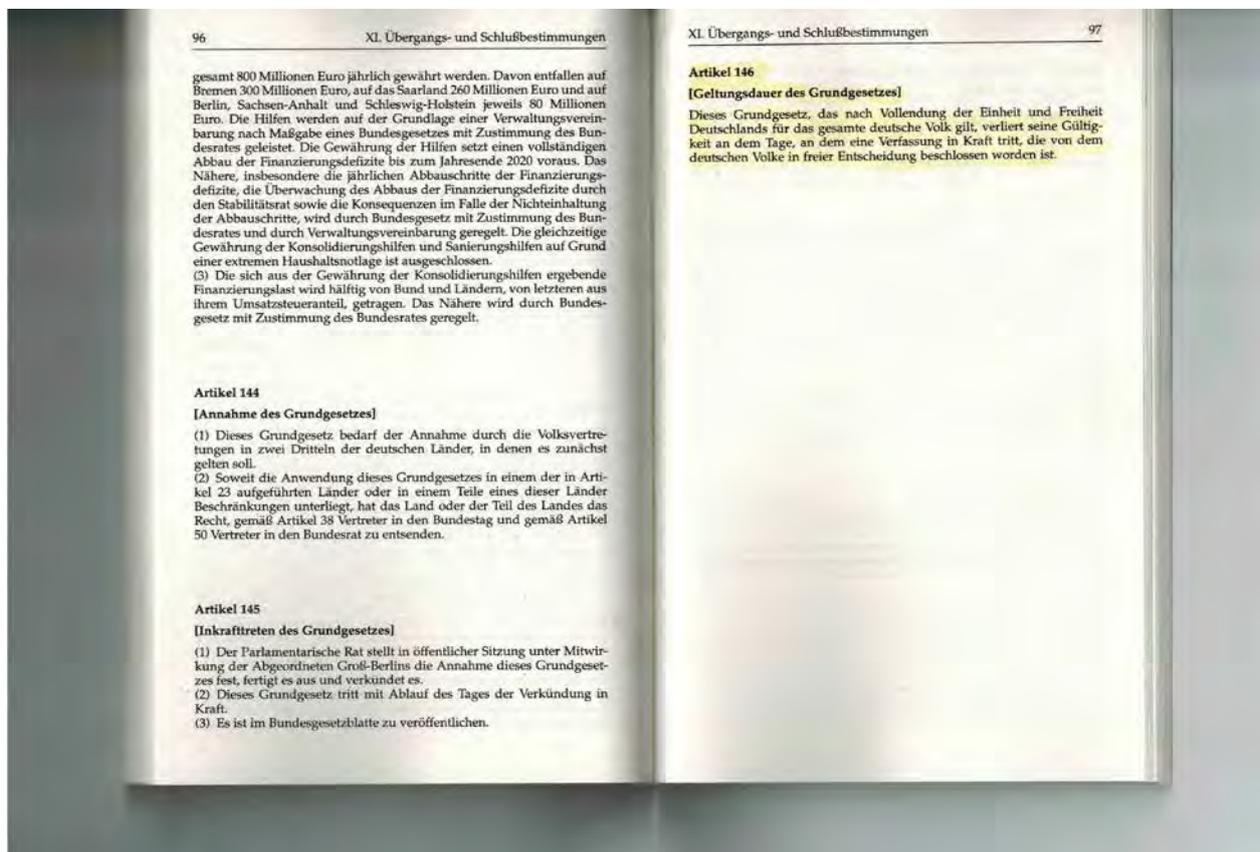
Der Begriff Grundgesetz wurde ganz bewusst gewählt:

.” **Dr. Carlo Schmid** vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948

“Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten

Der Artikel 146 GG unterscheidet hier klar:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, **verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt**, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.



Gültigkeit der SHAEF und SMAD-Gesetze der Alliierten in Deutschland:

Das Grundgesetz ist keine Verfassung.

Das Grundgesetz ist das Gesetz für die Verwaltung, Organisation und Rechtspflege in den Kolonien. (Beweis Deutsches Koloniallexikon 1920 Band III)

Das Grundgesetz wurde 1949 von den westalliierten Siegermächten für die Bundesrepublik Deutschland zwangsverordnet.

Das alliierte Militär- Grundgesetz ist die gültige höchste Rechtsnorm für die nicht souveräne Bundesrepublik Deutschland.

Grundgesetz Artikel 139, Artikel 120 und die Verfassung des Landes Hessen Artikel 159 zeigen auf, dass alliiertes Recht der alliierten Militärregierung bis heute höherrangig gegenüber den deutschen Gesetzen ist.

Seit dem 23. Mai 1945 haben die Alliierten die Macht in Deutschland übernommen.

Die Alliierten haben zuerst selbst die Verwaltung in Deutschland aufgrund Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung vorgenommen.

Parallel dazu begann die Umerziehung und die Kontrolle über die Kultur, Bildung und die Medien/ Presse des seit 1934 gleichgeschalteten Deutschen Volkes.

Durch das bis heute gültige Kontrollratsgesetz Nr. 2 zensieren und beeinflussen besonders die westlichen Alliierten (USA) das alltägliche Leben in Deutschland.

Es wird bis heute in Deutschland im alliierten Auftrag durch die Verwaltungsorganisation *Bundesrepublik Deutschland* die Zensur und Propaganda ausgeübt.

Von 1945 – 1949 praktizierten die Besatzungsmächte die Kontrolle und Steuerung in Deutschland selbst.

Es ist aber wesentlich effizienter wenn sich das Kolonie-Personal selber im Fremdinteresse kontrolliert und steuert.

Das Projekt funktioniert perfekt mit den Deutschen.

Ab 1949 schufen die alliierten Siegermächte jeweils die deutschen Teilkolonien *Deutsche Demokratische Republik* und die *Bundesrepublik Deutschland* IN Deutschland.

Beide Kolonieblöcke wurden 1990 vereinigt.

(Beweis Einigungsvertrag von 1990)

Bis heute unterliegen die Deutschen der alliierten Fremdbestimmung.

Die extrem pflichtbewußten deutschen Befehlsempfänger vernichten sich mustergültig selbst und dehnen eifrig das faschistische Kolonieprojekt über die Europäische Union auf ganz Europa aus. (4. Reich)

Das alliierte Besatzungsrecht gilt bis heute.

Dieses Besatzungs- und Bestimmungsrecht ist höherrangiges Recht gegenüber allen Deutschen Bestimmungen.

Beweis:

Befreiungs- Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Artikel 139

„Die zur *"Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus"* erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses

Grundgesetzes nicht berührt.“

Artikel 120 Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten

„(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.
(2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.“

Beweis:

Das wurde den die USA auch in der Hessischen Landesverfassung bestätigt.

In der Verfassung des Landes Hessen wird die Nachrangigkeit des Deutschen Rechtes ebenfalls korrekt nach Völkerrecht beschrieben:

Verfassung des Landes Hessen

Vom 1. Dezember 1946

Zum 26.07.2014 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Artikel 159

„Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.“

Beweis die Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...Verfügung von Hoher Hand in In- und Ausland eintreten.

Bestätigung BVG: Die BRD ist NICHT der Rechtsnachfolger von Deutschland (Deutsches Reich)

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <28>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====

Bestätigung USA – Gericht: die BRD ist nicht Deutschland

Bonner Rundschau 20. Februar 1951

US-Gericht: Deutsches Reich besteht noch

„Es ist ein Irrtum zu sagen, daß das Deutsche Reich verschwunden sei“

Frankfurt, 19. Febr. (up) Das oberste amerikanische Berufungsgericht für Restitutionsfälle unter Vorsitz von Richter Fred Cohn hat in einer bedeutenden Entscheidung erstmalig seit Kriegsende festgestellt, daß das Deutsche Reich trotz der bedingungslosen Kapitulation niemals aufgehört habe zu bestehen und in einer Restitutionsklage durchaus eine Entscheidung gegen das Reich gefällt werden könne.

In der Entscheidung des Gerichtes heißt es: „Es ist ein Irrtum, zu sagen, daß das Deutsche Reich verschwunden sei. Wir dürfen die jeweilige Regierungsform nicht mit der Existenz des Staates an sich verwechseln. Das Kaiserreich bezeichnete nur die Regierungsform, die Deutschland während dieses Regimes hatte, so auch die Weimarer Republik und selbst das Dritte Reich. Die bedingungslose Uebergabe des Restes der Nazihierarchie übertrug die Staatsgewalt in Deutschland

nicht endgültig den siegreichen Alliierten, vielmehr schalteten die Alliierten nur diejenigen aus, die man als Usurpatoren der Staatsgewalt von damals bezeichnen konnte.“

Diese Entscheidung erfolgte in einem Prozeß auf Rückerstattung einer Hypothek auf einem Frankfurter Grundstück. Die Klage wurde von Frau Martha Kaufman aus England und ihren beiden Kindern, Dr. Eric Kaufman und Frau Margot Goldsmith, eingebracht, die nicht nur die Rückgabe der während des Krieges von den Nazis beschlagnahmten Hypothek, sondern auch die Zuerkennung der seit der Beschlagnahme durch das Deutsche Reich aufgelaufenen

Zinsen forderten. Als Vertreter des Deutschen Reiches nahm der hessische Finanzminister an dem Prozeß teil, doch entschied das Gericht, daß gegen das Land Hessen kein Urteil ergehen könne, denn es sei in Finanzsachen nur „ein Agent des Staates“ gewesen.

III 2
J. Kaufman

578-00

Bestätigung Deutscher Bundestag auf Anfrage der BRD- Partei *Die Linke*:

Gebärdensprache Leichte Sprache English Français عربي

Hilfe Inhaltsübersicht Kontakt

Suchwort eingeben



Deutscher Bundestag

Der Bundestag **Dokumente** Mediathek Kultur & Geschichte Presse **Besuchen Sie uns** Service

Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06

Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Auch unterwegs aktuell informiert mit der **kostenlosen App "Deutscher Bundestag"** und unter **m.bundestag.de**.

Weitere Informationen

Fraktionen

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Jörg Biallas
Redaktion: Alexander Heinrich, Claudia Heine, Michael Klein, Claus Peter Kosfeld, Hans Krump, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

Kontakt

Aktuelle Meldungen

In den aktuellen Meldungen suchen

Zum Thema

Allgemeine RSS-Feeds

- Pressemitteilungen
- Aktuelle Meldungen (hib)**
- Akkreditierung
- Termine
- Bilderdienst, Bildarchiv
- Mitschnittservice
- Pressedokumentation
- Kontakt

Volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts in Deutschland

• Die Militärregierung und seine SHAEF-Gesetze

Das Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF) war im 2. Weltkrieg das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa. Oberster Befehlshaber war der Amerikaner Dwight D. Eisenhower. Das SHAEF war die so genannte Militärregierung für Deutschland, welche Militärgesetze herausgab. Bereits am 15.11.1944, ein halbes Jahr vor der Kapitulation der Wehrmacht, wurde das SHAEF-Gesetz Nr. 3 verabschiedet. Es besagt in Absatz 3, dass dieses Gesetz mit der Besetzung in Kraft tritt. Die Militärregierung hatte sich demzufolge schon deutlich vor der Kapitulation organisiert und Gesetze erlassen. Die SHAEF-Gesetze waren die wohl bedeutendsten Gesetze, die die Militärregierung der Alliierten erlassen haben.

Sie regelten z.B.:

- Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über das besetzte Gebiet
- Das Fortbestehen des Deutschen Reiches
- Die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze seit dem 30.01.1933 (Gesetz Nr. 1)
- Die Schließung von Gerichten und Verwaltungsbehörden (Gesetz Nr. 2)
- Die Entnazifizierung Deutschlands (Gesetz Nr. 4 und 7)
- Das gesetzliche Zahlungsmittel – Alliierte Militär-Mark (Gesetz Nr. 51)
- Die Enteignung – Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen (Gesetz Nr. 52)

Durch die SHAEF-Gesetze der Militärregierung, insbesondere Gesetz Nr.1 welches die nationalsozialistischen Gesetze aufhob, trat automatisch wieder die Weimarer Verfassung in der Fassung vor dem 30.01.1933 in Kraft. Die enthielt keine Änderungen der Nazis. Proklamation Nr.2, Abschnitt III, Abs. 7a besagt, dass die diplomatischen, konsularen, Handels- und andere Beziehungen des Deutschen Reiches aufhörten zu bestehen. Es ist nicht von der Auflösung des Deutschen Reichs die Rede. Das Deutsche Reich besteht weiter! In SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII, Abs. 9e ist auch der Begriff Deutschland definiert:

“Deutschland” bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.”

Der 31. Dezember 1937 wurde ganz bewußt als Datum gewählt, weil mit dem Anschluß Österreichs ab 1938 das nationalsozialistische Großdeutsche Reich entstand, welche 1945 wieder aufgelöst wurde. Das „Großdeutsche Reich“ Adolf Hitlers wurde ab 1945 zum 3. Reich zurück gestuft, damit die Täuschung nicht auffliegt.

(Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14. Juli 1945; Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

In der “Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten “Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands”, vom 5. Juni, heißt es weiter:

[...] „Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung (Aneignung) Deutschlands.“

Besetzung des Deutschen Reiches durch die Alliierten

Die Alliierten waren die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Französischen Republik. Diese Großmächte regelten die Besetzung Deutschlands in einem Abkommen. In dem so genannten Londoner "Protokoll über die Besetzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin" vom 12. September 1944, das seit dem 7./8. Mai 1945 in Kraft trat (letzte Fassung vom 13.08.1945), heißt es in Punkt 1:

Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt, von denen je eine einer der vier Mächte zugewiesen wird, und ein besonderes Berliner Gebiet, das der gemeinsamen Besatzungshoheit der vier Mächte unterworfen wird.

Die Ostzone, zu der auch Ostpreussen gehörte, wurde von der UDSSR besetzt. Die Nordwestzone von den Briten, die Südwest-Zone von den Amerikanern und die Westzone von den Franzosen. Das Gebiet Berlin wurde unter allen Alliierten aufgeteilt.

Nr. 8 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. März 1955

405

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen

(in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954
in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes
in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

(as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination
of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany,
signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

(texte amendé conformément à l'Annexe IV
du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation
dans la République Fédérale d'Allemagne,
signé à Paris le 23 Octobre 1954)

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

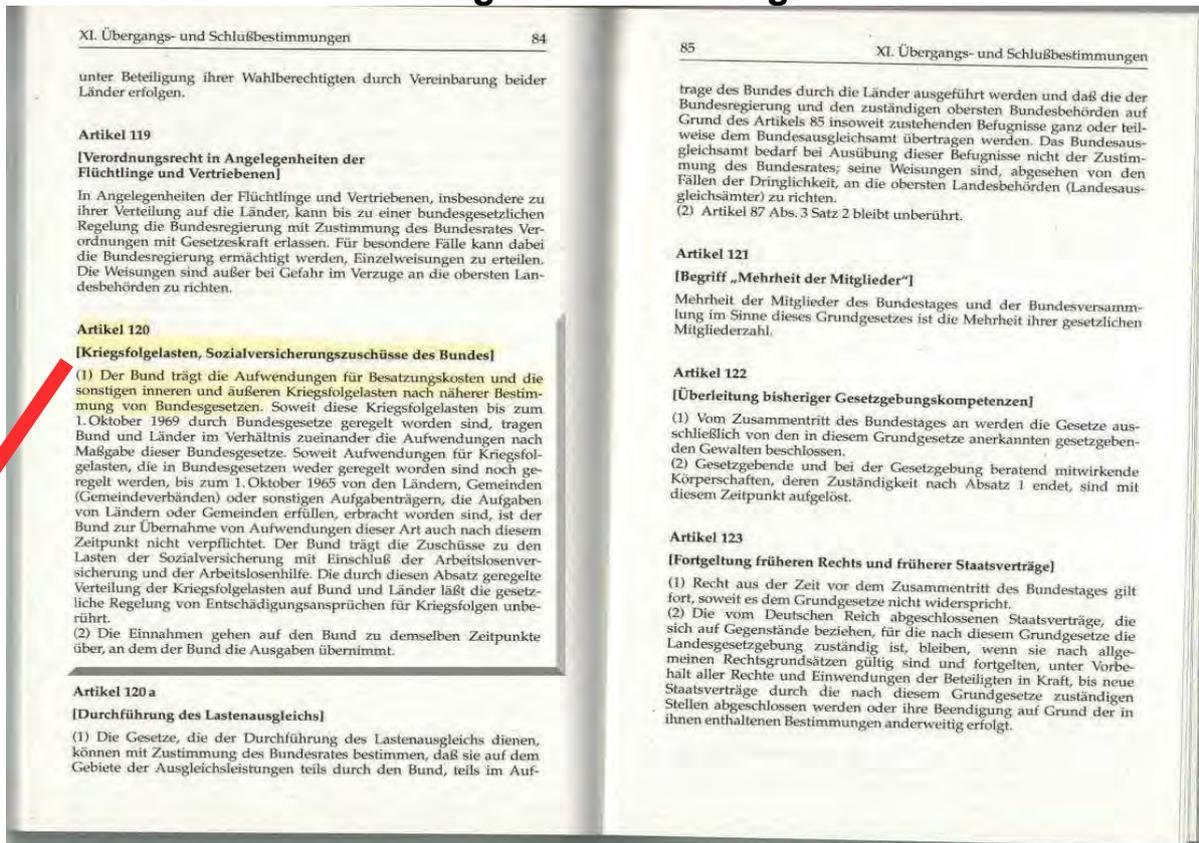
Article 2

1. All rights and obligations created or established by or under legislative, administrative or judicial action of the Occupation Authorities are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without discrimination to the same future legislative, judicial and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German municipal law.

Article 2

1. — Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités d'Occupation, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit interne allemand ou en vertu de ce droit.

Beweis Grundgesetz Besatzungsartikel 120



Beweis Grundgesetz Entnazifizierungsartikel 139

keiten, die auf Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger beruhen.

Artikel 136**[Erster Zusammentritt des Bundesrates]**

- (1) Der Bundesrat tritt erstmalig am Tage des ersten Zusammentrittes des Bundestages zusammen.
- (2) Bis zur Wahl des ersten Bundespräsidenten werden dessen Befugnisse von dem Präsidenten des Bundesrates ausgeübt. Das Recht der Auflösung des Bundestages steht ihm nicht zu.

Artikel 137**[Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, gesetzliche Beschränkungen]**

- (1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bund, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.
- (2) Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.
- (3) Die dem Bundesverfassungsgerichte gemäß Artikel 41 Abs. 2 zustehende Befugnis wird bis zu seiner Errichtung von dem Deutschen Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet wahrgenommen, das nach Maßgabe seiner Verfahrensordnung entscheidet.

Artikel 138**[Süddeutsches Notariat]**

Änderungen der Einrichtungen des jetzt bestehenden Notariats in den Ländern Baden, Bayern, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern bedürfen der Zustimmung der Regierungen dieser Länder.

Artikel 139**[Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften]**

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Artikel 140**[Recht der Religionsgesellschaften; Glaubensfreiheit; Schutz von Sonn- und Feiertagen]**

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919*) sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Artikel 141**[Religionsunterricht, Bremer Klausel]**

Artikel 7 Absatz 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.

Artikel 142**[Grundrechte in Landesverfassungen]**

Ungeachtet der Vorschrift des Artikels 31 bleiben Bestimmungen der Landesverfassungen auch insoweit in Kraft, als sie in Übereinstimmung mit den Artikeln 1 bis 18 dieses Grundgesetzes Grundrechte gewährleisten.

Artikel 142 a**[aufgehoben]****Artikel 143****[Einigungsbedingte Abweichungen vom Grundgesetz]**

- (1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum 31. Dezember 1992 von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein.
- (2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIII, VIIIa, IX, X und XI sind längstens bis zum 31. Dezember 1995 zulässig.
- (3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, daß Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrages genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden.

*) Siehe Seite 98 f.

BGBI. 1955 II S. 405:

**Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen
("Überleitungsvertrag")**

(In der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, geänderten Fassung) Amtlicher Text, BGBI. 1955 II S. 405. Die ursprüngliche Fassung des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 26.5.1952 (BGBI. 1954 II S. 157) ist nicht in Kraft getreten. Auszug aus dem Vertragstext.)

"Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik sind wie folgt übereingekommen:

Erster Teil – Allgemeine Bestimmungen

Artikel 2

- (1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen."

BGBI. II 1990 S. 1386:

Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (In der geänderten Fassung)

- (2) Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) («Überleitungsvertrag») gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft; das gilt auch für die Briefe und die Briefwechsel zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag.
- (3) **Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrags bleiben jedoch in Kraft:**
Erster Teil: Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis «... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern» sowie Absätze 3, 4 und 5, **Artikel 2 Absatz 1**, Artikel 3 Absätze 2 und 3, Artikel 5 Absätze 1 und 3, Artikel 7 Absatz 1 Artikel 8.
Dritter Teil: Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs

Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit¹

Straßburg/Strasbourg, 6.XI.1997

¹Nichtamtliche Übersetzung Deutschlands

Die BRD erklärt zu diesem Übereinkommen folgendes:

Declaration contained in a Note verbale from the Permanent Representation of Germany, dated 16 January 2002, handed to the Secretary General at the time of signature of the instrument, on 4 February 2002 - Or. Engl./Germ.

Germany declares that the procedure for the admission of late expatriates (*Spätaussiedler* - persons of German ethnic origin who have their residence in countries of the former Eastern Bloc) and of their spouses or descendants is not aimed at acquiring the German nationality and that it is not part of any procedures relating to nationality.

Rationale

Article 10 of the European Convention on Nationality stipulates that applications relating to the acquisition of a State's nationality be processed within a reasonable time. As a rule, the aim of persons going through the admission procedure is to obtain admission to Germany. Under the new provisions of Section 7 of the StAG, a German within the meaning of Article 116, paragraph 1, of the Basic Law² who does not possess German nationality shall acquire German nationality *ex lege* upon the issue of the certificate (on his/her status as a late expatriate) as provided under Section 15, paragraph 1 or 2, of the

Kein Friedensvertrag Keine Grenzgarantie

Nr. 354B

Anlage 2

Protokoll des französischen Vorsitzenden

3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.²

Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.

4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.

Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., keinen Friedensvertrag oder eine Friedensvereinbarung nicht beabsichtigen sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354- Deutsches Freies demokratisches Parlament Nr. 22 vom 4. März 1990] Nr. 354B: Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]

VS-Verschlusssache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Handwritten signature

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

Handwritten initials

NUR FÜR MINISTER

St r e n g s t e V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom
21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

*Original
Gibt es
Vermutlich!*

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

*Original
Stark!*

Hochachtungsvoll

Handwritten signature
Dr. Rickermann
Staatsminister

Original erhalten am: 6
z.d.A. am: 14.9.92
WVl am:

*Dieses Papier wurde uns aus der Schweiz zugespielt. (Geheimdienst ?)
Die Echtheit wurde bisher nicht widerlegt.*

Das streng geheime Zusatzabkommen zum 2 Plus 4 Vertrag

zwischen den vier Siegermächten des zweiten Weltkrieges: England, Frankreich, USA, UdSSR auf der einen Seite und Vertretern der BRD und der DDR auf der anderen Seite für den Zusammenschluss von BRD und DDR zu einem Staat.

Zu dem 2 Plus 4 Vertrag gibt es ein streng geheimes Zusatzabkommen, welches nur einem sehr kleinen Personenkreis bekannt ist, durch die Medien nicht veröffentlicht oder erwähnt werden darf und welches eines der am meisten geschützten Staatsgeheimnisse der BRD ist. Hieraus einige Einzelheiten:

Die der BRD verbleibenden Dienststellen (zivil und militärisch), wie Kasernen, Flugplätze, Funkstellen und weitere Liegenschaften der o.a. Siegermächte verbleiben weiterhin deren Hoheitsgebiete, was z.B. folgende Auswirkung haben kann:

Kein deutscher Ermittlungsbeamter, Staatsanwalt, Richter usw. darf in diesen Hoheitsgebieten tätig werden, z.B. in Ermittlung bei Kapitalverbrechen, dem Verdacht des Rauschgifthandels usw.

Die Siegermächte behalten das Recht, jederzeit auf dem Territorium der BRD zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete ohne Zustimmung deutscher Stellen einzurichten und zu unterhalten; wenn sie es zum Schutze eigener Interessen für erforderlich halten, z.B. Abflugstellen von Flugzeugen, Raketen, Aufklärungsflyern, zur Verbrechensbekämpfung usw.

Die bedrückendsten Regelungen finden sich im Artikel 2 des Zusatzabkommens. Darin ist geschrieben, dass die o.a. Siegermächte ihre Vorbehaltsrechte auf folgenden Gebieten uneingeschränkt behalten:

- die elektronische Medien (Rundfunk, Fernsehen etc.)
- Die Printmedien (Zeitungen, Magazine, Verlage)
- Filme,
- Kultur (Theater, Musik)
- Erziehungs- und Bildungswesen (Lehrpläne etc.)

Die Rechte erstrecken sich auf Aufsicht, Kontrolle, Lenkung. In der Praxis bedeutet dies, dass weiterhin amerikanische Filme in den deutschen Filmtheatern, im Fernsehen, im Videohandel mit ihren brutalen Mord- und Sexszenen im Vertrieb sein werden. In den Massenmedien wird die Sprachregelung weiterhin praktiziert, Sprach- und Denkverbote bleiben bestehen. In den Schulen wird immer noch das Geschichtsbuch im Sinne der Sieger vermittelt, deutsche Klassiker werden immer weniger angeboten, an die Stelle von Bildung tritt schmalspurige Ausbildung.

Durch Artikel 2 wird eine bisher nicht gekannte GEISTIGE OKKUPATION DES DEUTSCHEN VOLKES für alle Zeiten festgelegt.

P.S. Das Hamburger Magazin "Der Spiegel" z.B. wurde durch den englischen Secret Service zur Beeinflussung des deutschen Volkes geschaffen. Die vielen und erschauerlichen "Enthüllungen" dieses Blattes sind nur möglich, weil dahinter das Agentennetz des englischen Geheimdienstes steht. Der Engländer Sefton DELMER, der geistige Vater des Spiegels schrieb nach dem Zusammenbruch des Reiches:

"Wir werden die Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern bis niemand mehr ein gutes Wort von den Besiegten annehmen, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien noch gehabt haben und sie selber so durcheinander sein werden, dass sie nicht mehr wissen, was sie tun".

(Sefton Delmer)

Die Deutschen Gesetze zum Datenschutz gelten nicht für die vier Siegermächte, deren "Dienste" ohne Erlaubnis durch deutsche Stellen z.B. Telefon- und Fax - Nachrichten deutscher und anderer Bürger abhören dürfen, Wohnungen, Hotels, Konferenz usw. durch elektronische Abhörmittel belauschen dürfen (großer Lauschangriff). Deutsche Datenschutzbefugte haben es bisher nicht gewagt, diesen Tatbestand anzusprechen.

weitere Beweise zur Gültigkeit alliierten Rechts in Deutschland

www.tv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/ffo/page/bshesprod.psm1?action=controls.jw.PrintOrSave

Hessenrecht Rechts- und Verwaltungsvorschriften Einzelnorm

juris-Abkürzung: Verf HE	Quelle: 
Fassung vom: 01.12.1946	Gliederungs-Nr: 10-1
Textnachweis ab: 01.01.2004	
Dokumenttyp: Gesetz	

**Verfassung des Landes Hessen
Vom 1. Dezember 1946**

Artikel 159

Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.

© juris GmbH

Sanktionskriege gegen "Kunden"

SHAEF Gesetz Nr. 1 Art. 3 Abs. 4:

Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kund gemacht wurden, ist verboten.

Artikel 139 Grundgesetz:

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

**LAWS AND GENERAL ORDERS
WITH INSTRUCTIONS
OF MILITARY GOVERNMENT FOR GERMANY
AREA OF CONTROL OF SUPREME COMMANDER**

Anton Mayer

**GESETZE UND VERORDNUNGEN
mit Anweisungen und Instruktionen
der Militärregierung Deutschland
Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers**



Zusammengestellt von N. Friedrichsen, Devisensachbearbeiter
der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank München

Druck: Universitätsbuchdruckerei Dr. C. Wolf & Sohn, München

which a Military Government Gazette purports to pertain, shall be deemed to have notice of the documents therein published.

5. In case of any discrepancy between the English text of a Military Government Gazette and the German translation thereof as published, the English text shall prevail.

6. Nothing herein affects the validity or effectiveness of any order or direction issued by, or under the authority of, the Military Government, published or posted otherwise than as herein prescribed.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

MILITARREGIERUNG — DEUTSCHLAND
KONTROLL-GEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

Gesetz Nr. 4

AMTSBLATT DER MILITARREGIERUNG — DEUTSCHLAND

Um der Bevölkerung des besetzten Gebietes Deutschlands die Maßnahmen bekanntzugeben, die von dem Oberstkommandierenden der Alliierten Streitkräfte und der Militärregierung — Deutschland getroffen werden, wird folgendes verordnet:

ARTIKEL I

Herausgabe von Amtsblättern

1. Eine Veröffentlichung unter dem Namen "MILITARY GOVERNMENT GAZETTE, GERMANY" (Amtsblatt der Militärregierung — Deutschland) wird von Zeit zu Zeit in jedem Gebiete Deutschlands erscheinen, das von Armeegruppen unter dem Kommando des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte besetzt ist. Darin werden von Zeit zu Zeit alle Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und alle anderen an die Bevölkerung des besetzten deutschen Gebietes von der Militärregierung erlassenen Bestimmungen veröffentlicht werden. Jedes derartige Amtsblatt wird in seinem Zusatztitel angeben, auf welches Gebiet es sich bezieht.

2. Verordnungen, Bekanntmachungen und andere Anordnungen, die von Hauptquartieren der Militärregierung in Ländern, Provinzen und anderen politischen Bezirken des besetzten Gebietes erlassen und nur innerhalb dieser Teilgebiete anwendbar sind, werden in Amtsblättern desselben Namens veröffentlicht. Das betreffende Amtsblatt wird jedoch einen Zusatztitel haben, welcher anzeigt für welchen politischen Bezirk es gilt.

ARTIKEL II

Rechtswirkung der Veröffentlichung

3. Vorlage einer Ausgabe des Amtsblattes der Militärregierung gilt als hinreichender Beweis in jeder Hinsicht für alle Gerichte betreffend den gültigen Erlaß und den Inhalt irgend einer darin veröffentlichten Proklamation, Verordnung, Bekanntmachung oder sonstigen Bestimmung.

4. Es besteht die unwiderlegbare Rechtsvermutung, daß alle Personen im besetzten Gebiet Deutschlands oder einem der politischen Bezirke, für das ein Amtsblatt der Militärregierung gilt, Kenntnis von den in den Amtsblättern enthaltenen Veröffentlichungen haben.

5. Im Falle eines Unterschiedes zwischen dem englischen Wortlaut des Amtsblattes der Militärregierung und der deutschen Übersetzung gilt der englische Wortlaut.

30

6. Die Rechtsgültigkeit und Wirksamkeit eines Befehles oder einer Bestimmung, die von der Militärregierung oder in deren Auftrage veröffentlicht oder angeschlagen wurden, bleibt unberührt, falls die Bekanntmachung nicht in der hier vorgeschriebenen Art erfolgte.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

MILITARY GOVERNMENT — GERMANY
SUPREME COMMANDER'S AREA OF CONTROL

Law No. 5

DISSOLUTION OF NAZI PARTY

In order to end the regime of lawlessness, terror, and inhumanity established by the Nazi Party within the occupied territory, it is hereby ordered:

1. To the full extent of their operation in the occupied territory, the National Socialist German Labor Party, and the offices, organisations and institutions listed below are dissolved and declared illegal, all Party activities and the activities of the following offices, organisations and institutions, except as mentioned in Paragraph 5, are prohibited.

1. Partei-Kanzlei,
2. Kanzlei des Führers der NSDAP,
3. Auslandsorganisation,
4. Volksbund für das Deutschtum im Ausland,
5. Volksdeutsche Mittelstelle,
6. Parteiämterliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums,
7. Reichsorganisationsleiter der NSDAP,
8. Reichsschatzmeister der NSDAP,
9. Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP,
10. Reichspropagandaleiter der NSDAP,
11. Reichsleiter für die Presse, and Zentralverlag der NSDAP (Eher Verlag),
12. Reichspressechef der NSDAP,
13. Reichsamt für das Landvolk,
14. Hauptamt für Volksgesundheit,
15. Hauptamt für Erzieher,
16. Hauptamt für Kommunalpolitik,
17. Hauptamt für Beamte,
18. Beauftragter der NSDAP für alle Volkstumsfragen,
19. Rassenpolitisches Amt der NSDAP,
20. Amt für Sippenforschung,
21. Kolonialpolitisches Amt der NSDAP,
22. Außenpolitisches Amt der NSDAP,
23. Reichstagsfraktion der NSDAP,
24. Reichsfrauenführung,
25. NSD-Arztbund,
26. Hauptamt für Technik,

31

VERORDNUNGSBLATT der Stadt Berlin

Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Berlin.
Erscheint nach Bedarf. — Bezugspreis vierteljährlich
3.— RM einschließlich Postgebühren, Einzelheft 1.— RM



Bestellungen sind zu richten an die Verlagsabteilung
der Magistratsdruckerei, Berlin N 4, Lützenstr. 139—140
Telefon 42 46 51 — Postfach Nr. Berlin 1006 71

1. Jahrgang / Nr. 8

5. Oktober 1945

Tag	Inhalt	Seite
20. 9. 1945	Proklamation Nr. 2 des Kontrollrates	95

Bekanntmachungen der Alliierten

Proklamation Nr. 2 des Kontrollrates



Besatzungsstatut der Westalliierten

Hohe Hand im In- und Ausland

5 HAFTUNG

Allgemeine Geschäftsbedingungen BRD GmbH (AGB)

5.2 Entsteht darüber hinaus ein gesetzliches oder rechtsgeschäftsähnliches Schuldverhältnis zwischen der Finanzagentur und den Geschäftspartnern, haftet die Finanzagentur gegenüber den Geschäftspartnern wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit unbeschränkt. Im Übrigen haftet die Finanzagentur gegenüber den Geschäftspartnern nur für vorsätzliches und grob fahrlässiges Verschulden. Die Haftung umfasst in den Fällen des 5.2 nicht die mittelbaren Schäden oder den entgangenen Gewinn. Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- und Ausland) eintreten.



Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB-Banken)

(3) Störung des Betriebs

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von

ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

Alliiertes Recht ist in Deutschland bis heute voll rechtsgültig!

Die BRD ist keine Heimat

Das Besatzungsstatut der Alliierten ist gültig.

AGB Banken

Haftung ... Verfügungen von Hoher Hand in In- und Ausland.

Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz von Berlin (Postdamer Abkommen vom 2. August 1945)

B. Wirtschaftliche Grundsätze

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist in möglichst vollem Umfang die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen.

So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.

Bestätigung Besatzungsrecht Bundesministerium der Justiz

Abschrift



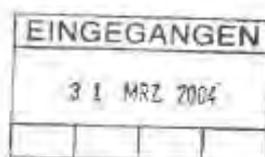
Bundesministerium der Justiz

Dienstleistungszeichen: E 4 - 9181 II E2 338/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Berlin, den 29. März 2004

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Lieferanschrift: Kronenstraße 41, 10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 5 80 - 0
(030) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 18 88 5 80 - 95 14
(030) 20 25 - 95 14
Telefax: 0 18 88 5 80 - 95 25
(030) 20 25 - 95 25

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm



Betr.: Überleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr Weisheit,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt haben.

Ihre Annahme, wonach der Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl. 1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Hiestand)

Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 ist bis heute rechtsgültig!

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 140

„Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.“

Google Übersetzer GG - Einzelnom

www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

zurück

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

weiter

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 140

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Fußnote

(+++ Nichtamtlicher Hinweis:
Die aufgeführten Artikel der deutschen Verfassung vom 11.8.1919 - ebenfalls abgedruckt unter der FNA Nr. 100-2 (siehe juris-Abk: WRV) - lauten wie folgt:

Art. 136

- (1) Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.
- (2) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.
- (3) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.
- (4) Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

Art. 137

- (1) Es besteht keine Staatskirche.
- (2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen.
- (3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.
- (4) Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes.
- (5) Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbande zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.
- (6) Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.
- (7) Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.
- (8) Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob.

Art. 138

- (1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtsstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.
- (2) Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.

Art. 139

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Art. 141

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

+++)

zum Seitenanfang

Datenschutz

Seite ausdrucken

Weimarer Reichsverfassung ist Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (BRD)



Bundesverfassungsgericht

- Allgemeines Register -

Bundesverfassungsgericht • Postfach 1771 • 76006 Karlsruhe

Herrn



Aktenzeichen

AR 4044/15

(bei Antwort bitte angeben)

Bearbeiterin

Frau Welsch

☎ (0721)

9101-409

Datum

26.06.2015

Ihr Schreiben vom 20. Juni 2015

Sehr geehrter Herr 

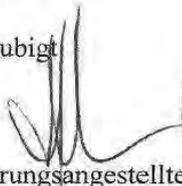
das Bundesverfassungsgericht kann grundsätzlich nur im Rahmen seiner durch das Gesetz festgelegten Zuständigkeit tätig werden. Danach kann sich der einzelne Bürger lediglich mit einer Verfassungsbeschwerde hierher wenden. Eine solche wollen Sie ersichtlich nicht erheben.

Zu Ihrer Anfrage hinsichtlich der Gültigkeit der Weimarer Verfassung werden Sie auf Art. 140 des Grundgesetzes hingewiesen. Darüber hinaus kann Ihnen jedoch zu diesem Thema keine Auskunft erteilt werden. Es wird insoweit um Verständnis gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Krause-Reul
AR-Referentin

Beglaubigt



Regierungsangestellte



Dienstgebäude: Schlossbezirk 3, 76131 Karlsruhe
Postfach 1771, 76006 Karlsruhe
Telefon 0721/9101-0 • Telefax 0721/9101-382

Bestätigung Bundesverfassungsgericht



Zitat Minister Schäuble, 18.11.2011:

“Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Konkurrenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus. Das war die alte Ordnung, die dem Völkerrecht noch zugrunde liegt, mit dem Begriff der Souveränität, die in Europa längst ad absurdum geführt worden ist, spätestens seit den zwei Weltkriegen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Und wir in Deutschland sind seit dem 8.Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.”

Nikolai Starikov

Deutschland und Japan sind nicht souverän



Kernaussagen über das Grundgesetz in Deutschland und seine Entstehung:

- 1. Das Grundgesetz wurde der BRD ohne Volksabstimmung verordnet.**
- 2. Die Befreiung der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wurde 1949 und 1990 ignoriert.**
- 3. Das Grundgesetz ist ein Fremdbestimmtes Recht.**
- 4. Das Grundgesetz ist keine Verfassung.**
- 5. Das Grundgesetz ist ein Provisorium, dass nur bis zur Befreiung Deutschlands aus der BRD- EU-Nazikolonie gilt.**
- 6. Die Westalliierten haben IN Deutschland bis heute ihre Machtbefugnisse.**
- 7. Das Besatzungsrecht steht über dem Grundgesetz.**

Bundesrepublik Deutschland ist der offizielle Rechtsnachfolger des 3. Reiches von Adolf Hitler

IGH Den Haag: Die BRD Ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs!

3. Februar 2012 Vincemus

87 Kommentare

```
130 ZDFtext Fr 03.02.12 16:03:46
ZDFtext heute
Nachrichten
Entschädigung für Nazi-Opfer: UN-
Gericht urteilt für Deutschland
Deutschland kann nicht vor ausländi-
schen Gerichten wegen NS-Kriegsverbre-
chen verklagt werden. Das oberste UN-
Gericht - der Internationale Gerichts-
hof in Den Haag (IGH) - entschied, dass
Deutschlands Souveränität dadurch in-
frage gestellt würde.
Ein italienisches Gericht hatte im Jahr
2008 einem italienischen Arbeiter das
Recht auf eine Entschädigung zugespro-
chen. Er war im Jahr 1944 nach Deutsch-
land verschleppt worden und musste
Zwangsarbeit in einer Rüstungsfabrik
leisten. Der IGH sprach dem italieni-
schen Gericht die Zuständigkeit ab.
112 <- Übersicht -> 131
```

Schluß mit der Raterei!

Der Internationale Gerichtshof hat es explizit festgestellt:

siehe auch:

[Klagen gegen Deutschland wegen NS-Taten unzulässig](#)



(3) stellt fest mit vierzehn zu einer Stimme, dass die Republik Italien ihre Verpflichtung missachtet hat, die Immunität, welche die BR(v)D unter Völkerrecht genießt, zu respektieren, indem sie in Italien einklagbare Beschlüsse von griechischen Gerichten anmeldet, die Brüchen von humanitärem Völkerrecht durch das Deutsche Reich in Griechenland zu Grunde liegen: (...)



**Bestätigung: BRD kein Staat, Rechtsnachfolger 3. Reich - Adolf Hitler
Landrat Demmin in Mecklenburg**

LANDKREIS DEMMIN DER LANDRAT



HAUPTDIENSTGERÄUDE
Neuansicht
Adolf-Pompe-Straße 13 - 15
17109 Demmin

Postfachanschrift: Postfach 12 54 17102 Demmin
Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: www.landkreis-demmin.de

Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin

Frau

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Ort

Datum

33.30.20

Demmin

1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENSTELLE ALTENTREPLOW
Brunnenstr. 4 Postfach 15 69
17067 Altentrepow 17081 Altentrepow
☎ (0 39 81) 2 70-0 ☎ (0 39 81) 2 70-2 00
Verwaltung
Telefax

AUSSENSTELLE MALCHIN
Fritz-Roster-Platz 7 Postfach 12 62
17179 Malchin 17132 Malchin
☎ (0 39 94) 2 99 98 84 ☎ (0 39 94) 2 99 98 99
Gesundheitsamt Jugendamt
Telefax ☎ (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310607305
(BLZ. 150 202 00)

Warum ist der Abschluß der Welt- Friedensverträge nur mit Weimarer Reichsverfassung möglich?

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das GrundGesetz für die BRD ist keine Verfassung.

Beweis Schlußartikel 146 GG.

GG Art. 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.
...nur auf Grund eines Gesetzes.

Beweis GG Art. 146

GG Art. 116 (1) Deutscher ist ...wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ..Beweis StAAusweis

Die Staatsangehörigkeit „deutsche Staatsangehörigkeit“ v. 05.02.1934. Beweis NaZi-Gesetz

GG Art. 139 Entnazifizierung ist gültig. Beweis BMI 2. Mai 2012 Az. V I 1-110 010/1 II

GG Art. 140 Die Bestimmungen der Art. 136/137/138/139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes

GG Art. 146 Dieses Grundgesetz .. verliert seine Gültigkeit .. eine Verfassung in Kraft tritt ..

Deutschland ist größer als die BRD.

Beweis: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland 3 Verwaltungszonen

Beweis: Bonn ist die Hauptstadt der BRD 1 Verwaltungzone

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören.

**Eine neue Verfassung hebt Deutschlands Verwaltungszonen nicht auf.
Die deutschen Völker sind seit 1934 rechtlos und erhalten mit dem GG
Art. 146 ihre Rechte mit der deutschen Verfassung von 1919 zurück.**

Ernst Gottfried Mahrenholz Vizepräsident Bundesverfassungsgericht

„Von einer neuen Verfassung spricht der Artikel 146 auch gar nicht.
Er spricht von einer Verfassung, die das Grundgesetz ablöst“.

Beweis: Der Spiegel 14/1994

Das GG wird mit der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ungültig.

Nur mit dieser Verfassung kann die wirkliche Souveränität Deutschlands erreicht werden.

Beweis: Minister Schäuble Frankfurt EBC 20.Nov. 2011 Die BRD ist nicht souverän.

Der deutsche Befehlsempfänger Du bist nicht souverän.

Heimat ist ein Paradies

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Moskauer Vertrag 1970 Willy Brandt / Deutsch-polnischer Grenzvertrag 1991 Genscher

Alle BRD-Verträge mit der deutschen NaZi Staatsangehörigkeit von 1934 sind nichtig.

Protokoll des französischen Vorsitzenden Paris am 17. Juli 1990 Nr. 354B Anlage 2
.. diese Erklärung für die polnische Regierung **keine** Grenzgarantie darstellt.
Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu ... daß ein **Friedensvertrag** oder eine
Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Beweis: Anlage

2+4 Verhandlung: Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig:

Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117 ISBN 3-486-56360-2

Der 2+4 Vertrag überlagert den Waffenstillstand II. WK und verhindert die Friedensverträge.
Das streng geheime Zusatzabkommen zum 2 Plus 4 Vertrag ersetzt die Kanzlerakte.

Beweis: Anlage Das 2+4 Zusatzabkommen löste die von Egon Bahr bestätigte Kanzlerakte ab.

Alle BRD-Verträge mit der deutschen NaZi Staatsangehörigkeit von 1934 sind nichtig.

Mit der Umsetzung Artikel 146 werden die deutschen Völker endlich wieder frei und bestimmen ihre Zukunft selbst. Der Waffenstillstand II. WK kann sofort durch die Auflösung des GG durch Friedensverträge mit den Siegermächten und Feindstaaten beendet werden. Die Verwaltungszonen werden nur durch den Status der Landesstaatsangehörigkeit 1919 für Deutschland aufgehoben. Damit ist der Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei.

Nur die Verfassung von 1919 hat den Status, die Verwaltungszonen aufzuheben.

Deutschland ist seit 1933/34 Kolonie. Seine Bewohner wurden heimatlos und damit rechtlos. Die Staatsangehörigen aus Deutschland verloren ihre Heimatangehörigkeit mit der Verordnung v. 05.02.1934 über die **deutsche Staatsangehörigkeit R=StAG**. Der Status, deutsche Staatsangehörigkeit, bedeutet die **komplette Entrechtung, Entmachtung, Enteignung**.

Die **deutsche Staatsangehörigkeit** wurde unter Zwang verliehen.

Beweis: Anlage Amtsblatt für SH 1946 S.23 und Neues Staatsrecht Auflage 1936 Seite - 54 -

Die Zwangsangehörigkeit wurde bis heute nicht aufgehoben, sondern stillschweigend mit dem RuStAG von 1913 ausgetauscht. R=StAG vom 05.02.1934 / BGBl. Teil III 1959.

Beweis: Anlage **StAG 1913 v. 08.12.2010**

Die BRD hat gelogen und betrogen. Die BRD ist keine Heimat.

Heimat ist ein Paradies

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das Thema mit der deutschen Frage ist nicht einfach. Wichtig ist, sich nicht noch weiter von der Heimat zu entfernen. Das Ziel ist, zurück in die Heimatangehörigkeit von 1919.

Mit der Umsetzung Artikel 146 wird das Grundgesetz der BRD seit 2009 ungültig. Das öffnet den deutschen Völkern das Tor zur Heimat. Voraussetzung - Urkunde 146 unterzeichnen.

Der ESM-Vertrag ermächtigt die EU-Verwaltung, die Heimat Deutschland zu vernichten.
Die Deutschen werden am Nasenring in die EU gezogen.
Bundesverfassungsrichter und Bundespräsident entscheiden über Europa.

Die deutschen Völker entschieden jetzt selbst über die Zukunft Deutschlands.

Die Heimatangehörigkeit

Status von 1934 die deutsche Staatsangehörigkeit / Zwangsangehörigkeit Rechtlos
Status von 1919 die Landesstaatsangehörigkeit / Recht auf Heimat und Frieden

Die Heimatangehörigkeit entfaltet ihre volle Kraft für Deutschland in den Grenzen von 1937.
Der Heimatstatus befreit die deutschen Völker von der **deutschen Staatsangehörigkeit** 1934.

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Der Stillstand der Rechtspflege.

Jeder Deutsche ist in der Pflicht, den Artikel 146 aus dem Grundgesetz umzusetzen, damit
Deutschland in den Grenzen von 1937 wiedervereinigt wird.

1945 Die Deutschen behalten durch Kriegslist die deutsche Zwangsangehörigkeit von 1934.
1945 Die Österreicher erhielten ihre Heimatangehörigkeit **Österreich** zurück.

Artikel 146 GG umsetzen Status von 1919 Recht auf Frieden Grundgesetz wird ungültig.

Einigkeit und Recht und Freiheit
für die deutschen Völker

Urkunde 146 unterzeichnen

Heimatangehörigkeit 1919 Landestaatsangehörigkeit

Heimatländer: Freistaat Preußen, Freistaat Bayern, Freistaat Sachsen, Freier Volksstaat
Württemberg, Freistaat Baden, Land Thüringen, Volksstaat Hessen, Freie und H. Hamburg,
Freistaat Mecklenburg-Schwerin, Freistaat Oldenburg, Freistaat Braunschweig, Freistaat
Anhalt, Freie und H. Bremen, Freistaat Lippe, Freie und H. Lübeck, Freistaat Mecklenbur-
Strelitz, Freistaat Waldeck, Freistaat Schaumburg-Lippe.

Heimat ist ein Paradies

Kernaussagen zur Geschichte des Deutschlands (=Deutsches Reich):

- 1. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte am 08. Mai 1945 und nicht das 3. Reich von Adolf Hitler.**
- 2. Die Alliierten übernahmen die Kontrolle und Regierungsgewalt über das besetzte Deutschland.**
- 3. Keine Friedensvetträge mit über 54 Nationen**
- 4. Deutschland wurde 1945 nicht annektiert. Eine völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen der Besatzungszonen gibt es bis heute nicht.**
- 5. Das Deutsche Reich besteht innerhalb seiner Grenzen im Stand vom 31. Dezember 1937 weiter.**
- 6. Die Bundesrepublik Deutschland verwaltet nur Deutschland.**
- 7. Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 ist juristisch bis heute gültig.**
- 8. Das Gebiet Berlin hat immer noch einen internen Sonderstatus.**



Das 4. Reich der Europäischen Union (EU) - ein globales Projekt der Faschisten



Ist die Europäische Union ein Projekt von Adolf Hitler?

Die Europäische Union ist die Fortsetzung des III. Reichs mit anderen Mitteln. Die Nazis sind nach Ende des II. Weltkriegs nicht einfach verschwunden, sondern haben sich nur getarnt und ihre Ideologie in einer anderen Verpackung, unter einem anderen Namen aber mit selben Inhalt umgesetzt. Die wirklichen Faschisten befinden sich an höchster Stelle in der Politik, Wirtschaft, Industrie und Finanzen. Wie definierte Mussolini den Faschismus? Es ist die Verschmelzung der Staatsmacht mit der Konzernmacht. Er musste es ja wissen, er hat den Faschismus in den 20-Jahren erfunden und die Nazis haben diese totalitäre Ideologie später übernommen.

Was ist die oberste Maxime, welche die EU in allen Handlungen steuert? Es ist der freie Warenverkehr, der Binnenmarkt für Waren ohne Grenzen. Dazu kommt der frei Personenverkehr ohne Hindernisse, der billige Arbeitskräfte in der Union herum verschiebt und die sozialen Errungenschaften damit demontiert. Das heißt, die Europäische Union dient ausschließlich dem Wohle der Banken und Konzerne ... nicht der Menschen.

Der Faschismus wird heute den EU-Sklaven als toller Fortschritt verkauft.

Der treibende Motor hinter der Nazi-Ideologie eines europäischen Großreichs waren ursprünglich die deutschen Großkonzerne und Großindustriellen, die eine Markterweiterung für ihre Produkte wollten und eng mit den Nazis kooperierten. Verkauft haben sie die Expansion auf dem europäischen Kontinent mit dem Slogan "ein Volk, ein Reich ein Führer". Damit war nicht wirklich das deutsche Volk gemeint, sondern alle europäischen Völker, die dann mit der Wehrmacht erobert und in eine Einheit eingebunden wurden. Was ist aber die EU anders als die Umsetzung dieser Idee mit anderen Mitteln? Statt militärisch hat man die Länder mit der modernen, hocheffizienten **Kriegswaffe Wirtschaft** erobert, dem "*Gemeinsamen Markt*".

Statt nur einem Führer gibt es eine Führung, nämlich die EU-Kommission, plus den Präsidenten der Europäischen Kommission, sowie einen EU-Ratspräsidenten, ein Gremium das aber niemand wählen kann. Das EU-Parlament hat nichts zu sagen, darf nicht einmal Gesetze einbringen. Die EU ist demnach eine Diktatur, die nur die Fassade einer Demokratie darstellt. Dahinter steckt die Führungselite der City of London - der CFR von Rothschild.

Die Faschisten haben dazugelernt und ihr intelligentes Vorgehen wird lfd. verfeinert.

Die EU ist eine klassische Banken – und Konzerndiktatur geworden, in dem die ganze Politik nur zum Wohle der Auftraggeber ausgerichtet ist. Verkauft wird das den EU-Bürgern natürlich anders. Wenn man die Dokumente der EU liest dann steht dort, *"der Binnenmarkt erleichtert den Kauf und Verkauf von Produkten in den 28 Mitgliedstaaten mit einer Gesamtbevölkerung von über 500 Millionen Einwohnern. Er bietet den Verbrauchern ein reichhaltiges Angebot an Waren und ermöglicht es ihnen, beim Einkauf das beste und günstigste Produkt zu erstehen."*

Das heißt, die EU-Bürger werden nicht als Bürger mit Rechten betrachtet, sondern nur als völlig recht- und besitzloses Sklavenpersonal, als Verbraucher von Waren, welche die Konzerne produzieren.

Deshalb erfolgt auch die Vereinheitlichung- Gleichschaltung der Standards auf das tiefste Niveau, damit die Konzerne ihre Produkte herstellen und in der grenzenlosen Union teuer verkaufen können. Die Erweiterung dieses Nazi- Projekt ist das *TTIP, Transatlantic Trade and Investment Partnership oder Transatlantisches Freihandelsabkommen*, das den Markt ohne Hindernisse global erweitert.

Den Bürgern wird erzählt, diese Markterweiterung auf ganz Europa und mit dem TTIP auf ganz Nordamerika hat nur Vorteile, ist die *"unabdingbare Voraussetzung für den derzeitigen und künftigen Wohlstand der EU in einer globalisierten Wirtschaft."* Nur, was sehen wir seit mehr als 20 Jahren in der EU? Ein ständiger Rückgang des Wohlstands und der Rechte. Einen Abbau der sozialen Rechte, eine Demontage der Gewerkschaftsrechte, eine ständige Verletzung der Verfassungsrechte, überhaupt einen tiefen Einschnitt in alle Rechte. Die Gesetze und Vorschriften werden in Brüssel von dieser nicht gewählten Kabale gemacht und die Parlamente der EU-Mitgliedsländer haben nur noch die Aufgabe diese in lokales Recht umzusetzen. Die sog. *Volksvertreter* der gleichgeschalteten BRD-Parteien sind nur Befehlsempfänger der Faschisten aus Brüssel. Die Behauptung, die Europäische Union hätte mehr Demokratie gebracht, ist nur eine Propandalüge. Genau das Gegenteil ist der Fall. Noch nie haben die Menschen in der EU so wenig Mitspracherecht wie heute.

Wurde irgendjemand wirklich gefragt, ob man die Auflösung der Eigenstaatlichkeit in eine Superunion die von einem nicht gewählten Regime in Brüssel diktatorisch regiert wird will? Oder ob man die Aufgabe der eigenen Währung und damit der Souveränität über die Geldpolitik und Übernahme einer Gemeinschaftswährung mit zentraler Steuerung der EZB aus Frankfurt will? Nein. Das wurde über die Köpfe aller EU-Bürger beschlossen. Nicht nur die Führung in Brüssel kann man nicht wählen, auch die Führung der Europäischen Zentralbank nicht. Dabei sind das die einflussreichsten Entscheider über das tägliche Leben der EU-Bürger. Es wird uns aber erzählt, alle Macht geht vom Volk als Souverän aus. Das ist ja wieder nur eine platte Lüge. Die Troika bestehend aus EU-Kommission, EZB und IWF entscheidet wie viel oder wenig Wohlstand es gibt.

Man muss nur die Menschen in Zypern, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland oder Frankreich fragen, welchen Wohlstand sie im Vergleich zu früher genießen. Wie die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit heute extreme Formen angenommen hat. Wie sie

vor lauter Verzweiflung und Not flüchten müssen, entweder ihre Heimat verlassen oder gleich das Leben überhaupt durch Selbstmord.

Aber auch im sogenannten Kern von Europa ist die Situation katastrophal. Die Behauptung vieler Deutscher, "*es geht uns ja noch gut*", ist doch eine Selbsttäuschung. Nur weil man gerade noch über die Runden kommt, mit dem Einkauf bei Aldi oder Lidl, den Verzicht auf Urlaub und Auto, mit dem massiven Einschränkungen des Lebensstandards den Rückgang des Einkommens und der Kaufkraft kompensiert, heißt nicht es geht einem gut. Das ist schizophrener Selbstbetrug Reinkultur. Besonders viele BRD- Deutsche machen sich etwas vor, nur weil man die Realität nicht wahr haben will.

Es gab vor 1990 eine Zeit da konnte ein durchschnittlicher Familienvater mit seinem Lohn eine Familie ernähren, ja sogar ein Häuschen, Auto und Urlaub sich leisten. Das ist heute praktisch unmöglich. Der massive Einkommensverlust bei gleichzeitigen Einstieg der Lebenshaltungskosten, der Steuern und Abgaben, zwingt viele Familien dazu das Mann und Frau arbeiten müssen, ja sogar mehrere Jobs annehmen müssen. Nicht damit sie im Luxus leben, nein, nur damit sie überhaupt überleben! Profitiert von diesem Gesellschaftswandel, von dieser "modernen Konsumgesellschaft" haben nur die Konzerne und ihre Eigentümer. Es ist nun mal eine Tatsache, die Armut hat extrem zugenommen und die Reichen werden immer reicher. Ob in Europa oder den Vereinigten Staaten, der Mittelstand wird systematisch zerstört, die Masse der Armen hat zugenommen und die Herrscherkaste der 1% hat enormen Reichtum angehäuft.

Von der sogenannten Globalisierung und dem Freihandel haben nur die Banken und deren Großkonzerne profitiert. Sicher kein Handwerker, Klein- oder Mittelbetrieb. Nur die Konzerne können ihre Holding in einem Steuerparadies platzieren und die Produktion in ein Billiglohnland, optimieren damit ihren Profit. Sie zahlen die geringsten Steuern, beschäftigen die wenigsten Menschen, werden aber vom Staat in jeder Weise bevorzugt. Sie dürfen auch ständig grösser und damit mächtiger werden, sind zu einem Monster gewachsen das viele Staaten übertrifft. Das Resultat ist dann das "too big to fail", das Banken und Konzerne Staaten erpressen können. Was ist das überhaupt für eine freie Marktwirtschaft, wenn die Verluste der Steuerzahler trägt, aber die Gewinne die Aktionäre einsacken können? Wo die Verluste sozialisiert und die Profite privatisiert werden? Das ist Korporatismus in Reinform, oder wie Mussolini es beschrieb, Faschismus!

Faschismus ist die totale Macht der Banken und Konzerne, die den Staatsapparat für ihre Zwecke missbrauchen. Es hat in seiner neuen Form nach 1945 nichts mit Stechschritt, erhobenen Arm und braunen oder schwarzen Uniformen zu tun. Das waren nur Äußerlichkeiten, um die Menschen zu uniformieren und gleichzuschalten. Es hat auch nichts mit Nationalismus und Sozialismus zu tun. Heute macht man es anders. Es hat mit einer menschenverachtenden Ideologie zu tun, mit Kontrolle, mit Meinungsmanipulation, mit Bevormundung, mit der Schaffung von Feindbildern, mit Aggression und Krieg. Die heutigen Nazis sind Meister in der Täuschung. Sie geben sich nur äußerlich als sog. *Antifaschisten*, als *Demokraten*, als *Friedensengel*, als Verteidiger der Menschenrechte, als *Gutmenschen*, Dabei sind sie aber nichts weiter dieselben Nazi- & Kriegsverbrecher und Völkermörder wie früher.

Ihre Kunst ist es sich selber als "die Guten" hinzustellen, ihre Eroberungen und Kriege als etwas Gutes zu verkaufen. Krieg heißt bei Ihnen *Friedensmission*, *Kampf gegen den Terror*, den sie selber erschaffen. Leider fallen die meisten naiven und leichtgläubigen Menschen darauf rein. Sie sagen Ja zu den Interventionen in fremden Ländern, finden die Bombardierung der Zivilbevölkerung als richtig, meinen die Einschränkung der eigenen Rechte, der Überwachung und der Bespitzelung wäre in Ordnung, denn die "Sicherheit" und der "Schutz" wären es wert die eigene Freiheit aufzugeben. Was könne sie heute

noch frei entscheiden? Nichts, ausser welche Produkte man konsumiert, dabei wird sogar diese Entscheidung durch penetrante Werbung und Gehirnwäsche komplett beeinflusst. Die Menschheit ist zu einer manipulierbaren, gleichgeschalteten Masse verkommen, die alles grenzenlos mitmacht. Kritiker werden wie Aussätzige behandelt, als *Verschwörungstheoretiker*, *Nazis* und sogar als *Terroristen* bezeichnet.

Die welche versuchen aufzuklären und aufzuwecken sind die erklärten Feinde der faschistischen Konsumgesellschaft. Die Nazi-Ideologen der BRD- EU- Denkfabriken haben es geschafft die Dissidenten, die ihre dunklen Machenschaften durchschauen und Widerstand leisten, als *Rechtsextreme* hinzustellen. Wer sich für den Frieden oder gar die Befreiung seines Landes aus der Kolonie einsetzt, wird von deren Gleichschaltungsmedien in typischer Stürmer- und Goebbelsmanier als *Nazi* beschimpft. Die Faschisten stellen alles auf den Kopf: Sie verdrehen die Tatsachen, lügen und betrügen hemmungslos. Das aktuelle Beispiel sind die Vorgänge in der Ukraine. Die USA und die BRD- EU bringen durch einen bezahlt- organisierten, gewaltsamen Putsch ein faschistisches Regime in Kiew an die Macht. Westliche Politiker und Medien bezeichnen die Nazi-Schergen des "Rechten Sektors" als "*friedliche Aktivisten die einen demokratischen Wandel in der Ukraine wollen*". Die welche sich gegen diese Faschisten stellen sind wiederum böse "Separatisten" und "prorussische Milizen", ja sogar Terroristen, die man mit Soldaten und Panzer in Rahmen von *Antiterroroperationen* bekämpfen und töten muss.

Die Faschisten des Westens betreiben heute einen neuen Geschichtsrevisionismus, die Geschichte des II. Weltkriegs wird völlig umgeschrieben. Der Überfall auf die Sowjetunion durch Hitlers Wehrmacht war kein Angriffskrieg, sondern eine Befreiung der Ostländer und speziell der Ukraine. Das 27 Millionen Sowjetbürger durch diesen Krieg getötet wurden wird dabei verharmlost oder einfach ignoriert. Die Feierlichkeiten der Russen anlässlich des Sieges über Nazideutschland als Provokation bezeichnet. Ja es wird sogar die völlig absurde Behauptung aufgestellt, **Präsident Putin wäre der neue Hitler und Russland würde wie Nazideutschland vorgehen**.

Selbst der Faschist Prinz Charles hat das 2015 bei seinem Kanadabesuch gesagt. Dabei muss das britische Königshaus ganz still sein, denn es hatte enge Verbindungen zu Hitler und seine Familie sind Nazi-Sympathisanten. König Eduard VIII musste 1936 deswegen abdanken, weil er ein offener Bewunderer Hitlers war und ihn im Berghof bei Berchtesgaden sogar besucht hat.



König Eduard (links) neben Hitler

Hitlers Traum war, mit Eduard VIII, der König von Großbritannien und Kaiser von Indien

war, als Alliierten das britische Imperium mit dem III. Reich zu vereinen und damit ein faschistisches Weltimperium zu schaffen.

Wie eng die Zusammenarbeit zwischen Eduard und Hitler war zeigt die Tatsache, er informierte Berlin über die Außenpolitik Londons. Er gab die Information weiter, die britische Regierung würde nichts bei einer Remilitarisierung des Rheinlandes unternehmen. Mit diesem Wissen lies Hitler am 27. Februar 1936 die entmilitarisierte Zone im Rheinland wiederbesetzen, um die Souveränität des Reiches über die Westgrenze Deutschlands wiederherzustellen und die Versailler Vertragsbestimmungen weiter zu revidieren. Die Besetzung erfolgte ohne nennenswerte Reaktion von Seiten Englands und war ein weiterer Schritt in Hitlers Programm, Deutschland wieder als Großmacht aufzubauen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem britischen Königshaus und dem Nazi-Regime war bis 1937 sehr eng. Die Namensänderung auf "Windsor", der Name eines Schlosses, war ja nur eine Tarnung und eine Täuschung, denn tatsächlich heißen sie Haus Sachsen-Coburg und Gotha, den die Familie in Großbritannien seit 1840 trug und Deutsch war die Muttersprache von König Edward VIII.

Auch der Name Mountbatten war eine Anglisierung des Namens Battenberg. Eduard ging nach seiner Abdankung im Rang eines Generalmajors nach Frankreich. Dort hat er eng mit dem Nazi-Regime weiter heimlich kollaboriert. So hat Eduard im Februar 1940 die alliierten Pläne zur Verteidigung Belgiens an die Deutschen verraten und Hitler konnte seinen Blitzkrieg gegen Frankreich durchführen.

Wir wissen mittlerweile, wie eng auch die Verflechtung zwischen dem Großkapital und den Nazis war und wer sie überhaupt finanziert hat. Nicht nur aus Deutschland sondern auch aus Amerika kam viel Geld. Der Großvater von Präsident George W. Bush und Vater von Präsident George H. Bush war einer der Finanziere der Nazis mit seiner Bank. Prescott Bush heiratete in die Familie Walker ein und sein Schwiegervater George Herbert Walker war ein reicher Bankier. Er brachte seinen Schwiegersohn Prescott Bush bei Brown Brothers Harriman und später Union Banking Corporation unter. Der Inhaber war W. Averell Harriman. Mit dessen Bruder, E. Roland Harriman, war Bush zusammen in Skull and Bones, der satanischer Totenkult Himmlers SS.

Die Harriman Bank war der wichtigste Wall-Street-Kontakt für deutsche Firmen und auch die welche die verschiedenen finanziellen Interessen von Fritz Thyssen in den USA vertrat, der bis 1938 ein früher finanzieller Unterstützer der NSDAP gewesen ist. 1942 wurden Bushs Geschäftsanteile an der Union Banking Corporation enteignet, weil die New Yorker Bank gegen den "Trading with the Enemy Act" verstoßen hatte, also Handel mit dem Feind, nach dem Hitler den USA den Krieg erklärt hatte. Die Bush-Familie waren und sind durch und durch Nazis und schafften es zwei Präsidenten zu stellen. George H. Bush war Chef der CIA, dann Vizepräsident und dann Präsident. Wer hat denn die USA in einen faschistischen Polizeistaat verwandelt? Es war sein Sohn George W. nach 9/11, der damit einen Angriff auf Amerika inszenierte, wie Hitler den Reichstagsbrand.

Mit diesem "Angriff unter falscher Flagge", in dem man die Kommunisten als Täter hinstellte, wurde mit Ermächtigung und dem Kolonie Staatsgrundgesetz *Neues Staatsrecht* die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt und der Weg freigeräumt für die Errichtung der Nazi-Diktatur.

Genau das gleiche machte George W. Bush, in dem er die Moslems als Sündenböcke nahm und den "Krieg gegen den Terror" ausrief und sagte, "*entweder seid ihr für uns oder gegen uns*". Das ist reines Nazi-Vokabular. Er gab sich auch die Notverordnungen wie Hitler "zum Schutz von Volk und Staat". Was ist die Gründung der Homeland Security

(Ministerium für Innere Sicherheit) anders als eine amerikanische Version der Gestapo. Auch die Unversehrtheit der Wohnung und das Post- und Fernmeldegeheimnis sind aufgehoben worden, wie die Meinungs-, Presse- und Vereinsfreiheit, genau wie im III. Reich. Was die NSA und die 15 anderen US-Geheimdienste seit 9/11 machen, ist eine Kopie des Vorgehens des Reichssicherheitshauptamtes.

Ein Beispiel: Wieso hat die EU so vehement das Rauchen überall verboten? Ist selbst das verordnete Nichtrauchen eine Nazi- Ideologie? Anfang der 30er Jahre als Teil der nationalsozialistischen Rassenreinheitslehre, hat Hitler die Kampagne initiiert, das Rauchen in allen öffentlichen Gebäuden zu verbieten und prangerte es als Verrat an der Reinheit des Körpers an. In einer der Parteizeitungen stand "*Nationalsozialistische Genossen, wisst Ihr dass unser Führer gegen das Rauchen ist? Jeder Deutsche ist verantwortlich für seine Taten und Emissionen gegenüber der Volksgemeinschaft und deshalb hat er nicht das Recht seinen Körper mit Drogen zu schädigen.*" Unermüdlich bekämpfte die NSDAP das Übel. 1938 verboten Luftwaffe und Post das Rauchen im Dienst, 1939 folgten Rauchverbote auf vielen Arbeitsplätzen, in Amtszimmern, Spitälern, in allen Gebäuden der Partei. Hitler ordnete am 20. Juli 1940 an, dass Tabak nur mehr mit einem (heute auf jeder Zigarettenpackung aufgedruckten) Warnhinweis ausgeteilt werden darf.

Hitler war ein strikter Vegetarier und rauchte nicht und trank keinen Alkohol ab 30. Er verbot es jeden in seiner Anwesenheit zu rauchen oder in einem Zimmer zu rauchen, daß er mal betreten würde. Interessant ist, die gleiche Einstellung hatten auch andere faschistische Diktatoren, wie Mussolini und Franco. Welche Erkenntnisse können wir aus diesen Parallelen mit heute ziehen? Entweder waren die Nazis wirklich besorgt um die Volksgesundheit, oder sie benutzten die Antiraucher Kampagne als massives Kontrollinstrument über die Menschen, als Ausrede um die Freiheiten einzuschränken. Beachten wir, dass das Rauchen ein Symbol der Freiheit laut Edward Bernays ab 1920 galt. Da die Nazis überhaupt nichts Gutes gemacht haben laut Geschichtsschreibung, wird es ihnen wohl um Freiheitsbeschränkung und nicht um die Gesundheit gegangen sein. Das gleiche gilt heute. Sie wollen alle Lebensgewohnheiten kontrollieren manipulieren und gleichschalten. Auch das ist Ausdruck des Faschismus.

Aber wie gesagt, die heutigen Nazis haben gelernt und tarnen sich sehr geschickt, machen es nicht so offensichtlich. Sie sind so raffiniert, die wenigsten glauben es oder wollen es sehen. Im Gegenteil, die meisten Leute meinen, Amerika und Europa sind funktionierende Demokratien, weisen jeden Vergleich mit dem III. Reich weit von sich. Warum? Weil keine braunen Horden rumlaufen? Wichtig ist doch nur was effektiv passiert. Die Bevormundung der Menschen, die Indoktrinierung was man denken soll, die Einhämmern von Feindbildern, eine totale Gleichschaltung der gesamten Gesellschaft, die Anwendung verbotenen nationalsozialistischen Rechts und der staatsrechtlichen Grundlagen des 3. Reiches von Adolf Hitler, Staatlosigkeit- Vogelfreiheit des Sklavenpersonals, das bewährte römische System der Brot und Spiele zur Ablenkung der Sklaven, die Ausbeutung der Menschen als Sklaven, die totale Überwachung, die Durchführung von Angriffskriege gegen Widerstand leistende Völker und Staaten usw.. Die USA und ihre Vasallen haben seit dem II. Weltkrieg mit Hilfe der europäischen NATO-Staaten einen Krieg nach dem anderen geführt, Millionen Menschen getötet, ein Land und eine Kultur nach dem anderen zerstört, das Imperium fast auf die ganze Welt ausgedehnt, aber diese Verbrechen als etwas Gutes verkauft.

Warum ist die Europäische Union nun das IV. Reich? Schauen wir uns an wer die EU überhaupt in die Wege geleitet hat. Es waren Nazis. Es war die Bilderberg-Gruppe die sich

damit rühmt, die EU und den Euro beschlossen zu haben. Die Bilderberg-Gruppe ist aber eine faschistische Organisation mit Nazi-Wurzeln, Nazi-Führung und Nazi-Ideologie. Denn wie man unschwer herausfinden kann, wurde die Bilderberg-Gruppe von einem Nazi gegründet und Jahrzehnte lang geführt. Prinz Bernhard der Niederlande ist der Gründer der Bilderberg-Gruppe und hat im Jahre 1954 die erste Tagung im Bilderberg-Hotel in den Niederlanden durchgeführt, deshalb der Name der Gruppe.

Wenn man den Werdegang von Prinz Bernhard vor dem II. Weltkrieg recherchiert findet man heraus, als geborener Bernhard Leopold zur Lippe- Biesterfeld war. Er war DEUTSCHER Staatsbürger des III. Reichs, Mitglied der Hitler Jugend, der Sturm Abteilung (SA) der Nazis, , der Schutzstaffel der Nationalsozialisten - der Reiter-SS und dann des Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps (NSKK) und der NSDAP. Was erzählen uns die Propagandisten, die jeden nach Belieben als Antisemiten beschimpfen, wie Henryrk M. Broder über Günther Grass zum Beispiel, "*Damals war er ein SS-Mann, heute schreibt er wie einer*". Also einmal ein Nazi immer ein Nazi. Nazi Prinz Bernhard war aber nicht nur in allen Nazi-Organisationen Mitglied, er hat auch für I.G. Farben gearbeitet, für den Konzern dessen Tochterfirma das Zyklon B für die Konzentrationslager herstellte.

Der langjährige Vorsitzende der Bilderberger, Étienne Davignon, hat wie gesagt stolz die Macht und den Einfluss dieser Gruppe gerühmt, wie die Europäische Union und auch die Gemeinschaftswährung ein Kind von ihnen wäre. Dokumente, welche die BBC ausgegraben hat beweisen, die EWG/ EU und der Euro wurden so weit zurück bis 1944 diskutiert und beschlossen. Was danach erfolgte war die Vorbereitung dazu, den Beschluss in die Tat umzusetzen. Die Teilnehmer bei den jährlichen Bilderberg-Konferenzen, bestehend aus hochrangigen Repräsentanten aus Industrie, Finanzen, Medien und Politik, bekamen den Befehl dazu und führten diesen schrittweise aus. Es gibt sogar ein Dokument das beweist, das Konzept einer Europäischen Union wurde vor Ende des II. Weltkrieg vorgeschlagen, als die Nazis wussten, der Krieg ist verloren.

Laut dem Bericht des US-Militärgeheimdienstes EW-Pa 128, auch bekannt als "The Red House Report", trafen sich oberste Nazis im Maison Rouge Hotel in Straßburg am 10. August 1944 mit dem Wissen, der Krieg würde in einer totalen militärischen Niederlage enden, und sie machten Pläne wie es mit einem IV. Reich danach weitergehen sollte - eine paneuropäische Wirtschaftsgemeinschaft die auf einen gemeinsamen Markt beruht. Teilnehmende Topindustrielle bekamen von der Nazi-Führung das grüne Licht, so viel wie möglich an Know-how und auch an Kapital ins benachbarte Ausland zu retten, um es einerseits nicht in die Hände der Besatzer fallen zu lassen, andererseits um einen Neustart durchführen zu können. Diesmal unter Weglassung der ganzen äußeren Attribute, aber mit demselben Ziel und Ideologie.

So passierte es auch. Die faschistische Konzerndiktatur herrscht heute uneingeschränkt und wird immer grösser. Ein Land nach dem anderen wird in die Union eingegliedert, bekommt die Zwangsjacke übergestülpt und wird von Brüssel aus regiert. Man gibt den Mitgliedsländern noch den Anschein der Souveränität, aber tatsächlich haben sie keine mehr. Die Regierungen und Parlamente dürfen nur noch wie Schauspieler eine Sprechrolle ausüben, müssen aber das tun was der Regisseur vorschreibt. Die Aufgabe der deutschen Wehrmacht hat die NATO übernommen, die auch ein Land nach dem anderen einverleibt. Diese militärische Organisation hat mit Verteidigung nichts zu tun, sondern ist ein Instrument zum Führen von Angriffskriege. Außerdem ist sie die Schlägertruppe für die Konzerne. Wenn ein Land sich nicht den Drohungen und

Erpressungen fügt, werden Bomben abgeworfen, natürlich wieder getarnt als Schutz der Zivilbevölkerung und Verbreitung der Demokratie.

Die Ukraine ist der nächste Fall und zeigt mehr als deutliche die Täuschung, die Lügen, die Aggression und die Expansion der faschisten. Das faschistische Putsch-Regime in der Ukraine wird deshalb unterstützt, die Massenmorde der Nazi-Schergen die dort wüten deshalb verschwiegen, die wahren Vorgänge was im Land vorgeht deshalb völlig falsch von den Medien dargestellt und Russland deshalb als Oberbösewicht verleumdet, weil die westlichen Sponsoren selber Nazis sind.

Die Europäische Union ist das IV. Reich. Das völlig widersprüchliche und unverständliche dabei ist, wer diese Tatsachen aufzeigt wird als Antisemit bezeichnet. Warum? Weil die Zionisten mit den Nazis auch zusammengearbeitet haben und es tun? Weil der Zionismus eine sehr ähnliche Ideologie ist? Wieso hört man von den angeblichen Wächtern des Judentums nichts über die Nazi-Verbrechen in der Ukraine?

Auf was läuft der Wahnsinn hinaus? Genau wie das III. Reich sich über fast ganze Europa verbreite, von Norwegen bis Sizilien, vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer, und dann zusammenbrach, nur Tot, Leid und Zerstörung hinterließ, wird auch die EU dasselbe Schicksal erleben.

Zuerst sehr groß werden und dann kollabieren. Die Union hat den gleichen Drang nach Osten zu expandieren wie der Ausfühler Adolf Hitler. Die BRD- EU und NATO zeigen auch die gleiche Aggression und bringen dieselben Ausreden für eine militärische Intervention wie Hitler. Die Propaganda in deren Medien über den bösen Russen ist wie damals. Die EU schafft es nicht mal die alten Mitgliedsländer aus der tiefen Krise zu bringen, will aber die Ukraine auch noch schlucken und diese Last sich aufbürden, ein Land mit 45 Millionen Menschen und einer Fläche doppelt so groß wie Deutschland. Das ist der gleiche Größenwahn wie ihn Hitler hatte und dann zur Selbstzerstörung führte. Nur dieses Mal ist das Ende des Weströmischen Imperiums endgültig besiegelt!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2014/05/die-europaische-union-ist-das-iv-reich.html>

**Das 4. Reich 1938, 1963 und 2009:
Präsidenten aus dem Wege räumen, die sich der**

faschistischen Diktatur widersetzen

Anders unter Deutsch, Euromed

Daily Express 28 Okt, 2009: Die EU bereitet indirekte Besteuerung der Europäer über Telefongespräche, Flugkarten, CO2-Abgaben, Finanztransaktionen usw., insgesamt 6.4 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Mehrheit der Briten wollen aussteigen.

Zusammenfassung: *John F. Kennedy wurde aller Wahrscheinlichkeit nach ermordet, weil er unkooperativ war, indem er das diktatorische und verbrecherische Unterfangen der "geheimen" globalistischen Gesellschaften verriet und ihnen daraufhin ihr bestes Werkzeug für die eigene Bereicherung abnahm: Die Federal Reserve, das illegale Monopol hat, Währung zu drucken und es gegen Zinsen der US-Regierung zu leihen, die sie dabei extrem arm gemacht hat. Kennedy führte die Silberwährung ein, während die Fed Geld aus der blauen Luft druckt. Ein unkooperativer tschechoslowakischer Präsident, Eduard Benes, wurde zuerst von Hitler - dann von den Kommunisten gestürzt. Nun hat die Tschechische Republik wieder einen unkooperativen Präsidenten, Václav Klaus, der auch den Plänen der Neuen Weltordnung im Wege steht: dem Vertrag von Lissabon. Im folgendem wird der diktatorische Charakter der EU deutlich. EU-Parlamentarier, Jo Leinen, fordert, dass Klaus seines Amtes enthoben werde, es sei denn, er ratifiziere den Vertrag sofort. Zuvor haben Cohn-Bendit und der EU-Parlamentvorsitzende, Pöttering, sich auf der Prager Burg eingefunden und Klaus unglaublich verspottet. Diese ungebührliche und völlig undemokratische Verachtung vor der Souveränität eines Landes zeigt sich auch in Bemühungen französischer und deutscher Diplomaten in dieser Richtung - sie fordern eine tschechische Verfassungsänderung, um den Klaus zu entmündigen. Berlin hat mit dem Ratifizierungsprozess Eile, um eine demokratische Abstimmung darüber im Vereinigten Königreich nach dem erwarteten Tory-Wahlsieg im kommenden Frühjahr zu vermeiden. Die ARD hat in der politischen Berichterstattung Klaus "einen Präsidenten, im Trotzalter, der daran schuld ist, dass "die Tschechische Republik das Tollhaus Europas ist!" benannt. Jetzt scheint Klaus aufzugeben. **Die EU ist das Nazi-geplante 4. Reich, ein Finanzimperium, das auf den Einsatz von Nazi-Personen (Abs, Erhard) mit gestohlenem Nazi-Geld baut. Der Zustand der Demokratie in diesem 4. Reich erinnert immer mehr an das 3. Reich.** Das 4. Reich wird durch den Vertrag von Lissabon laut einem soeben erschienen Report des "Open Europe" ein Überwachungsstaat. Nach Angaben des ehemaligen EU-Kommissars, Jacques Delors, wird das 4. Reich ein Element des UN-Bundesstaates werden, des 5. Reiches.*

Durch die Geschichte hat es einzelne mutige Männer gegeben, die sowohl Einfluss hatten als auch die Ehrlichkeit, auf ihrer gerechten Überzeugung zu beharren. Ein solcher Mann war Martin Luther King. So ein Mann war auch US Präs. John F. Kennedy, der trotz menschlicher Schwächen, die Konsensgefahr für die Demokratie sah. Im Gegenteil zu allen anderen US Präsidenten sprach er von der Gefahr der geheimen Gesellschaften (der Neuen Weltordnung) und warnte die Welt davor – Video. Dies und Kennedys Abschaffung – durch den Executive Order 11110 – der gestohlenen Befugnis der Federal Reserve, und hier und hier - für die US Regierung, Geld zu drucken und es ihr gegen Zinsen zu leihen, eine Ordnung, die mehr als alle US Einkommensteuern verschluckt – führten allem Anschein nach zur Ermordung John F. Kennedys. Die Neue Weltordnung mag nicht, dass man sich ihr widersetzt – und die Fed ist das größte Heiligtum der Illuministen. Nun, wir Europäer haben es auch mit Illuministen zu tun, indem die EU (explanatory statement) erklärt hat: "Sie (die EU) macht Fortschritte auf ihr Ziel zu, eine politische Gemeinschaft aufzubauen, die das **illuministische Ideal** der edlen



Menschenwürde verfolgt." Könnte man sich vorstellen, dass europäische Illuministen versuchen würden, Leute aus dem Wege – hoffentlich "nur" politisch - zu räumen, die ihrem illuministischen "Konsens" in die Quere kommen?



Am 4. Juni 1963 wurde ein wenig bekannter Versuch gemacht, der Federal Reserve Bank ihrer Macht zu entziehen, der Regierung Geld gegen Zinsen zu leihen. **An diesem Tag unterzeichnete Präsident John F. Kennedy Executive Order Nr. 11110, der die Befugnis zur Ausgabe von Währung an die US-Regierung zurückführte**, ohne durch die Federal Reserve zu gehen. Kennedys Befehl gab dem Finanzminister die Befugnis, "Silber-Zertifikate gegen Silberbarren, Silber, Silber-oder Standard-Dollar im Finanzministerium zu erstellen." Dies bedeutete, dass für jede Unze Silber im Gewölbe des US-Finanzministeriums könnte die Regierung neues Geld in Umlauf bringen. Insgesamt brachte Kennedy fast 4,3 Milliarden Dollar in US-Banknoten in Umlauf. Die Auswirkungen dieses Gesetzes waren enorm. Mit einem Federstrich war Kennedy auf dem Wege, **die Federal Reserve Bank of New York aus dem Geschäft zu schieben**. Wenn genug von diesen Silber-Zertifikaten in Umlauf gebracht werden sollten, würden sie die Nachfrage nach Federal Reserve Noten beseitigen. Dies liegt daran, das Silber-Zertifikate von Silber und die Federal Reserve Noten von nichts gedeckt sind. Executive Order 11110 hätte die Staatsschulden daran hindern können, ihre aktuelle Ebene zu erreichen, denn er hätte der Regierung die Fähigkeit gegeben, ihre Schulden zurückzuzahlen, ohne sich an die Federal Reserve zu wenden und Zinsen abgefordert zu werden, um neues Geld zu schaffen.

German Policy 14.Okt. 2009 (Eigener Bericht) - **Ein deutscher EU-Parlamentarier verlangt ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten der Tschechischen Republik**. Sollte Václav Klaus den "Vertrag von Lissabon" nicht unmittelbar ratifizieren, sobald eine positive Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichts vorliegt, müsse Klaus von dem obersten tschechischen Verfassungsorgan **zwangsweise entfernt werden**. [1], fordert der **Sozialdemokrat, Jo Leinen**. Berichten zufolge **haben deutsche und französische Diplomaten entsprechende Schritte bereits in Prag sondiert**. Dabei soll auch die **Entmachtung des Präsidenten mittels einer Änderung der tschechischen Verfassung** [2] diskutiert worden sein. Die Interventionen sind auf einen deutschen Nachbarstaat zurückzuführen, und die tschechischen Verfassungsorgane sind nicht zum ersten Mal ins Fadenkreuz der Berliner Außenpolitik geraten. In Prag unvergessen und Ursache der Vorbehalte gegen den "Vertrag von Lissabon" sind die deutschen Expansionsbestrebungen, die vor 70 Jahren in einen Weltkrieg mündeten. Auch ohne Berücksichtigung der historischen Zusammenhänge **reißt das deutsche Vorgehen**

demokratische Mindeststandards nieder, die während der Installierung des sogenannten Vertrags von Lissabon schon mehrfach ins Lächerliche gezogen wurden.

Der Vertragsentwurf begünstigt den Umbau der EU zur global operierenden Militärmacht und stärkt die deutsche Hegemonie. Die massiven Einmischungsversuche werden **in der Bundesrepublik von einer nationalistischen Medienkampagne gegen die Tschechische Republik begleitet.**

Verweigere Klaus seine Unterschrift unter den Vertrag, dann "muss er den Konsequenzen ins Auge sehen", droht ein deutscher Diplomat.[3]

Tschechiens Präsident, Vaclav Klaus, der letzte demokratische Staatsmann in Europa. Unter deutsch-französischem Druck, um ihn wegen des Lissabon-Vertrages seines Amtes zu entheben.

Zugriff

Mit den aktuellen Aktivitäten gegen Prag **ergreift Berlin erstmals direkte Schritte zur Absetzung oder Entmachtung eines EU-Staatschefs, der deutschen Vorhaben nicht Vorschub leistet.** Die Maßnahmen, die der staatlichen Souveränität Tschechiens Hohn sprechen, reißen erneut demokratische Mindeststandards in der EU ein. Bereits bei ihren bisherigen Schritten zur Durchsetzung des Vertragsentwurfs hat die Bundesregierung demonstriert, wie sie per Referendum (in Frankreich und den Niederlanden) **abgelehnte Dokumente umdeklariert** und inhaltsgleich neu zur Entscheidung vorlegen lässt. Zudem hat Berlin klargestellt, dass, sollte ein Referendum - wie in Irland - tatsächlich unvermeidlich sein, **Abstimmungen wiederholt** werden können, bis PR-Offensiven das gewünschte Ergebnis erbringen.[4] Mit den jüngsten Interventionen in Prag stehen nun auch Verfassungsgesetze von EU-Mitgliedstaaten zur Disposition. Bereits vor Inkrafttreten des Vertragsentwurfes erweist sich damit eine häufig geäußerte Kritik an dem Dokument als zutreffend: dass durch die sogenannte europäische Integration **die Souveränität der Mitgliedstaaten untergraben** und dem **Zugriff der westeuropäischen Hegemonialmächte** geöffnet wird.

Eile

Selbst die **Eile**, zu der Berlin bei der Ratifizierung des Vertragsentwurfes drängt, hat ihren Grund in der **Vermeidung demokratischer Verfahren.** Die Bevölkerung **Großbritanniens** lehnt den Vertrag mit großer Mehrheit ab; die jetzige sozialdemokratische Regierung hat ihn deswegen ohne ein Referendum ratifiziert. Nun hat der Parteichef der Konservativen angekündigt, die Ratifizierung aufheben und ein **Referendum** abhalten zu wollen, sollte seine Partei bei den nächsten Parlamentswahlen siegen. Voraussetzung ist, dass der Vertrag bis dahin noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Eine Mehrheit für die Konservativen gilt als sicher. Die Wahlen sind für das kommende Frühjahr angekündigt. Wollte Berlin die britische Bevölkerung daran hindern, den Vertragsentwurf per Referendum abzulehnen, müsste das Dokument noch **vor den Londoner Wahlen ratifiziert** werden - um jeden Preis. Der Bundesregierung bleibt nicht viel Zeit für Eigentumsansprüche.



Dabei hätte Berlin es jederzeit in der Hand, die Einwände des tschechischen Staatspräsidenten zu entkräften. Václav Klaus verlangt Garantien dafür, dass die EU-Menschenrechtscharta, die mit dem "Vertrag von Lissabon" verbunden ist, nicht missbraucht werden kann, um **Eigentumsansprüche umgesiedelter Deutscher gegenüber der Tschechischen Republik** zu stärken. Solche Ansprüche werden von den "**Sudetendeutschen**" seit je vorgetragen. So hat der Vorsitzende der "Sudetendeutschen Landsmannschaft", der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, zum "Tag der Menschenrechte" im Jahr 2008 bestätigt, er halte "die kollektive Vertreibung und Entrechtung ganzer Volksgruppen" und den "Versuch, sie durch Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen zu zerstören bzw. dauerhaft zu entwurzeln", für "**Völkermord** und daher unverjährbar".[5] Dabei nimmt Posselt regelmäßig auf Menschenrechte Bezug, wie sie in der EU-Menschenrechtscharta verankert sind, um die Revisionsforderungen der "Sudetendeutschen" zu untermauern. Die **Bundesrepublik** hat seit je sämtliche **Eigentumsansprüche** der Umgesiedelten systematisch **offengehalten** - bis heute (german-foreign-policy.com berichtete [6]), ungeachtet aller Schwierigkeiten, die daraus nicht nur für den Staatspräsidenten der Tschechischen Republik entstehen.

Eduard Benes – wurde bei Hitlers Einmarsch 1938 von allen verlassen und musste als Präsident der Tschechoslowakei zurücktreten. Während des Krieges in London. Nach dem Krieg erneut Präsident. 1947 durch kommunistischen Streich gestürzt. Demokratischen tschechischen Präsidenten geht es anscheinend schlecht.

Fast unverändert

Die jüngsten Schritte gegen den Präsidenten der Tschechischen Republik werden in der Bundesrepublik **von vernichtenden Äußerungen über die politischen Eliten des Landes begleitet**. So heißt es in den deutschen Medien wahlweise **über Klaus**, er beharre "**stur**" auf seiner Position oder wechsle "**unberechenbar**" seine Haltung. Aus dem **ARD-Hörfunkstudio in Prag** wird öffentlich verbreitet, Klaus sei ein "**Präsident in der Trotzphase**", ein "**Populist** und **Nationalist**", der "sein **holzschnittartiges Weltbild**" ganz "**unbelehrbar**" bewahre. Der Präsident, ein "**Überzeugungstäter**" und "**Egomane**", sei Schuld daran, dass **Tschechien "als Tollhaus Europas"** dastehe, **behauptet die Korrespondentin** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über ihr Gastland und über dessen Staatsoberhaupt. Vor allem aber seien "**sein Feindbild (...)** **die Deutschen.**" Die außerordentlich bössartigen Darstellungen in einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt

der Bundesrepublik sind ***nur möglich, weil sie von den politischen Instanzen gedeckt*** werden. Beleidigungen und Hohnattacken wie diese begleiten Berliner Offensiven gegen tschechische und tschechoslowakische Staatspräsidenten, die sich gegen deutsche Übergriffe zu verteidigen suchten, seit den Tagen von ***Edvard Beneš*** - fast unverändert. **Kommentar:** Dies erinnert mich an die Art von Sprache, die vom ***Nazi-Richter Roland Freisler*** an angeklagte "Täter, Volksfeinde" verwendet wurde. Vergleichen Sie mit diesem **Video**. *Diese Farce soll damit im Zusammenhang gesehen werden, dass der EU-Parlamentsvorsitzende, Pötering, und EU-Parlamentsmitglied, Daniel Cohn Bendit sich am 5. Dez. 2008 auf der Burg in Prag einfanden und Präsident Klaus unglaublich verhöhnten und hier. Nun scheint Klaus aufzugeben.*

[1] MEPs call for Klaus's impeachment; Prague Daily Monitor 13.10.2009

[2], [3] Germans seek to oust Czech president Vaclav Klaus over EU treaty; The Sunday Times 11.10.2009

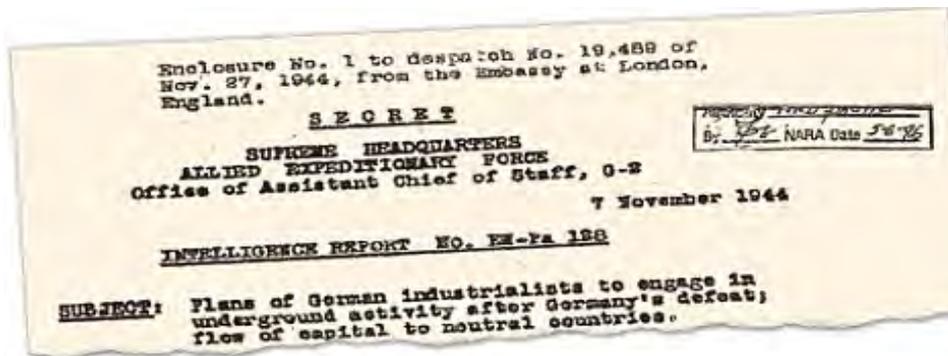
[4] s. dazu Irland ist überall und No means Yes

[5] Bernd Posselt, MdEP zum 10. Dezember; Pressemeldung der Union der Vertriebenen 08.12.2008

[6] s. dazu Tschechische Republik: "Rückerstattungs- und Vermögensfragen nicht geklärt", Moralische Grundlage, Ein Lernort und Tage der Aggression

Das 4. Reich: Die EU baut auf Nazis und Nazigeld

The Daily Mail 9. Mai 2009: und The Independent 7. Sept. 1996:



Am **10. August 1944** fand ein geheimes **Treffen im Roten Haus in Strasbourg** statt. Ein anwesender französischer Spion schrieb im November einen Bericht, der dem US Außenminister zugeschickt wurde, vom Treffen: **Obergruppenführer, SS Offizier Dr. Scheid** erzählte den einberufenen Industrialisten, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen. Es liege nun an den **Industriellen**, Deutschlands Zukunft nach dem Krieg zu sichern, indem sie **das 4. Reich bauen sollten**, bis die überlebenden Nazis die Macht wieder übernehmen könnten.

Die Industriellen sollten die Auslandsverbindungen überlebender deutscher Firmen nutzen. Teilnehmer waren u.a. Vertreter von Volkswagen, Krupp und Messerschmidt. Das 4. Reich sollte ein **Wirtschaftsimperium** sein. Nazi-Deutschland schickte sehr **große Summen durch die Schweiz** – gestohlen von den okkupierten Ländern Europas – nicht zumindest durch die **SS, die ein sehr grosses Finanzimperium betrieb**.

Nach dem Krieg, **1948, verfügten die deutschen Faschisten daher über angeblich mehr Kapital als 1936**.

SS-Führer und Massenmörder **Otto Ohlendorf** stand unter Himmlers Schutz. Er nahm **Ludwig Erhardt** unter seinen Schutz. Die beiden erdachten die deutsch - amerikanische Nachkriegsstrategie: Eine **starke Währung** unter alliierterem Schutz. Ohlendorf wurde in Nürnberg wegen Massenmorden an 90.000 Menschen durch den Strang hingerichtet. Mit der D-Mark konnten die **Industriellen** erstaunlich schnell **ihre Imperien in Europa wiederaufbauen**. Die beiden größten Nazi-Industriellen, Krupp und Flick, wurden nach nur 3 Jahren Haft entlassen. Die Nazi- Hauptkriegsverbrecher von IG- Farben kamen mit Bgattellstrafen davon bzw wurden freigesprochen. Wie sich Deutschland erholte, erholten sich auch die europäischen Volkswirtschaften. Führende **Nazis wurden leitende Figuren in der Entwicklung der Europäischen Union. Der 1. Schritt war dazu Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**

Herrmann Abs von den Vorständen der Deutschen Bank und 40 weiterer Nazi-Firmen, darunter die **Rockefellers Foundation, die IG Farben** mit der **Filiale Auschwitz**, war der Mann, der nach dem Krieg ein starkes **Wirtschaftsimperium schuf, das die Grundlage der heutigen Europäischen Union (EU) wurde**. Er verteilte die Marshall Hilfe unter den deutschen Firmen, und er wurde der wichtigste **Finanzberater Konrad Adenauers**. Gleichzeitig blühte **Ludwig Erhard, Ohlendorfs Schützling** auf. Er sah ein, dass das **Finanzimperium** unter dem Mantra **supranational** aufgebaut werden müsste. Dabei würde sein Wirtschaftswunder sich richtig entfalten können. Daher **war er auch hinter der**

Europäischen Kohle- und Stahlunion dabei – **dem Anfang der heutigen EU.**

Wurde das 4. Reich- wie von den Nazis gewünscht - verwirklicht? Ja, leider – und es heißt heute *Europäische Union*. Sind die Nazis wieder an die Macht gekommen? Das habe ich nach 15-jährigem Aufenthalt in Deutschland für ausgeschlossen gehalten. Deutschland war eine Demokratie. Aber mit dem 4. Reich sind weder Deutschland noch das übrige Europa Demokratien mehr. Was Frankreich und Deutschland nun mit der Tsechechei betreibt, erinnert leider an jene dunklen Zeiten, wo die Diktatur in Europa herrschte. Ist das 4. Reich dabei, eben so gefährlich zu werden wie das Dritte? Leider ist die **Neue Weltordnung** eine Mischung von Faschismus laut Mussolinis Definition: Verschmelzung von Politik und Konzernen (Lobbyismus, und der Round Table of European Industrialists und de Larosieres Bankenaufsicht) sowie des Weltkommunismus und hier – in der grossen Alarmismusküche vereint (Klima, und Pandemie, und bedrohter biologischer Vielfalt, sowie Krieg gegen den Terror, ihrer hausgemachten Wall Street Finanzkrise usw). Das Gesicht dieser Diktatur wird immer deutlicher – ohne dass wir unser Recht auf Demokratie zurückfordern.

Was ist zu folgen, sobald Präsident Klaus sich dem 4. Reich fügt? Es wird ein totalitärer faschistischer Überwachungsstaat, der von dem geplanten 5. Reich gefolgt wird: Einen UN- Weltbundesstaat der Faschisten – Herrschaft einer selbsternannten satanischen Elite - Zukunft ohne Menschen.

Open Europe Pressemitteilung: Eine der Folgen: Der Vertrag von Lissabon ebnet den Weg für den **Überwachungs-Staat der EU**. The Daily Express 25 Okt. 2009 berichtet über einen neuen Bericht "Open Europe's" - "**Wie die EU Sie beobachtet – der Aufstieg von Europas Überwachungsstaat**," der argumentiert, dass, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert ist, wird er die EU in die Lage versetzen, eine ganze Reihe von umstrittenen neuen Vorschlägen zu beschleunigen, die beabsichtigen, die Rolle der EU in der Polizeiarbeit sowie den Straf- und Sicherheitsfragen zu erhöhen. EU-Politiker hoffen, dass eine förmliche Vereinbarung über viele umstrittene neue Initiativen vor Ende des Jahres zu erreichen sein.

Dazu gehören: **ein Drittel aller Polizisten in der gesamten EU in einer "gemeinsamen Kultur" der Polizeiarbeit auszubilden**, die Masseneinsammlung und Weitergabe von personenbezogenen Daten, einschließlich DNA-Datensätze für eine EU-weite Datenbank; umstrittene Überwachungs-Techniken wie "**Cyber-Patrouillen**"; die Schaffung eines jungen "**EU-Innenministeriums**" mit der Befugnis, über die Zusammenarbeit in Polizei-, Grenz-, Einwanderungs- und strafrechtlichen Fragen zu entscheiden; ein EU-"Master Plan" für den Informationsaustausch, die **Übertragung der Strafverfolgung zwischen den EU-Mitgliedstaaten** und ein **dreifacher Anstieg der Zahl der umstrittenen EU-Haftbefehle**, unter vielem anderen.

Der Autor Stephen Booth wurde zitiert: "*Wie können die Bürger ihre Schutz auf Grundrechte auf Freiheit und Unabhängigkeit vom einem Staat, von Institutionen erwarten, die nicht gewählt sind und ein ureigenes Interesse an der Schaffung neuer Gesetze haben?*"

Toute l'Europe, Jacques Delors, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission sagte: "Der Vertrag von Lissabon ist für die weitere EU-Integration nicht ausreichend. Ich habe immer gesagt, dass **eine Föderation der Vereinten Nationen erforderlich ist**, in der wir uns auf die Punkte einigen, die **wir als gemeinsame Souveränität sehen und über das, was im nationalen Bereich bleibt, einigen**, aber wo wir an der Spitze, stattdessen ein **Bundessystem** haben, das **uns erlaubt**, Beschlüsse vorzubereiten, nach denen zu beschliessen und zu handeln ist. Der Vertrag

von Lissabon bringt einige Verbesserungen, aber ***er ist nicht ausreichend.***”

Die Faschisten arbeiten pausenlos mit Hochdruck zielgerichtet und gewissenhaft an Ihrem Projekt zur Durchführung ihrer Neuen Welt Ordnung, - Zukunft ohne Menschen.

Der ENDGÜLTIGE Sieg über den Faschismus bedeutet die Rettung der gesamten Menschheit und unserer wunderbaren Erde!

Quelle: <http://euro-med.dk/?p=11307>

Die NS- Größe Walter Hallstein als Hauptorganisator des 4. Reiches der Europäischen Union



Walter Hallstein, 1957

Walter Peter Hallstein (* 17. November 1901 in Mainz; † 29. März 1982 in Stuttgart) war ein deutscher Jurist, Hochschullehrer und Politiker (CDU).^[1] Der vormalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde 1958 der erste Vorsitzende der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.^[2]

Leben und Wirken

Kindheit, Jugend und Kriegsjahre

In Mainz als Sohn eines Regierungsbaurats geboren, besuchte Hallstein das humanistische Rabanus-Maurus-Gymnasium. Nach dem Abitur studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, München und Berlin. 1925 wurde er an der Universität Berlin zunächst Assistent von Martin Wolff und im selben Jahr mit einer juristischen Dissertation über den „Lebensversicherungsvertrag im Versailler Vertrag“ promoviert. 1927 arbeitete er als Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. 1929 folgten die Habilitation mit einer Arbeit über das Aktienrecht und die Tätigkeit als Privatdozent an der Berliner Universität. **Von 1930 bis 1941 war Hallstein ordentlicher Professor für Privat- und Gesellschaftsrecht an der Universität Rostock. Er war Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.**^[3] 1941 war er Professor für Rechtsvergleichung, Gesellschafts- und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt.^[4] Offizielles Mitglied in der NSDAP oder der SA wurde Hallstein aus taktischen Gründen nicht.^[5]

1942 wurde er als Reserveoffizier zur Wehrmacht eingezogen und diente im Artillerie-Regiment 1709 (709. Infanterie-Division) in Nordfrankreich. Im Juli 1944 kam er während der Kämpfe um Cherbourg in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft. **Im Kriegsgefangenenlager Camp Como im US-Bundesstaat Mississippi wirkte Hallstein an der Einrichtung einer Lageruniversität zur Weiterbildung mit.**

Bereits im November 1945 kehrte er aus der Gefangenschaft zurück und setzte sich unverzüglich für die Wiedereröffnung der Frankfurter Universität ein. Hallstein

wurde nicht nur am 1. Februar 1946 Dozent an der wiedereröffneten Hochschule, sondern im April 1946 auch deren erster freigewählter Nachkriegsrektor. Dieses Amt hatte er bis 1948 inne. Zudem war Hallstein Vorsitzender der Süddeutschen Rektorenkonferenz und Leiter des Gründungsausschusses der Hochschule für Politik in Frankfurt am Main. Einen Tag vor seinem Amtsantritt an der Frankfurter Universität lehnte er das Angebot Ludwig Erhards ab, einen leitenden Posten im bayerischen Wirtschaftsministerium zu übernehmen. 1948 erhielt Hallstein den Ruf auf eine Gastprofessur an der Georgetown University in Washington, D.C.

Bundesrepublik Deutschland

Mit seiner Rückkehr nach Deutschland begann Hallstein sich intensiv für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen und die westliche Staatengemeinschaft einzusetzen. Im Januar 1950 gründete er in Bad Soden eine Organisation, die gezielt auf die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNESCO hinarbeitete. Am 4. Juni desselben Jahres wurde in Paris erstmals über den westdeutschen UNESCO-Beitritt verhandelt. Bei der kontroversen Debatte, in der die Ostblock-Abgeordneten den Saal verließen, war Hallstein der Anführer der westdeutschen Delegation.

Wenige Wochen später wurde Hallstein von Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Leiter der bundesdeutschen Delegation bei der Pariser Konferenz für die Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)** berufen.

Vor allem das Bundeswirtschaftsministerium kritisierte diese Entscheidung, da man Hallstein als Juristen nicht für kompetent für die wirtschaftspolitischen Verhandlungen hielt. Hallstein wurde dennoch zum engen Vertrauten Adenauers und gestaltete dessen Außenpolitik wesentlich mit. Am 28. August 1950 ernannte Adenauer Hallstein zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Hallstein war der einzige Inhaber dieser Funktion, obwohl ursprünglich zwei Staatssekretäre im Kanzleramt geplant gewesen waren.

Ende 1950 begannen Diskussionen über das im September von den Westmächten genehmigte Bundesaußenministerium. In dieser Zeit versuchte die FDP Hallstein zum Parteibeitritt zu bewegen, vermutlich mit dem Ziel, ihn dann zum Bundesaußenminister zu machen. Der Staatssekretär lehnte eine politische Bindung aber ab. Schließlich wurde er 1951 unter Adenauer, der selbst das Amt des Bundesaußenministers übernommen hatte, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Diese Funktion hatte er bis 1958 inne. Wegen seiner zahlreichen Aufgaben als Staatssekretär und Leiter von verschiedenen Verhandlungsdelegationen (neben der Vorbereitung der EGKS auch die der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft [EVG] und der Wiedergutmachung mit Israel) wurde Hallstein in dieser Zeit mehrfach kritisiert, weil er diese vielfältigen Aufgaben alleine nicht zufriedenstellend bewältigen könne.

Am 19. Oktober 1954 nahm Hallstein mit Bundeskanzler Adenauer (CDU) an der ersten deutsch-französischen Konferenz in Paris teil. Die Hallstein-Doktrin, die die Strategie der bundesdeutschen Außenpolitik in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren bestimmte, wurde zwar ab 1954 maßgeblich von Hallstein erarbeitet, aber am 23. September 1955 von Wilhelm Grewe, dem Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, formuliert. Hallstein selbst nahm 1955 an der Konferenz von Messina teil, die wichtige Weichen für die wirtschaftliche Integration der europäischen Länder stellte. Den Ende 1957 in Kraft getretenen EWG-Vertrag, der die Ergebnisse der Konferenz festschrieb, entwarf Hallstein maßgeblich mit.

Europa seit 1958

Rede bei der Verleihung des Robert-Schuman-Preises an Hallstein

Hallstein wurde am 7. Januar 1958 auf einer Außenministerkonferenz in Paris zum Präsidenten der ersten Kommission der entstandenen EWG gewählt. Noch im selben Jahr wurde er vor allem von britischer und skandinavischer Seite scharf kritisiert, weil er zu den entschiedensten Gegnern der letztlich gescheiterten Pläne für eine europäische Freihandelszone mit vielen Mitgliedern zählte und im Gegensatz dazu auf eine wirtschaftlich und politisch stark integrierte, dafür aber kleine Gruppe europäischer Staaten setzte. Ende 1959 veröffentlichte er den Hallstein-Plan, der einen stärkeren gemeinsamen Markt der EWG-Länder bei gleichzeitiger Liberalisierung des Außenhandels vorsah. In den folgenden Jahren kam es zu Verhandlungen über dieses Projekt, das Anfang 1962 nach zähen Diskussionen vor allem über die Agrarpolitik umgesetzt wurde.

Auf Druck Frankreichs kündigte Hallstein 1967 an, nicht für eine neue Amtszeit kandidieren zu wollen.^[7] Er war dann von 1968 bis 1974 Vorsitzender der Internationalen Europäischen Bewegung (EMI). Von 1969 bis 1972 war Hallstein als Abgeordneter des Wahlkreises Neuwied-Altenkirchen Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU). Die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt interpretierte Hallstein als Wiederaufleben isolationistischer nationalstaatlicher Bestrebungen. Herbert Wehner (SPD) bezeichnete Hallstein daraufhin als „pensionierten Europäer“.

Hallstein verstarb am 29. März 1982 bei der befreundeten Familie Ritter in Stuttgart und wurde auf dem Waldfriedhof Stuttgart begraben.

Auszeichnungen

- 1953: Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland
- 1953: Großkreuz des Verdienstordens der Italienischen Republik
- 1955: Großes Goldenes Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich^[8]
- 1955: Großkreuz des Falkenordens
- 1961: Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen
- 1964: Ehrenmitgliedschaft der Amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht
- 1969: Robert-Schuman-Preis

Wirkung

Alljährlich verleihen die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, die Stadt Frankfurt am Main und die Dresdner Bank den Walter-Hallstein-Preis an eine Persönlichkeit, die sich in besonderer Weise um die Europäische Integration verdient gemacht hat.

1997 wurde das Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin gegründet, geleitet durch die Direktoren Ingolf Pernice und Michael Kloepfer.

Schriften

- *Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse.* Econ, Düsseldorf, Wien 1969, ISBN 3-430-13897-3.
- *Die europäische Gemeinschaft.* Econ, Düsseldorf, Wien, 1973, ISBN 3-430-13898-1.
- *Europäische Reden.* DVA, Stuttgart 1979, ISBN 3-421-01894-4.

Literatur

- Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik.* Blessing, München 2010, ISBN 978-3-89667-430-2 (auch Schriftenreihe, Bd. 1117 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011).
- Michael Kilian: *Walter Hallstein: Jurist und Europäer.* In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart.* Neue Folge, Band 53, 2005, S. 369-389.
- Wilfried Loth: *Walter Hallstein – der vergessene Europäer?* Bonn 1995, ISBN 3-7713-0499-7.
- Thomas Oppermann: *Hallstein, Walter: Europäische Reden.* Stuttgart 1979, ISBN 3-421-01894-4.
- Ingrid Piela: *Walter Hallstein - Jurist und gestaltender Europapolitiker der ersten Stunde. Politische und institutionelle Visionen des ersten Präsidenten der EWG-Kommission (1958 - 1967).* Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2012, ISBN 978-3-8305-3139-5, auch Dissertation und als elektronische Resource.
- *Der Mann für Verträge: Walter Hallstein.* In: Kay Müller, Franz Walter (Hrsg.): *Graue Eminenzen der Macht: Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie von Adenauer bis Schröder.* Wiesbaden 2004, S. 31–34.

Weblinks

 **Commons: Walter Hallstein** – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- Literatur von und über Walter Hallstein im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek
- *Walter Hallstein.* Tabellarischer Lebenslauf im LeMO (DHM und HdG)
 - Hallstein auf dem Cover des Spiegel
- Eintrag zu Walter Hallstein im Catalogus Professorum Rostochiensium

Einzelnachweise

1.

- vgl. Lebenslauf [1]
- Ingrid Piela *Walter Hallstein (1901–1982) Leben und Wirken eines Europäers der ersten Stunde.* In: Institut für Europäische Verfassungswissenschaften, FernUniversität in Hagen (Hrsg.): *IEV Online.* 1/2010. ISSN 1868-6680.
- Ernst Klee: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945.* Fischer Taschenbuch Verlag, Zweite aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 2005, ISBN 978-3-

596-16048-8, S. 221.

- □ vgl. Lebenslauf [2]
- □ Thomas Freiberger: *Entscheidung für Europa: Erfahrung, Zeitgeist und politische Herausforderungen am Beginn der europäischen Integration*. de Gruyter, 2010, ISBN 9783110233896, Der friedliche Revolutionär: Walter Hallsteins Epochenbewusstsein, S. 213–214.
- □ Eugen Gerstenmaier: *Streit und Friede hat seine Zeit: Ein Lebensbericht*. Propyläen, 1981, ISBN 3549076215, S. 66.
- □ vgl. Gerhard Brunn: *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*. Bonn 2004, S. 174.

Quellverweise: http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Hallstein





Der neue Führer des Europarats
und sein Großvater Josef
(Reserven der SS, 1944)

The Nazi Roots of the 'Brussels EU'

Why a Nobel Prize Cannot Prevent the Demise of this Undemocratic Construct



On Monday, December 10, 2012, the so-called 'Brussels EU' received the Nobel Peace Prize – allegedly for preserving peace in Europe. Now that the dust has settled, the people of the world deserve to learn the facts behind this PR event:

The 'Brussels EU' is not a democratic body. Neither its president nor its executive body, the so-called 'EU Commission' can be elected – or unelected – by the people. The 27 members of this 'EU Executive' are appointed on behalf of corporate interests – namely, the chemical, petrochemical and pharmaceutical industry, the 'Oil and Drug Cartel'. These 'Commissars' rule Europe with the help of more than 50,000 paid bureaucrats – none of whom are democratically legitimized either. The 'EU Parliament' – parading as a democratic institution – is little more than a 'fig leaf' – and lacks crucial hallmarks of any democracy, such as the right to initiate new legislation.

The Dark Roots of the “Brussels EU”

Quellverweis: http://www.eu-facts.org/en/background/dark_roots_europe_lecture.html

This article highlights the birth place of the "Brussels EU" on the drawing boards of the Nazi/IG Farben-coalition for a post-war Europe under their control. It is an excerpt of the speech by Dr. Rath on the occasion of receiving the "Relay of Life" award from survivors of the Auschwitz concentration camp.



The corporate preparations for World War II started as early as 1925, when Bayer, BASF, Hoechst and other German multinationals formed a cartel called “IG Farben Industry”. The declared goal of this cartel was to obtain control of the global markets in the key industrial sectors of chemistry, pharmaceuticals and petrochemicals. Already in 1925, when this cartel was founded, its corporate value surpassed 11 billion Reichsmark and it employed more than 80,000 people.

Key Business:
**Pharma-Investment Business
with Disease**

- Define the human body as a global market place
- Exploit diseases as markets for patented drugs
- Establish a monopoly for patented chemical drugs in medicine on a global scale
- Eliminate any and all competition from non-patentable natural therapies

Dr. Ralf Feussler

One of the strategic industries for which IG Farben sought global control was the pharmaceutical “investment business”. They knew that the pharmaceutical industry is not primarily a health industry, but an investment business that defines the human body as its marketplace. While presenting itself as the purveyor of health, the entire existence of this investment industry has been based on the continuation and expansion of diseases as multibillion dollar markets for patented drugs.

The precondition for establishing a global monopoly for this investment business with patented drugs was the attempt to systematically eliminate all non-patentable natural therapies.

**From 1933 IG-Farben “Invests” in the Nazis
as Part of their Plans for World Conquest**



**1933:
IG Farben is the world's
largest chemical and
pharmaceutical company
and the largest financier
of the Nazi rise to power.**

Dr. Ralf Feussler

In 1933 IG Farben became the largest financier of the Nazis rise to power. And in the following years this German chemical/pharmaceutical cartel became the corporate

IG Auschwitz: 100% Subsidiary of IG Farben Industries



**IG Farben choose
Auschwitz to built
the largest industrial
complex in Europe,
IG Auschwitz, to
produce the chemicals
for the conquest war
of the Nazi/IG Farben
Coalition**

Dr. Ralf Feussner

In Auschwitz, IG Farben built the largest industrial complex in Europe to produce the chemicals and explosives for the WWII Eastern front. This 24 square kilometer industrial complex - as well as the massive expansion of the nearby concentration camps as a reservoir of slave labor - was financed with credits of almost one billion Reichsmark by Deutsche Bank.

BAYER Pharmaceutical Division of IG Farben Tested their „Chemo“-Drugs in the KZs for free



**Tens of thousands
of innocent KZ
inmates were
murdered in the
profit interest of
BAYER and other
pharmaceutical
multinationals**

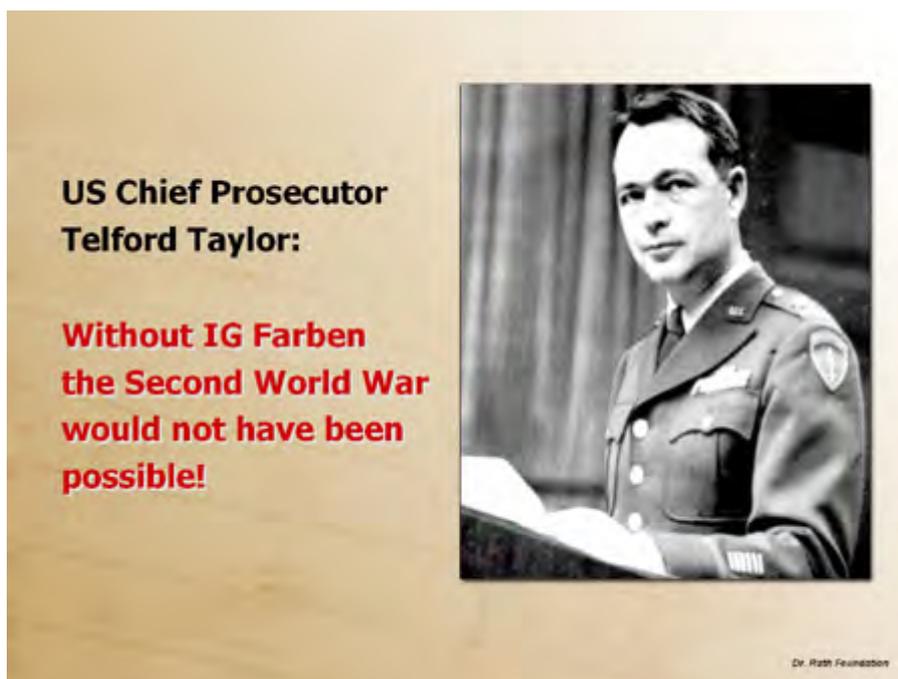
Patented BAYER-Drug Be 1034

Dr. Ralf Feussner

Bayer's pharmaceutical division was using the thousands of prisoners in deadly experiments to test their patented chemicals as "chemotherapy."



During the Nuremberg War Crimes Tribunal 24 managers of IG Farben Industry were tried for crimes against humanity and many of them were sentenced.



US Prosecutor Telford Taylor summarized the role of this chemical cartel during the Nuremberg Tribunal in the following way: without IG Farben, the Second World War would not have been possible.

www.profit-over-life.org



More than 40,000 records from the Nuremberg War Crimes Tribunal against IG Farben online for the first time after 6 decades of silence

Dr. Rath Foundation

For six long decades the records of the Nuremberg Tribunal against the managers of the IG Farben Cartel were hidden away in archives. In July this year, our foundation got access to these files and published over 40,000 pages of this important tribunal on the Internet. From now on, everyone, school children and adults alike, can read and study these important documents online anywhere in the world.

After World War II
From Zyklon B Manufacturer
To the Position of CEO of BASF



- **Carl Wurster**
- **Accused as a war criminal**
- **Thereafter CEO of BASF for 13 years**

Dr. Rath Foundation

With the beginning of the Cold War, some of the IG Farben executives that stood trial in Nuremberg were reinstated into the highest positions of German industry. Karl Wurster, chairman of Degesch - the manufacturer of Cyclone B for the gas chambers of Auschwitz - became chief executive of BASF.

After World War II
**From Convicted War Criminal to the
 Position of Chairman of BAYER**



- **Fritz Ter Meer**
- **Sentenced in Nuremberg for genocide, slavery and other crimes against humanity**
- **Thereafter Chairman of BAYER for more than a decade**

Dr. Rath Foundation

Fritz ter Meer, the Bayer and IG Farben director convicted in Nuremberg for genocide and slavery crimes committed here in Auschwitz, was released from prison after only four years. 10 years after he was sentenced as a war criminal in Nuremberg he was chairman of the supervisory board of Bayer again.

After World War II
**From the list of war criminals to the
 architect of postwar Germany**




- **Hans Globke**
- **Co-Author of the Nuremberg racial laws**
- **Accomplice of Stuckart, member of the Wannsee-Conference**
- **Nr. 101 on the Allied list of war criminals**
- **Escaped sentencing in Nuremberg, because he cooperated as "crown witness"**

Dr. Rath Foundation

Hans Globke had been co-author of the Nuremberg racial laws and had also been responsible for writing the new laws of the Greater European "Reich" in the countries occupied by the Nazis during World War II.

After World War II

**Globke Becomes the "Grey Eminence"
Behind Adenauer in Post War Germany**

Political Parties

Foreign Relations

EU-Expansion



Government

Secret Service

Defence Liaison

From 1949 to 1963 – during the decisive years of post war Germany and the Foundation of the EU – Globke is Minister of Adenauer's Chancellery

Dr. Ratz Foundation

After the Second World War Globke became minister of the Chancellery in German Chancellor Adenauer's office. As the "gray eminence" and outside of any parliamentary supervision, he controlled essentially all aspects of political life in postwar West-Germany from the Secret Service to the continuation of the plans of the oil and drug cartel to conquer Europe under the newly constructed EU.

Professor Dr. jur. W. Hallstein

**Excerpts from a speech given on January 23, 1939
on the topic of common European law under German
leadership ("Rechtseinheit Großdeutschlands"):**



**„One of the most important laws
(in occupied European countries)
is the Protection Law for German
Blood and Honor ...”**

Dr. Ratz Foundation

Walter Hallstein, a prominent law professor under the Nazis stated in a speech in 1939: "One of the most important laws (in occupied European countries) is the 'Protection Law of German Blood and Honor'...."

**The „Blood and Honor“ Nazi Lawyer Hallstein
Becomes the Architect of the EU-Commission
– the Cartel’s New Politburo – and its First President**



**Adenauer and
Hallstein signing
the first EU Treaty
in Rome in 1957**

Dr. Ralf Feussner

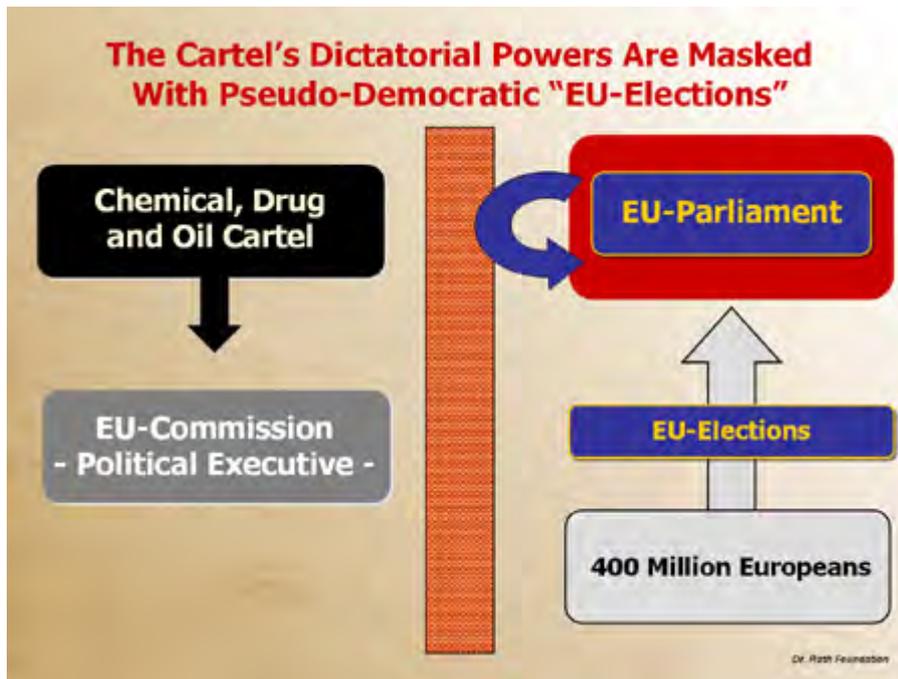
In 1957 the same “blood and honor” lawyer became the key architect of the European Union’s basic structure and the first head of the “European Commission” – the executive body of the EU designed from the beginning to rule Europe outside any democratic control.

**Nazi/IG Farben Men Design and Implement the
“European Commission” as the Political Executive
of the Cartel’s Post War Rule Over Europe**



Dr. Ralf Feussner

In summary, Nazi and IG Farben men designed the European Commission as the “Politburo” of the Pharma Cartel’s postwar rule over Europe.



As a direct result of the influence of these interests, the decisions of the European Parliament have little, if any, influence on the laws and on the so-called “EU directives” imposed by the “EU Commission” on the lives of 400 million people in Europe.

At the same time, the elections for the European Parliament are little more than a masquerade, deceiving the people of Europe by portraying the EU structure as a democratic system.

**The EU
Is Not a Democratic Structure**

**The basis of any Democracy
is the power of the people.**

**If the executive power is no longer
controlled by the will of the people
democracy turns into a dictatorship.**

Dr. Rath Foundation

The basis of any democracy is the power of the people. If the executive power is no longer controlled by the will of the people, democracy turns into a dictatorship.

The Goals of the Pharma/Oil Cartel then and now:

Economic and Political Control from "Lisbon to Sofia"



<p>WWII Plans of IG-Farben</p> <ul style="list-style-type: none"> • Patented Pharma-Preparations • Patented Chemical Products 	<p>EU-Program (IG-Farben Successors)</p> <ul style="list-style-type: none"> • The same • The same • Patents on Life • Gen-Food
--	---

Dr. Rath Foundation

Today, the shadows of IG Farben are still lingering over Europe. The goals of the IG Farben successors are today joined by oil and drug multinationals from other European countries. But their goals remain the very same as those of IG Farben during WWII: to establish and control a European market from "Lisbon to Sofia" with patented pharmaceutical drugs and other patentable high-tech products.

The vast areas for which these corporate interests seek control today cover ever more areas of society and touch every life on our continent. They include patents on genes - in order to gain control over the very molecules of inheritance and life - and patents on genetically modified plants with the goal to gain control of our daily nutrition.

Promising Health – Expanding Diseases:

The Victims of the Pharmaceutical Business with Disease Surpass Those of All Wars Together



Largely Preventable Diseases:

- Cardiovascular Disease
- Cancer
- AIDS
- Other Diseases

Dr. Rath Foundation

The most well-known among those industries that seek control over our lives is the pharmaceutical "business with disease". As mentioned before, this industry is based on the promise of health, but its entire existence depends on promoting diseases as markets. We

know today that cardiovascular disease, cancer, immune deficiencies and other diseases are largely preventable. Their deliberate perpetuation for corporate gain of the pharmaceutical drug business is a crime.

As a result of the unethical business practice of this industry, the number of victims of this fraudulent business model has exceeded one billion people and has surpassed the number of victims from all wars of mankind taken together.

Desperate Measures of Control



New EU-Directive:
The Storage of

- **All Phone Numbers**
- **All Fax Connections**
- **All Email Addresses of 400 million Europeans**

... under the pretext of fighting terrorism

Dr. Rath Foundation

Under the pretext of fighting terrorism, the very same EU Commission has just issued a directive that will turn Europe into an “Orwellian continent”. According to this EU-directive, from now on all telephone numbers you will call, all Email addresses you will contact will be stored. And not only from you, but for 400 million people across Europe. It is not hard to understand what these tools mean in the hands of those interest groups that have so often abused their power in the past.

One Trillion Dollar Bailout Can No Longer Conceal the Nazi Roots of the 'Brussels EU'

In the April 26, 2010 edition of this newspaper – and in supporting on-line documentation – Dr. Matthias Rath exposed the following sobering facts about the so-called 'European Union', the 'Brussels EU':

- The 'Brussels EU' is a political construct that functions as the global 'politiburo' of the Oil and Drug Cartel.
- Its executive, the 'EU Commission', is appointed on behalf of corporate interests – it is not democratically elected.
- This 'Commissariat' runs Europe with an 'army' of over 54,000 unelected career bureaucrats. In contrast, the 736 members of the 'EU Parliament' serve as an exchangeable fig-leaf for this regime and are unable to initiate legislation.
- The 'Brussels EU' parades as the 'government of Europe' – but more than 99% of the people in Europe have been denied the right to vote on this political construct.
- In 1945, the previous plans of the Cartel and its political stakeholders, the Nazis, to conquer and control Europe and the world were defeated. The launch of the 'Brussels EU' subsequently became the Cartel's next attempt at this goal – under the deceptive banner of promoting security and prosperity.
- Even the political instruments of the Nazi-era served as blueprints for the 'Brussels EU': The central vehicle for a post-WWII rule over Europe and the world under the Nazi/Cartel coalition was a 'Central Cartel Office'. This Cartel Office became today's 'EU Commission'.

Meet the 'George Washington' of the 'Brussels EU'



German lawyer Walter Hallstein was the chief architect of the 'Brussels EU'. He had already designed this construct two decades earlier on behalf of the Cartel's previous political stakeholders – the Nazis: On January 23, 1939 – only eight months before they launched WWII – Hallstein gave his infamous 'Conquest Speech'. In it he outlined a detailed plan for Europe – and the world – under the control of the Oil and Drug Cartel and the Nazis. 18 years later – after having lied to the Allied Denazification Authorities about his Nazi allegiance – Hallstein was appointed by Cartel interests as founding 'president' of the 'Brussels EU'. With the help of already then 8,000 unelected bureaucrats, he finished what the Oil and Drug Cartel and their Nazi stakeholders could not accomplish during WWII – the establishing of a 'Central Cartel Office' to control Europe and the world.

Hallstein's 1939 'Conquest Speech' is a blueprint for the world's future under the 'Brussels EU':

www.hallstein-facts.org

THE REACTION OF WORLD OPINION

Within days after the first exposure of these historical facts in the 'New York Times' on April 23, 2010, the Euro fell to an all-time low on global markets. What was interpreted by some as an 'attack' by greedy investors on the 'Euro' was in fact much more – the resounding 'No' of world opinion to the Nazi-rooted 'Brussels EU'. The financial markets reflected merely the tip of the iceberg for the fundamental loss of political credibility of this construct.

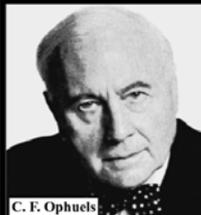
FROM NAZIS TO THE 'FRENCH CONNECTION'

Many opinion leaders in the political and financial world immediately understood that the construct of the 'Brussels EU' had just become indefensible and publicly demanded its abandonment. Expectedly, the stakeholders of the Cartel called for a 'general mobilization' against alleged 'global attacks' on the Euro-Zone by financial speculators. Desperate, they presented a trillion dollar 'bailout' plan to prevent the implosion of the 'Brussels EU'.

Leading this effort was the global political stakeholder of the Cartel, French president Sarkozy. In 2005 he had 'gambled' billions of tax dollars to merge French dwarf drug-maker Sanofi with drug giant Hoechst, a former member of the Nazi-era 'IG Farben Cartel'. Now, Sarkozy bankrolled the Cartel's trillion dollar bailout stunt with the help of the 'French Connection', Trichet (head of the European Central Bank) and Strauss-Kahn (head of the International Monetary Fund, IMF).

But no amount of money in the world – not even trillions of dollars – can ever restore the lost credibility of the Nazi-rooted 'Brussels EU'.

Meet the 'Thomas Jefferson' of the 'Brussels EU'



Carl Friedrich Ophuels had been an official member of the Nazi Party throughout the entire 12 years of its terror regime. His official Nazi Party membership number was 2,399,061.

Ophuels was an expert in patent law in the Nazi Court of Frankfurt, Germany. This city was the headquarters of the infamous IG Farben Cartel, the world's largest owner of patented chemicals and drugs. IG Farben executives were sentenced in Nuremberg for robbing the Nazi-occupied countries of their entire chemical industries – including their patents.

Because of Ophuels' Nazi past, the 1946 US Denazification Authority found Ophuels unsuited 'for any position above ordinary labor'. The Cartel, however, decided to use his 'know how' particularly in patents – as key tools of economic control – for its next attempt at world conquest. Ophuels became the chief architect and co-founder of the so-called 'European Court of Justice' – the 'house court' of the 'Brussels EU':

www.ophuels-facts.org

GREECE IS NOT THE EXCEPTION – BUT THE RULE

The crisis in Greece – and other European countries – is not the result of corruption or a lack of productivity. It is the inevitable result of the systematic drainage of public and private funds from these countries, totaling trillions of dollars, to finance the import of petrochemicals, patented drugs and other Cartel products.

The economic dependency and ultimately bankruptcy of non-Cartel countries serves the ultimate goal of complete global control by the Cartel. Thus, the current crisis must have been foreseen by the Cartel, although at a later stage when a 'Brussels EU'-controlled riot police and armed forces would have been set up and sent to Athens and other capitals to crack down on any resistance against the rule of the Cartel and the 'Brussels EU'.

ROADMAP TO RECOVERY AND PROSPERITY

The 'Brussels EU' serves as the 'Central Cartel Office' providing the political, legal – and if needed military – framework to secure the continuation of the multi-trillion dollar 'tribute payments' to the Cartel for products based on largely outdated technologies.

Not coincidentally, this happens at a time when mankind is ready to introduce hydrogen cars and other mass application of renewable energies at a fraction of the costs of oil, and when science-based natural health approaches threaten multi-trillion dollar markets for patented chemical drugs.

The promotion of these new technologies is a precondition for recovery and sustainable prosperity.



Dr. Matthias Rath

Dr. Rath has become a voice of conscience exposing the plans of the Oil and Drug Cartel behind recent global military conflicts and crises. Attacked by Cartel media the world over, Dr. Rath and his Foundation have received prestigious awards for civil courage. The 'Relay of Life' Award by survivors of Auschwitz and other Nazi concentration camps was conferred with the mandate:

'NEVER AGAIN!'

After the publication of this information, the 'Brussels EU' can no longer survive. No member of the 'EU Parliament', no democratic government or politician anywhere in the world, no national or international organization, in fact no one, can knowingly support a political construct in the 21st century that originates from the Nazi drawing boards.

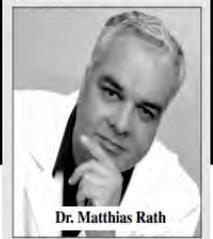
The undemocratic 'Brussels EU' will be replaced by a democratic system like in the US or in other democracies, where the people have the right to choose – and to dismiss – their political executive.

The collapse of the 'Brussels EU' is not merely the result of a financial crisis – it is due primarily to the total loss of its political credibility!

www.nazi-roots-of-brussels-eu.org

The Nazi Roots of the 'Brussels EU'

Why a Nobel Prize Cannot Prevent the Demise of this Undemocratic Construct



Dr. Matthias Rath

On Monday, December 10, 2012, the so-called 'Brussels EU' received the Nobel Peace Prize – allegedly for preserving peace in Europe. Now that the dust has settled, the people of the world deserve to learn the facts behind this PR event:

1. The 'Brussels EU' is not a democratic body. Neither its president nor its executive body, the so-called 'EU Commission' can be elected – or unelected – by the people.

2. The 27 members of this 'EU Executive' are appointed on behalf of corporate interests – namely, the chemical, petrochemical and pharmaceutical industry, the 'Oil and Drug Cartel'. These 'Commissars' rule Europe with the help of more than 50,000 paid bureaucrats – none of whom are democratically legitimized either.

3. The 'EU Parliament' – parading as a democratic institution – is little more than a 'fig leaf' – and lacks crucial hallmarks of any democracy, such as the right to initiate new legislation.

4. The blueprints for this undemocratic construct derive from the intended post-World War II plans of the Nazis and their main corporate financiers, the infamous IG Farben Inc. (BAYER,

BASF, HOECHST etc.), the world's largest chemical, pharmaceutical Cartel at that time.

5. The first president and chief architect of what is known today as the 'Brussels EU' was Walter Hallstein, a German lawyer. Before and during WWII, Hallstein had been a key architect of the new dictatorial 'world order' via which the Nazi/Cartel Coalition had planned to rule Europe and later the world.

6. The center piece of this plan was to rule the conquered world by means of a 'Central Cartel Office' that would set the rules for all sectors of life – including economics, finance, trade, patents and any other aspects of civil and criminal law – outside of any democratic control. Two decades later, Nazi-planner Hallstein copied this system for the 'Brussels EU' saying: "Every action [!] is initiated by the [unelected] Commission as the executive organ of the Community."

7. With the help of ten thousand bureaucrats at that time, Hallstein built the 'Brussels EU' as an almost

exact replica of the Nazi/Cartel plans. Astonishingly, none of the politicians

Nazi-occupied Poland in 1943 – resigned from his office in a surprise move that

reverse the rapidly diminishing credibility of the 'Brussels EU'.



In May 1938 Hitler met with Mussolini in Rome, Italy, to plan the military conquest of the world – and to plan the post-WWII world under the rule of the Nazis and their corporate financiers, the Chemical, Oil and Drug Cartel (left). One month later, in June 1938, German lawyer Walter Hallstein was part of the official Nazi State delegation to Rome that finalized the legal framework of the intended 'New World Order' – to be implemented after an anticipated Nazi/Cartel victory. On January 23, 1939, Hallstein revealed these outrageous plans in a public speech in Rostock, Germany (center). On March 25, 1957, less than two decades later, the same Walter Hallstein was in Rome again. He became one of only 12 signatories of the 'Treaties of Rome' – the founding documents of what is known today as the 'Brussels EU' (right). From 1958 to 1967 he was first 'president' and the 'chief architect' of this construct.

who supported the build-up of this political construct over the past decade felt a responsibility to alert the people of their countries and the world about the undemocratic nature of the 'Brussels EU' – or its Nazi roots.

8. On May 21, 2010, our Foundation published the above facts and the substantiating documentation – www.nazi-roots-of-brussels-eu.org – in this newspaper. Ten days later, on May 31, 2010, the then German President Horst Koehler – who had been born in

has remained largely unexplained to this day.

9. With the exposure of its Nazi roots the 'Brussels EU' had lost all political legitimacy. Obviously, no political organization that derives directly from the drawing boards of the Nazi regime can survive in the democratic world of the 21st century. While some responsible politicians distanced themselves, the political stakeholders of the Cartel launched a desperate public relations battle in a futile attempt to

10. On September 12, 2012, EU Chief Commissar Manuel Barroso surprised the world with his proposal of a federal 'United States of Europe'. But this plan was neither new nor democratic. Barroso had merely 'borrowed' it from his predecessor, Nazi-planner Hallstein. In his 1969 book, 'The Unfinished Federal State [of Europe]', Hallstein had praised his own deceptive plan of a pseudo-democratic 'Federal Europe' – under strict rule of the Cartel – as a concept of "unprecedented audacity."

11. On October 12, 2012, the Norwegian Committee awarded the 'Brussels EU' the 2012 Nobel Peace Prize. It is a little known fact that the head of the Norwegian Nobel Committee, Thorbjorn Jagland, is the Secretary General of the 'Council of Europe' – another 'cheer-leading' group promoting the plans of the 'Brussels EU'. The Nobel Peace Prize 2012 was apparently part of the battle for the political survival of the Nazi-rooted 'Brussels EU'.

Dr. Rath has become a voice of conscience exposing the global conquest plans of the chemical/pharmaceutical Cartel in our time. Attacked by Cartel media the world over, Dr. Rath and his Foundation have received prestigious awards for civil courage. The 'Relay of Life' Award – www.relay-of-life.org – presented by survivors of the KZ Auschwitz and other Nazi concentration camps was conferred with the mandate: 'Never again!'

Remarkably, at the same time as the Nobel Peace Prize was awarded for the alleged role of 'Brussels EU' in keeping peace in Europe over recent decades, Barroso announced the launch of a European army – with the likely goal to secure global Cartel interests and markets.

In summary:

1. No individual or party that continues to support the Brussels EU – an undemocratic construct built by ex-Nazis – can survive politically.

2. If the 'European Idea' is to survive in the 21st century, the 'Brussels EU' construct must be dismantled and replaced with a democratic structure – by the people and for the people.

www.nazi-roots-of-brussels-eu.org

Organisation Gehlen



Reinhard Gehlen in Uniform der Wehrmacht

Die **Organisation Gehlen** war ein im Juni 1946 von US-amerikanischen Besatzungsbehörden in der Amerikanische Besatzungszone aus deutschem Personal, bestehend aus Resten der 12. Abteilung des Generalstabs des Heeres, der Abteilung Fremde Heere Ost, gebildeter Nachrichtendienst. Sie war die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND). Ihr Sitz nach der Gründung war zunächst Camp King in Oberursel im Taunus, seit dem 6. Dezember 1947 die ehemalige Reichssiedlung Rudolf Heß in Pullach bei München, die bis heute Hauptstandort des BND ist. Dieses Datum verschaffte dem BND-Hauptquartier den Spitznamen „Camp Nikolaus“. Ende der 1940er Jahre umfasste die Organisation Gehlen rund 4000 Mitarbeiter.

1 Reinhard Gehlen

→ *Hauptartikel: Reinhard Gehlen*

Der Leiter der *Organisation Gehlen* und spätere erste Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Generalmajor Reinhard Gehlen, ergab sich kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges den Streitkräften der Vereinigten Staaten und trat in ihre Dienste. Wenige Monate später baute er im Auftrag und mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden die Organisation auf und verhalf hierbei vielen ehemaligen Mitarbeitern der zuvor von ihm geleiteten „Abteilung Fremde Heere Ost“ des einstigen deutschen Generalstabs, die für die Bewertung der Feindlage durch Beschaffung und Auswertung von Nachrichten zuständig war, zu einer neuen Karriere in der jungen Bundesrepublik.

Gehlen's Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) hatte den Ruf der systematischen und exakt dokumentierenden Detailarbeit und unterschied sich – laut Walter Schellenberg – so von anderen deutschen Nachrichtendiensten aus der Zeit des Nationalsozialismus.

2 Nähe zum Nationalsozialismus

Es gelang Gehlen, auch wenn er selbst dies nachdrücklich abstritt,^[1] eine große Anzahl der noch lebenden Mitglieder seiner früheren Dienststelle für den Dienst zu interessieren, weil sie in ihrer neuen Stellung häufig mit einer neuen Identität versehen wurden. Eingestellt wurden zu einem großen Teil Ehemalige der SS, des SD, der Gestapo, der Abwehr und vor allem Offiziere der Wehrmacht. Eine CIA-Studie schätzt Anfang der 1950er Jahre den Anteil ehemaliger SS-, SD- und SA-Mitglieder auf 8 Prozent.^[2] Schätzungsweise hatten Ende der 1940er Jahre rund 400 meist hochrangige Mitarbeiter einen solchen Hintergrund. Noch 1970 waren zwischen 25 und 30 Prozent der Beschäftigten des BND ehemalige Angehörige dieser Organisationen. Aus ihnen entstand der zunächst namenlose, im Sprachgebrauch als Organisation Gehlen bezeichnete Geheimdienst in der US-amerikanischen Besatzungszone. Die US-Regierung war an dem Fachwissen der Aufklärungsleute aus dem „Dritten Reich“ interessiert, da ihre eigenen Geheimdienste zu diesem Zeitpunkt, als sich der Kalte Krieg abzuzeichnen begann, kaum über Kenntnisse über das sowjetische Militär verfügten. Neben der militärischen Aufklärung und Spionage gegen die Sowjetische Besatzungszone und andere Ostblock-Staaten sollte die Organisation Gehlen auch eine mögliche „kommunistische Gefahr“ im Inneren Westdeutschlands abwehren.

3 Dienststelle der US-Armee

Die Amerikaner betrieben den neuen Geheimdienst zunächst als Dienststelle der US-Armee, später, am 1. Juli 1949, übernahm ihn die im Jahre 1947 gegründete CIA. Die CIA-Führungsperson in Pullach ab November 1948 bis 1956 war der unter dem Tarnnamen ‚Kent J. Marshall‘ agierende James H. Critchfield. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Organisation Gehlen mit jährlich 1,5 Millionen US-Dollar durch die USA finanziert.^[3] Die erste für die Amerikaner wichtige Operation der Organisation war die Funkaufklärung der sowjetischen Luftwaffe während der Berliner Luftbrücke. Die Einschleusung von Spionen und Saboteuren in Osteuropa und der Sowjetunion blieb dagegen weitgehend erfolglos.

4 Struktur

Die OG-Zentrale in Pullach wurde *Generaldirektion* genannt. Ihr unterstanden mehrere *Generalvertretungen*,^[4] so die bereits 1946 als *Dienststelle 114* gegründete *GV L* in Karlsruhe (Aufklärungsgebiete: Kommunistische Aktivitäten, DDR, aktive Gegenspionage im Ostblock), die *GV B* Hamburg/Bremen (Aufklärungsgebiet: DDR, Marine), die *GV H* in Darmstadt (Aufklärungsgebiete: DDR, Polen, Sowjetunion), die *GV G* in München (Aufklärungsgebiete: DDR, Balkan) sowie die *GV C* in Stocking bei München (Aufklärungsgebiete: DDR, Österreich, Tschechoslowakei). Die Generalvertretungen verfügte über getarnte *Bezirksvertretungen* (BV), über *Unterververtretungen* (UV) für die Anwerbung, Schulung und Führung von Agenten, grenznahe *Filialen* als Anlaufstellen für Informanten sowie über selbständig agierende Gruppen oft ausländischer Mitarbeiter, *Sonderverbindungen* (SV) genannt.^[5]

5 Umbenennung in BND

Bereits 1951 begann die Diskussion über die Einrichtung eines oder mehrerer Nachrichtendienste auf Bundesebene.^[6] Laut einem Bericht des CIA wurde der Name „Bundesnachrichtendienst“ erstmals im August und September 1952 bei Gesprächen im Bundeskanzleramt verwendet. An den geheimen Gründungsgesprächen, die im Büro des damaligen Ministerialrates Karl Gumbel stattfanden, nahmen neben Hans Globke und Reinhard Gehlen auch die Gehlenmitarbeiter Hans von Lossow, Horst Wendland und Werner Repenning teil.^[7] Ein Ergebnis der Verhandlungen war, dass die Organisation ab dem 1. April 1953 ganz aus Bundesmitteln finanziert werden sollte.^[8]

Am 1. April 1956 wurde die Organisation Gehlen, gleichzeitig mit der Gründung der Bundeswehr, mit ihrem Leiter in den Dienst der Bundesrepublik Deutschland über-

nommen und erhielt den Namen „Bundesnachrichtendienst“. Eine gesetzliche Grundlage für den BND existierte lange Zeit nicht. Erst 1990 wurde – ausgelöst durch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 mit dem darin postulierten Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung – ein Gesetz für den Bundesnachrichtendienst verabschiedet.

Bereits in den ersten Jahren des Bestehens der „Organisation Gehlen“ hatte der sowjetische KGB mit Heinz Felfe einen Maulwurf im späteren BND platzieren können, der erst 1961 aufflog. Im Fall Felfe hatte der KGB die Verstrickung Felfes in NS-Verbrechen benutzt, um ihn noch vor seinem Eintritt in die Organisation Gehlen 1951 anzuwerben.

6 Literatur

- Mary Ellen Reese: *Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des Deutschen Geheimdienstes*. Rowohlt Verlag, Berlin 1992. ISBN 3-87134-033-2.

7 Weblinks

 **Commons: Organisation Gehlen** – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode: *Berichte über landesverräterische Aktivitäten eines späteren Chefs des Bundesnachrichtendienstes*. 3. Juni 2002; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS. Drucksache 14/9135 (PDF-Datei, 70 kB).
- Robert Baag: *Das Erbe von „Fremde Heere Ost“*. Vor 50 Jahren: Aus der „Organisation Gehlen“ entsteht der Bundesnachrichtendienst (BND). In: Deutschlandfunk, 1. April 2006.
- Frank Westenfelder: *Alte Kameraden und kalte Krieger. Ex-Nazis zwischen Ost und West*.

8 Einzelnachweise

- [1] Siehe z.B.: Reinhard Gehlen: *Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971*. Hase & Köhler, Mainz u. a. 1971, ISBN 3-920324-01-3, S. 186: „Der Führung des Dienstes wurde von Sefton Delmer [...] unterstellt, sie entziehe ehemalige Nazis und SS-Leute bewußt und planmäßig der Strafverfolgung.“
- [2] *Biographic scetch on General Rheinhard Gehlen*, 20. Januar 1954, S. 12, abgerufen am 24. Dezember 2014

Die Wurzeln der Brüsseler EU

Planungsgrundlage: Die nationalsozialistische Großraumwirtschaft

Mit der betrügerischen Machtübertragung auf die Adolf Hitler- Regierung am **30. Januar 1933** hatten sämtliche expansionistischen außenpolitischen Konzeptionen den vorgeplant rapiden Aufschwung genommen.

Das galt für revanchistische und völkische Raubkriegsapologeten genauso wie für Europa- und Großraumwirtschaftsstrategen, deren Modelle jetzt sich kaum noch den Anschein geben mußten, ein gleichberechtigtes Miteinander der europäischen Staaten anzustreben. Daß Deutschland die Führungsmacht in Europa werden müsse, ist die ideologische Klammer zwischen sämtlichen Imperialisten und Weltherrschaftsvisionären.

Werner Daitz, Chemieindustrieller (IG Farben Komplex) und Leiter der Abteilung Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, analysierte Folgendes: Andere Weltmächte verfügten über ihre eigenen, exklusiven ökonomischen Räume – **das britische Empire**, der **amerikanische Block**, das **“chinesisch-japanische Wirtschaftsreich”**. Kontinentaleuropa müsse sich **“ebenfalls zu einer europäischen Großraumwirtschaft zusammenfinden”**.

Zunächst handelte es sich dabei um ein Wirtschaftsprojekt. Rohstoffe und Nahrungsmittel sollten künftig nicht mehr aus anderen Wirtschaftsräumen bezogen, der europäische Binnenhandel aber gestärkt werden.

Deutschland könne und müsse dafür die treibende Kraft sein:

“Deutschland in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, ist an erster Stelle verpflichtet, diese Aufgabe der Errichtung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft nicht nur zu verkünden, sondern auch handelspolitisch-praktisch zu betätigen.“

Anders als die militärischen Eroberungs- und Raubpläne und die daraus folgenden Vernichtungsfeldzüge boten Konzepte, wie das von Daitz, mehr Möglichkeiten die künftigen Opfer einer deutschen Machtausdehnung mit Versprechungen zu einer Beteiligung zu bewegen.

Das ging bis hin zur Behauptung, es werde die Gleichberechtigung der Völker angestrebt, getreu der von Daitz vorgegebenen taktischen Prämisse, man solle **“grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage”**.

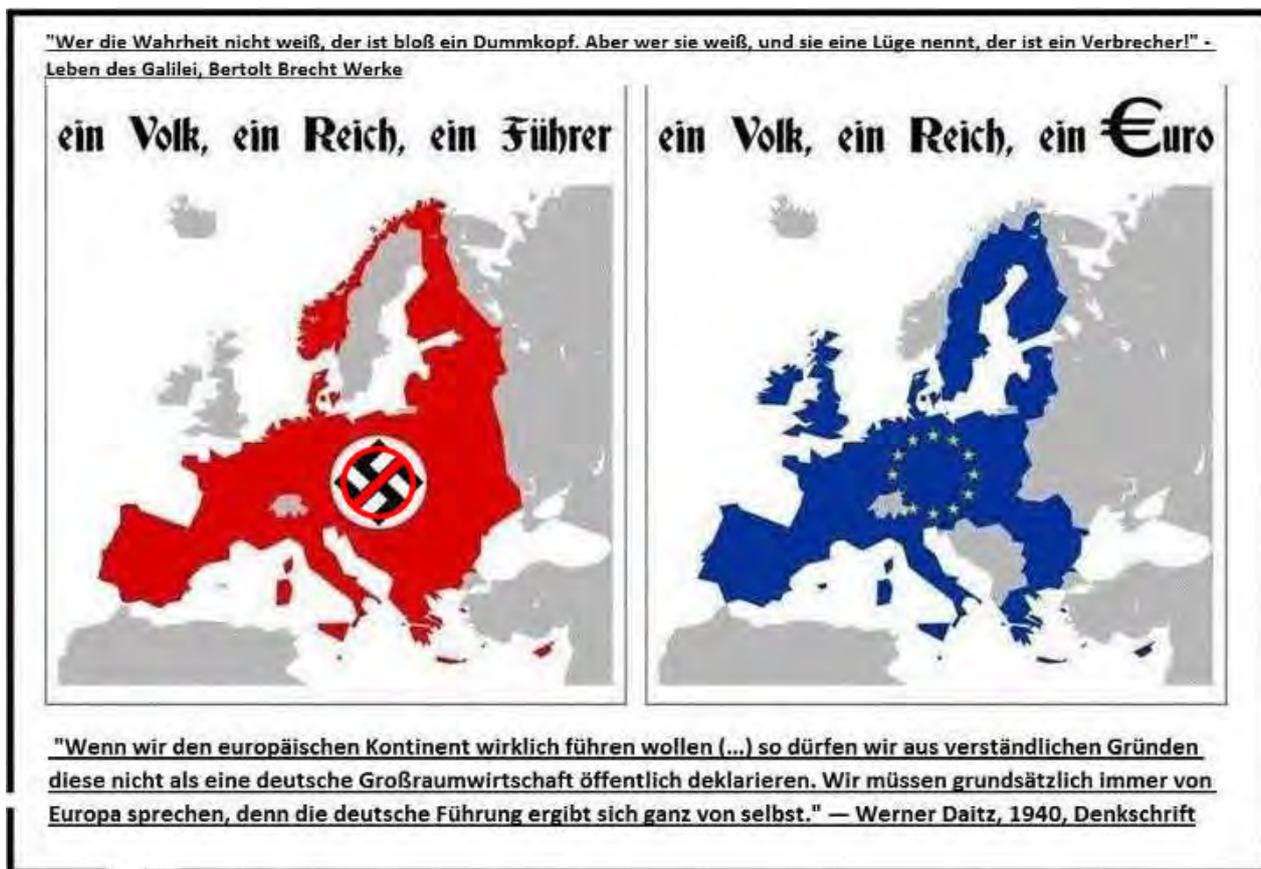
Und so ist es auch heute von den Faschisten planmäßig umgesetzt worden...

Jean-Claude Juncker, der seinen EU-Kollegen Demokratie erklärt hat. Zitat:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Quelle: Die Wurzeln der „Brüsseler EU“) <http://www.relay-of-life.org>

Anmerkung: Das Staatsgrundgesetz der Nationalsozialisten für die deutsche Kolonie - Neues Staatsrecht 1934 - bildet auch heute die staatsrechtliche, strukturelle



Planungsgrundlage des 4. Reiches - Europäische Union.



Die Welt- Kolonie der Faschisten – 5. Reich

Der Goldrahmen = Kolonieangehörigkeit!



Angela Merkel verlässt das Verwaltungsgebäude der EU-Kommission



Brüssel EU Kreuzgebäude ohne Haken

DER GOLDRAND

Ein Internetartikel von Steven Black: **DU BIST NICHT FREI**

Wer der Ansicht ist, er habe seit Geburt besondere Rechte wird umdenken müssen:

Um dies zu konkretisieren, nehmen wir einmal an, wir finden einen Strafbescheid über falsches Parken in unserm Briefkasten vor. Was werden wir tun? Nun, ich denke neben dem üblichen Murren werden wir ihn ohne viele Gedanken anstandslos bezahlen, weil wir sonst mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Und hier, in dieser so alltäglichen Situation finden wir uns mitten im Ausverkauf unserer Rechte wieder. Denn ein Strafbescheid ist kein geregelter Vertrag, er ist eine Mitteilung, eine Ankündigung die allerdings suggeriert es handle sich um ein Gesetz. Ein solches existiert auch, nur nicht für uns zutreffend. Dennoch ist es tägliche Praxis von Amtsbehörden. wir haben es hier mit einem Trick, einer juristischen Spitzfindigkeit zu tun.

WARUM?

Um hier Unterscheidung zu lernen, ist es vonnöten etwas über Rechte zu sagen.

Es gibt zwei Hauptgesetzbücher, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch zum Schutz und Rechten von Bürgern.

Und das Handelsgesetzbuch – es definiert den Handel und Austausch von Gütern, Dienstleistungen und von SACHEN jedweder Art. Die Handelsgesetze entstanden aus dem SEERECHT – dem Maritime Law, was aus dem frühkontinentalen Teehandel, dem



Sklavenhandel und dem Drogenhandel erwuchs.

Das bürgerliche Gesetzbuch ist ein Alptraum jedes Juristen oder Richters, es hat durch lange Zeiten hindurch die Interaktionen von Menschen zu regeln versucht, dementsprechend gibt es viele – um nicht zu sagen alle möglichen Auslegungen davon – die mal das eine, mal das andere feststellten, aber es umreißt ganz klar die Rechte des einzelnen natürlich geborenen Menschen.

Das Handelsrecht aber nicht, es hat allgemeingültige Gesetze die es noch nicht solange gibt.

Warum ist es wichtig das zu wissen?

Nun, bei der Geburt wird auf unserem Namen im Handelsregister ein Eintrag gemacht – und obwohl wir Menschen sind – gibt es dem Staat und dem Handel das Recht uns wie eine SACHE zu behandeln. Menschen sind aber nun einmal KEINE Dinge, sondern der gesetzliche Ausdruck hierfür lautet – Menschen sind natürliche Personen. Trotzdem und aus dem Grund weil das Handelsrecht weitgehend inzwischen über dem bürgerlichen Gesetzbuch steht, werden wir behandelt wie SACHEN, wie GEGENSTÄNDE. In dem Umfang, wie der Handel und Güterverkehr sich ausdehnte wurde nach und nach, das Handelsgesetz von Staaten auch auf Menschen, auf natürlich geborene Personen angewandt.

DER GOLDRAND

Zu "verdanken" haben wir das der UNO – die dem Völkerbund entstandene NGO – ist eine Nicht Regierung's Organisation, die von den führenden Bankenmagnaten erstellt wurde, um über die Wirtschaft Einfluss auf Menschen auszuüben. Systematisch wurde die Auflösung von Nationen betrieben, und in dem Maße wie die "Einbindung" von Nationen in die EWG und schlussendlich – bisher – der EU erfolgte und damit der NATO, wurde es Brauch das bürgerliche Gesetzbuch immer weniger anzuwenden. Eine Aufkündigung einer NATION, geht immer mit der Auflösung der Rechte seiner Bürger einher – das wollen nur die Leute nicht sehen. Sie klammern sich an die haltlosen Phantasieversprechen des Fernsehens, wo Politiker und andere "glaubwürdige Vertreter" sorgfältig geschriebene Reden halten..



Flaggen der Natoländer mit Goldrand

Die EU und die Streitkräfte der NATO sind Handelorganisationen zum Zwecke der Ausdehnung von Wirtschaftsmächten. Sämtliche Kriege wurden um Ressourcen geführt, mag der offizielle Grund auch anders angegeben sein..

Um bei dem Beispiel der Parkrechnung zu bleiben:

Wann immer wir einen Brief eines Amtes erhalten wo unser Name in GROSSBUCHSTABEN geschrieben steht, ist KEINE NATÜRLICHE PERSON gemeint, sondern eine SACHE, eine Firma, eine juristische Rechtsperson. Ein Auto oder andere Ware, aber KEIN MENSCH – und wie schon erwähnt, sind wir natürliche Personen, dementsprechend – wenn wir unsern Namen in GROSSBUCHSTABEN vorfinden sind wir NICHT verpflichtet zu bezahlen.

Es mag bei einem Strafbescheid noch lästiger sein sich zu beschweren, als anstandslos zu bezahlen um den daraus erwachsenen Kopfschmerzen aus dem Weg zu gehen. Versuchen sie das einmal, es wird ziemlich schwierig werden ihren zuständigen Mann bei dieser Behörde, davon zu überzeugen das die Behörde im Unrecht ist, denn er hat ebenfalls keine Ahnung davon. Als nächsten werden sie sich an das nächst höhere Gericht wenden, um ihr Recht zu verlangen – aber man wird versuchen ihnen einige dicke Knüttel zwischen die Beine zu werfen, und nur wenn sie einigermaßen sicher über die Definitionen dieses rechtes sind, werden sie RECHT bekommen und letztendlich werden sie an die 3 Instanzen durchlaufen müssen um den Strafbescheid nicht bezahlen zu müssen – aber es geht, viele Personen haben



dies schon vorgemacht, vorrangig in Amerika, England und anderen Ländern. Wer sich näher darüber schlau machen möchte:

<http://www.loveforlife.com.au/>

und: <http://www.thinkfree.ca/>

DER GOLDRAND

In amerikanischen Gerichten wo das See und Handelsrecht angewandt wird, sind die



ausgehängten Flaggen in Goldrand umrandet.



Amerika Flagge NWO



International Maritime Law Flag



Austria Maritime Law Flag/Österreichische Monarchie

Aber nennen tun sie es UCC – Uniform Commercial Code

Es ist völlig unerheblich wo sich die Goldmarkierung befindet und überall wird sie auch nicht zur Schau gestellt, nur Amerika in seiner Überheblichkeit agiert so unverfroren.



WDC



III. Reich

Bei uns, wird es inzwischen UN Kaufrecht genannt – United Nations of Contract – in unseren Handelsgesetzen auch CISG genannt.

Sobald man eine Rechnung anerkennt, und sich nicht als natürliche Person von vorneherein deklariert, ist man schon so gut wie verloren, denn damit wird die Gültigkeit anerkannt mit der über einen gerichtet wird. Weisen sie Briefe die mit GROSSBUCHSTABEN getippt sind zurück...

Nehmen wir als Beispiel die Steuern – wir alle "Wissen" das Steuern so sicher wie der Tod sind. Wissen wir das wirklich?

DER GOLDRAND

In Amerika und England gibt es KEINE rechtlich in der Verfassung – der Konstitutions of Rights – verankertes Gesetze für Steuern, sie sind in diesen Ländern illegal. Der IRS – der international Revenue Service – das dortige "Finanzamt", stellt dennoch jährlich Steuerbescheide aus, und wer sie nicht bezahlt dem wir unter Gewaltandrohung sein Geld, sein Haus etc. weggenommen. Es ist eine verbrecherische, alleine über den Handel erzwungene Organisation, die Leute bezahlen lieber diese Steuern als sich damit zu befassen oder auseinanderzusetzen. Den das bedeutet Kampf mit dieser Organisation die ganz und gar nicht zimperlich in der Wahl ihrer Mittel ist, um an das Geld der Bürger zu kommen. Aber sie ist eigentlich illegal.. Dasselbe ist auf Deutschland zu sagen, da die BRD ein Besatzungskonstrukt ist, zur "Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung", Deutschland ist nach wie vor besetztes Land der USA und den anderen Mächten. Ihre Steuern sind ebenso illegal erhoben, es gibt dafür keine legalen Gesetze.

Lohn und Einkommenssteuerpflicht in Österreich:

Nicht jeder Österreicher muß in Österreich Steuern zahlen, und auch nicht jeder Ausländer lebt in Österreich steuerfrei. Entscheidend ist, ob beschränkte oder unbeschränkte Steuerpflicht vorliegt.

Ein weiteres entscheidendes Kriterium ist die Einkommensart. Im Einkommenssteuergesetz sind bestimmte Einkunftsarten aufgezählt für die Steuerpflicht besteht. Diese Aufzählung ist taxativ, d.h. nur diejenigen Einkünfte sind steuerpflichtig, die im Gesetz selbst aufgezählt sind... dafür benötigt man aber wiederum einen Steuerberater, der für einen das "Dickicht" der Paragraphen durchwühlt. Steuerberater wissen sehr gut, das Steuern allgemein illegal sind – und dem Prinzip eines souveränen Staates zuwiderlaufen. Dabei gibt es noch direkte und indirekte Steuern und Steuersätze und was weiß ich noch, um einen zu bescheissen.

Staatsbürgerschaft kennzeichnet die aus der [Staatsangehörigkeit](#) sich ergebenden Rechte einer [natürlichen Person](#) in dem [Staat](#), dem sie angehört. Regeln, die an eine Staatsbürgerschaft anknüpfen, werden soweit möglich auf [juristische Personen](#) entsprechend angewandt.

Seit der Auflösung des Übereinkommens vom [6. Mai 1963](#) des Europarats über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern hat die Mehrstaatigkeit als Rechtsproblem an Bedeutung verloren. Dies ging mit der Entwicklung der Unionsbürgerschaft parallel einher.

Ähnlich einer Staatsbürgerschaft entwickelt die [EU](#) für die Bürger der Mitgliedsstaaten die Unionsbürgerschaft als Komponente des Einigungs- und Integrationsprozesses. Diese ist gegenwärtig keine echte Staatsbürgerschaft, wie auch die EU kein Völkerrechtssubjekt im Sinne eines Staates ist. Dies liegt vor allem daran, dass die EU ein Staatenverbund ist, der nach außen nicht wie ein souveränes Völkerrechtssubjekt auftritt, als solches nicht anerkannt ist und keine Anerkennung beansprucht, sondern auf politische, rechtliche und wirtschaftliche "Harmonisierung" die nach innen gerichtet ist.

[WIKIPEDIA/Definition einer natürlichen Person](#)

DER GOLDRAND

Eine **natürliche Person** ist der Mensch in seiner Rolle als Rechtssubjekt, d. h. als Träger von Rechten und Pflichten. Rechtssubjekte, die keine Menschen sind, nennt man juristische Personen. In früheren Rechtsordnungen – wie z. B. dem klassischen römischen Recht – gab es auch Menschen, die keine Rechtssubjekte und damit auch keine Personen in unserem Sinne waren, so etwa Sklaven und solche Familienangehörige, die der Herrschaftsgewalt des Familienoberhaupts (*pater familias*) unterworfen waren. Rechtlich hatten diese Menschen im Wesentlichen den Status von Sachen. Vergleichbare Wirkungen hatten noch in der Neuzeit der Klostertod und der Bürgerliche Tod. Mit der Vollendung seiner Geburt wird ein Mensch rechtsfähig und damit zu einer natürlichen Person (§ 1 BGB). Unter gewissen Umständen wird die Rechtsfähigkeit auch fingiert. So kann bereits ein ungeborener Mensch (*nasciturus*) zum Erben werden (§ 1923 Abs. 2 BGB).



[UN-Kaufrecht – Wikipedia](#)

Das **UN-Kaufrecht** (UNK; engl.: *United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods*, CISG) vom 11. April 1980, auch *Wiener Kaufrecht* genannt, ist maßgeblich für den internationalen Warenkauf.

Normalfall der Anwendung des UN-Kaufrechts ist der Warenkauf zwischen gewerblichen Verkäufern aus verschiedenen Vertragsstaaten des UN-Kaufrechts (s. Tabelle). Verkäufer und Käufer müssen weder Kaufleute sein, noch die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten haben. Maßgeblich ist der gewöhnliche Aufenthaltsort und die Niederlassung, Art. 1. Das UN-Kaufrecht ist nicht anwendbar auf Verbraucherverträge (sofern der private Zweck des Kaufes für den Verkäufer erkennbar war, Art. 2 lit. a).

In der DDR trat das UN-Kaufrecht am 1. März 1990 in Kraft und blieb dort auch nach deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland aufrecht; in der gesamten Bundesrepublik Deutschland trat es mit 1. Januar 1991 in Kraft (Bekanntmachung vom 23. Oktober 1990).^[3] Österreich trat dem UN-Kaufrecht mit Wirkung vom 1. Januar 1991 bei, die Schweiz mit Wirkung vom 1. März 1991.

Das UN-Kaufrecht ist in Deutschland ratifiziert und verkündet worden. Es ist demnach normaler Teil der deutschen Rechtsordnung, genauer: des deutschen Zivilrechts. Die Vertragsgestaltungspraxis schloss die Anwendbarkeit des UN-Kaufrechts allerdings anfänglich im Regelfall aus; die praktische Bedeutung des UN-Kaufrechts erfuhr dadurch eine erhebliche Einschränkung.

In jüngerer Zeit ist hier nun ein deutlicher Umschwung zu verzeichnen, der sich etwa darin materialisiert, dass die Musterverträge zahlreicher Interessenverbände keinen Ausschluss des CISG mehr vorsehen

DER GOLDRAND

Dieses "Gesetz" gibt den Banken das Recht einem sein Haus wegzunehmen, das Auto, eigentlich alle materiellen toten Gegenstände die ohne Leben sind, die wir meist mit Krediten von ihnen erstanden haben. Und der Witz dabei ist auch noch – wenn sie ihre Restschuld nicht bei der Bank löschen lassen, kann sie immer noch – obwohl sie ihr Haus oder Auto bezahlt hätten – ihre Dinge wegnehmen, denn es steht ja noch in den Büchern, in ihren schriftlichen Aufzeichnungen und versuchen sie mal dagegen anzugehen... "No Chance to Live". Das habe ich unlängst erst erfahren, von jemanden der den Eindruck machte er weiß wovon er redet – Erkundigen sie sich bei ihrer Bank wenn sie ein Haus haben... sie werden ja sehen.. gehen sie zur Bank und VERLANGEN sie das es aus den Büchern und den Unterlagen gelöscht wird..

Und ich vermute mal, im Zuge der weiter um sich greifenden Bankenpleite, die sich schon bis Europa ausgebreitet hat – werden viele Banken dazu übergehen solche unlauteren Methoden anzuwenden, denn sie stehen alle am Rande ihrer Existenz, von der Legalität ganz zu schweigen..

Und ob nun UCC, UN Kaufrecht oder CISG es bedeutet alles dasselbe – der Eintausch des bürgerlichen Gesetzes mit dem Handelsgesetz.

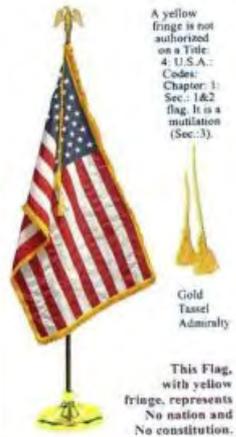
Achten sie also in Zukunft darauf, ob ihr Name in GROSSBUCHSTABEN oder klein geschrieben auf der Adressseite steht.. Denn das ist das einzig entscheidende dabei.. ob sie als eine natürlich geborene Person anerkannt sind, oder als ein Ding – eine SACHE.

Die Eu ist der Ausverkauf der Menschen...

Menschen sind denkende fühlende Wesen mit Bewusstsein – wir sind keine DINGE!



DER GOLDRAND



A yellow fringe is not authorized on a Title 4, U.S.A.: Code, Chapter 1, Sec. 1&2 flag. It is a mutilation (Sec.:3).

Gold Tassel Admiralty

This Flag, with yellow fringe, represents No nation and No constitution.

DER GOLDRAND

Nachstehend einige juristische Definitionen

[Rvgl 29-1-2004/Wikipedia](#) – Auszug

6. England: keine Kodifikation, aber handels-r Einzelgesetze, z.B. HandelsvertreterR [Commercial Agents Regulations 1993 zur Umsetzung EG-HandelsvertreterRiL], Bank- und VersicherungsR, WertpapierR.
Daneben Common Law (und equity) mit Sonderregeln des histor. sog. law merchant.

7. USA: Zentrale Bedeutung des Uniform Commercial Code [UCC] (1949 ff); daneben Einzelgesetze + Common Law

a) UCC = Uniform Commercial Code, von der National Conference of Commissioners on Uniform States Law entwickeltes ModellG, das heute, mit gewissen Modifikationen, in allen US-Einzelstaaten gilt (auch Louisiana).

b) „Kodifikationsähnlicher“ als viele andere US statutes, Hintergrund: Bedürfnis nach Rechtssicherheit im Handelsverkehr; „ziv-r“ Erfahrung/Ausbildung des ersten Reporter zum Entwurf des UCC: Karl Llewellyn (s. Einführungsvorlesung zum angloamerikan. Recht). Dennoch vom Umfang der dort angesprochenen Themenbereiche weit weniger umfassend + systematisch als kontinentaleurop. HGB, aber in den angesprochenen Themenbereichen häufig detailreicher.

c) UCC wird laufend überarbeitet + ergänzt.

c) Struktur UCC: Gliederung in „Articles“, die jeweils mehrere sections enthalten: vergleichbar einer Ansammlung von Einzelgesetzen; Gliederungsstruktur nicht unähnlich. Niederländ. BW, lit. ZGB oder frz. C.com. 2000.

B. Rechtsgrundlagen

1. Deutschland, Österreich: HGB (getrennt von BGB) + Sondergesetze (WechselG, ScheckG, DepotG, BörsenG, WpHG, UWG).

In Österreich urspr. ADHGB (1861), das als Vorbild für das dt HGB (1896) diente. 1938 wurde in Österreich das dt HGB eingeführt, das nach dem Krieg in Kraft geblieben ist (aber spätere Änderungen zwar angelehnt an D, aber nicht in vollständiger Konkordanz mit dem dt HGB).

Vgl. Struktur dt – und österr HGB:

Öst. HGB

1. Buch: Handelsstand

- Kaufleute §§ 1 – 7 → ähnlich wie D (vor Reform durch HaRReformG 1998: Abschaffung des Minderkaufmanns, der gesetzl. Aufzählung von Beispielen für Handelsgewerbe etc.)
- Firmenbuch §§ 8 – 16 ◊ weitgehend wie D [aber andere Überschrift: HaRegister]
- Handelsfirma §§ 17 – 37 ◊ ähnlich wie D
- [aufgehoben: Handelsbücher]: → so auch in D → aber parallele Neuregelung im 3. Buch HGB
- Prokura und Handlungsvollmacht §§ 48 – 58
- [keine Einführung in A: Handlungsgehilfen und Lehrlinge]:
- [keine Einführung in A: Handelsvertreter] → HaVertreterG 1993
- [aufgehoben: Handelsmäkler] → Teil des MaklerG 1996

DER GOLDRAND

- 2. Buch: Handelsgesellschaften: kürzer als in D
- 3. Buch: Rechnungslegung §§ 189 ff → sehr ähnlich wie in D: Umsetzung div. EG-RiL zum BilanzR, insbes. BilanzRiL 1978 (= 4. GesR-RiL).
- 4. Buch: Handelsgeschäfte → im wesentl. wie D

→ Ergebnis: zwar vielfache Gemeinsamkeiten bis in den Wortlaut hinein; auch ggs. Einwirkung durch Lehre. Aber Unterschiede im Detail können beträchtlich sein.

C. Grundstrukturen

I. Öffentlichrechtliche Grundlagen: insbes. Gewerbefreiheit

1. Westeuropa + USA: keine Besonderheiten, insbes. traditionell Gewerbefreiheit. Gewerbe-r Vorschriften z.B. in Gewerbe-gesetzen (Dk: 1975, N: 1980).

2. Osteuropa:

a) Gewerbefreiheit erst seit 1989/90 allg. anerkannt: zB Art.8 I, 34 I russ. Verf 1993

b) "Unternehmensgesetze" seit Beginn der 90er Jahre: Mischung aus gewerbe r und privat r Regelungen.

Beisp: lit. UnternehmensG 1990

Art.1 ff Definitionen

Art.6 ff N.c. zulässiger Unternehmensformen: Einzelunternehmer, best. GesFormen (N.C. der GesFormen)

Art.12 ff: grds. Gewerbefreiheit, im Rahmen ges. Bestimmungen; Lizenzpflichten vorbehalten.

Art.17 ff: Gründung und Liquidation von Unternehmen

→ Unternehmensgesetze werden zunehmend durch speziellere Gesetze abgelöst, aber teilw. noch subsidiär in Geltung.

II. Existenz eines eigenständigen "HandelsR" als juristisch-wissenschaftliche Disziplin?

Unterscheidung hängt z.T. davon ab, ob es eine getrennte Kodifizierung von HandelsR und bürgerl R gibt (klass Beisp: BGB – HGB), kann sich aber auch in Einzelgesetzen ausdrücken ("allg-bürgerl-r Regelungen" oder handelsr Spezialregelungen).

Vergleichender Status:

a) Dementsprechend: in Dt, Österreich, Frankreich, Spanien (eig. HGB vorhanden):

HandelsR als eigenständiges Rgebiet mit besonderen, übergreifenden Prinzipien anerkannt.

Häufig lange histor. Entwicklung, z.B. in Frankreich seit der Ordonnance sur le commerce de terre (1673) von Colbert.

b) In Ländern ohne eigenständiges HGB (z.B. CH, It, Niederlande) ist das HandelsR als besonderes Rechtsgebiet wesentlich weniger ausgeprägt, z.B. finden sich in der Schweiz kaum Lehrbücher zum HandelsR, sondern handels-r Aspekte werden in den SchuldR-Lehrbüchern mitbehandelt, oder in Monografien zu Einzelbereichen des HandelsR, z.B. BörsenR, BankR etc.

Die historische Linie des 4. Reiches - Europäische Union (EU) = BAYBLON - ÄGYPTEN – ROM

Die historische Linie des Faschismus und Nazismus ist BAYBLON - ÄGYPTEN – ROM.
Die Beweislast ist dazu erdrückend!

Die weströmische Politik wird in den Geheimlogen einer satanisch schwarzokkulten
Freimaurerei getätigt.

Selbst der deutsche Sender Phönix TV brachte im Rahmen der Sendung *Schliemanns
Erben der Limes* den Beweis das das 4. Reich *Europäische Union* das Römische Reich
bis heute politisch, ökonomisch, finanziell, militärisch und religiös- okkult (Vatikan in Rom)
weiter führt.

Die heutigen modernen römischen Faschisten sagen ganz offen wie sie ihr
heimtückisches Spiel gegen die Menschheit betreiben.

Die aber durch die Propaganda benebelten Menschen werden in Deutschland/ Europa von
den heutigen Faschisten betreut, beschäftigt und sind mit prozentual wenigen Ausnahmen
nicht mehr in der Lage die Realität Ihrer Umwelt zu erkennen.

Darum sind die Faschisten sich ihrer Sache (Weltherrschaftsprojekt 5. Reich) auch so
sicher.

http://www.phoenix.de/content/phoenix/tv_programm/schliemanns_erben_%281_2%29/265488

*Die gleichgeschalteten Römer (Faschisten) werden in den westlichen Massenmedien
grundsätzlich als die multikulturellen Kulturbringer blühender Siedlungen/ Landschaften
gefeiert.*

*Die vertuschte Hochkultur und die Heimat der germanischen Stämme und deren
Nachfahren werden bewusst dämonisiert, rassistisch abgewertet und lächerlich gemacht.*

Typisch rassistisch abwertender Sprachgebrauch (NS-Stürmerstil) der römischen
Faschisten verwendet auch der Gleichschaltungssender *Phönix*: z. B. das römische
Schimpfwort gegen die Germanen: *Barbaren*

Typische faschistische Attitüden: **Kulturbringer, Untermensch – Herrenmensch,
Gleichschaltung, der Feind steht im Osten, Wildnis - Zivilisation...**

Faschistischer Propagandafilm Der Grenzwall gegen die Barbaren

<https://www.youtube.com/watch?v=BsyfLtVuSzQ>

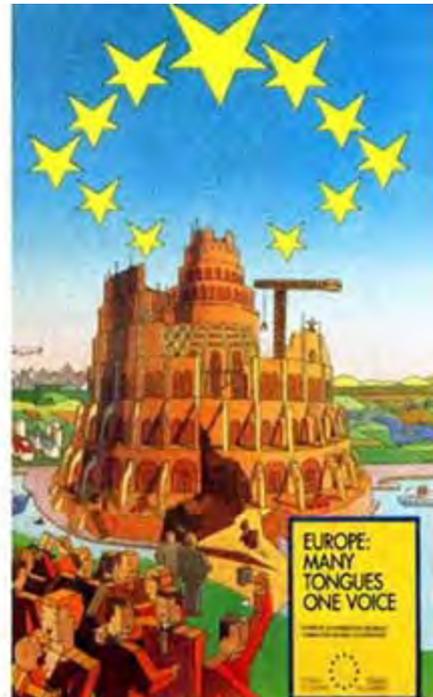
**Faschistischer Propagandafilm Schliemanns Erben 28 Der Limes Teil 2 - Gefahr an
Roms Grenze**

<https://www.youtube.com/watch?v=uLqQKD3TtKE>



Abduction of Europe, **Woman Riding the Beast in Water** statue in front of the European Parliament Building in Strasbourg, **France**. EU Official Poster **Rebuilding the Tower of Babel**.

- Turm von Babel, Hure von Babylon als Symbole der Europäischen Union



- Merkels Presidential Medal of Freedom
- Friedensnobelpreisträger Barack Hussein Obama
- Friedensnobelpreisträger EU
- Baphomet

Sterne der NWO

"Der Stern illuminiert die 1000 Lichtpunkte am Himmel - die Illuministen"
 (Präs. Bush sen. 1991 in seiner Ansprache über den Zustand der Union)



Die alte Priesterschaft - das 4. Reich der EU wird im Vatikan in Rom gegründet!



Religiös- okkultur Gründungsraum der EU im Vatikan



Die Faschisten sind weltweit über Geheimlogen organisiert



Das 4. Reich der EU ist die Fortsetzung des römischen Reiches



POLITIKER – ZITATE

gegen Deutschland, die Menschheit und den Weltfrieden

Globalisierung = der Deckname für die *Neuen Welt Ordnung* - 5. Reich der Faschisten:



Wolfgang Schäuble, CDU und Bundesfinanzminister (Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8.10.2011)

"Wir sind dabei, das Monopol des alten Nationalstaates aufzulösen. Der Weg ist mühsam, aber es lohnt sich, ihn zu gehen."



Jean-Claude Juncker, Regierungschef in der Europäischen Union. Von 2005 bis 2013 war er zudem Vorsitzender der Euro-Gruppe der seinen EU-Kollegen Demokratie erklärt hat. Zitat:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die

meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“



Günter Verheugen, ehem. deutscher EU-Kommissar am 09.12.2010 bei Maybrit Illner:
“**Wir sollten bitte nicht vergessen: dieses ganze Projekt ‘Europäische Einheit’ ist nur wegen Deutschland nötig geworden. Es geht immer dabei, Deutschland einzubinden**, damit es nicht zur Gefahr für andere wird. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, dass das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind sie vollkommen schief gewickelt. **Es dreht sich jeden Tag darum.**”



Nie wieder Krieg zwischen Russland und Deutschland!

23. Juni 1941 Senator und künftige US-Präsident Harry Truman sagte der "New York Times": "**Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, und somit lassen wir sie so viele wie möglich zu töten!**"



EU-Osterweiterung eine Erfolgsgeschichte“

ständiger Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy: 01.05.2014 · Die größte Erweiterung der EU-Geschichte ist für **Herman Van Rompuy** eine Erfolgsgeschichte. **Wirtschaftswachstum und Beschäftigung** sieht der EU-Ratspräsident **als bestes Rezept** gegen Populisten.

Van Rompuy hält EU-Wahl für überflüssig: „Entschieden wird woanders“

Deutsche Wirtschaftsnachrichten | 23.04.14, 00:32 |

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy erkennt im Desinteresse der Europäer an der EU-Wahl den sicheren Instinkt der Bürger. In einem Interview sagte er, „**wirklich entschieden“ werde anderswo und nicht im Parlament**. Eine solch offenerzige Diffamierung einer vorgeblich demokratischen Institution zeigt: **Die EU ist** in ihrer aktuellen Struktur **eine autoritäre Hinterzimmer-Veranstaltung** - und will das auch bleiben.



James Paul Warburg (1896 - 1969), Sohn von Paul Warburg, Bankier, Aufsichtsrat der

Bank of Manhattan, Finanzberater von Präsident Roosevelt, Mitglied der CFR, sagte vor dem Senatsausschuss für Außenpolitik am 17. Februar 1950:

"Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir es gut finden oder nicht. Die Frage ist nur, ob die Weltregierung durch Zustimmung oder Eroberung erreicht wird."



David Rockefeller, geb. 1915, US-amerikanischer Bankier & Politiker:

"Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung. Alles, was wir brauchen ist die richtige, allumfassende Krise und die Nationen werden in die Neue Weltordnung einwilligen."



Winston Churchill (1874-1965), Britischer Premierminister:

"Derjenige muss in der Tat blind sein, der nicht sehen kann, dass hier auf Erden ein großes Vorhaben, ein großer Plan ausgeführt wird, an dessen Verwirklichung wir als treue Knechte mitwirken dürfen."

Aussagen zum Aufgabenbereich der BRD- Politik durch die deutsche Bundeskanzlerin:



Angela Merkel, CDU und Bundeskanzlerin am 03.02.2003 im Präsidium der CDU:
„Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken“

Angela Merkel, CDU und Bundeskanzlerin (Quelle: LINK):
„...denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit...“

Angela Merkel, CDU und Bundeskanzlerin (Quelle: LINK):
„Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt!“

Aufrufe zur ethnischen Vernichtung der Deutschen – Völkermord in Europa:



Franziska Drohse, SPD und eh. Bundesvorsitzende der Jusos bei Cicero TV:

"Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe - würde ich politisch sogar bekämpfen."

Christin Löchner, DIE LINKE (Quelle)

"Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen."



Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 02.01.2005, LINK)

„Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“

Quelle: "Die Welt" vom 7.2.2005 (Rezension zu Joschka Fischers Buch "Risiko Deutschland" von Mariam Lau): Deutschland muss von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.

Arif Ünal, Bündnis90/Die Grünen, war Antragssteller. Hier das Video des Antrages. Die Abschaffung der Eidesformel "Zum Wohle des deutschen Volkes" wird im NRW-Landtag eingebracht. Stattdessen soll es "zum Wohle der Bevölkerung in NRW" heißen.

Curt Amery, Bündnis90/Die Grünen im Magazin "Natur", Dez 1982, Seite 42:

"...dass wir, d.h. die Grüne Bewegung, einen Kulturentwurf anstreben, in dem das Töten eines Waldes verächtlicher und verbrecherischer gewertet wird als das Verkaufen von Kindern in asiatische Bordelle."



Renate Schmidt, SPD und Bundesfamilienministerin, am 14.3. 1987 im Bayerischen Rundfunk:

„Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle, weil dieses **ist mir**, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig **wurscht**.“



Sieglinde Frieß, Bündnis90/Die Grünen vor dem Parlament im Bundestag, Quelle: FAZ vom 6.9.1989:

„Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“



Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen (Quelle: Pflasterstrand 1982; zitiert in "Nation & Europa, Mai 1999, Seite 7):

„Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiagen.“

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen (Quelle: Viele Einträge im Internet, ich suche aber nach der Ursprungsquelle)

„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinerter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu ‘Ungleichgewichten’ führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, **indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht.** Schon ist die Welt gerettet.“



Cem Özdemir, Bündnis90/Die Grünen in einem Antwortschreiben vom 25.11.2011:

"Ich denke, dass die Christlich-abendländische Kultur als solche nicht existiert. Vielmehr wird sie konstruiert, um andere Gruppen von ihr auszuschließen."



Vorstand der Bündnis90/Die Grünen von München:

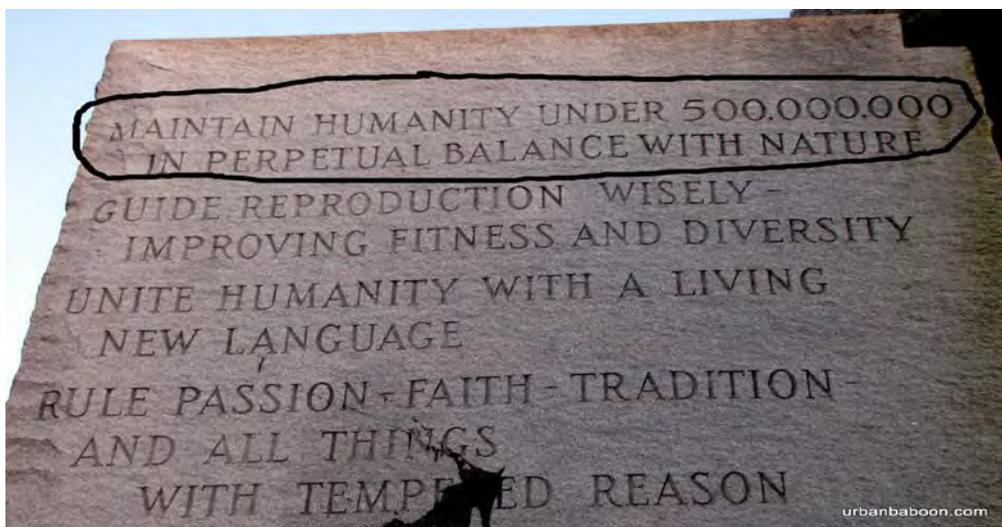
„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“



M. Walid Nakschbandi, Deutscher afghanischer Herkunft und Geschäftsführer der Fernsehproduktionsfirma AVE, Quelle:

„Ihr habt nur die Chance, mit uns zu leben. Ein Leben ohne uns wird es für Euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, dass bald ein türkischstämmiger Richter über Euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt Eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament Eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates Eurer New Economy wird. Nicht Ihr werdet die **Gesellschaft internationalisieren**, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für Euch. **Ihr seid bei diesem leidvollen Prozess lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern.**“

Das globale Endziel der Faschisten:



Werden wir von Irren regiert?

Die Generallösung zur endgültigen BEFREIUNG von Deutschland, Europas und der gesamten Welt aus der faschistischen Kolonie und zur Widerherstellung des Welt- Friedens



Die Gefahr für die gesamte Menschheit kann jetzt sofort gebannt werden. Die Generallösung dafür ergibt sich aus dem Grundgesetz für die BRD - Nazikolonie. Der wirtschaftliche, finanzielle und militärische Motor des Faschismus ist die BRD. Die Faschisten können sofort nur über die bis heute im besetzten, nicht unabhängigen Deutschland gültige alliierte Gesetzgebung gestoppt werden. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Kombination zwischen den Artikel 139 und Artikel 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) bedeutet den tatsächlich endgültigen Sieg über die Faschisten und deren Kolonialismus weltweit! Das von Adolf Hitler ab 1934 gleichgeschaltete *DEUTSCHE VOLK* kann insbesondere ohne die Hilfe Russland das Ziel der Befreiung vom Faschismus nicht erreichen.

Wird Deutschland nicht vom Faschismus befreit, wird letztendlich die ganze Welt/ Menschheit und insbesondere auch Russland und alle weiteren Widerstandsnationen vernichtet.

Wird Deutschland endgültig vom Faschismus befreit, kann sofort der II. Weltkrieg beendet und die gesamte Menschheit und natürlich jede kriegsbetroffene Nation gerettet werden.

Rechtsgrundlagen für die Befreiung ist die bis heute volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland:

Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD:

Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften aus *SHAEF – SMAD:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

**Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -
zum 26.07.2014 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe**

Artikel 159:

„Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.“

Beweis die Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...Verfügung von Hoher Hand in In- und Ausland eintreten.“

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben:

„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer- Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben:

„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“

Die "deutsche Staatsangehörigkeit", auf dem Personalausweis als Staatsangehörigkeit " DEUTSCH " bezeichnet, wurde durch die S.H.A.E.F. - Gesetz - Nr. 1, Art. 1. und 2. - der Alliierten am 05. 06. 1945 außer Kraft gesetzt und gestrichen. Alle späteren Änderungen dieses Gleichschaltungsgesetzes von Hitler „Verordnung über die "deutsche Staatsangehörigkeit" vom 05. 02.1934“ sind ebenso ungültig.

Es gibt schon daher keine Staatsangehörigkeit "DEUTSCH"

Beweis Haager Landkriegsordnung - HLKO:

Auflösung der öffentlichen Ordnung durch Rechtsbankrott, totalitäre Justiz- und Behördenwillkür, Gewalt, Chaos und Gesetzlosigkeit, Plünderungen an Privateigentum der Bevölkerung durch die Faschisten in Deutschland gebieten ebenfalls den notwendigen Durchgriff:

im Artikel 42 bis 56 sind Regelungen zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem feindlichen Gebiet festgelegt. Ein Besatzer ist unter anderem verpflichtet, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten (Artikel 43). Einziehung von Privateigentum ist ebenso verboten wie Plünderungen. (Artikel 46 und 47)

Das bedeutet:

Aktivierung nicht angewandeter Gesetze!

Das bis heute rechtsgültigen alliierten SHAEF- Gesetze und SMAD- Befehle stehen ÜBER dem Grundgesetz FÜR die nicht souveräne Bundesrepublik Deutschland!

Das Grundgesetz ist die höchste Rechtsnorm FÜR die BRD.

Das Grundgesetz wurde 1949 von den Alliierten FÜR die BRD verordnet.

Die Russische Föderation ist bis heute komplett für Deutschland zuständig.

Kombination mit:

Artikel 146 Grundgesetz FÜR die BRD:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”

Das bedeutet:

I. Entnazifizierung aller deutschen Bundesbürger aus der deutschen Nazi-Zwangsangehörigkeit, restlose und endgültige Beseitigung aller verbotenen nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen sowie deren Auslegungen und Bestandteile in Deutschland.

II. Befreiung der rechtsgültigen Weimarer Reichsverfassung von 1919 vom kolonialen Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland

III. Danach Reformierung der Verfassung durch Volksabstimmung in Deutschland

17. Notwendige Schritte zur Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus und Nazismus:

1. Nürnberg 2 bedeutet die endgültige Befreiung Deutschlands vom Faschismus über Einrichtung eines SHAEF- SMAD- Gerichtes mit internationaler Strafverfolgung für alle Nazi- und Kriegsverbrecher durch die zuständige alliierte Hohe Hand. Dazu erfolgt die formelle Reaktivierung auch der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zum Schutz der deutschen Bevölkerung, der Arbeit der Übergangsregierung, zur endgültigen Entnazifizierung der Deutschen, Befreiung der WRV 1919 vom GG FÜR die BRD, Rückführung der Deutschen in ihre Heimat, Wiederherstellung der Heimatländer/Bundesstaaten.

Staatenlos.info/Kommission -146 Deutschland - Rüdiger Hoffmann und Helmut Buschjewe erheben Klage und Strafanzeige gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren hauptverantwortliche Personenkreise wegen Nazi-und Kriegsverbrechen und Völkermord.

2. Berlin- Karlshorst 2: Bedingungslose Kapitulation des 3. Reiches durch Frau Angela Merkel als letztes Glied in der Kette.

Damit sofortige Abschaltung der deutschen Nazi-Kolonie *Bundesrepublik Deutschland* als wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Motor des internationalen Faschismus. (Projekt 4. und 5. Reich)

Der friedliche Wandel und die Auflösung der BRD – Nazikolonie erfolgt ähnlich wie 1990 die Abwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik*.

4. Zur Sicherstellung der entnazifizierten Verwaltung und des schrittweisen Wiederaufbaus Deutschlands zeitgleiche Einrichtung einer militärischen Übergangsregierung mit Genehmigung und Auftrag der zuständigen alliierten Hohen Hand.

4. Konferenz von Jalta 2 bedeutet umgehende Einrichtung einer Welt-Friedenskonferenz mit Beteiligung von staatenlos.info - Kommission 146 als Vertreter Deutschlands zum Abschluß der Friedensverträge mit allen beteiligten Nationen – Löschung der UN- Feindstaatenklauseln.

5. Abzug der Alliierten Besatzungsmächte aus Deutschland.

Die Übergangsregierung stellt sich weiterhin unter den Schutz der Russischen

Föderation bis der Faschismus weltweit endgültig beseitigt ist.

6. Die Arbeit der Übergangsregierung:

Reformierung der Weimarer Reichsverfassung (WRV) 1919 durch eine verfassungsgebende Kommission.

Abstimmungen der Entwürfe über Referenden.

Schrittweise Umsetzung des staatenlos.info Heimat- und Friedensprogramms als globales Modellprojekt.

Die Übergangsregierung wird gebildet mit der Abstimmung der Siegermächte/ Russische Föderation durch die Organisation staatenlos.info/ Kommission -146 Deutschland

7. Gemeinsame Wiederherstellung der Heimat- Achse Deutschland- Preußen– Russland als Garant für den Weltfrieden, Wohlstand und Zukunft für alle Völker der Welt. (als ewiger Bruderbund)

8. Aufbau einer gemeinsamen Eurasischen Union freier und unabhängiger Nationalstaaten mit Rückkehr zu den vielfältigen ethnischen Kulturen und ethisch-moralischen Werten.

Darüber hinaus Reformierung der Weltgemeinschaft als ewiges Freundschafts- und Friedensbündnis freier, souveräner Nationen und Völker!

Ziel: Die Weltordnung des Friedens und der Harmonie unter Einhaltung der natürlichen und göttlichen Ordnung.

18. Maßnahmen aller kriegsbetroffener Nationen und deren Völker wie z. B. Syrisch Arabische Republik, Islamische Republik Iran, Libanesische Republik, Republik Irak, Islamische Republik Afghanistan, Volksrepublik Donezk, Demokratische Volksrepublik Korea, Volksrepublik China, Palästina, Republik Kuba, Republik Guatemala, Indien, Bolivarische Republik Venezuela, Brasilien, Republik Serbien, Transnistrien/ Republik Moldau, Republik Tschetschenien, Ägypten, Hellenische Republik Griechenland, Königreich Spanien, Republik Portugal, Italien, Zypern, Ungarn und viele weitere Nationen

1. Schutz der ausländischen Bürger und Migranten, die in der Bundesrepublik Deutschland migriert leben und arbeiten:

Diese Personen sind durch Täuschung Ihrer Staatsangehörigkeit beraubt, in dem sie die Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* / Deutsche Staatsangehörigkeit* von 1934 – Adolf Hitler erhalten haben. Weiter wurden diese russischen Menschen durch die BRD ab dem 8.12.2010 staatenlos gemacht und total entrechtet. (Siehe Beweisanlagen dazu)

Alle Ausländer sind in der BRD durch willkürliche Übergriffe der deutschen Faschisten (Behörden und Justiz usw.) in ihrer persönlichen Sicherheit akut gefährdet.

Die deutschen Faschisten wenden dazu illegal verbotene Nazigesetze an.

Die deutschen Faschisten wenden dazu illegal verbotene Nazigesetze an. Dazu zählen die vielen Geld- Erpressungen im Kraftfahrzeugbereich, insbesondere aber auch die Nazisteuergesetzgebung von 1937 mit Anwendung nationalsozialistischer Zwangsgesetze (Justizbeitreibungsverordnung vom 11.März 1937) von Adolf Hitler usw.

2. Anträge aller betroffenen Nationen auf Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates und der UNO

3. Klageerhebung aller betroffenen Nationen bei dem zuständigen Hauptmilitärstaatsanwalt (HMSTA) / Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation

4. Klageerhebung aller betroffenen Nationen an den Internationalen Strafgerichtshöfen in Den Haag und Malaysia

5. Die bundesdeutschen Organisationen und Firmen im Ausland dienen als verdeckte Operationsbasen zur Zerstörung der jeweiligen Nation. Sie gehören zum Nazi- Projekt Barbarossa 2.

Dazu zählen auch alle politischen Organisationen, Parteien und Verbände der BRD. Diese Organisationen sind zu verbieten und deren Vermögen zu beschlagnahmen. In die betroffenen Staaten, einreisende Agenten und politische und wirtschaftliche Aktivisten (Geschäftsleute) der Faschisten (Nazis) sind vorsorglich festzunehmen und der zuständigen Justiz zuzuführen. Schädigende Unternehmungen dieser global agierenden Personenkreise müssen sofort gestoppt werden.

6. Mobilisierung der eigenen Bevölkerung der betroffenen Nationen: Handlungsanleitung Urkunde International für Menschen anderer Nationen zur Unterstützung der Befreiung:

<http://staatenlos.info/index.php/loesung-urkunde-146-menu/urkunde-international/handlungsanleitung-urkunde-international.html>

19. Solidarisierung der Deutschen und Menschen anderer Nationen zur Befreiung Deutschland/ Europas und der Welt vom Faschismus:

- 1. das letztendlich einfache deutsch europäische Kernthema: staatenlos in der BRD EU Nazikolonie und die gesetzliche Generallösung zur Rückkehr in die Heimat und den Welt-Frieden Artikel 139 – Artikel146 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland erfassen und verstehen**
- 2. Heimatrehabilitation/ Entnazifizierung an die zuständige Hohe Hand nach Moskau**
- 3. Gegenseitige E Mail- Vernetzung (Kontaktformular auf staatenlos.info nutzen) und zielgerichtete Weiterverbreitung des Themas auf allen Ebenen (Weitergabe staatenlos.info - Flyer, Internet, Facebook, Twitter, Presse/ Medien, Veranstaltungen etc. pp.)**
- 4. Teilnahme an den staatenlos.info Veranstaltungen in Berlin und anderen Orten**
- 5. (regelmäßige) finanzielle Unterstützung der staatenlos.info / NOD- Befreiungsbewegung- jeder €uro zählt!**
- 6. Ihre Heimat Staatsangehörigkeit erhalten sie nach der Befreiung von den Heimatbehörden ausgestellt. Bitte dazu die Handlungsanleitung genau beachten und befolgen:
<http://staatenlos.info/index.php/loesung-urkunde-146-menu/handlungsanleitung-heimatpaket.html>**

Heimat– und Friedensprogramm



(Auf gesetzlicher Grundlage auch als internationale Anregung.)

URSACHE und GENERALLÖSUNG zur BEFREIUNG vom Faschismus und Nazismus
URSACHE und GENERALLÖSUNG zur BEFREIUNG vom Faschismus und Nazismus
ist die staatsrechtlich pflichtgemäße Heimat- und Verfassungsumsetzung Artikel 146 in
Verbindung Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland – Befreiung der
rechtsgültigen WRV 1919 vom kolonialen Grundgesetz FÜR die BRD
– danach Reform der Verfassung für die Deutschen Völker!

Sofort- Maßnahmen

Deutschlands Befreiung vom Faschismus- Heimat und Weltfrieden

- Endgültige Befreiung Deutschlands vom Faschismus mit Einrichtung einer militärischen Übergangsregierung durch die Alliierten

- Berlin- Karlshorst 2: Bedingungslose Kapitulation des 3. Reiches durch Frau Angela Merkel als letztes Glied in der Kette.

Damit sofortige Abschaltung der deutschen Nazi-Kolonie *Bundesrepublik Deutschland* als wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Motor des internationalen Faschismus. (Projekt 4. und 5. Reich)

Der friedliche Wandel und die Auflösung der BRD – Nazikolonie erfolgt ähnlich wie 1990 die Abwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik*.

- Nürnberg 2 bedeutet die endgültige Befreiung Deutschlands vom Faschismus über Einrichtung eines SHAEF- SMAD- Gerichtes mit internationaler Strafverfolgung aller Nazi- und Kriegsverbrecher durch die zuständige alliierte Hohe Hand.

Dazu erfolgt die formelle Reaktivierung auch der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zum Schutz der deutschen Bevölkerung, der Arbeit der Übergangsregierung, zur endgültigen Entnazifizierung der Deutschen, Befreiung der WRV 1919 vom GG FÜR die BRD, Rückführung der Deutschen in ihre Heimat, Wiederherstellung der Heimatländer/Bundesstaaten.

- Staatenlos.info/Kommission -146 Deutschland - Rüdiger Hoffmann und Helmut Buschujew erheben Klage und Strafanzeige gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren hauptverantwortliche Personenkreise wegen illegale Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler, Nazi-und Kriegsverbrechen und Völkermord.

- Konferenz von Jalta 2 - Einrichtung einer Welt- Friedenskonferenz mit Beteiligung staatenlos.info-Kommission 146 Deutschland als Stimme Deutschlands zum notwendigen Abschluß der Friedensverträge mit allen beteiligten Nationen
Wiederherstellung Welt- Frieden durch den konkreten Abschluß der ausstehenden Friedensverträge mit über 54 Nationen eingeschlossen die alliierten Siegermächte = Welt-Frieden
- Weltsicherheit – global stabile Verhältnisse - endgültige Löschung der Feinstaatenklausel in der UNO

- Errichtung der Übergangsregierung:

Zur Sicherstellung der entnazifizierten Verwaltung und des schrittweisen Wiederaufbaus Deutschlands zeitgleiche Einrichtung einer militärischen Übergangsregierung mit Genehmigung und Auftrag der zuständigen alliierten Hohen Hand.

- Arbeit der Übergangsregierung:

Reformierung der Weimarer Reichsverfassung (WRV) 1919 durch eine verfassungsgebende Kommission.

Abstimmungen der Entwürfe über Referenden.

Schrittweise Umsetzung des staatenlos.info Heimat- und Friedensprogramms als globales Modellprojekt.

- Aktivierung des Völkerrechts für das befreite Deutschland

- Wiederherstellung der vollen Souveränität und Beendigung der militärischen Besetzung Deutschlands gem. HLKO und Völkerrecht mit vollständigen Abzug aller Alliierten Besatzungsmächte aus Deutschland.

Die Übergangsregierung stellt sich weiterhin unter den Schutz der Russischen Föderation bis der Faschismus weltweit endgültig beseitigt ist.

- alle EU – NATO – Auslandsabgaben, Besatzungskosten, Kriegs- und Kriegsfolgelasten fallen komplett weg

- Aktivierung aller menschlichen Grundrechte wie das Grundrecht auf Heimat in Deutschland

- Wiederherstellung der deutschen Bundesstaaten, Provinzen und freien Städten

- Aktivierung Reichs- und Heimatangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

- Aufhebung der obsoleten Reichsangehörigkeit im RuStaG von 1913

- Heimat- Staatsangehörigkeitsausweise, Personenausweise und Reisepässe

- Reformierung der Weimarer Reichsverfassung zur einer neuen fortschrittlichen Verfassung für die Deutschen Völker durch Volksentscheid/ Referendum

- Ende der faschistischen Parteiendiktatur durch Entnazifizierung/ SHAEF- SMAD Gericht

- Volksherrschaft über Leistungspolitik für das Volk mit Volksentscheide zu allen grundlegenden Belangen von Staat und Gesellschaft

International- Weltfrieden

- Schaffung einer internationalen, speziellen Militärpolizei- Blauhelmtruppe zur vollständigen Beseitigung der Söldner – und Terroristenorganisationen, 5. Kolonnen der Faschisten und aller Helfershelfer

- In die betroffenen Staaten einreisende Agenten und politische und wirtschaftliche Aktivisten (Geschäftsleute) der Faschisten (Nazis) sind vorsorglich festzunehmen und der zuständigen Justiz zuzuführen. Schädigende Unternehmungen dieser global agierenden Personenkreise sind sofort zu stoppen.

- Schaffung einer internationalen militärpolizeilichen Kulturgüterkommission zur globalen Sicherstellung deutschen und internationalen Kulturgutes – Sicherstellung und Rückgabe von Raubkunst

- Nach der endgültigen Wiederherstellung des Weltfriedens und der Beendigung der lokalen Kriegsherde erfolgt die schrittweise, sozialverträgliche und geförderte Rückführung aller Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge in ihre befriedeten Heimatländer.

Nachweislich politisch und militärisch verfolgte Personen genießen weiterhin Schutz- und

Bleiberecht.

Familienzusammenführungen und Aufbauhilfsprogramme für die zerstörten Gebiete.

- In Deutschland geprüft über Generationen voll assimilierte bzw. aufgewachsene ausländische Menschen können auf Wunsch im Land verbleiben.

-Souveränitätsbestrebungen von einzelnen Völkern sind grundsätzlich durch Referenden unter internationaler Beobachtung zu entscheiden und danach in der UNO nach Völkerrecht anzuerkennen.

- Der Schutz von Minderheiten wird von der Weltgemeinschaft garantiert und sichergestellt.

Staatsauftrag Wiederherstellung der gesellschaftlichen Heimatstrukturen mit dem gesellschaftlichen Grundsatz:

Gemeinnutz stets vor Eigennutz

- positive Zukunft, Gleichberechtigung für alle Völker/ Menschen

Verwaltung

- restlose Auflösung der gleichgeschalteten BRD- NS- Verwaltungsapparates

- Neuaufbau einer kleinen, dezentralisierten Heimat- Verwaltung

- auf das allgemeine Volkswohl vereidigte Staatsbeamte

Justiz

- unabhängige Staatsgerichte GVG § 15 ohne den NS- Rechtsanwaltszwang

- Wiederherstellung des staatlich deutschen Recht – BGB – StGB – StPO Straftatverfolgung ZPO einschließlich strafbewehrtes Verbot von Wucher/ Spekulation im BGB und StGB

- kostenfreie Rechtsprechung

Finanzwesen

- staatliche Heimatbank – Währungsreform - goldgedeckte Mark – Heimatdruckerei – strafbewehrtes Verbot des Zinses und des Zinseszinses

- allgemeiner Schuldenerlaß im Zuge der Währungsreform für alle Bürger

(ausgenommen die ehemaligen BRD- Strukturen, Banken, Versicherungen und Konzerne/ Kartelle)

- staatliches Versicherungswesen

- nur eine, für jeden tragbare Grundbesteuerung

- Steuergeldverwendung ausschließlich nur zum Wohl der deutschen Völker und des Friedens

Wirtschaft

- Wiederherstellung Volksvermögen/ Volkseigentum an öffentlichen Immobilien, Grund und Boden, Wald, Wiesen, Felder, Gewässer/ Wasser und der Atmosphäre

- staatliche Heimatindustrie – insbesondere der Schlüsselindustrien

- Reform der gesamten Wirtschaft zu einer weitestgehend Exportunabhängigen regionalen Heimatwirtschaft

- Auflösung/ Umwandlung der Konzernkartelle zu mittelständischen Manufacturbetrieben

- Wiederherstellung der Arbeitsstätten und der Lagerwirtschaft am Wohnort im Rahmen der Regionalwirtschaft

- freies Handwerk- und Gewerbe, freier Handel, freie Stände

- Auflösung/ Umwandlung der Handelsketten mit Wiederherstellung Kleinhandel

- freie Wissenschaft und Forschung, freie Energie sind Staatsauftrag und genießen besonderen Schutz

- staatlich reale Preisbindung auf alle Grundnahrungsmittel- und lebenswichtigen Erzeugnisse
- staatlich gesichertes bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Menschen auf ausreichend hohem Niveau
- Einführung der alt- historischen Sonn- und Ruhezeiten vor der lutherischen Reformation 1517 - komplett arbeitsfreies Wochenende

Energie

- staatlich kostenfreie Wasserversorgung - staatliche Energie- und Wasserversorgung – kostenfreie Energie und Wasserversorgung ist ein Grundrecht in Deutschland
- Ersatz der Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke durch Einführung der freien Energie (z. B. H2 Technologie, Gezeitenkraftwerke, Raumenergie)

Verkehrswesen

- neue, fortschrittliche Fortbewegungstechnologien (u. a. Nutzung freier Energie)
- staatliche Heimatbahn und staatliches Verkehrsnetz
- staatliches Transportwesen zur See, zu Wasser und in der Luft
- Rückbau und Renaturierung des nicht mehr benötigten, engmaschigen Massenverkehrssystems

Fernmeldewesen

- staatliches Heimatpost- und Fernmeldeamt mit kostenloser Telekommunikation/ Internet

Bildungswesen

- staatlicher Schutz und intensive Förderung der Familie
- staatlich komplett kostenfreies Schul- und Bildungswesen
- Dezentralisierung des gesamten Bildungs- und Verwaltungssystems
- staatliche Bildung auf wissenschaftlich höchsten Niveau für alle Menschen, einschließlich Heimatkunde mit den Schwerpunkten: Rückkehr zur Natur und den deutschen Volkskulturen
- geschichtshistorische und staatsbürgerliche Aufklärung der Menschen über Geld- und Machtsysteme, die Entstehung von Abhängigkeiten und Kolonien, gesteuerte Ideologien und Religionen, private Verschwörungen in Geheimlogen/ NGOs, Kriege und Revolutionen etc. pp.
- strafbewehrter Schutz der Ethik und Moral
- strafbewehrtes Verbot jeglicher NS- Gleichschaltungspropaganda auch die der Geschlechter
- Aufklärung über die 7 Todsünden des Verderbens

Gesundheitswesen

- staatlich kostenfreies Gesundheitswesen: Einrichtung von Sanatorien um die schwerkranke deutsche Bevölkerung zu heilen
- Kranken- und Altenpflege: Finanzierung pflegender Angehöriger mit abgesicherten Pflegelohn
- medizinische Versorgung auf den wissenschaftlich höchsten Niveau für Alle

Soziales

- staatlich abgesicherte Altersversorgung – Rentenkasse – freiwilliger Renteneintritt ab 50 Jahre möglich
- soziale Grundabsicherung Bedürftiger ohne jegliche Benachteiligung in der Gesellschaft

Landwirtschaft, Umwelt und Natur

- Wiederherstellung des freien Bauerntums
- strafbewehrtes Verbot aller schädlichen Substanzen in der Medizin, in der Nahrung und in den Getränken, Microwellen, Chemtrails, Strahlung und Elektrosmog aller art zur Wiederherstellung der Volksgesundheit

- staatlich strafbewehrter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Umwelt/ Natur
- natürlich- bäuerliche Land- und Forstwirtschaft unter strikter Einhaltung der Naturgesetze
- freie Jagd und freies Fischen nach altgermanischen Naturrecht unter Einhaltung der strafbewehrten Naturgesetze, Hege und Pflege des Wildes als uns gleichwertige Schöpfung
- Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume/ der Gewässerstrukturen/ Renaturierung/ Aufforstung mit Wiederherstellung der deutschen Mischwaldstruktur
- Rückbau mit Wiederherstellung der natürlichen Oberflächenstrukturen, der Hecken, Gehölze und Kleingewässer in der Landschaft
- Verbot der Gentechnik und giftiger Chemie in der Land- und Forstwirtschaft
- Entgiftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen
- Verwertung der Biogasanlagen, Windkraftanlagen, veralteten Atomkraftwerke, Braunkohlkraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und des engmaschigen Freileitungssystems
- Schließung aller Braunkohlentagebaue Renaturierung und Rettung bereits verlassener Ortschaften
- Verbot des Handels geschützter Tier- und Pflanzenarten
- Wiederherstellung der natürlich- ländlichen Siedlungsstrukturen
- vollständige Dezentralisierung – Entstädterung/ Rückbau des Landes

Kunst und Kultur

- staatlich garantierter Denkmalschutz und Schutz der Altertümer
- Verbot des Handels mit kulturhistorisch wertvollen Altertümern und Kunstwerken
- Wiederherstellung der regionalen Volkskulturen = einhergehend staatlich garantierter Schutz, Förderung und Pflege der deutschen Volkskunst und der Volkskulturen
- Wiederherstellung/ Rückbau des historischen Stadtbildes, der städtischen Struktur und Ausdehnung Stand vor 1870 – Denkmalschutz unter modernsten Gesichtspunkten

Medien/ Presse

- auf wahre Berichterstattung vereidigte staatliche Heimatmedien und Presseorgane

Polizei und Landesverteidigung

- Heimat-Schutzpolizei in direkter Verbindung mit der Heimatwehr nach altpreußischen Muster
- Der verbeamtete Polizist heißt *Schutzmann*
- Heimatwehr mit allgemeiner Wehrpflicht - ausschließlich nur zum Schutz der Heimat und des Friedens verpflichtet
- die Armee heißt *Heimwehr*

Staatsauftrag Wiederherstellung der natürlich- gesellschaftlichen Lebensgrundlagen:

Mittelfristige Maßnahmen zur Reform der Gesellschaft

- Beendigung des idiotischen Pharaonen- Arbeitskultes durch komplette Abschaffung des Geldes, da als Tauschhilfe durch ständigen Mißbrauch nicht bewährt
- Rückkehr zum naturalen Warenkreislauf ohne Wachstum
- Beseitigung der Gier und Maßlosigkeit - jeder Mensch bekommt alles was er für die glückliche Erfüllung seines Leben benötigt, wenn er sich in die Gesellschaft positiv nach den eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten einbringt.

Die Rückkehr der Gesellschaft zur natürlichen Ordnung ist das mittel- und langfristige Ziel.

Geschichtshistorische Revision der Bundesrepublik Deutschland/ Europäische Union:

Vollständige Tiefenaufarbeitung der faschistischen Koloniediktatur mit dem folgerichtigen Ergebnis:

- Strafbewehrtes Verbot aller faschistischen Gleichschaltungsideologien, Gleichschaltung, Glaubhaftmachung, Wohnhaft, Zwang(haft), allgemeine Bürgerüberwachung, Reichsangehörigkeit und Reichsideologie, *DEUTSCH- sein*, gesteuerte NGOs, Geheimgesellschaften, Genderismus, Pornografie und Gewaltverherrlichung, Konzerne und Kartelle, Wucher, Spekulation, Ausnutzung von Abhängigkeiten, Ausplünderung jeglicher Art.

Folgen:

Sofortiges ENDE der faschistischen BRD- EU- Diktatur als ökonomischer, finanzieller und politischer Motor des Faschismus in der Welt. Beendigung der UNO- Feindstaatenklauseln, weltweite Kriege/ Interventionen und des gesteuerten Terrorismus, Flucht und Vertreibungen, Gleichschaltungsparteien- und Organisationen, private Verschwörungen, Grundrechteverletzungen, Privatisierung der Staaten, Ausplünderung der Menschen, Sanktionen, Umweltzerstörung, Familienzerstörung, gesteuerte Revolutionen/ Umstürze, Kolonien, Finanzierung fremder Interessen, (angloamerikanische) Besatzungstruppen/ Militärstützpunkte usw..

Die Menschen erhalten ihre Rechte und den Frieden zurück.

Die Ursache aller Probleme/ Schief lagen wird mittelfristig global endgültig beseitigt!

Wenn DEUTSCHLAND endlich frei und souverän wird, befreit sich in Folge EUROPA und die gesamte WELT! (Dominoeffekt)

Hinweis: Alle Punkte haben für die notwendige schrittweise Umsetzung die gleichrangig hohe Priorität.





www.staatenlos.info
Generalloesung Ukunde146
Game Over den EU Faschisten





Rüdiger Hoffmann

Organisation Staatenlos.info e. V. – Kommission 146 Deutschland

Präsident Rüdiger Hoffmann

Diesterwegstrasse 9b

10405 Berlin

Kontakt:

Mobil- Telefon: +49 162 9027725

Festnetz- Telefon: +49 38852 58951

E-Mail: kunkelmann2000@staatenlos.info

Internetadresse: www.staatenlos.info